

Stenografisches Protokoll
- Endgültige Fassung* -

der 36. Sitzung
des 2. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 25. Oktober 2012, 10 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Sebastian Edathy, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Vernehmung von Zeugen:	1 – 119
- BKA-Vizepräsident Jürgen Maurer	1
- Landespolizeipräsident Waldemar Kindler	83
- Kriminaloberkommissar Jens Merten	-
- Erster Kriminalhauptkommissar Ernst Setzer	108

*Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen des Zeugen Landespolizeipräsident Waldemar Kindler (Anlage) sind in das Protokoll eingearbeitet.

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses
 Donnerstag, 25. Oktober 2012, 10:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU		CDU/CSU	
Binniger, Clemens		Hahn, Florian
Schipanski, Tankred		Heinrich, Frank
Stracke, Stephan		Schön (St. Wendel), Nadine
Winkelmeier-Becker, Elisabeth		Schuster (Weil am Rhein), Armin	
SPD		SPD	
Edathy, Sebastian		Gleicke, Iris	
Högl, Eva, Dr.		Kolbe (Leipzig), Daniela
Rix, Sönke		Özoguz, Aydan
FDP		FDP	
Tören, Serkan		Kurth (Kyffhäuser), Patrick
Wolff (Rems-Murr), Hartfrid		Schulz, Jimmy	
DIE LINKE.		DIE LINKE.	
Pau, Petra		Petermann, Jens	
BÜ90/GR		BÜ90/GR	
Wieland, Wolfgang		Ströbele, Hans-Christian	

Hofmann, Frank SPD

Donnerstag, 25. Oktober 2012, 10:00 Uhr

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Unterschrift
BMI	Schäfer	KOP	
BMI	BECKER	DL	
BMI	Schunersbach	KK	
BMI	WITZ	Ref/See	
BVA	Pesquer	KK	
BVA	GERTMANN	KON	
BVA	Christeisen	SA b. BGA	
BMI	FRENDING	RIG	
BMI	Grafmann	Bemfgr	
BMI	STEINBERG	ROP'in	
BK	EIFFER	MuR	
BMI	Reinhold	MinR	
BMI	JANNEBORN	KOR	
BMI	Niemczyk	KKK'in	
BMI	Dittmann	MD	
BKAWA	Herrmann	ORR'in	
BMI	Zöllner	OSTA BGA	

Bundesrat: (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Land
NITZSCHE		RR'in	RP
Stuhr		ROP'in	SL
PIETSCH		MR	NI
Sauer		RR	BE
Jak		RR	Sachsen
FECH		KKK	Sachsen
CLAUDON		MR	BY
Dr. Rohde		ORR	BY
Dr. Müller		MR	BY
Dr. Fabian		Bemfgr	BW
Müllerbach		ROP'in	TH

off.

2. Untersuchungsausschuss

Donnerstag, 25. Oktober 2012, 10:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Voss, D. E. S. T.

FDP

Lange

FDP

Jutta Bieringer

SPD

Linda v. Renssen

FDP

Daniel Kütz

SPD

Abrecht, Hannes

LINKE

D. Feen

CDU/CSU

off.

2. Untersuchungsausschuss

Donnerstag, 25. Oktober 2012, 10:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

MEYER

SPD

Meyer

Bookest

SPD

Bookest

HAWWELL

SPD

Hawwell

REICHELT

SPD

Reichelt

Kant

Grüne

Kant

Ullrich

Linke

Ullrich

Uffner

Linke

Uffner

Lehmann

LINKE

Lehmann

Scharlau

FDP

Scharlau

Molsberger

CDU/CSU

Molsberger

van Cossel

u

van Cossel

Wefrig

SPD

Wefrig

Grenbeck

SPD

Grenbeck

Schuparis

SPD

Schuparis

Hagenzauer

FDP

Hagenzauer

(Beginn: 10.17 Uhr)

Vernehmung des Zeugen Jürgen Maurer

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich eröffne die 36. Ausschusssitzung, die in Form einer Beweisaufnahme stattfinden wird.

Wir kommen damit zum **einzigen Punkt der Tagesordnung:**

Vernehmung von Zeugen:

- BKA-Vizepräsident Jürgen Maurer
- Landespolizeipräsident Waldemar Kindler
- Kriminaloberkommissar Jens Merten
- Erster Kriminalhauptkommissar Ernst Setzer

Der Tagesordnungsordnung kann entnommen werden, dass wir heute ursprünglich vorhatten, vier Zeugen zu hören. Aufgrund der Tatsache, dass heute im Laufe des Tages fünf namentliche Abstimmungen zu erwarten sind, hat sich der Untersuchungsausschuss vorhin in nichtöffentlicher Sitzung darauf verständigt, dass ein Zeuge für heute ausgeladen wird, nämlich der Zeuge Merten, Kriminaloberkommissar. Der Zeuge Merten wird gehört werden am 29.11. Da holen wir das also nach.

Das heißt, wir haben heute drei Zeugen: Herrn Vizepräsident des Bundeskriminalamtes Jürgen Maurer, den ich hiermit herzlich begrüße, Herrn Landespolizeipräsident aus Bayern, Waldemar Kindler, und den Ersten Kriminalhauptkommissar Ernst Setzer.

Wie bereits erwähnt, werden wir mehrfach die heutige Sitzung unterbrechen müssen; dafür bitte ich Herrn Maurer und auch die Besucher schon mal um Verständnis. Die Unterbrechungen werden stattfinden gegen 11 Uhr, gegen 12.30 Uhr, gegen 16 Uhr, gegen 17.30 Uhr und gegen 19 Uhr aufgrund von Abstimmungen im Plenarsaal, an denen die Kolleginnen und die Kollegen aus dem Ausschuss zwingend teilnehmen müssen.

Zudem ist vorgesehen eine etwas längere Unterbrechung nach der Zeugenvernehmung von Herrn Maurer, weil sich die Mitglieder des Ausschusses in nichtöffentlicher Sitzung dann beraten werden mit einer Person, die möglicherweise als Ermittlungsbeauftragter für den Ausschuss tätig werden könnte. Es ist auch noch nicht absehbar, wie lange das ungefähr dauern wird - zwischen 30 und 45 Minuten -; ich werde das nachher noch ansagen.

Herr Maurer, ich darf Sie zunächst darauf hinweisen, dass das Ausschusssekretariat von Ihrer heutigen Zeugenvernehmung eine Tonbandaufnahme anfertigen wird, die allerdings ausschließlich dem Zweck dient, die Erstellung des Stenografischen Protokolls zu erleichtern; das heißt, wenn das Protokoll erstellt worden ist, wird die Aufnahme gelöscht.

Das Protokoll Ihrer Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung übermittelt. Sie haben dann, sofern Sie es wünschen, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Ich stelle fest, dass Sie als Zeuge ordnungsgemäß geladen worden sind. Die Ladung haben Sie am 26. September 2012 erhalten. Für Ihre heutige Zeugenvernehmung liegt eine Aussagegenehmigung vor, die der Präsident des Bundeskriminalamtes erstellt hat und die vom 27. September datiert.

Herr Maurer, vor Ihrer Aussage habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf etwaige strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige, der vor einem Untersuchungsausschuss des Bundestages unehrlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit

der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie zu dem von mir bisher Vorgelegenen Fragen, Herr Maurer?

Zeuge Jürgen Maurer: Nein, vielen Dank, habe ich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Maurer, ich darf Sie bitten, sich dann zunächst dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Altersangabe, Berufsangabe vorzustellen. Wenn Sie das kurz tun würden?

Zeuge Jürgen Maurer: Ja. Mein Name ist Jürgen Maurer. Ich bin einer von zwei Vizepräsidenten im Bundeskriminalamt. Ich bin 60 Jahre alt und seit 31 Jahren im Bundeskriminalamt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Herr Maurer, ich gehe davon aus, dass die zur Ladung verwendete Anschrift, das Bundeskriminalamt, nach wie vor die aktuelle Adresse ist. Das haben Sie ja eigentlich indirekt schon bestätigt. Wir halten es für das Protokoll einfach nur fest.

Zeuge Jürgen Maurer: So ist es.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Maurer, wenn Sie es wünschen, haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes Gelegenheit, sich vor Ihrer Vernehmung im Zusammenhang zum Gegenstand der Vernehmung zu äußern. Ich habe Sie kurz gefragt, ob Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wollen. Das haben Sie bejaht. Insofern haben Sie hiermit das Wort.

Zeuge Jürgen Maurer: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich nehme die Gelegenheit gern wahr, in wirklich sehr kurzen Worten eine erste Einschätzung von mir Ihnen vorzutragen.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren des Bundestages! Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin Pau! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In zwei Wochen, in knapp zwei Wochen - es kommt darauf an, wie man den Zeitpunkt setzt -, jähren sich die Ereignisse Eisenach und Zwickau. Das war damals der Startpunkt für uns, ab dem wir erkennen mussten, dass eine rechte Terrorzelle über

Jahre aus dem Untergrund heraus schwerste Straftaten, schwerste Gewalttaten begangen hatte und dabei unerkannt geblieben war. Die Tatsache, dass etwas Derartiges und aus unserer Sicht bis dahin kaum Vorstellbares in Deutschland möglich war, hat mich persönlich sehr schockiert, und - muss auch sagen - ich bin eigentlich immer noch schockiert ob der Umstände, mit denen wir uns seither zu beschäftigen haben.

Natürlich, viele fragen: Was wurde von uns, was wurde von anderen übersehen? War die Existenz einer derartigen rechten terroristischen Zelle offensichtlich? Simep gefragt: Was ist falsch gelaufen? Was muss getan werden, um zukünftig Derartiges zu verhindern?

Vielleicht um einen Rahmen zu setzen: Fest steht aus meiner Sicht jedenfalls, dass es nicht gelungen war, verschiedene, wie wir heute wissen, zusammenhängende schwerste Straftaten und Straftatenserien zusammenzuführen und aufzuklären. Es war nicht gelungen, die Fahndung nach dem abgetauchten Terroristentrio ab 1998 erfolgreich zu gestalten. Es war nicht gelungen, eine Bankraubserie, die 1999 begann, sehr früh als Serie feststand und insgesamt, wie wir heute meinen, um die 14 Bankraubtaten zusammenführt, aufzuklären. Es ist nicht gelungen, Serienmorde an türkischen und einem griechischen Mitbürger aufzuklären. Es ist nicht gelungen, zwei Bombenattentate auf Geschäftsbetriebe ausländischer Mitbürger in Köln aufzuklären und die Täter zu ermitteln. Und zuletzt ist es auch nicht gelungen, den Mord an einer Polizistin in Heilbronn zu klären. - In der Auflistung ein für mich erschreckendes Bild und ein Teil des Schocks, den ich insgesamt noch verspüre in der ganzen Situation.

Festzustellen ist aber auch - das kann ich zum Teil aus eigener Anschauung darstellen, darlegen -, dass natürlich in allen diesen unterschiedlichen Komplexen mit erheblichen materiellen, personellen Ressourcen intensiv gearbeitet wurde und dass aus meiner Sicht ein höchstes Maß an Engagement an vielerlei Stelle festzustellen war. Es würde sich sicherlich im Bereich der Fragen nachher noch mal deutlich herausstellen lassen.

An der Stelle möchte ich aber herausstellen: Zehn Polizeibehörden, zehn Staatsanwaltschaften, sechs Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern waren selbstständig mit der Erarbeitung, mit den Ermittlungsaufgaben dieser verschiedenen Ermitt-

lungskomplexe betraut - definitiv ein Abbild unserer föderalen Struktur, aber definitiv auch ein Punkt, der zu berücksichtigen ist bei der Frage: Warum ist Ermittlungsarbeit erfolgreich, oder warum ist sie nicht erfolgreich?

Vielleicht eine Anmerkung noch an dieser Stelle: Sowohl in der medialen, in der politischen und auch in der polizeilichen Öffentlichkeit hat es in der letzten Zeit, in den letzten Monaten eine Vielzahl von scheinbar zielführenden Vorschlägen gegeben, die, so man sie beachtet hätte, zur Aufklärung der gesamten Straftatensituation geführt hätten. Festzustellen aus meiner Sicht, aus meiner Einschätzung - - hätte keiner dieser Vorschläge zur Aufklärung der Straftaten geführt. Diese Vorschläge waren regelmäßig zu kurz gegriffen und haben regelmäßig nicht berücksichtigt, welche weiteren Determinanten unter Ansatz dieser einzelnen Punkte möglich gewesen wären oder nicht möglich waren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, seien Sie mir sicher, dass ich es mir persönlich nicht einfach mache, zu reflektieren, was die Ermittlungsarbeit gekennzeichnet hat, und es mir auch nicht einfach mache, zu reflektieren, was meine eigene Rolle in dem Kontext war. Deswegen zunächst und zuallererst auch von mir mein aufrichtiges, tiefes Mitgefühl mit den unschuldigen Opfern dieser grausamen und sinnlosen Straftat. Dieses Mitgefühl entsteht nicht erst heute. Dieses Mitgefühl ist entstanden, als ich erstmals mit dieser grausigen Serie in Verbindung gebracht wurde und davon Kenntnis genommen habe.

Es ist damals für mich Verpflichtung gewesen und es ist heute für mich Verpflichtung, beizutragen zu einer Aufklärung und mitzuwirken, dass Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen werden. Als Amt beteiligen wir uns natürlich massiv an dieser Aufgabe; das ist bekannt. Wir haben einen erheblichen Ressourceneinsatz organisiert seit dem 10.11. letzten Jahres. Wir haben erhebliche Anstrengungen gezeigt. Aber lassen Sie mich das ganz offen sagen: Es gibt noch unglaublich viele unklare, nicht geklärte Punkte.

Die Tatsache der Existenz einer rechtsterroristischen, nationalsozialistischen Terrorzelle hat uns tief getroffen. Wir müssen aber auch realisieren, dass die Kenntnisnahme um diese Zelle erst dann entstanden ist, als zwei Mitglieder dieser Zelle Mord bzw.

Selbstmord begangen haben - ein weiterer verstörender Vorgang. Dazu kam dann, dass ein Wohnhaus in Flammen aufging und erst im Nachgang umfangreiche Beweismittel aufgefunden wurden, die es letztlich ermöglichen haben, Zusammenhänge von diesen vielen Komplexen, die ich Ihnen anfänglich angedeutet habe, festzustellen und weiteren Handlungsoptionen zuzuführen. Als Polizist muss ich sagen: eine sehr bittere Erfahrung, in Sonderheit, wenn man der Auffassung ist, dass man engagiert über Jahrzehnte arbeitet und versucht, Strukturen zu schaffen, die derartige Ereignisse vermeiden. Es muss aus meiner Sicht vordringliches Ziel sein, die richtigen Schlüsse zu ziehen und zukünftige gleichartige Vorgänge zu vermeiden.

Ob die Frage der Schuld massiv zu diskutieren ist, sei dahingestellt. Natürlich und nachvollziehbarerweise - das ist kein Zeichen für meine besondere Empfindlichkeit - wurde auch das BKA in der Vergangenheit, in den letzten Monaten von Vorwürfen nicht verschont. Auf zwei dieser Vorwürfe, weil sie aus meiner Sicht zentral sind und letztendlich nicht zielführend sind, will ich an der Stelle eingehen, vor allen Dingen vor dem Hintergrund: Ich bin mir nicht sicher, ob es dazu noch Zeit geben wird in der weiteren Diskussion.

Unter dem Rubrum: Blindheit auf dem rechten Auge; Türken töten Türken. Ich habe es vorhin angedeutet: Seit 81 bin ich Angehöriger des leitenden Polizeidienstes im BKA, vermutlich derzeit - leider - der älteste leitende Polizeibeamte im BKA. Von 2002 bis 2005 war ich Leiter der Abteilung Polizeilicher Staatsschutz. In diese Zeit fiel der Bombenanschlag in der Keupstraße in Köln. Ich kann mich persönlich noch sehr gut erinnern an den Tag und an meine Kenntnisnahme dieses Anschlages und an meine Empfindungen. Selbstverständlich habe ich sofort als ersten, fast schon vorurteilsbeladenen Reflex gedacht: Das ist ein fremdenfeindlicher Akt - was denn sonst? -, wenn vor einem türkischen Friseurladen eine Nagelbombe hochgeht. Selbstverständlich habe ich das gedacht. Selbstverständlich habe ich es für möglich gehalten, dass Hintergrund dieser Aktivität ein Staatsschutzdelikt sein könnte.

Wie üblich in solchen Situationen, war es mir natürlich ein Anliegen, unsere Unterstützung anzubieten. Das ist noch am gleichen Tag geschehen. Den Kölner Polizeikollegen ist die Unterstützung, ist die Expertise des

BKA, der Staatsschutzabteilung, angeboten worden - am gleichen Tag. Weiterhin war das BKA am gleichen Tag, angefordert durch nordrhein-westfälische Dienststellen, unterstützend vor Ort tätig mit der Tatortgruppe, um die dortige Tatortarbeit zu unterstützen.

Sie wissen genauso wie ich, dass - nicht nur aus heutiger Sicht - vorschnell ein Staatsschutzhintergrund ausgeschlossen wurde. Es hätte zumindest als weitere Option weiter im Raum stehen müssen. Die Bewertung war falsch. Warum die Ermittler vor Ort zu dieser Bewertung kamen, welche Hinweise möglicherweise zu dieser Einschätzung geführt haben, das kann ich nicht einschätzen, vermag ich nicht zu sagen. Es hatte aber eine fast schon fatale Folgewirkung: Obwohl eine Staatsschutzstaatsanwaltschaft tätig war, ist in der Folge dessen natürlich die Zuständigkeit des BKA erst gar nicht mehr geprüft worden. Ich will mich nicht an den Spekulationen über Ergebnisse von Ermittlungen beteiligen. Ich möchte nur darstellen, was Situation in 2004 war und wie Entscheidungen Folgewirkungen entfaltet haben.

Ein Blick auf die Ceska-Mordserie: 2005 wurde ich Leiter der Abteilung Organisierte und Allgemeine Kriminalität. Es gab einen spezifischen Auftrag; auf den brauche ich im Moment hier nicht einzugehen. Und natürlich habe ich dann, als ersten Schritt, mir natürlich vorstellen lassen: Was sind denn die besonderen Gegenstände, mit denen man sich hier in der Abteilung beschäftigt? Welche Ermittlungsverfahren haben besondere Relevanz?

2005 habe ich persönlich erstmals erfahren, dass es eine Serie von Tötungsdelikten zum Nachteil von türkischen Mitbürgern gab. Dienstantritt: etwa Mai 2005. Unmittelbar zeitlich im Zusammenhang damit gab es zwei weitere Mordtaten, eine Mordtat in Nürnberg und eine Mordtat in München. Von dem Moment an hatte natürlich diese Serie für mich eine sehr starke, eine sehr wichtige Bedeutung, die viele meiner Handlungen im Nachgang dann beeinflusst haben. Ich habe dann natürlich sehr stark Einfluss genommen, sowohl auf Überlegungen zur Fortsetzung der Ermittlungen als auch bezogen auf Neustrukturierung von Ermittlungsaktivitäten insgesamt.

In den Medien - im Wesentlichen in den Medien - war jetzt häufig davon zu lesen, dass das BKA davon ausgegangen sei, bei den Tätern müsse es sich um Türken han-

deln, so getreu nach dem Motto: Türken ermorden Türken. Diese Einschätzung sei ursächlich gewesen, dass das BKA den Blick in andere Ermittlungsrichtungen sich selbst verstellt habe. - Ganz einfach: Die Behauptung ist falsch. Das BKA hat sich im Hinblick auf mögliche Ermittlungsrichtungen nicht selber limitiert. Richtig ist hingegen, dass das BKA 2004 durch die bis dahin zuständigen Landesdienststellen um Ermittlungsunterstützung gebeten wurde, und zwar Ermittlungsunterstützung zielgerichtet auf die besonderen Kompetenzen, auf die Kernkompetenzen des BKA.

Die Ermittlungsdienststellen, die bis zu dem Zeitpunkt primär mit den Vorgängen betraut waren - das lässt sich nachlesen, das haben Sie sicherlich gemacht, im Zwischenbericht der Soko „Halbmond“ -, sind zu dem Zeitpunkt eher, zwar nicht ausschließlich, aber eher, von einem OK-Hintergrund ausgegangen. Infolgedessen wurde das BKA nach entsprechender Abstimmung zwischen diesen Ermittlungsbehörden und der Justiz um ergänzende OK-Ermittlungen ersucht.

Diesem Ersuchen ist das BKA vollumfänglich nachgekommen. Was bemerkenswert ist: Dieser partielle Ermittlungsauftrag hat auch noch fortbestanden bis zum Zeitpunkt der Ereignisse im November 2011. Er wurde nicht mehr modifiziert. Logischerweise - vielleicht: unglücklicherweise - waren demnach auch die wesentlichen Spuren, mit denen sich das BKA beschäftigt hat, Spuren, die Abklärung in Richtung eines OK-Hintergrundes beinhalteten.

Ebenfalls ist hinzuweisen, dass der größte Teil der bearbeiteten Spuren, mit denen sich Polizei beschäftigt hat zu dem Zeitpunkt - in Ermangelung von Spuren an Tatorten -, dass diese Spuren im Wesentlichen auf Hinweisen beruht hatten, die aus der Öffentlichkeit, aus der Bevölkerung kamen. Es hat keine Selektion im Sinne einer Vorfestlegung auf mögliche Tathintergründe gegeben. Jeder Hinweis, der verfügbar war, jeder Hinweis, der da war, wurde ernst genommen und gemäß der vereinbarten Vorgehensweisen bearbeitet.

Die Zuständigkeit BKA habe ich dargestellt. Diese Vorgehensweise ist die Vorgehensweise bei arbeitsteiligen Arbeitsprozessen innerhalb der Polizei.

Das BKA hat sich natürlich, jetzt neben diesem konkreten Arbeitsauftrag, auch mit der Bearbeitung von weiteren, generellen Fahndungsansätzen beschäftigt und einge-

bracht. Das war allein schon deswegen geboten, weil das BKA als Zentralstelle und als Kopfstelle des internationalen Dienstverkehrs auch bei diesen Fahndungsansätzen logischerweise mitwirken musste. Schlagworte, auf die man später vielleicht eingehen kann, wenn es als erforderlich erachtet wird: Mietwagen, Kreditkarten, Homepageüberwachung, aber auch die Waffenspur, auf die ich jetzt noch mal eingehen möchte.

Auch da gab es hinsichtlich der Ermittlungsrichtungen keine Vorfestlegung hinsichtlich bestimmter Raster. Richtig ist, dass ein rechter Tathintergrund nie ausgeschlossen wurde. Es gab bloß keine Spuren, keine verwertbaren Spuren. Der rechte Tathintergrund wurde für möglich erachtet; er wurde als gleichwertiger Ermittlungsansatz verfolgt. Der wichtigste Punkt - und auch der wichtigste Punkt meiner Diskussion mit meinen Mitarbeitern - an dieser Stelle war, dass die Tatsache, dass diese langjährigen Ermittlungen in Richtung OK zu keinem Ergebnis geführt hatten, per se schon Anlass genug war, auch in eine andere Richtung zu ermitteln.

Fakt ist aber auch, dass, obwohl eine massive Öffentlichkeitsarbeit und Öffentlichkeitsfahndung durchgeführt wurden, obwohl es eine außergewöhnliche Erhöhung einer Belohnungssumme gab, Hinweise in das rechte Milieu fast gänzlich ausgeblieben sind. Ich mache das an der Stelle so deutlich, um klarzumachen: Natürlich wird Ermittlungshandeln sehr stark durch das Hinweisaufkommen determiniert und nicht umgekehrt. Die meisten Hinweise, die kamen, wie wir heute wissen: alles Trugspuren überwiegend im Bereich OK, im Bereich Drogen und Rauschgift. Das war die Situation, mit der wir dort zu tun hatten.

Ein weiterer Hinweis an der Stelle sei mir gestattet. Ich bin der Überzeugung, dass eine noch stärkere Erörterung eines rechten Tathintergrundes allein nicht geeignet gewesen wäre, die Täter zu ermitteln. Das gilt in gleichem Maße für den OK-Hintergrund. Diese Annahme allein wäre nicht geeignet gewesen. Entscheidend sind Ansätze, die man generiert. Entscheidend sind Ansätze, denen man nachgehen kann.

Logischerweise ist - auch das ist aus den Unterlagen ersichtlich - die Öffentlichkeitsfahndung im BKA und die Öffentlichkeitsfahndung innerhalb der Polizeibehörden, die sich in Bundeskriminalblättern abbildet, nicht von einer eindeutigen Tatmotivation ausgegangen. Es ist dort deutlich gesagt worden,

dass es keine Hinweise - und das war nach dem sechsten oder siebten Mord - auf Zusammenhänge mit OK und sonstigen Dingen gibt, im Bewusstsein, dass man zwar ein faktisches Schwergewicht der Ermittlungen im OK-Bereich hatte, aber in Ermangelung von Hinweisen „rechts“ keine anderen Ermittlungsmöglichkeiten sah. Es hat keine Haltung im BKA gegeben: Türken töten Türken. Wir haben uns im Rahmen des speziellen, abgegrenzten Auftrages bewegt und haben versucht, dort unsere Beiträge zu leisten. Es hat zu keiner Zeit - zu keiner Zeit - einen staatsanwaltschaftlichen Auftrag, ein staatsanwaltliches Ansinnen gegeben an das BKA, eine Gesamtbetrachtung, eine Rundumbetrachtung anzustellen.

Insgesamt möchte ich feststellen, dass nach meiner Beobachtung damals wie heute - damals wie heute - alle eingesetzten Polizeibeamten, Ermittlungsbeamten mit höchstem Engagement gearbeitet haben, nur, wie es aussieht, natürlich in der Masse an Trugspuren mit vielen historischen Ereignissen in der Zeit, die noch in falsche Richtungen geführt haben. Ich erinnere an die Diskussion um die unbekannt weibliche Person. Das hat sehr viele Ressourcen gekostet und war per se eine völlig falsche, ressourcenraubende Richtung.

Heiße Spur kalt werden lassen: prägnante Begriffe. Aber auch dazu: Das BKA hat keine heiße Spur kalt werden lassen. Gemeint sind die Ermittlungen zur Tatwaffe ab 2004, auch Gegenstand der Ermittlungen des BKA. 2004, wie beschrieben: BKA wird um Unterstützung ersucht. Da stand bereits fest durch kriminaltechnische Untersuchungen des BKA, dass alle Opfer, alle Ermordeten der Ceska-Serie durch ein und dieselbe Waffe umgebracht worden waren. Auch wenn die Kriminaltechnik des BKA erst im Jahr 2006 im Rahmen eines Gutachtens den Nachweis der Verwendung eines Schalldämpfers erbringen konnte, war natürlich bereits ab der zweiten Tat bekannt: Es handelt sich um eine Serie; es handelt sich um die Nutzung Ceska 83.

Außer der Tatsache, dass allen Tatopfern eigen war, dass sie einen Migrationshintergrund haben, war das das einzige verbindende Element in diesem ganzen Kontext. Es haben sich, obwohl das sehr stark Ermittlungsrichtung war - ist auch bekannt -, keinerlei Bezüge zwischen den Opfern ergeben. Es stand nur die Tatsache: Sind Personen mit Migrationshintergrund und sind mit

derselben Waffe ermordet worden. Infolgedessen, fast wie ein rettender Strohalm, hat man sich natürlich massiv mit dieser Waffenspur beschäftigt. Die Waffenspur war für das BKA nicht nur wichtig, sie war die wichtigste Spur überhaupt. Sie sehen das unter anderem daran, dass wir den Komplex „Ceska“ genannt haben. Sie sehen das unter anderem daran, dass von den 120 Spuren, die wir im BKA bearbeitet haben, die Spur Nummer eins für die Waffenermittlungen vergeben wurde. Sie sehen es daran, dass wir allein für diese Spur 20 Leitz-Ordner gefüllt haben.

Man stellt fest, wie umfangreich ermittelt wurde. Aber erst nach Feststellung, dass eine Waffe mit Schalldämpfer, vermutlich werkseitig montiert, genutzt wurde, erst mit dieser Feststellung bekam diese Spur nochmals eine größere Bedeutung. Warum? Von vorher fünfstelligen Produktionszahlen, die überhaupt nicht überprüfungsfähig sind, weil man nämlich keine Tatwaffe hat, blieben jetzt 55 potenzielle Tatwaffen übrig. Natürlich wurde das ernst genommen. Die Verkaufswegfeststellungen mit der Firma Ceska in Tschechien waren mühselig, letztlich auch nicht erfolgreich, weil es an der entsprechenden Dokumentation gefehlt hat. Aber dennoch: wichtiger Ermittlungsansatz.

Fakt ist aber auch bei der Beurteilung dieser Spur: Auch heute gibt es eine Anzahl von diesen Waffen, deren Verbleib wir nicht feststellen können und wo wir nicht wissen, wo diese Waffen sind - auch das ein aus meiner Sicht erschreckender Umstand. Das war die wichtigste Spur. Heute ist sie auch noch wichtig. Sie war zu keinem Zeitpunkt eine heiße Spur, zu keiner Zeit.

Warum komme ich zu dieser wirklich einschneidenden Einschätzung? Es ist Ihnen bekannt - ich sage es trotzdem noch mal -: Erst nach dem Auffinden der Ceska im Brandschutt im November 2011 wussten wir, welche von den nicht nachweisbaren Ceska-Waffen die Tatwaffe ist. Forensische Feststellungen sind erst dann möglich, wenn Vergleichsmöglichkeiten existieren. Erst die Tatsache, dass am 10.11. die Waffe dort festgestellt wurde, hat uns gezeigt, dass wir bereits Jahre vorher genau an der richtigen Stelle in der Schweiz waren, genau an der richtigen Stelle, wo die Waffe erworben worden war.

Wir waren imstande, neuerlich im Rahmen von Rechtshilfemaßnahmen, mit neuen Vorwürfen und Vorhaltungen versehen, eine entsprechende Vernehmung durchzuführen.

Sie haben sicherlich auch die Vernehmungen - - Ich bin mir nicht sicher, ob Sie die Vernehmungsprotokolle gelesen haben. Selbst in der Phase jetzt hat es drei Vernehmungen gebraucht, bis - - obwohl diesmal ja erdrückende Beweise vorlagen - nicht nur der Hinweis vom Verkäufer, sondern auch die aufgefundene Tatwaffe und die übereinstimmende Nummer -, hat es drei Vernehmungstage gebraucht, bis der Betroffene bereit war, dann doch endlich mal zuzugeben, dass er zum einen die Waffe gekauft hat und, nach seiner Behauptung, weitergegeben hat.

Selbst wenn er zu einem früheren Zeitpunkt die Weitergabe oder den Kauf damals zugegeben hätte und die Weitergabe zugegeben hätte: Wir wären auch damals nicht weitergekommen. Auch heute ist die Lücke zwischen Kauf, Weitergabe, Übermittlung an das Trio, Benutzung zum Mord nicht abschließend geschlossen. Die ist nicht geschlossen. Einer juristischen Bewertung steht das nicht im Wege. Ich persönlich bin überzeugt, dass wir genau wissen, wie es gelaufen ist. Aber beweismäßig ist die nicht geschlossen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Maurer, wir haben folgendes Problem: Gleich wird der vorletzte Redner im Plenum ans Pult treten, bevor namentlich abgestimmt wird. Wir müssen an dieser Abstimmung teilnehmen. Ich möchte Ihren Vortrag deswegen ungern unterbrechen. Aber wenn Sie jetzt noch länger als zwei bis drei Minuten brauchen, sollten wir uns das nach der namentlichen Abstimmung weiter anhören.

Zeuge Jürgen Maurer: Also, ich bin ja dazu da, meine Einschätzung abzugeben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, natürlich. Das ist jetzt auch gar nicht gegen Sie gerichtet. Wir bitten nur um Verständnis: Wir müssen gleich zur Abstimmung ins Plenum.

Zeuge Jürgen Maurer: Absolutes Verständnis.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann wäre mein Vorschlag, dass wir dann mit Ihrem einleitenden Vortrag fortfahren.

Zeuge Jürgen Maurer: Ich versuche - -
11 wäre - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein,
das kriegen wir nicht hin. - Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, die Einlassung dieses Zeugen ist erfrischend sachorientiert; das haben wir schon anders erlebt. Deswegen sollte er sie in Ruhe bis zum Ende machen. Das heißt: jetzt unterbrechen, damit er sich nicht hetzen muss, und danach weiter.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, Herr Wieland, jetzt haben Sie meinen Vorschlag gewissermaßen paraphrasiert. Auch ich möchte gerne dem Zeugen weiter zuhören.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte Sie unterstützen! Was haben Sie dagegen?)

Es ist auch sehr gut, dass wir mal einen Zeugen haben, der einen strukturierten Vortrag hier leistet und nicht gleich nur Schuldabwehr betreibt.

Also, Herr Maurer, dann setzen wir gleich nach der Pause fort. Sie haben dann alle Zeit der Welt, die Sie brauchen, um sich weiter einleitend hier zu äußern.

Zeuge Jürgen Maurer: Okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von
10.53 bis 11.18 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt, und wir fahren fort mit den einleitenden Bemerkungen des Zeugen Maurer. - Herr Maurer, Sie haben das Wort.

Zeuge Jürgen Maurer: Herr Vorsitzender, vielen Dank. - Abschließende Bemerkung zur Waffenspur: Mein Argument: Ohne die aufgefundene Tatwaffe in der Frühlingsstraße keine weiteren Überprüfungsmöglichkeiten in den Vorjahren. Weiteres dazu wird der Prozess zeigen müssen und wird die Abarbeitung im Prozess zeigen müssen.

Abschließende Bemerkung von mir, meine sehr verehrten Damen und Herren: Ich versuche, Ihnen zu vermitteln, dass auch für mich als ehemaligem Leiter der Abteilung Politisch Motivierte Kriminalität, Staatsschutz, Kriminalität und heutigem Vizepräsidenten die Frage der Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität rechts immer ein wichtiger Punkt war und vielleicht an der Stelle eine noch stärkere Berücksichtigung im behördlichen, polizeilichen Verhalten erfordert und verdient.

Die Frage der Zusammenarbeit, der Kooperation in diesem Ermittlungsbereich stellt sich noch stärker als im Bereich der allgemeinen Kriminalität. Politische Kriminalität, die spezifischen Konspirationsformen verlangen zwingend eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Polizeien und auch den Landesämtern für Verfassungsschutz. Wir haben über Jahre immer wieder an diesen Fragestellungen gearbeitet, Vorschläge erarbeitet, gemeinsame Projekte eingerichtet: Infoboard Kameradschaften als ein Beispiel, die IGR als ein weiteres Beispiel, der Maßnahmenkatalog Politisch Motivierte Kriminalität usw., usf. Ich bin weiterhin von der Funktionalität dieser Vorschläge überzeugt, bin mir aber absolut sicher, dass sie nicht ausreichend sind, und bin mir sicher, dass weitere Schritte, weitere Entwicklungen stattfinden müssen. Wir sind ein sehr kompliziertes Gebilde im Bereich der Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden. Das verlangt enorme Anstrengungen, dieses Gebilde leistungsfähig zu machen. Ich versuche, dass Sie mir abnehmen, dass, falls das BKA irgendeine Information, und sei sie noch so vage, hinsichtlich der Existenz einer Terrorzelle rechts erreicht hätte - - wir wären diesen Informationen mit Nachdruck nachgegangen.

Ich will aber auch ausführen, dass natürlich die Beschäftigung der letzten Monate im Rahmen der polizeilichen Ermittlungstätigkeit, der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungstätigkeit und natürlich auch die Arbeit in den verschiedenen Ausschüssen, verschiedenen Kommissionen, Parlamentsausschüssen Dinge zutage gefördert hat, die zwingend zu bewerten sind und die zwingend zu berücksichtigen sind, wenn es um die Frage geht: Wie gestalten wir zukünftige Bekämpfungsstrukturen? Was sind unsere Schlüsse? Dieser Aufgabe muss man sich permanent stellen. Voreilige Schuldzuweisungen sollte man überdenken. Aber Sie sollten genauso gut wissen: Ich bin nicht überempfindlich,

wenn man mich angreift. Ich versuche, Argumente zu bewerten, und habe manchmal auch ein Verständnis für vordergründig überzogene Argumente. Auch damit kann man und muss man sich auseinandersetzen.

Wir haben seit November letzten Jahres enorme Ressourcen in die Aufklärung investiert. Wir haben auch sehr frühzeitig, sehr schnell Organisationsvorschläge unterbreitet, rechtlichen Handlungsbedarf beschrieben, haben das bekannte Gemeinsame Abwehrzentrum Rechts in Köln und Meckenheim eingerichtet, haben die RED eingerichtet. Es ist eine wichtige Aufgabe. Es ist eine Aufgabe, die auch noch weiter zu intensivieren ist, und wir werden massiv in diese Richtung agieren.

Ich bedanke mich für die Möglichkeit, aus meiner Sicht das kurz und geschlossen vorzutragen zu können, und stehe natürlich - das ist ja meine Aufgabe hier - für Fragen zur Verfügung. - Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Maurer, wir bedanken uns für Ihre einleitenden Bemerkungen. Lassen Sie mich kurz sagen: Niemand hier in diesem Untersuchungsausschuss greift Zeugen an. Aber wir sind natürlich gehalten, bei der Bearbeitung der Frage, wie es sein konnte, dass eine terroristische Gruppe 13 Jahre im Untergrund lebt, in dieser Zeit zehn Morde verübt, zwei Anschläge, 15 Überfälle, davon 14 auf Banken, dass unsere Sicherheitsbehörden dieser Gruppierung nicht auf die Spur gekommen sind - - Und Sie haben einleitend ausgeführt - das werden wir beleuchten müssen -, es habe zwei Theorien gegeben: organisierte Kriminalität als Hintergrund der Morde, die mit ein und derselben Schusswaffe begangen worden sind, möglicherweise aber auch ein politisches Motiv. Und Sie haben gesagt, das sei gleichrangig verfolgt worden. Dazu möchte ich Ihnen nachher einige Fragen stellen.

Vorab aber würde ich Sie um die Bewertung bitten, ob Sie der Auffassung sind, dass mit Blick auf die Ermittlungstätigkeit, auch des Bundeskriminalamtes, alles getan worden ist, was man tun konnte, also keinerlei Versäumnisse vorliegen. Das haben wir hier von Herrn Ziercke gehört, dem BKA-Präsidenten. Und ich wüsste gern von Ihnen, ob Sie das ebenso sehen.

Zeuge Jürgen Maurer: Ja, gerne. Zur Frage, ob wir alles getan haben, was man

tun konnte: Also, wir haben alles getan im Rahmen des diskutierten, übernommenen Ermittlungsauftrages, im Rahmen der arbeitsteilig zugewiesenen Spuren. Die Frage, was unter Umständen hätte anders gemacht werden können, ist ja bekanntermaßen zu einem späteren Zeitpunkt noch mal diskutiert worden. Das heißt, die Spuren, die wir bearbeitet haben im BKA, die die Kollegen im Rahmen der ergänzenden strukturellen Ermittlung bearbeitet haben, sind sauber, professionell, zutreffend bearbeitet worden. Ob der Ansatz, der gewählt wurde, ausreichend breit war: Da muss man drüber nachdenken, womit das zusammenhängt, dass Polizei und Staatsanwaltschaften sich unter Umständen zu früh vom Gegenstand der Untersuchung her beschränken und begrenzen lassen. Die Frage muss gestellt werden, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, dann stelle ich Ihnen mal die Frage. War der Ermittlungsansatz ausreichend breit angelegt?

Zeuge Jürgen Maurer: Der Ermittlungsansatz beginnt 2000 bei den dann zuständigen Stellen, hat angesetzt auf den Spurenlagen und hat versucht, Hypothesen zu entwickeln zu Motivationslagen. Die sind ermittelt worden - erfolglos. Ich habe das vorhin schon mal angedeutet: Wenn man erfolglos ermittelt, und zwar massiv ermittelt - es sind ja massiv Rasterfahndungsmaßnahmen auch durchgeführt worden -, muss man sich irgendwann dazu entscheiden, ohne das Vorhandensein von Ansatzpunkten Hypothesen zu erstellen, die in eine andere Richtung gehen können oder könnten. Das ist geschehen. Wenn ich sage - - Gleichwertig ist das geschehen. Sie sehen ja und Sie wissen ja genau, wann der Zeitpunkt war, wann das geschehen ist. Der Zeitpunkt, wo die Begriffsweiterung stattfand, war der Zeitpunkt, als im Rahmen einer ermittlungsunterstützenden Operativen Fallanalyse die Hypothese entwickelt wurde: Es kann auch ein Einzeltäter sein mit ganz anderen Motivationslagen. Das war der Zeitpunkt, wo man sich etwas gelöst hat von der objektiv vorhandenen, überprüfbaren Spurenlage. Die hat sich auch danach nicht geändert. „Gleichwertig“ heißt: Man hat es ins Kalkül gezogen, zu sagen: Das kann das auch sein. Man geht weg von der Frage „Das muss OK sein; es muss ein politischer Hintergrund sein“, also nachrichtendienstlich-

politischer Hintergrund. Das war der Zeitpunkt, wo das geschehen ist.

Die Frage, ob man früher zu so einem Punkt kommt, kommen muss: Ich denke, wir sind heute ein Stück weiter. Ich persönlich bin damals auch nicht früher auf diesen Punkt gekommen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Maurer, diese Operative Fallanalyse, auf die Sie sich gerade bezogen haben, bei der die Theorie entwickelt wurde, es könnte sich um Einzeltäter oder um zwei Täter handeln mit einem rassistischen Tatmotiv: Können Sie sich erinnern, wann diese Analyse erstellt worden ist, in welchem Jahr?

Zeuge Jürgen Maurer: Also, Sie haben es ja in den Unterlagen drin. Also, nach meiner Einschätzung war das im Bereich 2005/2006, so in dem - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: 2006.

Zeuge Jürgen Maurer: 2006, ja. Das ist nach meiner Erinnerung - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nach den neun Morden an den Menschen mit Migrationshintergrund.

Zeuge Jürgen Maurer: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wie ist es denn zu erklären - also, wir haben zwischen 2000 und 2006 neun Mordfälle: acht Bürger mit einem türkischen familienbiografischen Hintergrund, einer mit einem griechischen -, dass man erst nach diesen neun Morden, das heißt sechs Jahre nach dem ersten Mord, sich ernsthaft Gedanken gemacht hat, es könnte ein fremdenfeindliches Motiv dieser Mordserie zugrunde liegen? Wie ist das zu erklären?

Zeuge Jürgen Maurer: Also, ich habe dazu erst mal eine Vermutung, dass das nicht der erste Zeitpunkt war, wo man über diese Frage „rechts orientierte Straftat“ überhaupt diskutiert hat. Es ist sicherlich der Zeitpunkt, wo das zum Gegenstand vertiefter Überprüfungen wurde. Ich kann dezidiert sagen, nachdem man mir 2005 im Mai den Sachstand dargestellt hat, dass meine Einschätzung war: Wenn sie so lange Jahre OK ermitteln, dann ist es doch naheliegend, dass

es auch ein anderes Motiv geben kann, auch wenn wir keine Spurenlage haben.

Jetzt kann ich ja nur eine Vermutung äußern: Wieso sollten denn Polizisten an anderer Stelle nicht diesen einfachen, naheliegenden Schritt machen? Das ist die eine Ebene. Die andere Ebene ist, nachdem dieser einfache, naheliegende Schritt gemacht ist: Welche Handlungsoptionen gibt es denn? Das frage ich jetzt nicht Sie; ich frage mich das. Das ist das, was wir uns damals auch gefragt haben. Welche Handlungsoptionen gibt es? Welche systematischen Ansätze gibt es? Ich habe es eben beschrieben. Hinweis-aufkommen gab es keins; minimal.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Ja, akten-
kundig!)

Jedem ist nachgegangen worden. Welche Handlungsoptionen? Das haben wir uns gefragt. Und Handlungsoptionen, die wir heute beschreiben, haben nichts mit konkreten Fällen zu tun der Vergangenheit, sondern sind nur die Schlüsse, dass wir zu einem früheren Zeitpunkt durch intensiveren Austausch auf so was stoßen. Aus meiner Sicht - auch retrograd, auch in der Beschäftigung mit dem Ermittlungsverfahren -: Übersehen hat keine der Dienststellen irgendwas. Und da schließe ich ganz bewusst - ganz bewusst - die, die die Hauptlast getragen haben, mit ein. Und das sind die bayerischen Behörden gewesen und verschiedene andere Behörden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Maurer, ich will Ihnen einen Vorhalt machen. Das ist das Protokoll der Sitzung vom 30. November 2011 des Innenausschusses des Deutschen Bundestages. Dort hat der damalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, vorgetragen. Und er wird wie folgt in dem offiziellen Protokoll des Ausschusses wiedergegeben:

So habe es bei allen rechten Anschlägen in den 80er Jahren keine Selbstbezeichnung gegeben.

Also, er hat dort dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages vorgetragen, dass nach Bewertung des Bundesamtes für Verfassungsschutz bei rechtsextrem motivierten Anschlägen das Vorhandensein von anschließenden Bekenntschreiben oder sonstigen Dokumenten der Selbstbezeichnung

der Täter eher die Ausnahme gewesen sei. War Ihnen das bekannt, diese Einschätzung?

Zeuge Jürgen Maurer: Das - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir hören das sehr viel. Ich frage deshalb, Herr Maurer, dass Sie es einordnen können: Wir haben das sehr viel gehört von beteiligten Vertretern der Sicherheitsbehörden, die beauftragt gewesen sind mit der Ermittlung, was diese Mordserie betrifft. Und ein Argument, was uns hier präsentiert worden ist, warum man eher nicht in die Richtung eines rassistischen Motives ermittelt hat, war, es habe keine Bekennerschreiben oder keine Selbstbezeichnung gegeben der Täter.

Als Sie 2005 das erste Mal beschäftigt waren mit der Mordserie, da waren ja bereits fünf Morde begangen worden. Sie haben gesagt: Im Mai 2005 waren Sie zuständig. Im Juni war der sechste Mord und der siebte. Als Sie also im Mai 2005 mit eingeschaltet wurden: Haben Sie da die Kollegen gefragt, ob sie denn mal in die Richtung eines möglichen rechtsextremen Hintergrundes geschaut haben? Und war Ihnen selber als Abteilungsleiter „Staatsschutz“ des BKA bekannt, was Herr Fromm als Wissen der Sicherheitsbehörden im Innenausschuss im November erklärt hat, 2011, dass es eben gerade ein signifikantes Merkmal von rechts-extrem motivierten Anschlägen sei, dass sich die Täter nicht bekennen?

Zeuge Jürgen Maurer: Also, erstens. Mir war die Einschätzung von Herrn Fromm bekannt, dass das so ist.

Zweitens. Für mich persönlich hat es bei der Einschätzung dieser Serie und dieses Ereignisses keinerlei Rolle gespielt - die Frage, ob eine Bekennung vorliegt oder nicht - hinsichtlich der Frage „Terroristischer Akt, ja oder nein?“. Das hat zu keiner Zeit auch im BKA eine Rolle gespielt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben Sie nachgefragt, ob in die Richtung ermittelt worden ist?

Zeuge Jürgen Maurer: Es haben intensive Gespräche von mir stattgefunden mit den Beamten. Und ich möchte auch mein erstes Assessment darlegen. Ich bin zu dem damaligen Zeitpunkt nicht davon ausgegangen, dass eine rechtsradikale, rechtsterroris-

tische Organisation tätig ist. In der ersten Besprechung, nachdem man mir die Serie bis dahin vorgestellt hat, war mein Assessment: Der Täter ist ein fanatischer Fremdenhasser, der die Chance nutzt, aus welchen Gründen auch immer, wo er auch immer gerade ist, diese Mordstraftaten zu begehen. Das war mein erster kontrapunktischer Ansatz in der Diskussion mit meinen Mitarbeitern, die seit 2004 vereinbarungsgemäß OK-Hinweise bearbeitet haben. Ich habe fälschlicherweise hinsichtlich der Frage, wie es wirklich abgelaufen ist. Aber die Frage, wenn ich keine Hinweise habe - und das ist ja meine Argumentation hier; natürlich haben wir immer wieder auch darüber diskutiert -: Was heißt das eigentlich, wenn wir im Umfeld, in den persönlichen Verhaltensweisen definitiv diese kriminellen Aktivitäten nicht feststellen? Was bedeutet das für uns? Natürlich haben wir das gemacht. Natürlich ist das permanent auch diskutiert worden. Und mich würde wundern, wenn Sie von irgendjemand im BKA gehört hätten, dass die Frage, ob ein Bekennerschreiben da ist oder nicht, eine Rolle spielt für die Einschätzung, was die Motivation der Tat ist. Das kann allenfalls ein ergänzendes Moment sein, aber niemals einschließendes oder ausschließendes Argument.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, dann scheint aber dieses Wissen gegenüber den Ländervertretern, die da involviert gewesen sind in die Ermittlungsarbeit, nicht wirklich hineinkommuniziert worden zu sein. Oder ich habe jetzt von Ihnen gehört, Herr Maurer, Sie haben gesagt, Ihr erster Ansatz war: Der Täter war ein Fremdenhasser. - Was ist denn aus dieser Einschätzung gefolgt?

Zeuge Jürgen Maurer: 2005 hat es eine Vielzahl von Diskussionen gegeben, auch um die Frage Motivation, unter anderem in entsprechenden Gremien. Es gibt da ein Gremium, das sich Kommission Kriminalitätsbekämpfung nennt, das von der Voreinstellung her für diesen Vorgang zuständig war. Das war nicht das Staatsschutzgremium. Es hat informelle Gespräche gegeben, die immer angesetzt haben an dem Punkt der Erfolglosigkeit, und die Frage: Was könnte das denn sein? Eine Einschätzung, die daraus entstanden ist, ist folgende gewesen: Wir müssten, auch nachdem wir festgestellt haben, dass wir mit unseren OK-Hypo-

thesen nicht wirklich weiterkommen, versuchen, den Gesamtvorgang neu aufzusetzen.

Überlegungen, BAOs aufzubauen, Überlegungen, Lenkungsgruppen aufzubauen, sind Ergebnis von Diskussionsprozessen, die nicht plötzlich da sind, weil irgendeine Unterschrift unter irgendeinem Vorgang steht, sondern es sind Prozesse, die in der Auseinandersetzung um den richtigen Weg dort enden. Und das war immer auch ein Punkt, zu sagen: Wieso kommen wir nicht weiter?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Maurer, in den Akten der bayerischen Polizei - und Bayern war ja federführend zuständig, BAO „Bosporus“ mit Sitz in Nürnberg, für die Koordination oder die versuchte Koordination der Ermittlungen, was die Morde betrifft - finden wir Ausführungen, die - das ist jetzt fast zitiert; zitieren darf ich aber nicht - sinngemäß zum Ausdruck bringen nach drei, vier Jahren erfolgloser Ermittlungsarbeit in Richtung organisierte Kriminalität - - Diese Akten sagen also aus: Einschätzung der Polizei war, es entspräche der türkischen Mentalität, der deutschen Polizei nicht die vollständige Wahrheit zu sagen. Deswegen bleibe man bei der Theorie OK und versuche jetzt, auf anderen Wegen die Angehörigen und das Umfeld der Opfer zu befragen, indem man zum Beispiel zwei deutsche Polizeibeamte mit einem türkischen Familienhintergrund losgeschickt hat, die sich als Privatdetektive aus der Türkei ausgeben mussten, die mit zwei der Witwen gesprochen haben - 2003 war das - und die diesen Witwen gesagt haben: „Hören Sie mal, es gibt eine hohe Belohnung für die Findung der Täter in Sachen Ceska-Mordserie. Wir wissen, Sie haben mit der Polizei gesprochen. Aber können Sie uns“, das haben also die Undercoverpolizeibeamten dann den Witwen gesagt, „vielleicht mehr sagen, als Sie der Polizei gesagt haben? Dann kriegen Sie auch was ab von der Belohnung.“ War Ihnen eine solche Einschätzung bekannt, und war Ihnen auch dieses Ausmaß - neben dem Betreiben von Dönerbuden, was ja eine Fixierung auch zum Ausdruck gebracht hat auf eine mögliche OK-Spur - so in dem Maße mitgeteilt worden, als Sie 2005 eingeschaltet wurden?

Zeuge Jürgen Maurer: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir finden in den Akten das Protokoll einer Strate-

giebesprechung vom 19.04.2006. Das ist ein Papier des Bundeskriminalamtes. Die Quelle ist MAT A BKA-2/19, und das sind die Blätter 217 ff. An dieser Besprechung haben Sie teilgenommen. Sie haben sie auch eröffnet. Können Sie sich an die Besprechung erinnern?

Zeuge Jürgen Maurer: Kann ich mich sehr gut erinnern.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich darf auszugsweise zitieren aus Seite 218:

Begrüßung der Teilnehmer durch
AP Maurer ...

AP steht für?

Zeuge Jürgen Maurer: Abteilungspräsident.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Abteilungspräsident.

Kurze Einschätzung der Lage durch
AP Maurer:

- Serie, die bisher neun Taten umfasst und seit 2000 läuft ...
 - mit weiteren Taten wird das öffentliche Interesse ansteigen ...
 - politische Seite wird stärker Einfluss nehmen ...
- was auch immer das heißen mag -
- begründete Hypothese: Verbindungen zu kriminellen Organisationen

Dann kommt aber:

- politische Hintergründe sind nicht auszuschließen, ebenso wenig wie rassistisch orientierte Täter

Man kann also sagen, Herr Maurer, ausweislich der Akten stimmt es, was Sie hier vorhin vorgetragen haben, dass Sie auch mit im Auge hatten, dass es sich um eine Mordserie mit einem rassistischen Hintergrund handeln könnte. Hat denn diese Einstellung die Leitungsebene des Hauses erreicht, unter anderem den damaligen und heutigen Präsidenten des BKA, Herrn Ziercke?

Zeuge Jürgen Maurer: Zu der Situation dieser Besprechung: Diese Besprechung ist ein erster Zwischenpunkt gewesen in einer

Reihe von Besprechungen. Ziel dieser Besprechungen war, den beteiligten Länderbehörden und den beteiligten Akteuren im BKA klarzumachen, dass, weil wir mittlerweile neun Morde hatten, es an der höchsten Zeit ist, intensiv über ein Wiederaufsetzen, Restrukturierung der Aktivitäten nachzudenken. Das ist jetzt *eine* Besprechung, bei der *ein* Protokoll erstellt wurde - sehr verkürzt. Da wurde intensiv und strittig diskutiert und konfliktär diskutiert. Natürlich - im Binnenverhältnis, in der Diskussion im Haus - diskutierten wir damals und diskutieren wir heute auch immer jede Option. Natürlich ist das auch mit der Amtsleitung diskutiert worden. Der Endpunkt dieser Diskussion ist ja an der Stelle zu sehen, wo das Haus einen Vorschlag zur Restrukturierung gemacht hat. Das ist der bürokratische Endpunkt. Davor hat eine Vielzahl von Besprechungen gelegen mit den Akteuren aus Nürnberg, mit den ermittelnden Beamten aus den einzelnen Ermittlungsbereichen plus der Gremienstrang. Das ist immer eine Frage der Überzeugung. Und spätestens ab Mai/Juni 2005 hat dieser Prozess begonnen, und kulminiert hat er nach den beiden Mordtaten im April 2006. Und da passt dieser Vermerk rein. Ja, das ist genau so gelaufen; und das ist permanenter Diskussionstand auch im Haus.

Vorsitzender Sebastian Edathy: So. Wenn es aber heißt „begründete Hypothese: Verbindungen zu kriminellen Organisationen“, und dann zum Zweiten „politische Hintergründe, rassistisch orientierte Täter nicht auszuschließen“: Das liest sich für mich nicht nach zwei gleichrangig verfolgten Theorien, sondern dass man eindeutig Präferenz gesehen hat im Bereich OK und nachrangig die Möglichkeit in Betracht gezogen hat wohl, es könnte einen rassistischen Hintergrund geben. Oder war das wirklich gleichwertig?

Zeuge Jürgen Maurer: Zu dem Zeitpunkt gab es weiterhin keine Hinweise in Richtung rechts - keine. Es gab eine Vielzahl von Hinweisen aus unterschiedlichsten Bereichen auf OK. Aber dennoch: Auch die Abwesenheit, das Nichtvorhandensein von Hinweisen rechts war nach meiner Auffassung kein Punkt, zu sagen: Wir lassen das jetzt mal außen vor; das kann nicht sein. - Das war die Überlegung. Infolgedessen ist es sehr subtil und sehr feinsinnig ausgedrückt dort, dass nämlich die unterschiedliche Informationslage sich natürlich auch noch widerspiegelt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Jetzt habe ich Sie aber vorhin, Herr Maurer, Entschuldigung, gänzlich anders verstanden. Ich habe Sie so verstanden, dass, wenn man zu dem damaligen Zeitpunkt sechs Jahre lang bereits erfolglos in Sachen OK ermittelt hat, man dann erst recht eine Alternative ansatzweise sich näher anschauen müsste. Jetzt sagen Sie aber gerade, nein, das sei so gewesen, dass man nach wie vor von OK überzeugt gewesen sei.

Zeuge Jürgen Maurer: Habe ich so gar nicht gesagt. Dann versuche ich, mich klarer auszudrücken an der Stelle. Dieser Zeitpunkt der Diskussion dort ist der Zeitpunkt der Vorbereitung einer Entscheidung auf höherer Ebene. Die Überzeugung und die Bereitschaft, die Spuren gleichgewichtig nebeneinander zu bearbeiten, ist erst entstanden mit Einrichtung „Bosporus“ und der Lenkungsgruppe in Nürnberg. Dieses Protokoll, was Sie angeführt haben, ist beschreibend den Weg dorthin, war der Versuch - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein, das Protokoll ist von 2006. „Bosporus“ ist 2005 eingerichtet worden.

Zeuge Jürgen Maurer: Das Protokoll ist von 2006. Danach hat es im Mai 2006 einen Vorschlag gegeben des Bundeskriminalamtes. Der ist anlässlich der IMK diskutiert worden. Da gab es ein Ergebnis. Dann ist ein Lenkungsausschuss eingerichtet worden, der bestimmte Merkmale dieses Vorschlags übernommen hat. Und ein Ergebnis war auch, zu sagen: Gut, dann versuchen wir mal, wirklich gleichwertig nebeneinander zu agieren. - Das Protokoll, was Sie angeführt haben, ist im Vorfeld dieser Entscheidungsherbeiführung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, wobei es also die BAO „Bosporus“ seit dem 1. Juli 2005 schon gab zum damaligen Zeitpunkt.

Zeuge Jürgen Maurer: Die die Funktion dann übernommen hat, so wie ich es versucht habe eben zu beschreiben. Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na, ich wollte ja auf den Punkt, Herr Maurer, im Wesentlichen heraus: Ist man gleichrangig - wenigstens 2006; das war ja auch schon

sehr, sehr spät nach dem neunten Mord - - hat man also jetzt die neue Überlegung, es könnte einen rechtsextremen Hintergrund geben, gleichrangig oder auch nur ansatzweise ernsthaft verfolgt? Und da finden wir in den Akten ein Schreiben, das wenige Monate nach der Besprechung erstellt worden ist. Das ist ein Schreiben von Präsident Jörg Ziercke, Ihrem damaligen und heutigen Vorgesetzten, Präsident des Bundeskriminalamtes, an Herrn Kindler, Landespolizeipräsident Bayern. Da schreibt also Jörg an den „lieben Waldemar“ - das ist MAT A BY-2/9 c -:

In Anlehnung an unser Gespräch vom 04.09.2006 zu den Ermittlungen in der Mordserie „Ceska“ übersende ich ... dir ... die ... vom BKA erstellte Synopse mit der Gegenüberstellung der Arbeitsthesen „Einzeltäter“ und „Organisation“.

Also, die Arbeitsthese Einzeltäter war jetzt die neue Überlegung aufgrund der Fallanalyse, es könnte sich um ein oder zwei Täter handeln mit einem fremdenfeindlichen Motiv, und die These Organisation war die seit 2000 verfolgte Überlegung, es könnte sich um organisierte Kriminalität handeln.

Das hier ist die Synopse, die das BKA, Präsident Ziercke am 15.09. an Herrn Kindler übermittelt hat.

(Der Vorsitzende hält jeweils Schriftstücke hoch)

OFA-Analyse: Einzeltätertheorie, das ist hier die linke Spalte, und alles, was für die Theorie Organisationsansatz, OK spricht, ist die rechte Seite.

Das ist die zweite Seite: Da ist die linke Spalte leer. - Das ist die dritte Seite: Da ist die linke Spalte leer. - Das ist die vierte Seite: Da hat die linke Spalte sechs Zeilen und die Spalte OK drei Absätze. Ich kann noch so weitermachen. - Siebte Seite: linke Spalte leer. - Achte Seite: linke Spalte - Einzeltätertheorie, was spricht dafür? - leer. Das zieht sich die ganze Synopse so durch.

Und dann finden Sie in diesem Dokument zum Abschluss folgende Hinweise:

Die Opfer zeigen unterschiedliche Erscheinungsbilder. Hier stellt sich zum „Einzeltäter“ die Frage, worauf genau schürt sich sein Hass? Angefangen vom Alter bis hin zum

Aussehen und Umfeld sind die 9 Opfer grundverschieden.

Also, wir haben acht türkischstämmige, ein griechischstämmiges Opfer.

Angefangen vom Alter bis hin zum Aussehen und Umfeld sind die 9 Opfer grundverschieden.

Was schreibt der Empfänger, Herr Kindler, aus Bayern dazu, handschriftlich?

aber alle Türken,

- und -

vermutlich keine Vorbeziehung

Das schreibt der Empfänger; das schreibt nicht das BKA.

Das BKA schreibt:

Wieso wählt er Personen aus, die auf den ersten Blick „anständig“ wirken? Hätte es nicht bessere Tatmöglichkeiten für ihn gegeben? Zum Beispiel wurde der 9. Mord in Anwesenheit von 4 Zeugen verübt. Warum sollte ein „Türkenhasser“ ein so großes Risiko eingehen, wenn er direkt im Nachbarladen einen anderen Türken in seinem Dönerstand hätte erschießen können?

Woraufhin Herr Kindler schreibt:

Wäre das Risiko hier tatsächlich kleiner gewesen (aus Sicht des Täters ...)?

Sehen Sie, Herr Maurer: Wenn es denn so gewesen wäre, dass das BKA die Position vertreten hätte, diese Einzeltätertheorie sei plausibel, dann hätte es doch ein solches Schreiben, wo dem Landespolizeipräsidenten von Bayern quasi ausgedrückt werden soll seitens des BKA, diese Theorie weiterzuverfolgen, gar nicht geben dürfen, oder?

Zeuge Jürgen Maurer: Also, erstens weiß ich jetzt nicht, was die Intention war oder was die Bitte war aus Bayern, diese Gegenüberstellung zu kriegen.

Zweitens. Ich gebe Ihnen insoweit recht: Diese Übersicht reflektiert zwei Punkte. Erstens reflektiert sie den Punkt, dass möglicherweise durch Erfahrungen aus dem Ermittlungsverfahren heraus man sich zu lange und zu verbissen an die Hypothese von OK-

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BY-2/9 c, Blatt 1099.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BY-2/9 c, Blatt 1110.

Strukturen festgemacht hat. Jetzt muss man aber eins noch sehen: Was war denn das Ergebnis der Diskussionen damals? Und deswegen verstehe ich auch, ohne dass mir dieses Papier jetzt persönlich in Erinnerung ist, warum das entstanden ist.

Nachdem der Gesamtaufbau der Gesamt-BAO abgelehnt und ein neuer Vorschlag konsentiert wurde, gab es bei Mitarbeitern des BKA die Befürchtung, dass in Nürnberg in der BAO man dem Aspekt des BKA-Auftrages nicht mehr ausreichend Rechnung tragen würde. Das hat eine Rolle gespielt. Aber das muss ich vermuten, was eine Rolle gespielt hat.

Was aber feststeht, auch zu dem Zeitpunkt: Über die Hypothesen, die in der OFA hinsichtlich der Einzeltäterhypothesen aufgetaucht sind, hinaus, hat es keinerlei festmachbare Merkmale gegeben, die in irgendeiner Übersicht hätten angeführt werden können. Die hat es nicht gegeben. Über die Hypothese hinaus gab es nichts. Damit ich nicht falsch verstanden werde: Ich glaube, ein Problem in der Polizei und bei uns allen war immer und ist immer, dass wir zu schnell glauben, wir müssen uns auf irgendeine Richtung festlegen. - Und diese Festlegungen führen dann zu weiteren Einschätzungen. Ich versuche nur, zu verstehen, was damals war; aber das sei mir dann auch gestattet. Egal, wenn man den Schalter umgeschmissen hätte an der Ecke: Es wäre nicht zu einem anderen Ergebnis gekommen. Wir reden davon, dass wir uns 2006 befinden; davon reden wir.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, Herr Maurer, das ist schon richtig, dass wir natürlich nicht den Fehler begehen dürfen, sozusagen das Wissen von heute zu übertragen auf die damalige Situation. Aber gleichwohl stellt sich doch folgende Frage: Wenn Sie nach diesem Protokoll vom 19.04.2006 geäußert haben sollen, politische Hintergründe seien nicht auszuschließen, ebenso wenig wie rassistisch orientierte Täter, dann stellt sich schon die Frage: Was ist denn daraus gefolgt?

Und wir haben nun über die ganzen Monate, wo wir hier auch mit Vertretern aus dem Bereich der Polizei gesprochen haben, die die Ermittlungen geführt haben, zum Beispiel festgestellt, dass regional begrenzt Ausschau gehalten worden ist. Also, man hat auch nach dem neunten Mord, wo inzwischen fünf Bundesländer betroffen gewesen

sind, keine bundesweite Abfrage gemacht, zum Beispiel: Habt ihr irgendwelche Leute, die mal geflohen sind, die mal mit Haftbefehl gesucht worden sind oder noch werden, auf die eine solche Profilbeschreibung eines rassistischen Täters zutreffen könnte? - Also, ich sage nur, weil wir wiederholt gehört haben, man hätte das gleichrangig verfolgt, die beiden Ansätze, oder man habe zumindest auch den sehr spät gefundenen Ansatz einer rassistischen Motivlage ernsthaft verfolgt: Ich kann nicht erkennen in den Akten, dass daraus irgendwelche konkreten Schritte abgeleitet worden seien.

Was ist denn jetzt konkret gemacht worden infolge Ihrer Besprechung, wo Sie gesagt haben: „Man kann nicht ausschließen, dass es sich um rassistisch orientierte Täter handelt“? Hat man zu irgendeinem Zeitpunkt mal das Bundesamt für Verfassungsschutz, alle Landesämter mit einbezogen zum Beispiel? Wir finden das nicht.

Zeuge Jürgen Maurer: Ja, ja. Also, die Frage der Gleichrangigkeit mache ich ja persönlich auch daran fest, dass es in vielen Diskussionen des Lenkungsausschusses, wo Ihnen die Protokolle vermutlich ja auch vorliegen, in Nürnberg im Nachgang zu den Festlegungen IMK immer wieder, wie man zwischen den Zeilen liest, es zu strittigen Diskussionen kam: Einzeltätertheorie, Organisationstheorie. Daraus schließe ich, dass das - -

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): IMK auch?)

- Nicht IMK, in den Lenkungsausschussbesprechungen in Nürnberg. Dort war das Gegenstand.

Daraus schließe ich, dass man das weiterhin strittig und kritisch diskutiert hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich will noch einen Punkt ansprechen, bevor wir dann auch in die Befragung durch die Vertreter der Fraktionen einsteigen.

Zeuge Jürgen Maurer: Entschuldigung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte.

Zeuge Jürgen Maurer: Ich war ein bisschen irritiert.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein, kein Problem, das können Sie gerne ergänzen.

Zeuge Jürgen Maurer: Einen Punkt will ich noch anführen, weil Sie danach auch gefragt haben, -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja.

Zeuge Jürgen Maurer: - vielleicht zur Klarstellung. Wir haben definitiv im BKA nach diesen Besprechungen IMK und der Festlegung „Einrichtung Lenkungsausschuss Nürnberg“ keine rechte Spur verfolgt, keinen rechten Schwerpunkt gesetzt. Also, den falschen Eindruck will ich hier nicht verbreiten. Was wir gemacht haben, ist, dass wir einen Zugang zur Verfügung gestellt haben, einen Abprüfungszugang, Prüfungszugang für die Daten aus Nürnberg, diese an der Datei „rechts“ vorbeizuführen. Ob das zielführend war, sei mal eine ganz andere Diskussion; aber das ist gemacht worden.

Die Frage, wer jetzt diese Spur, diese Ausgangshypothese am stärksten verfolgen soll, war auch entschieden: Das sollte Nürnberg sein. Ob jetzt ein Problem entsteht dadurch, dass man bereits in der ersten OFA zum Ergebnis kam: Ankerpunkt Nürnberg, in der zweiten Einzeltäter-OFA zu dem Ergebnis kam: Ankerpunkt Nürnberg, dann vielleicht zu beschränkt in seinen Überprüfungen hinsichtlich der Einbindung von Landesämtern für Verfassungsschutz ist, das konzediere ich gern. Aber da gibt ein Punkt den anderen. Und der ist nicht dadurch definiert, dass das bewusste Fehlentscheidungen sind, sondern man setzt sich auf diese Argumentationslinie, die seit Jahren entstanden ist. Das ist für mich aus meiner Sicht das Dilemma, und es ist aus meiner Sicht ein Punkt, den ich vorhin angedeutet habe: dass wir vielleicht zu früh manchmal uns einschränken in unserer Betrachtung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Da sind wir, glaube ich, hier im Ausschuss mit Ihnen als Zeugen eng beieinander, dass man den Horizont da zu sehr sich selber beschränkt hat bei der Wahrnehmung.

Ich will nur sagen, dass es mich verwundert, dass Sie in einer Besprechung im April 2006 davon reden, dass ein rassistischer Hintergrund bei der Mordserie nicht ausgeschlossen ist, und dann im September der damalige und heutige BKA-Präsident Ziercke

schreibt: „Anfangen von Alter bis zu Aussehen und Umfeld sind die 9 Opfer grundverschieden“, wo es doch genau diese Gemeinschaft war, einer ethnischen Minderheit anzugehören, die sie hat Opfer werden lassen, wie wir heute wissen. Und, ich meine, wenn man tatsächlich das ernst genommen hat, den Ansatz zu verfolgen eines möglichen rassistischen Hintergrundes, dann kann man doch nicht schreiben: Die neun Opfer hatten miteinander gar nichts zu tun, da gibt es gar keine Gemeinsamkeiten. - Also, das ist ja schon fast hanebüchen.

Ich wollte nur noch eins ansprechen - hatte ich ja jetzt schon angekündigt -: Es gab bei dieser Besprechung April 2006 auch einen Disput darüber, wie denn die Ermittlungsarbeit fürderhin gestaltet werden sollte. Nun darf ich mal Folgendes vortragen - sind zwei Absätze nur aus dem Protokoll; Zitat -:

Herr MAURER

- also Sie -

fordert eine Zentralisierung sowie eine klare Aufbaustruktur. Den Schwerpunkt in Bayern bezweifelt er, weil verschiedene Bundesländer betroffen sind. Ein gemeinsames Ziel sollte eine Organisation sein, die jeglichen Informationsverlust verhindern kann.

Soweit werden Sie wiedergegeben.

Dann kommt die Entgegnung, und zwar von einem Herrn Mikulasch. Können Sie sich an den noch erinnern?

Zeuge Jürgen Maurer: Nicht als Person, aber als Funktionär, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Welche Funktion hatte denn Herr Mikulasch?

Zeuge Jürgen Maurer: Der muss zu dem damaligen Zeitpunkt Leiter der BAO in Nürnberg gewesen sein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Er war BAO-„Bosporus“-Vertreter, genau. Zitat:

Herr MIKULASCH stimmt einem Koordinierungsbedarf zu, allerdings sind seiner Meinung nach die Fälle

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle dieses Zitats sowie des folgenden Zitats lautet MAT A BKA-2/19.O5, Blatt 220.

nur über das Opfer vor Ort zu klären, nicht durch eine Sicht von „oben nach unten“.

Würden Sie sagen, dass die Einschätzung von Herrn Mikulasch grundfalsch war? Ich frage es anders, weil das vielleicht auch schwer so zu beantworten ist: Wäre eine Zentralisierung der bessere Weg gewesen gegenüber dem, woran Herr Mikulasch als Vertreter der BAO „Bosporus“ festhalten wollte, nämlich eine dezentrale Ermittlungstätigkeit?

Zeuge Jürgen Maurer: Meine Sozialisation zu dem Zeitpunkt, als ich 2005 mit dem Vorgang mich beschäftigte, war die Sozialisation aus der Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität. Unstrittig, seit fast schon Jahrzehnten, war klar, dass man bestimmte große Komplexe, egal wo sie sich örtlich ausprägen, in einer entsprechenden Organisation abarbeitet. Ich kam aktuell aus dem Bereich der PMK und habe dieses Organisationsmodell gesehen, das ich auch kannte aus meiner vorherigen Tätigkeit im Bereich der organisierten Kriminalität, das ich aber nicht für ausreichend hielt, sich mit diesem Problem zu beschäftigen. Die Frage, wo zu zentralisieren ist, habe ich da noch gar nicht mal so stark gestellt.

Natürlich war das Angebot, zu sagen: Wir machen das. - Aber mir schien bei einer Mordserie von neun getöteten Personen es nicht logisch zu sein, dass fünf Morde bei einer Staatsanwaltschaft bearbeitet werden und vier bei einer jeweils anderen, egal wo ich das konzentriere. Dass es möglich ist, Vorgänge so zu bearbeiten, habe ich damals konzediert und konzediere ich heute. Natürlich ist es möglich, Vorgänge so zu bearbeiten. Es bedeutet nur: Die Gefahr von Informationsverlusten ist eben auch größer, und es fehlt an der Draufsicht. Das war meine Argumentationslinie zu dem Zeitpunkt.

Aber auch dieses Gespräch, das Sie anführen, war ein Gespräch im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Herbeiführung einer Entscheidung auf höherer Ebene, weil es für uns klar war: Auf der Sachebene haben wir unterschiedliche Auffassungen. Wobei ich konzediere: Man kann beide Auffassungen vertreten. Ich habe das so argumentativ damals hingestellt, weil ich der Auffassung war: Meine Auffassung ist zu dem Zeitpunkt, eine neue Chance neu aufzusetzen, weil niemand, auch niemand im BKA und auch ich

damals nicht, war der Auffassung, dass seit 2000 ermittelt wird, 2006 der neunte Mord geschehen ist, und nur weil wir das übernehmen, klären wir den Fall. So vermessen war im BKA niemand. Aber was unser Angebot zu dem Zeitpunkt war, war, zu sagen: Durch die Zusammenführung, Neubetrachtung ergeben sich neue Möglichkeiten; der andere Weg ist zu Ende. Das war unsere Argumentation.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich sage das noch mal: Herr Mikulasch sagte, seiner Meinung nach seien die Fälle nur über das Opfer vor Ort zu klären, nicht durch eine Sicht von oben nach unten. Und genau die Sicht, die Sie vorgeschlagen haben, wäre ja die gewesen, eine Draufsicht zu machen, zumindest eine koordinierende Stelle zu haben, die auch die Entscheidungskompetenz bekommt in maßgeblichen Fragen. Das war Ihre sachliche Einschätzung. Dem ist ja nicht gefolgt worden.

Nun haben wir hier zwei Aussagen gehört. Wir hatten Herrn Falk da, Vizepräsident BKA, und wir hatten Herrn Ziercke da. Herr Falk hat - ich glaube, ich zitiere ihn da nicht falsch; sonst müssen mich die Kollegen und Kolleginnen hier korrigieren - von „stümperhaften Ermittlungen“ wörtlich gesprochen,

(Dr. Eva Högl (SPD): Haben wir auch im Protokoll!)

und zwar infolge der Entscheidung, nicht zu zentralisieren, sondern weiterhin in verschiedenen Ländern dezentral die Ermittlungsarbeit leisten zu lassen. Herr Ziercke hat hingegen hier erklärt, das sei alles optimal gewesen, besser hätte es eigentlich gar nicht laufen können, und die Auslobung einer hohen Belohnung hätte am Ende sogar die Mordserie gestoppt, was übrigens sonst noch kein Zeuge hier behauptet hat. Wer hat denn nun recht, Herr Falk oder Herr Ziercke?

Zeuge Jürgen Maurer: Also, Sie wissen doch ganz genau, dass ich auf der Basis derartiger simpler Gegenüberstellungen das nicht bewerten werde; also das wissen Sie. Aber deswegen war das ja rhetorisch interessant, weil es führt mich ja nicht an den Punkt. Worum es aber geht - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein, nein, Herr Maurer, Sie sind als Zeuge hier, nicht als jemand, dessen Dienstvorgesetzter

Herr Ziercke ist. Und wir haben Herrn Falk gehört. Sie sind als Zeuge dazu da - -

Zeuge Jürgen Maurer: Auch das habe ich nicht gesagt. Ich habe nur gesagt, dass ich auf der Basis dessen, was angeblich jemand irgendwo gesagt hat, das nicht bewerten werde.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, gut. Ja, dann frage ich das anders.

Zeuge Jürgen Maurer: Das habe ich gesagt, sonst nichts.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Maurer, ist in Ordnung, Sie müssen sich doch nicht angegriffen fühlen. Sie kriegen auch kein Disziplinarverfahren, wenn Sie hier die Wahrheit sagen; das stellen wir alle sicher. Ich sage nur Folgendes: Also, man muss ja dann doch eine Bewertung vornehmen. War die Entscheidung, die Ermittlungen weiterhin dezentral erfolgen zu lassen, eine optimale Entscheidung? Oder war das eine Entscheidung, die zu dem geführt hat, was Sie damals befürchtet haben: Informationsverlust und Mangel an Zentralisierung?

Zeuge Jürgen Maurer: Erstens. Meine klare Vorstellung, wie ein derartiger Vorgang organisiert werden soll, hat Einfluss gefunden in dem Schriftsatz, der vom BKA in Richtung Bundesministerium des Innern gegangen ist. Das ist meine Einschätzung.

Zweitens. Nicht nur in diesem Fall, sondern in vielen anderen Fällen meiner 30-jährigen Polizistenkarriere habe ich Phänomene erlebt, dass ich mich mit meinen Einstellungen nicht durchsetzen konnte. Und in allen diesen Jahren war die Reaktion von mir dann: Wenn es nicht eklatant in eine völlig falsche Richtung geht, werde ich massivst remonstrieren [sic!]. Ich habe zu dem Zeitpunkt nicht befürchtet, dass es in eine eklatant falsche Richtung geht, weil ich wusste ja, was gemacht wird. Und ich wusste ja um die Umstände, dass Ansatzpunkte, die nicht bearbeitet wurden, nicht vorlagen. Ich bin überzeugt davon, dass ein zentralistischer Vorgang richtig ist. Wir haben diesen zentralistischen Vorgang gewählt bei der BAO „Trio“, wir haben den in vielen anderen Bereichen gewählt. Es ist egal, wo er gewählt wird; aber das muss das Ergebnis sein. Wenn nun eine Diskussion innerhalb eines

Gremiums entscheidungsbefugter, fachlich von mir sehr wohl sehr hoch geschätzter Kollegen abläuft und man kommt zu einem anderen Ergebnis, habe ich in der Vergangenheit kein Problem gehabt, damit umzugehen, und auch in der Zukunft nicht. Das ist mein Punkt dazu.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Dann, Herr Maurer - -

Zeuge Jürgen Maurer: Und die Einschätzung, ob man so agieren konnte, ja dass ich anders agieren wollte, habe ich beschrieben. Als die Entscheidung getroffen war, konnte ich die voll mittragen und umsetzen, weil ich natürlich auch gesehen habe, dass Elemente meiner Diskussion zum Gegenstand gemacht wurden. Es ist nicht gelungen, den gesamten Vorschlag umzusetzen. Das habe ich gesehen. Das hat mich irritiert; aber mehr auch nicht zu dem Zeitpunkt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - War denn im Ergebnis, dass Ihrem Vorschlag nicht gefolgt worden ist, die Folge, dass man eine schwerfällige Organisationsform gewählt hat mit dieser dezentralisierten Herangehensweise?

Zeuge Jürgen Maurer: Aufwendig, höchst aufwendig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, aufwendig ... (akustisch unverständlich).

Zeuge Jürgen Maurer: Wenn Sie die Protokolle sehen, dass man sich mal in Kassel trifft, mal da und da und dort, sehen Sie, wie aufwendig das war.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein, ich sage nur deshalb, weil es gibt einen BKA-Vermerk vom 28.08.2006, also zwischen Ihrer Besprechung vom April und dem Schreiben von Ziercke an Herrn Kindler. Den hat Herr Kriminaldirektor Hoppe für Herrn Ziercke erstellt. Das ist MAT A BKA-2/23, konkret zitiere ich aus der Seite 224. Und in dem Vermerk von Herrn Hoppe aus dem BKA für den BKA-Präsidenten, den damaligen und heutigen, heißt es:

Abschließend bleibt festzuhalten, dass nach der Entscheidung der IMK vom Mai 2006 die absehbare

Schwerfälligkeit der gewählten Organisationsform schon deswegen eingetreten ist, weil es keine Unterstellungen und keine klaren Entscheidungen ... -strukturen entgegen den Grundsätzen der Einsatzlehre gibt.

Also hat man sich für eine Ermittlungsarbeit entschieden, die den Grundsätzen der Einsatzlehre widerspricht, meint Herr Hoppe. Sehen Sie das auch so?

Zeuge Jürgen Maurer: Also, das sind jetzt Begriffe, die der Herr Hoppe da einbringt. Also, von der Essenz her ist der Herr Hoppe die Instanz, die das beurteilen kann, weil er derjenige war, der überwiegend an den Lenkungsausschusssitzungen teilnahm; erstens.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, an der Kompetenz von Herrn Hoppe haben Sie keinen Zweifel?

Zeuge Jürgen Maurer: Das konzidiere ich, dass er die Frage, ob etwas schwerfällig ist oder nicht, sehr wohl einschätzen kann.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Könnte er - -

Zeuge Jürgen Maurer: Und da setze ich mich auf sein Urteil. - Erstens.

Zweitens. Ob es übergeordnete Gründe gibt, anders zu agieren, das muss dahingestellt sein. Und der übergeordnete Grund war: Man hat sich nicht entschieden, eine komplette zentralistische BAO aufzubauen, weder in Bayern noch beim BKA.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Richtig.

Zeuge Jürgen Maurer: Die Folge ist natürlich, dass Aufwände größer werden. Auch das war ja ein Argument von uns. Dann müssen die halt geleistet werden, dann muss man das halt machen. Haben wir vorher diskutiert. Es hat als Argument ja nicht ausge reicht, eine andere Entscheidung herbeizuführen. Ja, dann machen wir das halt, dann ist es halt ein bisschen schwerfälliger, dann fahren wir halt da hin. Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, Herr Maurer, ich frage nur deshalb - -

Zeuge Jürgen Maurer: In der Essenz hat das nicht dazu geführt - nicht dazu geführt -, dass irgendeine Spur nicht bearbeitet worden wäre oder irgendein Ermittlungsansatz nicht bearbeitet wurde. Das war nicht die Konsequenz; schwerfällig ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, ich stelle nur fest, Herr Maurer, dass nach Aktenlage Sie ja Zentralisierung empfohlen haben, Herr Hoppe das ja wohl ähnlich sieht. Sie haben ja gerade gesagt übrigens, Herr Hoppe sei derjenige gewesen, der mit der Materie am nächsten befasst gewesen sei, Sie hätten keine Zweifel an seiner Kompetenz. Daraus schließe ich doch mal, dass für die fachlich-sachliche - nicht für die politische Beurteilung, aber für die fachlich-sachliche - Beurteilung das größere Vermögen doch wohl eher bei Herrn Hoppe als bei Herrn Ziercke gelegen hat, oder? Für die sachliche Beurteilung bei dieser Mordserie: Was ist fachlich-sachlich angemessen?

Zeuge Jürgen Maurer: Was der Herr Hoppe zu dem Zeitpunkt beurteilt hat, nicht mehr und nicht weniger, ist, dass seine Arbeit aus seiner Sicht erschwert wurde durch Entscheidungen, die in einem Kollegium getroffen wurden, das, aus welchen Gründen auch immer, Entscheidungen treffen muss; das kann der einschätzen. Der Herr Hoppe hätte jetzt einen Punkt gehabt, massivst zu remonstrieren zu einem Zeitpunkt, wenn auf der Grundlage dieser Entscheidung und als Ergebnis dieser Entscheidung Probleme entstanden wären. Die Probleme sind entstanden, dass auch das BKA mit unterschiedlichen Personen an der Lenkungsausschusssitzung beteiligt war - mal nach Nürnberg gefahren, mal nach Kassel gefahren. Das ist das Ergebnis.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja.

Zeuge Jürgen Maurer: Inhaltlich ist nichts passiert.

Vorsitzender Sebastian Edathy: So. Wir müssen ja jetzt nicht in die Diskussion einsteigen, Herr Maurer. Es ist halt nur auffällig, dass Herr Ziercke hier uns als Zeuge berichtet hat, das wäre bei fachlichen und auch sachlichen Gründen die optimale Organisationsform gewesen, die man gewählt habe, besser ginge eigentlich gar nicht, und uns

alle - die, die sich näher damit beschäftigt haben beim BKA; Herr Falk oder Herr Maurer oder Herr Hoppe - hier sagen, sie hätten eine andere Entscheidung favorisiert, und die wäre auch besser gewesen. - Ich bin sofort am Ende.

(Zuruf des Abg. Clemens Binninger
(CDU/CSU))

- Ja, war keine Frage, das war eigentlich eher eine Feststellung.

Ich will nur eine Schlussfrage - jetzt aber wirklich -, Herr Maurer, stellen. Ich stelle mir manchmal die Frage: Was wäre eigentlich gewesen - das ist jetzt hypothetisch natürlich, insofern müssen Sie das auch nicht beantworten -, wenn nicht in Eisenach Anfang November 2011 ein Zeuge zwei Männer beobachtet hätte, die Fahrräder in ein Wohnmobil gestellt haben, das ihm irgendwie auffällig vorkam, und die Polizei gerufen hätte, wenn es einen zehnten, elften, zwölften, dreizehnten, vierzehnten usw. Mord an einem Kleinunternehmer mit Migrationshintergrund gegeben hätte mit dieser Ceska-Waffe? Wäre zu irgendeinem Zeitpunkt nach Ihrem Dafürhalten jemand mal auf die Idee gekommen, ernsthaft die Möglichkeit eines rassistischen Motives aufzugreifen? Oder - Sie haben es ja so auch dargestellt - hätte man eigentlich davon ausgehen müssen, dass aufgrund der grandiosen Unterschätzung der Gefährlichkeit des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland das nie passiert wäre, dass man auf diesen Ansatz kommt?

Zeuge Jürgen Maurer: Gut, dann antworte ich auch zweifach. Erstens als Einschätzung: Es hat zu keiner Zeit unterschiedliche Auffassungen zwischen dem Leiter SO, dem Vizepräsidenten Falk und dem Präsidenten Ziercke gegeben hinsichtlich der Frage, was man dem BMI vorschlägt, was gemacht werden soll. Das ist nämlich das Schreiben, was rausgegangen ist. - Erster Punkt.

Der zweite Punkt, der dann kommt: Dann finden Diskussionen statt, und dann gibt es ein anderes Ergebnis. Und auch dann ist völlig klar, auch für einen Herrn Falk, einen Herrn Maurer, für Herrn Ziercke sowieso, dass wir dann die Entscheidungen umsetzen, es sei denn, wir haben schwerwiegende Gründe, das anders zu machen. Die hatten wir nicht.

Zu Ihrer konkreten Frage, bezogen auf den Umstand, wenn eine neue Tat stattgefunden hätte: Am meisten hat uns umgetrieben 2006 die Frage: Was passiert eigentlich - und das war eines meiner wichtigsten Argumente -, wenn der zehnte Mord passiert? - Diese Frage können Sie weiter rausschieben. Sie können die rausschieben auf das Jahr 2011 oder 12. Die Diskussion hätte genau an der Stelle wieder angesetzt.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Genau mit demselben Ergebnis!)

- Bin ich mir nicht sicher, ob es dasselbe Ergebnis ist. - Ich stelle nur in den Raum: Auch in der politischen Diskussion, ohne die Ereignisse im November letzten Jahres, hätten wir bestimmte Maßnahmen der verbesserten Bekämpfung rechts überhaupt nicht diskutiert in Deutschland. Das wissen Sie genau wie ich. Ohne die Ereignisse hätten wir nicht über RED diskutiert und nicht über GAR, weil das sind sehr weitreichende Maßnahmen; das muss man sehen. Ob diese Diskussion, die öffentliche Diskussion, der öffentliche Aufruhr dann massiv genug gewesen wäre, zu sagen: Ihr habt eine alte Serie, die war beendet, nämlich Ceska wäre dann nur gewesen, Ceska-Serie war beendet 2006 - - Ob man das jetzt so einschätzt, dass die Reaktion in der Öffentlichkeit, in der Politik stark genug gewesen wäre, zu sagen: „Ihr habt hier eine rassistische Serie“, das weiß ich nicht.

Aber eins müssen Sie wissen: Zu dem Zeitpunkt, wenn das so abgelaufen wäre, hätte es keine Raubserie gegeben, die in Verbindung gesehen worden wäre, es hätte keine Bombenattentate gegeben, die in Verbindung gesehen worden wären, es hätte nur eine Ceska-Serie gegeben. Das ist zu verhindern. Also, ich kann nur Hypothesen aufstellen, mehr auch nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Was haben Sie eigentlich gemeint im April 2006, als Sie sich geäußert haben bei der Besprechung, es sei bei weiteren Mordfällen mit politischer Einflussnahme zu rechnen?

Zeuge Jürgen Maurer: Meiner Hoffnung habe ich Ausdruck verliehen in dieser Besprechung, dass ich davon ausgehe, dass vielleicht auch mal aus dem politischen Bereich im Jahre 2006 ein Druck entstehen

würde, der uns in die Lage versetzt, massiver vorzugehen. Das war meine Hoffnung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, massiver in welche Richtung vorzugehen?

Zeuge Jürgen Maurer: Intensiver zu bekämpfen, Ressourcen dafür zu designieren. Das war meine Hoffnung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das verstehe ich jetzt nicht.

Zeuge Jürgen Maurer: Dass meine Hoffnung war - - Also, Sie werden sich die Mühe gemacht haben, und ich habe mir die Mühe ja auch gemacht: Ich habe mal versucht, festzustellen, in welchem Maße 2004 und 05 und 06 die Tatsache, dass türkische Mitbürger umgebracht werden, überhaupt öffentlich diskutiert wurde. Wir haben diskutiert. Aber ich habe versucht, festzustellen: Wer hat denn noch diskutiert? Wer ist denn noch bereit, zu sagen: „Das ist ein riesiges Problem“? Ich bin gern bereit - bin gern bereit -, mir diese Quellen noch mal zu Gemüte zu führen, wo vielleicht andere sich auch damit beschäftigt haben. Es gab ein paar wenige, geringe Ausnahmen dazu. Und mein Punkt in der Diskussion dort war: Irgendwann wird doch die Politik das nicht mehr hinnehmen, dass wir eine Serie von zehn Mordtaten haben - - und nicht von sich aus mal ein bisschen Druck ausübt. Das war die Argumentation in 2006. Da aber 2007, 2008 und 2009 keine Morde passiert sind, ist das Interesse zurückgegangen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Maurer, ich habe da gewisse Zweifel an dem, was Sie gerade ausgeführt haben. Ich sage Ihnen auch, warum.

Erstens. Es ist, glaube ich, doch nicht Aufgabe der Politik, ermittelnden Behörden vorzuschreiben, wie sie zu ermitteln haben, sondern ich muss mich doch als Bürger und auch als Abgeordneter darauf verlassen können, dass der Sachverstand in den Behörden ist, auch die analytische Kraft. Also, wenn es wirklich so sein sollte, dass die Polizei und auch das Bundeskriminalamt gelegentlich in einer Situation sind, in der sie sich wünschen, von der Politik in eine bestimmte Ermittlungsrichtung getrieben zu werden, dann wäre das ein komischer Rechtsstaat, in dem wir leben würden.

Und das Zweite ist: Wenn Sie sagen, es sei ja öffentlich, in der Politik vor dem Hintergrund der Morde an - 2006 - neun Menschen, Migrationshintergrund - übrigens wohl BKA-Chef Ziercke im September 2006 dem bayerischen Polizeipräsidenten Kindler schreibt: Da gibt es keinen Zusammenhang zwischen den neun Leuten - - dass die Politik das nicht diskutiert, dann verstehe ich nicht, dass wir in MAT A BKA-2/20, Blatt 464 ff., und zwar auf Blatt 465, finden eine von Herrn Hoppe vom BKA verfasste Führungsinformation für die Leitung des BKA vom 19. Mai 2006 über die konstituierende Sitzung der Steuergruppe. Da wird, bezogen auf den Ermittlungsstrang „Einzeltäter, möglicher rassistischer Hintergrund“, von Herrn Hoppe der Leitung des BKA Folgendes vorgeschlagen:

Mit diesem Ermittlungsstrang

- also mögliches fremdenfeindliches Motiv -
soll besonders (presse)sensibel umgegangen werden.

Das finden wir mehrfach in den Akten.

Also, es wird sozusagen kein Schuh draus, Herr Maurer, wenn Sie sagen, es hätte in der Öffentlichkeit, in der Politik stärker diskutiert werden müssen, wenn die entscheidenden Angehörigen der Sicherheitsbehörden großen Wert darauf gelegt haben, dass man nach Möglichkeit darüber öffentlich nicht diskutieren sollte. Verstehen Sie, wo meine Schwierigkeit liegt?

Zeuge Jürgen Maurer: Also, Sie haben mich doch jetzt als Zeugen hier - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie können doch nicht eine Diskussion im Nachhinein einfordern, die ganz bewusst verhindert worden ist, weil man nicht wollte, dass darüber öffentlich geredet wird, es könnte ein rechtsextremes Motiv dahinterstecken in einer Serie.

Zeuge Jürgen Maurer: Herr Vorsitzender, Sie haben mich doch jetzt als Zeugen hier, und ich versuche doch, meine Position zu verdeutlichen. Und wir diskutieren jetzt über ein marginales Argument in einem komprimierten Vermerk, der als zusätzlicher Punkt von mir quasi mit Drohcharakter an die beteiligten Länderpolizisten übermittelt wurde: Wenn ihr schon nicht bereit seid, sind vielleicht eure politischen Instanzen bereit,

euch Druck zu machen? - Das war die Art der Diskussion. Dass wir das an die Politik herantragen wollten, können Sie unter anderem daraus ersehen, dass wir einen Vorschlag gemacht haben, nach § 4 Abs. 2 beauftragt zu werden, und dass das im Vorfeld der Innenministerkonferenz gemacht wurde; das war unsere Ambition. Und ich lasse mir meine Hoffnung nicht nehmen, dass aus dem politischen Bereich auch hilfreiche, sinnvolle Anregungen kommen können. Das lasse ich mir nicht nehmen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das finde ich gut. Das zeichnet Sie aus. Aber wir halten mal fest, dass Sie im April 2006 der Auffassung waren, dass die ermittelnden Behörden ein bisschen Druck gut vertragen können. Das werde ich jetzt jedenfalls nicht als Qualitätssiegel, was Sie da Ihren Kollegen damit ausgestellt haben.

So. Wir kommen zur Befragung durch die Fraktionen hier im Ausschuss. Den Anfang macht die Unionsfraktion. Das Wort hat der Kollege Binniger.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Herr Maurer, vielen Dank für das, was Sie bisher vorgetragen haben. Wir hatten schon verschiedene Zeugen - das sage ich jetzt einfach als Einführung, nicht als Frage - des BKA hier. Wir hatten wirklich nicht bei allen den Eindruck, dass man das notwendige Problembewusstsein hatte. Und insofern sind Sie da ein wohlthuender Kontrast, weil Sie sehr sachlich fundiert Fehler auch benennen, hier vorgetragen haben. Ich bin nicht in allem mit Ihnen einer Meinung; aber darum geht es hier auch heute gar nicht.

Sie haben die Punkte angesprochen, die uns auch jetzt schon seit Monaten auffallen: dass es nicht gelungen ist, Verbindungen herzustellen zwischen unterschiedlichsten Verbrechen, dass offensichtlich dazu die Dateien fehlen, die man schon viele Jahre wollte - Stichwort „PIAV“ -, dass es nicht gelungen ist, im Föderalismus eine Organisationsform zu finden für solche länderübergreifenden Fälle, wo einer das Sagen hat, bei Polizeiseite wie bei Justiz. Das war auch eine Forderung von Herrn Geier, Leiter der BAO „Bosporus“. Eine Staatsanwaltschaft, eine Polizeiseite; kann das BKA sein, muss aber nicht; könnte auch ein LKA sein. All das, sind wir einig. Sie bringen auch die notwendige Leidenschaft mit, was ich gut finde.

Wir sind natürlich weiter entfernt von manchen Dingen als Sie. Aber wir sind selber durchaus auch selbstkritisch. Und ich habe das in der Debatte im Deutschen Bundestag gesagt, und zwar schon sehr früh: Dieser Fall, der seine Entstehung nimmt im Jahr 1998 mit dem Abtauchen des Trios, wo wir uns noch mit der Frage befassen werden: „Warum kann es nicht gelingen, dieses Trio zu finden, obwohl man so nah dran ist, scheinbar oder tatsächlich?“, über die Mordserie, die Sprengstoffanschläge, die Banküberfälle, die niemand erkannt hat, weder die Polizei, die Sicherheitsbehörden noch die Nachrichtendienste, noch die Justiz, auch nicht die Zivilgesellschaft und auch nicht die Politik - - Ich bin auch häufig - da war ich in meiner ersten Wahlperiode im Deutschen Bundestag - 2004 an diesen Fahndungsblättern vorbeigelaufen - die hingen ja an jedem Flughafen, an jedem Bahnhof; Ceska-Mordserie, mit der Deutschlandkarte, Tatorte von Nürnberg bis Rostock - und stand auch davor, was da wohl dahintersteckt, und kam auch nicht auf die Idee, es könnten Rechtsterroristen sein, so wie viele andere auch. Da haben wir genauso versagt.

Ich gehe sogar noch einen Schritt weiter: dass uns allen auch ein bisschen gut zu Gesicht steht, auch da unsere begrenzte Erkenntnis mal wieder zu reflektieren. Ich habe sogar die Sorge, dass, wenn man in einem Wohnhaus in Zwickau keine DVD und keine Ceska gefunden hätte, man möglicherweise nicht mal auf einen Zusammenhang mit der Mordserie gekommen wäre, sondern gesagt hätte: „Das sind die Polizistenmörder“, weil am 04.11. sind sie aufgefliegen, am 05.11. standen die Personalien fest, man hatte die Dienstwaffen gefunden, und dann hat man drei Tage nichts davon gehört, obwohl man wusste: Es sind Mundlos und Böhnhardt - - dass das auch die Täter der Ceska-Mordserie sein könnten. Und es hat nicht mal jemand spekuliert. Also, insofern sind wir alle da auch ein Stück weit - - muss man mit uns selbstkritisch umgehen.

Hier im Ausschuss aber - und das muss man hin und wieder in Erinnerung rufen - ist unser Auftrag, uns nicht dauernd selber zu bespiegeln. Das passiert im Parlament in der öffentlichen Debatte. Unser Auftrag lautet, mit den Sicherheitsbehörden zu reden, kritisch, teilweise auch sehr kritisch. Wir wollen das aber nicht als persönliche Angriffe nehmen. Und wir werden nur dort etwas - - Dann werden auch wir emotional, wenn wir den

Eindruck haben: Uns sitzen Zeugen gegenüber, die auch jetzt noch so tun, als ob alles wunderbar gewesen wäre. So ein Zeuge sind Sie nicht, sondern Sie haben sehr klar analysiert.

Und ich will jetzt mit Ihnen - wir haben runde 20 Minuten in der ersten Runde - auch nicht auf diesen leidigen Kompetenzstreit mehr eingehen, den wir hier schon mehrfach herausgearbeitet haben, dieses Hin und Her, wo man wirklich in der Tat sich fragen kann: Hätte es am Ende was gebracht, wenn es andersrum organisiert gewesen wäre? Möglicherweise nicht, weil das BKA schon mehr an der Organisationstheorie festhielt. Aber ich will es auch gar nicht vertiefen.

Ich will mit Ihnen drei Bereiche durchgehen, und zwar chronologisch entsprechend Ihrer Funktion, weil Sie für mich ein sehr interessanter Gesprächspartner und Zeuge sind, anhand Ihres dienstlichen Werdegangs, und zwar zunächst mal im ersten Block die Jahre 2002 bis 2005, wo Sie Abteilungsleiter Staatsschutz waren, Politisch Motivierte Kriminalität, und mit Ihnen einfach mal versuchen, zu erörtern: Wie hat sich denn in dieser Zeit der Rechtsextremismus aus der Sicht des Experten hier in Deutschland dargestellt? Was waren für Sie damals, in diesem Zeitraum, wo Sie Abteilungsleiter waren, die hervorzuhebenden Phänomene und Ereignisse im Bereich des Rechtsextremismus in Deutschland? Das wäre die erste Frage, ob Sie sich da mal vielleicht kurz erinnern, was damals für Sie so die Schwerpunkte waren, an die Sie sich noch erinnern, an die Besonderheiten. Gab es Probleme? Gab es Erkenntnisse über neue Strukturen, neue Bewegungen in rechtsextremistischen Kreisen?

Zeuge Jürgen Maurer: Also, ich muss die Historie noch mal ein bisschen thematisieren. Was war 2002 eigentlich los? 2002 waren wir, sowohl BKA als auch alle anderen Sicherheitsbehörden, massiv damit beschäftigt, mit dem Schock von 2001 zurechtzukommen. Der Schock von 2001 sah so aus, dass man, nachdem die Angriffe auf die World Trade Towers stattfanden, festgestellt hat: Da waren Informationen in Deutschland, da gab es ein Strukturproblem. Und da gab es eine Riesen-BAO, die eingerichtet wurde. Das heißt, als ich 2002, Mitte 2002 - - Also 11. September. Mitte 2002 war mein persönlicher, massiver, überragender Arbeitsschwerpunkt die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus, die Folgerungen, die

Fehleranalyse, die Vorschläge zur Erarbeitung von Verbesserungen. Und im BKA wie überall sonst in der deutschen Polizei waren insgesamt die Ressourcen rechts, auch links, zurückgefahren worden in der Vorzeit.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Kurze Zwischenfrage - ich will nicht unhöflich sein -: Können Sie in etwa noch quantifizieren, wie viele Leute damals im Rechtsextremismusbereich in Ihrer Abteilung überhaupt zur Verfügung standen oder Referate? Nur grob, also dass man ein Gespür dafür hat.

Zeuge Jürgen Maurer: Also, wir hatten als Zentralstellenreferat damals ein Referat „Rechts“, das aber personell unter Druck stand, weil wir ja noch die BAO „USA“ hatten, weil ja noch die massiven Folgeermittlungen „islamistischer Terrorismus“ stattfanden. Das heißt, wir haben relativ wenige eigene Verfahren damals rechts geführt - relativ wenige - und haben uns sehr stark auf Zentralstellenfunktion festgelegt. Das heißt, wir haben die Gremien bedient, wir haben Diskussionsrunden bedient, wir haben Auswertung bedient in dem Maße, wie das noch möglich war.

Als Ermittlungsschwerpunkte zu der Zeit - - war die Frage von rechtsradikaler Musik, Schulhof-CDs, ähnliche Dinge, die Ihnen bekannt sind, die wir als wichtig erachtet haben. Es gab Folgearbeiten bezogen auf fremdenfeindliche Akte. Aber insgesamt - müsste ich rekonstruieren - war der personelle Ansatz rechts unter Druck.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Zehn Kollegen?

Zeuge Jürgen Maurer: Also, mindestens noch 10, 15 im Referat, im Zentralstellenreferat, plus Ermittlungskräfte, also zwischen 25 und 30 mindestens.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich will gar nicht unterbrechen, nur kurz darauf hinweisen: Es gibt einen Hammelsprung im Plenum. Ich habe da gerade schon mit den Kollegen der Koalition gesprochen, ob sie einverstanden sind, möchte Sie auch fragen, dass wir da jetzt nicht dran teilnehmen. Die Koalition hat sechs Abgeordnete im Raum, die Opposition acht. Also, insofern könnten eigentlich sogar zwei Oppositionsabgeordnete jetzt gehen, wenn wir ein faires Pairing

machen, aber müssen nicht. Aber wir unterbrechen deswegen jetzt nicht insgesamt, wenn Sie einverstanden sind. - Herr Binninger.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ich wäre auch dafür, nicht zu unterbrechen, wenn wir alle hierbleiben. Ich habe aber eine Grundsatzfrage, weil ich damit schon mal schlechte Erfahrungen gemacht habe und auch nicht unterbrochen habe und sitzen geblieben bin bei einer wichtigen Arbeit, nämlich die Rechtsextremismusdatei zu verhandeln, um dann hinterher festzustellen, dass die Opposition den Hammelsprung boykottiert hat und gar nicht teilgenommen hat, was dann ja zu großen öffentlichen Debatten geführt hat, warum so wenig da sind. Also, wenn sichergestellt ist, dass die Opposition ihr parlamentarisches Recht drüben auch in Anspruch nimmt, hätte ich gesagt: Bleiben wir alle hier. Ist das - -

(Sönke Rix (SPD): Es wäre aber zum Nachteil!)

- Ja, macht ihr mit, oder steht ihr wieder vor der Tür rum?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es geht, glaube ich, um die sofortige Abstimmung über die Abschaffung der Praxisgebühr. Und die wollte die Opposition jetzt irgendwie - -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Also, dann können wir alle hierbleiben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir bleiben hier. So. Das ist Konsens. - Bitte. Waren Sie fertig mit der Antwort, Herr Maurer?

Zeuge Jürgen Maurer: Also, das heißt, es sind Zentralstellenaufgaben durchgeführt worden, Projektberichte, Kameradschaften, Zusammenarbeitsformen mit dem BfV sind versucht worden - - in gemeinsamen Arbeitsgruppen das zu machen. Die Ermittlungstätigkeit war relativ überschaubar; nennen wir es mal so.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Also, ist ja auch eine Erkenntnis, dass die Polizei häufig ja auf Ereignisse reagieren muss, umschichtet, dann andere Dinge zu kurz kommen, ohne böse Absicht. Und hier kann man sicher sagen, dass natürlich ein Referat

mit Ermittlungskräften, mit maximal 20 Leuten in den Jahren 2002, 2003, 2004, nicht üppig besetzt war.

Ich würde gerne mit Ihnen zwei Punkte durchgehen aus einem Schreiben des Bundeskriminalamtes an das Innenministerium, damals an den Herrn Schindler, der wohl Abteilungsleiter dort war, aus dem September 2003. Das ist - das ist jetzt nicht für Sie; das ist nur für das Protokoll - MAT A BMI-4/58. Und da geht es unter anderem um das Ermittlungsverfahren Wiese und wo das BKA dem BMI mal so eine Gesamtschau gibt: Rechtsextremismus in Deutschland im Jahr 2003. Da sind mir ein paar Punkte aufgefallen, wo ich Sie einfach um Ihre Erinnerung bitte, was sich dahinter verbirgt. Hier steht:

Das BKA fertigt zudem Kriminalitätsanalysen, wie z. B. im Rahmen des gemeinsamen Projekts mit dem BfV zur Untersuchung rechtsextremistischer Kameradschaften.

Und irgendwo habe ich neulich in den Medien entnommen, dass es genau dazu, ich glaube, Stichwort „Hammerskins“, 2003 auch ein bisschen einen Dissens gab über die Bewertung solcher Kameradschaften, am Ende der Bericht relativ, ja ich will mal sagen, harmlos daherkam, der dann vom BfV federführend zu verantworten ist. Können Sie sich daran noch erinnern, an dieses Projekt Kameradschaften aus dem Jahr 2003?

Zeuge Jürgen Maurer: Ich habe das eben angesprochen, auch schon mal in den einführenden - - Natürlich kann ich mich daran erinnern. Woran ich mich nicht erinnern kann, ist, dass wir einen fundamentalen Dissens gehabt haben sollen; also da kann ich mich jetzt nicht daran erinnern. Aber was Sie an dem Beispiel eben auch sehen: Wir haben in Zentralstellen und Grundsätzlichem zusammengearbeitet; das war der Punkt. Und es war - - Die Frage, gemeinsam das zu machen, war bereits da - auch eine Ableitung -, dass getrennte Beschäftigungen nicht zielführend sein können. Das war auch da schon der Punkt. Aber zugegebenermaßen: Mit begrenztem Niveau ist auch später noch mal die Arbeit fortgeschrieben worden.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle dieses Zitats sowie der folgenden Zitate lautet: MAT A BMI-4/42.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Dann wird eine kurze Bewertung vorgenommen dieser - -

... Anzahl der Kameradschaften insgesamt eher rückläufig; auch dies spricht tendenziell für eine erfolgreiche Kontrolle der Sicherheitsbehörden der Länder.

Dann kommt aber ein Satz, der mich etwas aufhören ließ, wo ich Sie auch mal bitten würde, in der Erinnerung zu kramen, ob Sie mir vielleicht sagen können, wer da gemeint ist:

Andererseits gibt es Hinweise auf Zusammenschlüsse von Kameradschaften, denen erhöhte Aufmerksamkeit zukommen muss.

Haben Sie da noch eine Erinnerung dran, aus welcher Region in Deutschland - - oder um welche es da gehen könnte, weil es hier nicht genannt ist, wem man sich da, im Jahre 2003, mit erhöhter Aufmerksamkeit widmen muss?

Zeuge Jürgen Maurer: Also, ich vermute mal, dass meine Unterschrift nicht da druntersteht.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Nein.

Zeuge Jürgen Maurer: Habe ich mir auch gedacht. - Ich weiß es nicht. Ich kann es nicht einschätzen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ein Herr Klink und: beglaubigt Betmann, Kriminaldirektor.

Zeuge Jürgen Maurer: Ja, der Betmann war der Referatsleiter „Rechts“ und der Herr Klink war der - - „L2“ (?) nannte sich das. Das war eine Funktion oberhalb des Abteilungsleiters.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Müsste man im Zweifel die dann auch direkt fragen.

Zeuge Jürgen Maurer: Ja.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Weiterer Punkt aus dieser Analyse aus dem Jahre 2003. Da beschreiben Sie Ihre Aufgabe:

Das BKA nimmt den Dienstverkehr mit dem Ausland, insbesondere im Bereich des zunehmend internatio-

nalisierten Konzertgeschehens und des Vertriebs von Tonträgern mit rechtsextremistischen Inhalten, wahr.

Und dann weiter unten auch noch mal so ein Auslandsbezug:

In diesem Zusammenhang wurden vom BKA erneute Aktivitäten der im September 2000 durch den Bundesinnenminister verbotenen Skinheadbewegung „Blood & Honour“ im In- und Ausland festgestellt. Die örtlich zuständige Staatsanwaltschaft hat aufgrund dieser Ereignisse ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts des Verstoßes gegen ein Vereinigungsverbot eingeleitet ...

Also, Sie hatten offensichtlich von Ihrem Fachreferat Erkenntnisse zum Thema „Rechtsextremismus im Ausland“ - war auch ein Stück weit Ihre Zentralstellenfunktion - - geschildert.

Was uns da im Ausschuss umtreibt - das stand in der Presse; das habe ich jetzt nicht aus den Akten präsent -: ein Artikel, der - in der *Berliner Zeitung* - auch aus dem Jahr 2003 stammt, wo berichtet wird - ich referiere jetzt aus dem Gedächtnis -, dass die italienischen Sicherheitsbehörden den deutschen Sicherheitsbehörden mitgeteilt hätten im Jahr 2003 - das Schreiben stammt aus 2011 - als Folge der BAO „Trio“ wohl Abfragen - - Also, die schreiben - - Nein, nicht 2012; Entschuldigung. Die schreiben Ende 2011 deutsche Behörden an und nehmen noch mal Bezug auf ihre Erkenntnismitteilung 2003, dass es damals Erkenntnisse gegeben hätte über Kleingruppen, Netzwerke im Untergrund, die auch Gewalttaten begehen wollen. Ist Ihnen noch mal so eine Erkenntnismitteilung, sei es aus Italien, an das BKA - kann ja auch an das BfV gegangen sein, weil dort wird es vermerkt laut Presseartikel - - Ist Ihnen so was beim BKA noch erinnerlich, Hinweise in Ihrer Zeit als Abteilungsleiter aus anderen Ländern, die etwas mit Gefährlichkeit und rechtsextremistischen Strukturen in Deutschland zu tun hatten?

Zeuge Jürgen Maurer: Deziert aus anderen Ländern nicht. Aber das Phänomen, der Problempunkt war in der Zeit auch Diskussion in der Abteilung. Die Frage, ob es Zusammenhänge gibt zwischen Großsicherstellung, Waffenfunden von sogenannten Waffennarren, ob es da Zusammenhänge gibt mit der Bewaffnung von rechten Grup-

pen, das war immer Thema. Deziiert ein Hinweis auf konkrete Personen, eingehend aus dem Ausland, ist mir nicht bekannt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gab es denn überhaupt so eine Schiene auf Polizei-seite, dass man sagen konnte: „Also, zum Thema Rechtsextremismus haben wir im Prinzip auf Seite BKA und auf dem Pendant ausländischer Behörden feststehende Ansprechpartner, die sich kontaktieren, wenn es denn etwas gäbe“? Könnte ja auch mal umgekehrt sein, dass Sie den Kollegen im Ausland etwas mitteilen müssen. Gab es da ein eingespieltes Verfahren oder feste Ansprechpartner? Oder war es ein bisschen vom Zufall abhängig, wo so ein Hinweis dann landet? Also, laut Zeitung landet er hier beim BfV und nicht beim BKA; aber das finde ich etwas verwunderlich hier.

Zeuge Jürgen Maurer: Also, die festen Ansprechpartner gab es natürlich auch im Bereich PMK-rechts, und es wurden auch regelmäßige Treffen durchgeführt, um festzustellen: Gibt es internationale Zusammenarbeitsformen? Das war auch vor dem Hintergrund zu sehen: Gibt es vielleicht, wenn es um die Frage „Ideologie und Entwicklung und Geisteshaltung“ geht, Bezüge zu „Aryan Nations“ in den USA, gibt es Bezüge zu verschiedenen bekannten Rechtsextremisten im Ausland? Was immer ein Problem damals schon war, war die Frage unseres deutschen Tatbestandes „Verunglimpfung, Benutzen von verbotenen Zeichen“ und die Unmöglichkeit, beispielsweise mit den Amerikanern das zu ermitteln. Aber auch da hat es mit den Amerikanern Gespräche gegeben, welche Gestaltungsbedingungen man verbessern muss, um da vielleicht doch weiterzukommen. Also, es gab auch diesen internationalen Zusammenhang.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber jetzt konkret aus dem Jahre 2003 so eine Art fast schon Warnmeldung: „Achtung, da soll es ein Netzwerk geben“ ist Ihnen nicht ein-erlich?

Zeuge Jürgen Maurer: Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Mir fiel vorhin auf - das wäre die Frage gewesen -, dass Sie ja mit der Ceska-Mordserie dann befasst wurden, als Sie Abteilungsleiter im

Bereich OK wurden. Davor gab es nie mal einen Abgleich mit der Staatsschutzabteilung nach dem Motto: „Hier passiert etwas. Ausländischstämmige Mitbürger sind Opfer. Habt ihr eine Idee oder eine Erkenntnis?“? Gab es davor mal einen Kontakt, jetzt losgelöst, dass man, wenn man in einer BAO ist, natürlich dann standardisiert und systematisch die Dinge abgleicht? Aber man könnte ja auch vorher mal auf die Idee kommen, zu sagen: Ich frage mal bei den Kollegen im Staatsschutz nach.

Zeuge Jürgen Maurer: Ich persönlich habe nie irgendwas über den Vorgang gehört.

Clemens Binninger (CDU/CSU): War er Ihnen so bekannt, einfach aus den Medien?

Zeuge Jürgen Maurer: Überhaupt nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nein, gar nicht?

Zeuge Jürgen Maurer: Überhaupt nicht, noch nicht mal aus Medien bekannt. In Rekonstruktion dessen, was im BKA an Informationen lief, vermute ich: Der gesamten Amtsleitung, der damaligen Amtsleitung, war der Vorgang auch nicht bekannt. Die Frage, ob dort Informationsüberprüfungen stattfanden, müsste ich jetzt hypothetisierend beantworten. Da es keine personenbezogenen Daten gab, die zu überprüfen waren, da es keine Daten gab, die über die kriminaltechnische Zusammenführung hinaus schon überprüft waren, vermute ich mal, dass es in der Phase, zu dem Zeitpunkt bezogen auf das, was die Nürnberger ermittelt haben, eher keine Überprüfungen gab. Das vermute ich, weil ich wüsste jetzt nicht, was das gewesen sein soll.

Als wir dann ab 2004 - also „wir“ heißt: der Bereich OA - - sich mit personenbezogenen Daten beschäftigt hat, weil die OK-Daten waren ja zur gleichen Zeit personenbezogene Daten, gehe ich davon aus, dass wie üblich im BKA ein Datum - Person X, Y, Z - natürlich auch an allen Dateien vorbeigeführt wird, die dort verfügbar sind, personenbezogene Dateien. Da da keine Treffer stattfanden und warum da keine Treffer stattfinden konnten, wissen wir ja mittlerweile, warum das nicht zielführend war - gemacht wurde, aber nicht zielführend war.

Clemens Binniger (CDU/CSU): War Ihnen denn überhaupt in Ihrer Zeit als Abteilungsleiter Staatsschutz, jetzt losgelöst vom Zusammenhang mit der Ceska-Mordserie, die damals ja niemand gesehen hat, der Begriff „die Jenaer Bombenbastler“ bekannt, dass da - - 98 abgetaucht, mit Aufwand gesucht, Unterstützung des BKA, meine ich sogar ... (akustisch unverständlich) oder Beratung zumindest - - War Ihnen das ein Begriff oder Ihren Fachreferaten? Fiel das mal als Gruppe, die besonders gefährlich eingeschätzt wird?

Zeuge Jürgen Maurer: War überhaupt kein Begriff. Die Tatsache, dass sich das BKA mit diesen drei Personen schon mal beschäftigt hatte, wurde mir persönlich bekannt im Rahmen einer Sitzung des PKGr, weil der GBA dort diese Information mitgebracht hat, bezogen auf ein Schriftstück, was im BKA entstanden war, das es im BKA schon gar nicht mehr gab. Also, die Frage dieser drei Personen im Bereich der Abteilung Staatsschutz war keine Diskussion, war nicht existent.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Gilt das auch für Personen, die heute Gegenstand des Ermittlungsverfahrens sind, Beschuldigte sind? Sie sind ja da sehr tief drin in der BAO „Trio“, dass Sie jetzt noch mal sagen, mit den Namen, mit denen Sie es heute zu tun haben - will keinen nennen; Sie wissen selber, wer Beschuldigter ist im Verfahren - - dass Sie da jetzt von Ihrer Erinnerung her sagen: „Den Namen hatten wir zu meiner Zeit 2002 bis 2005 aus anderen Zusammenhängen auch schon auf dem Schirm, also hier kommt alte Kundschaft wieder nach oben“?

Zeuge Jürgen Maurer: Also, mit mir diskutiert nicht, im Rahmen von Besprechungen nicht. Das heißt nicht, dass - - Ich kann das für die drei zentralen Figuren ausschließen. Das heißt nicht, dass in anderen Arbeitszusammenhängen diese Personen bekannt waren. Erstaunlich war für mich, dass alle diese Personen bereits in dem Vermerk von 1998 und 99 drin waren und drinstanden. Aber diesen Vermerk hat es im BKA nicht mehr gegeben. Wenn aber dann andere Verfahren gelaufen sind gegen diesen Kreis von zehn oder, was weiß ich, zwölf Beschuldigten, dann ist das - - wäre überprüfungs-fähig, kann man überprüfen; aber als Diskus-

sionspunkt, Erörterungspunkt nie, zu keiner Zeit.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Wer war denn damals zuständig 98/99 im BKA, also da, wo der Vermerk entstand, den es heute nicht mehr gibt? War das auch schon - - Es gab ja ein paar Mal Organisationsveränderungen. Deshalb muss man ja immer sehr präzise fragen. Wer hat das damals gemacht?

Zeuge Jürgen Maurer: Das war das Referat, das für PMK-rechts zuständig war. Ich hätte damals vermutet, dass man sich als Zentralstelle damit begnügt hätte, die Information entgegenzunehmen, habe aber dann festgestellt durch das Protokoll, dass man auch vor Ort gefahren war und Vor-Ort-Erhebungen gemacht hat. Aber das war eigentlich von der Beschäftigung mit einem Problem her der übliche Weg.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Aber es ist schon richtig, die Aussage, dass letztendlich - das betrifft jetzt nicht Ihre Amtszeit, aber davor, 98/99 - man - ich glaube, da war es so, dass man das BKA einfach um Unterstützung gebeten - - im BKA, zusammen mit wem auch immer - werden wir noch versuchen rauszukriegen, BfV, Thüringen usw. -, Wissen generiert wurde über diese drei Abgetauchten und ihre potenziellen und tatsächlichen Unterstützer, wo Sie heute jetzt sagen mit dem Wissen aus den laufenden Ermittlungen: „Da ist personenidentisch fast die ganze Truppe schon zusammen gewesen und auch bekannt mal“? Kann man das so sagen?

Zeuge Jürgen Maurer: 98 gab es die Durchsuchung in der Garage, Feststellung von TNT, infolgedessen Interesse bei den Bekämpfern PMK-rechts. Die sind vor Ort gefahren, haben erhoben, haben einen Bericht gefertigt. Und in dem Bericht stehen sieben, acht, neun oder zehn Namen drin, die auch heute noch eine Rolle spielen - 1998.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Das ist ja für uns so ein Punkt, den hatten Sie ja auch angesprochen: Es gibt an vielen Stellen Bruchstücke von Informationen, Mosaiksteine, die für sich allein genommen wertlos sind, aber, wenn es gelungen wäre, sie in

irgendeinen Zusammenhang zu setzen, sei es durch automatisierten Abgleich oder was auch immer - - es vielleicht etwas mehr hergegeben hätte für erfolgreiche Ermittlungen.

Ich will - meine Zeit in der ersten Runde ist vorbei - aber schon noch mal überleiten auf das, was mich nachher beschäftigen wird, wenn wir in der zweiten Runde miteinander reden. Der Sprengstoffanschlag in Köln, den ich - - Jetzt kann man auch von heißen Spuren reden, die kalt werden, und unterschiedlicher Meinung sein, aber wo ich schon sage: Da war so viel eigentlich da von Videos etc.; da hätte man Richtung rechts ermitteln müssen. - Haben Sie, glaube ich, vorhin auch so in etwa bewertet.

Ich wollte jetzt zum Abschluss nur fragen: Damals hat vier Wochen nach dem Nagelbombenanschlag in Köln - der war im Juni 2004 - - Vier Wochen später erscheint ein Dossier des Bundesamtes für Verfassungsschutz, ein sogenanntes „BfV Spezial“, mit der Überschrift „Gefahr eines bewaffneten Kampfes deutscher Rechtsextremisten - Entwicklungen von 1997 bis Mitte 2004. Stand: Juli 2004“. Kennen Sie das? Haben Sie das also - - War es Ihnen von damals - - Geht so was auch an das BKA, oder bleibt es - ich kann es Ihnen auch zeigen, wenn Sie wollen - Exklusivwissen der Nachrichtendienste?

Zeuge Jürgen Maurer: Solche Papiere gehen üblicherweise auch an das BKA.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Sie wissen jetzt aber nicht, ob Sie es damals oder Ihr Referat das bekommen haben oder so?

Zeuge Jürgen Maurer: Üblicherweise laufen solche Papiere auch über meinen Tisch, über den Tisch des Abteilungsleiters. Erinnerung an das Papier jetzt dezidiert habe ich überhaupt keine.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Okay. Ich komme nachher noch mal darauf - -

Zeuge Jürgen Maurer: Aber es ist denkbar. Ich halte es sogar eher für plausibel, dass es über meinen Tisch lief.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Okay. - Kollege Schuster hat eine Nachfrage. Dann ist ja unser Kontingent erschöpft.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Maurer, würden Sie uns erklären: Was sind die Anlässe, dass die BKA-Zielfahndung nach abgetauchten oder zur Verhaftung ausgeschriebenen Straftätern sucht? Also, wer löst so etwas aus? Unterfrage - klar -: Warum bei den dreien nicht?

Zeuge Jürgen Maurer: Eigentlich ganz einfach, Herr Schuster: Es muss ein Auftrag der zuständigen Staatsanwaltschaft ergehen - muss; ist zwingend -, sonst kann das BKA nicht tätig werden. Wenn also in Jena bei der Staatsanwaltschaft die Auffassung besteht, es macht Sinn, das BKA zu beauftragen, dann gibt es ein Ersuchen, und dann macht das BKA. Zielfahndungsmaßnahmen des BKA ohne Auftrag gibt es überhaupt keine, sind rechtlich nicht zulässig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion. Das Wort hat die Kollegin Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Danke schön. - Herr Maurer, wir haben Sie ja hier auch als Zeugen eingeladen, weil Sie deshalb insbesondere interessant sind, weil Sie schon sehr frühzeitig, wie Sie auch hier geschildert haben, die Vermutung hatten, es könnte sich um Täter mit einem rassistischen, fremdenfeindlichen, rechtsextremen Motiv handeln. Das hat Sie hier besonders spannend gemacht als Zeugen. Sie hatten damit ja die absolut richtige Vermutung als einer von wenigen, die das nur so pointiert auch formuliert haben. Sie haben das heute noch mal wiederholt und haben gesagt, Ihrer Meinung nach war von Anfang an - - oder Ihnen war auch klar, insbesondere nach dem Sprengstoffanschlag in Köln haben Sie das auch sofort gesehen, dass es ein Täter - - oder Täter gewesen sein müssen mit fanatischem Fremdenhass. Das haben Sie ja hier auch noch mal so wiederholt.

Wenn Sie das jetzt noch mal betrachten, wie damals auf Ihre Vermutung reagiert wurde: Waren Sie nicht auch - ich will das einfach mal rausarbeiten mit Ihnen - enttäuscht, dass Ihre Position so wenig Anklang gefunden hat bei den Kolleginnen und Kollegen und bei der Ermittlungsarbeit?

Zeuge Jürgen Maurer: Ich habe versucht, das auch darzustellen. Der normale Reflex in vielen Kriminalitätsbereichen beim Bundeskriminalamt im Bereich der allgemei-

nen Kriminalität ist, zu sagen, den Ländern anzubieten: Wir kümmern uns drum. - Die Ablehnungsquote bei solchen Angeboten ist immens. In der Situation „Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität“ sieht es etwas anders aus. Dafür gibt es strukturelle Gründe, und da gibt es Gründe, die in dem Delikt liegen.

Das Ereignis in Köln sah so aus: Wir kriegen eine WE-Meldung mit ganz dünnen Informationen. Natürlich war der erste Reflex dann bei mir, ohne dass das irgendwie dann dokumentiert wird, weil das wird nicht dokumentiert: Kümmert euch drum. Fahrt hin. Bietet an, bis hin zur Übernahme, auch unabhängig von der Tatsache, dass wir zu dem Zeitpunkt nur noch ein rudimentäres Ermittlungsreferat neben dem Zentralstellenreferat haben, weil es wichtig genug erscheint. - Dann fährt man hin, und dann kriegt man gesagt: Schön, Angebot ehrt das BKA. Aber wir sehen das anders. - Dann sind wir nicht frustriert, sondern wenden uns der Arbeit zu.

Das Dilemma, was da drinsteckt, ist folgendes: Ab dem Zeitpunkt - deswegen ist auch die Frage, dieser Bericht, BfV - - Ab dem Zeitpunkt ist dieser Vorgang, weil er im Land gefixt ist, nicht mehr Gegenstand einer Abteilung Staatsschutz im BKA gewesen. Es hat sich dann eine Zentralstellenorganisation im Bereich OA drum gekümmert. Für die Abteilung Staatsschutz war auch nicht mehr erkennbar, dass eine weitere Abteilung des BKA Tatorthilfe geleistet hat. Das ist ein Phänomen von Organisation. Da gibt es Möglichkeiten, das zu überwinden; gibt es Pläne. Aber das ist Struktur. Frustriert sind wir nicht, sondern wir sagen: Wie kommt man dazu? - Na gut, dann ist es halt so. Mehr als Unterstützung anbieten können wir nicht. Mehr als die Übernahme anbieten können wir nicht.

Dr. Eva Högl (SPD): Das ist ja, Herr Maurer, sehr hilfreich für uns hier, was Sie ausführen, weil wir ja die Aufgabe haben, hier an den Fehlern zu arbeiten. Das führt ja auch manchmal zu einer falschen Wahrnehmung unserer Befragung, weil wir natürlich die Aufgabe haben, Fehler zu beleuchten, und auch nicht immer das ganze Engagement, was da drinsteckt, jedes Mal in gleicher Länge in unserer Redezeit auch würdigen können. Deswegen arbeite ich noch mal weiter mit Ihnen an den Fehlern.

Die zweite Fallanalyse, die dann kam - ich gehe jetzt mal zur Mordserie über -, hat ja im

Grunde genommen komplett Ihre Vermutung auch bestätigt: Täter mit rechtsextremem Hintergrund. Haben Sie sich auch bestätigt gefühlt? Haben Sie davon gehört, von dieser zweiten Fallanalyse damals?

Zeuge Jürgen Maurer: Ja, klar. Klar, habe ich davon gehört.

Dr. Eva Högl (SPD): Und wie haben Sie darauf reagiert? Haben Sie dann irgendwas veranlasst, oder haben Sie darüber Gespräche geführt? Das war ja ein neuer Ermittlungsansatz.

Zeuge Jürgen Maurer: Muss man mal noch ein Stück zurückgehen vielleicht. 2005 war meine erste Frage, als ich erstmals über den Vorgang informiert wurde: Wer macht denn eigentlich die Operative Fallanalyse? - Da wurde mir gesagt: Das macht Bayern. - Dann habe ich dargelegt, damals in internen Gesprächen: Ich hätte gern, dass wir auch eine machen. - Da wurde mir dargelegt, dass das erstens nicht opportun wäre und zweitens uns nicht weiterführen würde. Dann habe ich gesagt: Dann ist das so. Dann beugte ich mich damit.

Dr. Eva Högl (SPD): Darf ich fragen, wer das gesagt hat, dass das nicht opportun ist?

Zeuge Jürgen Maurer: Die zuständige Dienststelle für Organisations - - für Operative Fallanalyse, -

Dr. Eva Högl (SPD): Im BKA?

Zeuge Jürgen Maurer: - die ja in einem Zentralstellenkontext natürlich mit der Münchner Fallanalyse in Zusammenarbeit stand. Da aber der Gesamtvorgang ein Vorgang Nürnberg war - und das heißt: „nicht opportun“ -, kann nicht irgendeiner kommen und sagen: „Ich mache jetzt mal eine Fallanalyse“, weil dazu braucht er alle Akten und alle Daten. Das ist dann Angelegenheit des Staatsanwaltes und Angelegenheit der Polizei. Das heißt, mein Vorschlag, den ich dort unterbreitet habe, dem konnte gar nicht gefolgt werden, weil ich auch das einsehen musste: Ja, ist nicht unser Vorgang. Wir können das nicht machen, weil wir keine rechtliche Möglichkeit dazu haben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Der Kollege Binninger - -

Zeuge Jürgen Maurer: Dann kam die nächste OFA mit dieser Einzeltäterhypothese. Das Dilemma bei dieser OFA war - ich bin mir nicht sicher, ob das schon mal diskutiert wurde -, dass sie zielführend war bezogen auf das, was sie als Motivation beschrieben hat, aber eine missverständliche Linie aufgezeigt hat mit dem Ankerpunkt Nürnberg. Das war das Dilemma an der. Auch da haben wir drüber diskutiert. Das hat bei mir dazu geführt, weil ich mich nicht so wahnsinnig intensiv dann mit dieser Analyse beschäftigt habe, zu sagen: Wieso kommt man denn jetzt schon wieder bei dieser Option zu dem von mir dann auch eingeschränkt verstandenen Begriff des Ankerpunktes Nürnberg? Das kann ja jetzt nicht wirklich sein. Also, die Organisationshypothese durch Einzeltäterhypothese ersetzen, aber sonst keine Konsequenzen ziehen, sondern - - ja, dann ist es halt Nürnberg, weil das auch nicht meiner Vorstellung, meiner zugegebenermaßen sehr simplen Vorstellung des reisenden fremdenhassenden Gewalttäters entsprach, weil für mich - - sage ich: Nürnberg, gut, ja. Ankerpunkt heißt was anderes in dem Zusammenhang, kann nicht bedeuten, dass die Person dort lebt.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Wieland
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Binninger hatte gebeten - und Frau Dr. Högl hat zugestimmt -, eine Zwischenfrage stellen zu können. Bitte, Herr Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wenn Sie selber keine eigene OFA-Analyse aus den dargelegten Gründen machen können, weil es da auch nicht opportun ist, wundere ich mich. Wir haben hier gehört und auch den Akten entnommen, dass man aber dann das FBI, als es, glaube ich, zufällig zu Besuch war im BKA - - die hat man dann gebeten um eine Alternativanalyse. Wissen Sie davon, und warum dann so?

Zeuge Jürgen Maurer: Da befindet sich ein handschriftlicher Vermerk - -

(Dr. Eva Högl (SPD): Das war nicht BKA! Das waren die Bayern! - Zuruf von der CDU/CSU)

- Ja, da befindet sich ein handschriftlicher Vermerk von mir dran. Der lautet wörtlich: „wenig hilfreich“; steht da dran. Die FBI-Kollegen waren zu Besuch in München,

(Dr. Eva Högl (SPD): Genau!)

haben anlässlich dieses Besuches auf einer mir nicht nachvollziehbaren, rudimentären Informations- und Aktenlage ein Ergebnis produziert, das überhaupt nicht in irgendeiner Weise handhabbar, umsetzbar und hilfreich war. Dieser Hinweis „wenig hilfreich“ entsprach ein bisschen - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber heute passt - - auf die Täter passt es heute. Wenn man es heute liest, passt vieles.

Zeuge Jürgen Maurer: Ja, war ja auch meine Auffassung. Das war ja auch meine Auffassung, die ich propagiert hatte.

Dr. Eva Högl (SPD): So, jetzt bin ich dran. - Aber das haben wir ja jetzt herausgearbeitet. Sie haben das als wenig opportun angesehen, da eine eigene - - obwohl Sie sich das gewünscht hätten.

Nun gab es die zweite. Sie sind ja sehr engagiert - das merkt man ja, Herr Maurer - bei diesem Thema „rechtsextremer Hintergrund“. Ich nehme an, das kommt nicht nur aus der Kenntnis, die wir jetzt haben, sondern Sie waren das auch damals schon. Wie haben Sie denn dann reagiert, als gerade, als die zweite Fallanalyse erschienen ist mit dieser These auch rechtsextremer Hintergrund, Einzeltätertheorie, sofort eine dritte beauftragt wurde und gesagt wurde so nach dem Motto: „Das kann ja eigentlich nicht sein, wir müssen jetzt mal noch eine dritte Fallanalyse - - Haben Sie das verfolgt, und wie hat das auf Sie gewirkt?

Zeuge Jürgen Maurer: Das habe ich verfolgt. Das habe ich für logisch gehalten, weil es zu viele Widersprüche gab.

Dr. Eva Högl (SPD): Wegen des Ankerpunktes Nürnberg?

Zeuge Jürgen Maurer: Wegen des Ankerpunktes Nürnberg. Weil das Misstrauen, das entstehen konnte, ist, dass man sich analytisch intensivst mit Überlegungen beschäftigt, aber vielleicht zum Ergebnis kommt, das bestehende Strukturen bestätigt.

Dieses Misstrauen habe ich gehabt an der Ecke. Ob das berechtigt war oder nicht, sei dahingestellt. Das ist vielleicht meine skeptische Betrachtung von bestimmten Dingen. Deswegen war das in meinem Sinne: Wenn schon wir das nicht machen als OFA-Analyse, dann doch wenigstens eine Dienststelle - deswegen ist ja Baden-Württemberg gewählt worden -, die mit diesen Vorgängen nichts zu tun hat. Also, das war eine der Diskussionen, zu sagen: Draufsicht.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber aus der Sicht - -

Zeuge Jürgen Maurer: Jemand, der nicht drinsteckt, soll draufgucken.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja. Herr Maurer, aus der Sicht jetzt noch mal: „Welches Tatmotiv wird angenommen?“, hat natürlich die dritte Fallanalyse wieder die ursprüngliche Theorie bestätigt: organisierte Kriminalität. Wie hat das denn auf Sie gewirkt? Das war ja keine Unterstützung für Ihre Auffassung.

Zeuge Jürgen Maurer: Frau Högl, ermüdend hat es gewirkt in der Phase, weil das ist ja ein permanenter Diskussionsprozess gewesen. Wir haben einen eingeschränkten OK-Auftrag. Wir verfolgen den. Die Kollegen sind engagiert. Wir haben eine Situation, dass wir keine zentrale Vorgangsbearbeitung haben, weil die hatten wir zu keiner Zeit. Dann haben wir Analysen, die uns Hilfestellung geben sollen in bestimmte Richtungen, uns aktiv zu entwickeln, und die sind auch inkohärent, inkonsistent, diskussionsfähig und - das werden Sie wahrscheinlich von anderen auch gehört haben - gerade mal noch nutzbar, um bestimmte Ermittlungsrichtungen zu indizieren.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja. - Jetzt möchte ich Sie ganz gern noch mal fragen, da Sie ja so engagiert den Fortgang der Ermittlungen auch verfolgt haben und auch bei diesem Thema da eine klare Auffassung hatten: Was wurde denn konkret - - Sie haben ja gesagt, das wurde gleichwertig auch als Ermittlungsansatz verfolgt. Wenn wir davon mal ausgehen, was Sie gesagt haben, auch wenn wir das hier vielleicht ein bisschen anders sehen, was die Gleichwertigkeit angeht, aber was wurde denn konkret getan? Haben Sie das verfolgt, was dann wirklich tatsächlich zur

Unterstützung dieses Ermittlungsansatzes „rechter Hintergrund“ getan wurde?

Zeuge Jürgen Maurer: Also, das ist ja auch bekannt. Es hat dann - - Mit dieser Entscheidung ist ja erst gestartet die etwas systematischere Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutzamt in Bayern.

Dr. Eva Högl (SPD): Wie sah die Ihrer Meinung nach aus?

Zeuge Jürgen Maurer: Indem konkret die Daten abgeklärt wurden; davon gehe ich aus. Es war nicht unsere Option, und es war auch nicht unsere Funktion. Aber mir wurde berichtet: Das findet jetzt statt. - Dann hat es umfangreiche regionale Erhebungen noch mal gegeben. Das Ärgernis oder die Problematik dabei immer wieder, die ich dann sehen musste: Gut, also glaubt man jetzt, der rechte Täter kommt aus Nürnberg. - Also, das ist ja das - - Wenn Sie mal eine Entwicklung eingeschlagen haben in so einem Kontext, das ist natürlich problematisch und gefährlich. Ob es dann noch ein Umwerfen gibt - schwer zu sagen.

Was mich wiederum beruhigt hat: mitzukriegen, dass dieser Vorgang Köln, den ich ja aus einer anderen Seite erstmalig zur Kenntnis genommen hatte, jetzt zumindest so weit ernstgenommen wurde, dass es intensive Abstimmungen zwischen Nürnberg und Köln gab. Das wiederum hat mich beruhigt, da sagte ich: Okay, man tauscht sich wenigstens aus. Egal, von welcher Motivation man ausgeht, man tauscht sich aus und hält es für möglich, dass es Täteridentität geben könnte.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Was hat denn
Köln mit den Ceska-Morden zu
tun?)

Dr. Eva Högl (SPD): Köln. Das war aber nur ein ganz kleines Aufflackern und wurde dann mit der Bemerkung, man wolle ja nicht Äpfel mit Birnen vergleichen, wieder an die Seite gelegt.

Zeuge Jürgen Maurer: Noch mal: Die richtige Dienststelle, nämlich Nürnberg, hat sich auf den Weg gemacht und hat das mit Köln diskutiert und hat sich mit Köln ausgetauscht. Das war die richtige Dienststelle.

Das ist passiert. Das war für mich ein Punkt: Okay, man ist nicht nur an einer Ecke.

Dr. Eva Högl (SPD): Hatten Sie denn das Gefühl, dass dieser Austausch mit dem Verfassungsschutz, dass das gut läuft und dass das was bringt? Weil wir wissen ja, dass zum Beispiel es allein in Bayern zwischen BAO „Bosporus“ bzw. der bayerischen Polizei und dem Verfassungsschutz ein monatelanges Hin und Her um den Austausch von Informationen gab. Haben Sie solche Informationen mal erreicht?

Zeuge Jürgen Maurer: Ich hatte in der Phase, wo wir uns mit dem Vorgang - - wo wir den Vorgang bearbeitet haben, keinerlei Informationen hinsichtlich von Zusammenarbeit zwischen - - außer BKA-Stellen mit Verfassungsschutzämtern keine.

Dr. Eva Högl (SPD): Wie waren Sie dann trotzdem informiert über die Ermittlungsarbeit, also über den Schwerpunkt und die einzelnen Schritte?

Zeuge Jürgen Maurer: Über die Ergebnisse der regelmäßigen Lenkungsgruppensitzungen. Der Kollege Hoppe bzw. der Kollege Deetz, der dort öfters auch war, die haben regelmäßig Berichte dazu geschrieben, die regelmäßig zu Diskussionen geführt haben, die regelmäßig zu Rücksprachen geführt haben, die regelmäßig dazu geführt haben, dass ich aus meinen Arbeitszusammenhängen in die Organisationseinheit gegangen bin, die sich mit den Ermittlungen beschäftigt hat. Da hat es in der Regel eine dauerhafte Diskussion gegeben, bis etwa - - ja, bis etwa 2007, schätze ich mal.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber Sie können nicht wirklich sagen, dass Sie die Ermittlungsarbeit so konkret verfolgt haben, dass Sie tatsächlich wissen, dass es eine absolute Gleichrangigkeit dieser beiden Ermittlungsansätze gegeben hat, was Sie sich gewünscht hätten, aber - -

Zeuge Jürgen Maurer: Diskussion aus der Lenkungsgruppe. Absolut einschätzen konnte ich, was das BKA gemacht hat, immer noch. Und das, was in Nürnberg gemäß der Aufgabenteilung durchgeführt wurde, das habe ich erfahren durch die Berichterstattung

aus den Lenkungsausschusssitzungen und meine Reaktion darauf, Nachfragen, Bitten.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Maurer, ich möchte gern noch mal einen Punkt ansprechen, der bei unserer Debatte hier im Untersuchungsausschuss auch immer wieder eine Rolle gespielt hat, die Frage: Wie offensiv wurde dieser Ermittlungsansatz „Rechtsextremismus als Tatmotiv“ in die Öffentlichkeit getragen? Es gab ja auch eine Medienstrategie. Da wurde ja vereinbart, dass nicht so offensiv - - Haben Sie das verfolgt? Ist Ihnen das in Erinnerung geblieben, wie damit umgegangen wurde, mit diesem Ermittlungsansatz nach außen? War ja auch eine sensible Situation 2006.

Zeuge Jürgen Maurer: Offen gestanden, mir ist das damals nicht aufgefallen. Mir persönlich ist nicht aufgefallen, dass wir diesen Ansatz rechts zu wenig in die Öffentlichkeit getragen haben. Mir ist das nicht aufgefallen. Heute würde ich sagen: Ja, wir haben das zu wenig gemacht. Mir ist es damals objektiv nicht aufgefallen. Mir hat damals gereicht, dass man die Motivation offengelassen hat, dass man sich nicht festgelegt hat.

Dr. Eva Högl (SPD): Aus Ihrer Sicht als Experte - auch für Rechtsextremismus - ist das doch nicht üblich, dass man sagt, man hält damit hinter dem Berg, sondern Sie würden auch sagen, es ist eigentlich notwendig, das auch offensiv in die Öffentlichkeit zu kommunizieren, wenn man in diese Richtung ermittelt?

Zeuge Jürgen Maurer: Also, was ganz sicher notwendig ist, retrograd festzustellen: Wo lagen die Fehler in unserer Öffentlichkeitsstrategie? - Definitiv. Da wird man möglicherweise auf solche Punkte stoßen, ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Zumal - diesen Punkt möchte ich ganz kurz auch noch eben ansprechen - ja auch der Generalbundesanwalt - - Das ist für Sie ja auch wichtig. Als Bundeskriminalamt geht es eventuell darum, dass der Generalbundesanwalt ein Verfahren an sich zieht. Wenn wir wissen, dass der aufgrund von Presseberichten prüft - so war das ja auch im August 2006 - und nach dieser Prüfung dann zu dem Ergebnis kommt, seine Zuständigkeit sei nicht gegeben, dann spielt natürlich die öffentliche Kommunikation

auch eine große Rolle. Könnten Sie da vielleicht auch eine Bewertung zu abgeben, wie Sie das damals auch gesehen haben, die Frage Übernahme nicht nur BKA - da kommen wir noch drauf -, sondern Generalbundesanwalt?

Zeuge Jürgen Maurer: Wir haben im BKA permanent überlegt, wie wir es schaffen könnten, den GBA zuständig zu machen. Aus dem Informationsgefüge heraus gab es überhaupt keine Information, die eine Zuständigkeit ermöglicht hätte. Also sind wir auf Folgendes verfallen, was eine gute Idee war, aber zur gleichen Zeit in eine Trugspur geführt hat: Der GBA wäre zuständig gewesen bei der Täterschaft der Türkischen Hizbullah. Also haben wir das zum Thema gemacht, um ein entsprechendes Verfahren und mit einem entsprechenden Verfahren die Zuständigkeit des GBA zu begründen.

Aus dem Ceska-Verfahren selbst gab es keine Hinweise, sondern es gab nur Hinweise, dass es denkbar war, dass Opfer aus dem Ceska-Bereich verbunden sind mit Opfern, die durch die Türkische Hizbullah in Istanbul umgebracht wurden. Daraus haben wir versucht, eine GBA-Zuständigkeit zu begründen. Trugspur - wissen wir ja heute, dass es eine Trugspur war. Aber es gab für den GBA keine Möglichkeit, Informationen zu bewerten und zu einem anderen Ergebnis zu kommen. Wir haben es versucht. Wir haben auch keine generieren können.

Dr. Eva Högl (SPD): Also, politisch motivierte Täter mit rechtsextremem Hintergrund - jetzt konkret gefragt - hätten natürlich eine Zuständigkeit des GBA begründet, mit der er das Verfahren hätte an sich ziehen können?

Zeuge Jürgen Maurer: Wenn es Informationen gegeben hätte, die diesen Verdacht begründen. Die gab es nicht.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber einen Verdacht zur Türkischen Hizbullah hatten Sie auch nicht.

Zeuge Jürgen Maurer: Doch, den hatten wir.

Dr. Eva Högl (SPD): Da gab es auch keine Informationen zu.

Zeuge Jürgen Maurer: Doch, doch, den hatten wir. Ich weiß nicht, in welchem Maße die Türkische-Hizbullah-Spur hier bearbeitet wurde. Natürlich hatten wir den, und zwar manifest. Wir haben ihn nur instrumentalisiert im Sinne des Ceska-Verfahrens.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber dieser Verdacht stellte keine Verbindung zwischen den neun Mordopfern her? Das war kein verbindendes Element?

Zeuge Jürgen Maurer: Die Türkische-Hizbullah-Spur stellte eine Verbindung her, dass zwei tote türkische Personen in Istanbul gefunden worden waren, Täter Türkische Hizbullah, und diese Personen hatten Kennbeziehungen zu zwei Opfern aus der Ceska-Serie. Da hatten wir eine Verbindung. Nur, sie war bedeutungslos, weil es halt nur simple Kennverhältnisse waren. Das wissen ja heute, dass es bedeutungslos war. Der Mordakt der Türkischen Hizbullah in Istanbul war nicht bedeutungslos.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber über den Weg politische Motivation der Täterinnen und Täter, also Rechtsextremismus, zu gehen und so auch den GBA in Richtung Zuständigkeit zu stupsen - wenn ich das mal so salopp ausdrücken darf -, auf die Idee sind Sie in dem Moment nicht gekommen? Also, Sie haben sich da konzentriert auf Türkische Hizbullah?

Zeuge Jürgen Maurer: Doch, diskutiert: Welche Möglichkeiten gibt es? Aber gemeinsam festgestellt: Wir haben keine hinreichenden Motive, keine hinreichenden Beweislagen, dass der GBA rechtlich ein Verfahren eröffnen kann. Die waren nicht da.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber letztlich genauso wenig Beweislagen wie bei Türkische Hizbullah.

Zeuge Jürgen Maurer: Weniger, deutlich weniger.

Dr. Eva Högl (SPD): Was sagt meine Zeit?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist ausgeschöpft.

Dr. Eva Högl (SPD): Dann mache ich in der zweiten Runde weiter. - Herzlichen Dank, Herr Maurer.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Herr Kollege Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Maurer, was ging und geht Ihnen eigentlich durch den Kopf, wenn Sie in den letzten Wochen und Monaten die Berichterstattung über die Aktenlöschungen beim BfV gelesen haben, während Sie und Ihre Kollegen seit Jahren ja versucht haben, das weiter aufzuklären und die Mordfälle zu ermitteln?

Zeuge Jürgen Maurer: Ich beurteile nicht Geschehnisse, Ereignisse in anderen Behörden. Zum Zeitpunkt, wo offenkundig wurde - 04.11., 10.11.2011 -, dass wir ein Ereignis haben, das intensivst aufgeklärt werden muss, ist im BKA eine Entscheidung ergangen: Egal, wie datenschutzrechtliche Lösungsüberlegungen bestehen, wir blockieren alles und bringen Sperrvermerke ein. Das ist noch mal schriftlich bestätigt worden mit Einrichtung des Untersuchungsausschusses. Egal, welche rechtlichen Verpflichtungen bestehen, machen wir das. Welche Entscheidungslage es in anderen Behörden dazu gab, weiß ich nicht und möchte ich schon gar nicht beurteilen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Haben Sie denn die BfV-Akten schon mal eingesehen?

Zeuge Jürgen Maurer: Mit Einrichtung der BAO „Trio“ war uns klar, dass wir natürlich intensiv uns austauschen müssen, mit dem BfV in Sonderheit auch und sicherlich auch mit anderen. Wir haben dann Personen aus dem BfV in das Ermittlungsverfahren inkorporiert und haben dadurch versucht, den Informationsaustausch zu beschleunigen. Wir haben - ich kann das jetzt nicht sagen, in wie viel Fällen; ich vermute mal eine dreistellige und möglicherweise größere Zahl von Fällen - im schriftlichen Verkehr im Rahmen des Ermittlungsverfahrens entsprechende Abklärungen betrieben und haben auch alle die Informationen, die angefordert wurden, immer gekriegt.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Haben Sie denn auch die zum Teil rekonstruierten Akten noch mal angeschaut?

Zeuge Jürgen Maurer: Entschuldigung, ich weiß es nicht. Also, was mir nur berichtet ist insgesamt, ist, dass die Akten, die dort vernichtet worden waren, keinerlei Relevanz für den Fortgang unserer Ermittlungen hatten. Insoweit unterstelle ich jetzt mal - ohne dass ich Ihnen das positiv sagen kann -, dass der entsprechende Überprüfungsschritt durch die Mitarbeiter der BAO stattgefunden hat.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ist denn das BfV direkt auf Sie zugekommen, oder haben Sie da konkret nachfragen müssen, im Hinblick auf diese gelöschten, wieder rekonstruierten Akten?

Zeuge Jürgen Maurer: Der normale Gang ist, dass Initiative ausgeht von der ermittlungsführenden Dienststelle. Das war auch in den Fällen so. Die Frage ist: Ist das von irgendeiner Relevanz für unser Verfahren? - Das ist der übliche Gang. Und dann gibt es eine Antwort dazu. Aber das ist - weil anders können Sie den Informationsfluss nicht organisieren. Wir können nicht gebrauchen, dass irgendjemand uns immer nur Informationen zuschiebt. Wir sensibilisieren, bringen jemanden in eine BAO rein, dass er weiß, was sind unsere Ermittlungsrichtungen; das machen wir dann. Aber in den Fällen, wo wir glauben, das muss überprüft werden, sind immer wir initiativ geworden und haben immer wir aus dem Ermittlungsverfahren heraus darum gebeten.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Sie haben auch die Relevanz selber geprüft entsprechend?

Zeuge Jürgen Maurer: Die Mitarbeiter in der BAO, ja.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Dann lassen Sie mich noch eine hypothetische Frage stellen. Herr Maurer, im Rahmen des aktuellen Ermittlungsverfahrens werden Sie ja für den Generalbundesanwalt tätig. Da haben Sie - wie wir auch als Untersuchungsausschuss - das Interesse, vollständigst aufzuklären. Bei der Aktenlieferung von Thüringen an den Untersuchungsausschuss gab es

zumindest Gerüchte, dass diese Akten auf dem Weg zum Deutschen Bundestag beschlagnahmt werden sollten bzw. auch Zugriff zu den Akten in Treptow genommen werden sollte, Gerüchte. Haben Sie Sorge um Ihre aktuellen Ermittlungen?

Zeuge Jürgen Maurer: Keinerlei. Also, die Zusammenarbeit im Nachgang, auch mit den sonstigen Dienststellen, Länderdienststellen, hat absolut funktioniert. Auf die Frage hin: „Können wir - - wir brauchen die Akten“, hat es sehr aufwändige Maßnahmen gegeben, wo wir teilweise die Akten uns haben überspielen lassen. Aber teilweise haben wir uns dann vereinbart, dass wir vor Ort gefahren sind. Wir haben gesagt: Wir sichten das vor Ort. Wir nehmen das nicht alles mit. - Das ist ohne Probleme passiert. Sorgen, dass wir dort - - dass uns was vorenthalten wurde, sind im Ermittlungsverfahren nicht entstanden.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wissen Sie, ich frage deswegen, weil der Innenminister von Thüringen ja sagte, dass er bewusst nicht durch das LfV die Akten hat zusammenstellen lassen, sondern durch Mitarbeiter seiner Bereitschaftspolizei. Also, auch das Vertrauen an der Stelle in den eigenen Dienst war nicht besonders groß ausgestattet. Deswegen auch da: Hatten Sie da in irgendeiner Form während des gesamten Ermittlungsverfahrens jetzt die Sorge, dass Sie nicht alle Informationen oder möglicherweise nur rudimentäre Informationen bekommen?

Zeuge Jürgen Maurer: Also, Sie müssen auch immer im Hinterkopf haben: Ihr Untersuchungsschritt ist umfangreicher als unserer an der Stelle. Das heißt, Sie beschäftigen sich intensiver auch mit Vorgängen, die in den 90er-Jahren liegen, wir weniger. Das heißt, unter der Diskussion mit dem GBA sind wir immer an der Ecke, versuchen festzustellen: „Wer könnte noch Beschuldigter sein? Wer könnte noch interessante Person sein?“, und dann richten wir unsere Ermittlungen daran aus. Dann stellen wir Fragen. Bisher haben wir nicht den Eindruck gehabt, dass uns was vorenthalten wurde. Also, der Eindruck ist bei uns nicht entstanden.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wobei natürlich Beihilfe zum Mord ja nicht verjährt. Also, insofern - -

Zeuge Jürgen Maurer: Ja. Also, noch mal: Der Eindruck ist nicht entstanden. Der Eindruck, der bei uns auch entstanden ist - wie überall sonst ja auch -: dass man, je weiter man historisch zurückgeht, eine umso desolaterere Aktensituation vorfindet. Also, das ist ja jetzt nicht überraschend gewesen für uns.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Das heißt, Sie haben persönlich jetzt nicht drüber gedacht, zur Sicherung der Akten selber zu Beschlagnahmemaßnahmen zu greifen?

Zeuge Jürgen Maurer: War nicht nötig, weil aus unserer - - Noch mal: Sie gehen in ein Bürogebäude, und jemand sagt: Ich gebe Ihnen alles. - Dann nehmen Sie das mal so als gegeben hin. Dann kriegen Sie halt alles.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ich möchte einen anderen Bereich mit Ihnen diskutieren, und zwar: Sagt Ihnen ECG etwas, also European Cooperation Group on Undercover Activities?

Zeuge Jürgen Maurer: Ja.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Organisierte ECG den grenzüberschreitenden Einsatz von verdeckten Ermittlern, in den auch das BKA eingebunden ist? Ist das korrekt?

Zeuge Jürgen Maurer: Herr Wolff, jetzt weiß ich nicht genau, was das mit unserem Vorgang hier zu tun hat. Ich bin ja gern bereit, zu vielem zu antworten. Aber das verstehe ich jetzt nicht.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Dann stelle ich Ihnen eine andere Frage, und zwar hat ein Sprecher des Bundesinnenministeriums dem *Spiegel* gegenüber am 23. Juni 2011 die Zahl von 50 bis 70 verdeckten ausländischen Ermittlern in Deutschland bestätigt, die seit dem Jahr 2000 hier eingesetzt wurden, angefordert wohl vom BKA. Auch das, wenn das richtig ist - ich gehe mal davon aus, wenn das das Bundesinnenministerium sagt - - Wie viel davon haben sich denn, von den verdeckten Ermittlern, in der rechten Szene getummelt?

Zeuge Jürgen Maurer: Nach meinem Wissen niemand. Das bedeutet aber nicht,

dass ich alles weiß. Aber nach meinem Wissen niemand.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also, keine - -

Zeuge Jürgen Maurer: Wir reden von verdeckten Ermittlern.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wir reden von verdeckten Ermittlern aus dem Ausland, ja.

Zeuge Jürgen Maurer: Und wir reden nicht von demonstrativen Ereignissen, die anlässlich von irgendwelchen großen politischen Veranstaltungen stattgefunden haben.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Nein, wir reden nicht - -

Zeuge Jürgen Maurer: Noch mal: Nach meinem Wissen - -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Nein, nein, wir reden nicht über den Fall Kennedy.

Zeuge Jürgen Maurer: Genau.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wir reden über die Frage: 50 bis 70 verdeckte Ermittler aus dem Ausland in Deutschland, seit dem Jahr 2000, laut *Spiegel* aus dem Jahr 2011, die Antwort des Bundesinnenministeriums. Davon ist keiner - sagten Sie jetzt - in der rechten Szene aktiv gewesen.

Zeuge Jürgen Maurer: Nach meinem Wissen keiner.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also auch nicht in Thüringen selbst?

Zeuge Jürgen Maurer: Noch mal: nach meinem Wissen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Auch in anderen - -

Zeuge Jürgen Maurer: Falls es so sein sollte, was ich persönlich für nicht vernünftig hielte, dass internationale verdeckte Ermittler in Bundesländern ohne das Wissen des Bundeskriminalamts unterwegs sind, falls das so sein sollte, dann kann ich das nicht ändern. Mir ist es nicht bekannt.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also, Sie können auch ausschließen, dass beispielsweise in Heilbronn internationale verdeckte Ermittler tätig waren?

Zeuge Jürgen Maurer: Ich kann darlegen, was unsere langjährigen Partner auf schriftliche Anfrage dezidiert dazu geäußert haben. Sowohl der militärische Bereich als auch der polizeiliche Bereich, sowohl FBI als sonstige militärische Nachrichtendienste haben uns schriftlich dargelegt, dass es keine Operation amerikanischer verdeckter Dienststellen in Deutschland gab.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Letzte Frage in der Runde, Herr Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Das wäre ein neuer Komplex. Deswegen - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Würde ich vorschlagen, in der zweiten Runde dann fortzusetzen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Linksfraktion. Das Wort hat der Kollege Petermann.

Jens Petermann (DIE LINKE): Herr Maurer, zunächst eine kriminalfachliche Frage. Kann man aus Ihrer Sicht ernsthaft annehmen, dass die organisierte Kriminalität eine Mordserie wie die hier in Rede stehende mit ein und dergleichen Waffe ausübt?

Zeuge Jürgen Maurer: Kann man ernsthaft annehmen. Diese Annahme ist durch einen Irrtum von uns gestützt worden. Wir hielten es für möglich, dass die Nutzung der Ceska eine Botschaft ist. Das wäre typisch für Sanktionierungen in kriminellen Organisationen. Da braucht es keine Bekennung. Da ist die Botschaft die benutzte Waffe. Aber das war ein Irrtum, weil die Benutzung der Ceska war keine Botschaft, sondern hing mit anderen Dingen zusammen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Eine Frage zu den Lagebesprechungen im Bundeskanzleramt. Welchen Beitrag haben Sie da geleistet für die Vorbereitung dieser Lagebesprechungen?

Zeuge Jürgen Maurer: Jetzt generell, was wir für Beiträge da leisten?

Jens Petermann (DIE LINKE): Sie persönlich zu der konkreten Mordserie. Die ist ja auch Thema gewesen in den Lagebesprechungen.

Zeuge Jürgen Maurer: Die Mordserie wurde Thema ab 2005. Da werden üblicherweise Sprechzettel, sehr komprimierte Sprechzettel gefertigt. Nach meiner Erinnerung sind da drei, vier oder fünf unterschiedliche Sprechzettel gefertigt worden. Die gehen dann in die Akten des Teilnehmers dort an der Besprechung und sind dann Anhaltspunkt für Vortrag. Die können so vorgetragen sein, wie sie da stehen, können aber auch anders vorgetragen sein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Haben Sie selbst da auch Beiträge geleistet für diese Sprechzettel, möglicherweise auch in Hinsicht auf einen rechtsextremistischen Hintergrund?

Zeuge Jürgen Maurer: Überhaupt nicht.

Jens Petermann (DIE LINKE): Sie haben gar keine Beiträge geleistet für die Sprechzettel?

Zeuge Jürgen Maurer: Überhaupt nicht.

Jens Petermann (DIE LINKE): Sie waren da auch nicht zuständig in irgendeiner Form?

Zeuge Jürgen Maurer: Nein, ich war der Abteilungsleiter, in dessen Abteilung das erstellt wurde. Aber das ist eine enorme Vorbereitung für diese ND-Lagen. Das ist delegiert. Das guckt sich ein Abteilungsleiter nicht mehr an.

Jens Petermann (DIE LINKE): Weil es nicht so wichtig ist oder weil - -

Zeuge Jürgen Maurer: Nein, es ist schon sehr wichtig. Aber die Vertretung und der Umgang damit liegen bei der Amtsleitung und bei den Stäben, die das vorbereiten. Da braucht es keine weitere Person, die sich noch mal damit beschäftigt; die braucht es überhaupt nicht.

Jens Petermann (DIE LINKE): Haben Sie sich aber mal dafür interessiert möglicherweise, was da besprochen wird?

Zeuge Jürgen Maurer: Was in der ND-Lage besprochen wird?

Jens Petermann (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Jürgen Maurer: Ich bin jetzt seit drei Jahren ständiger Gast in der ND-Lage und bin jetzt Konsument dieser vorbereiteten Arbeiten. Ich weiß, wie da diskutiert wird und was da diskutiert wird. Ich weiß aber auch, dass vor 2005 das kein Thema dort war und in 2005 Thema im Zusammenhang mit bestimmten Diskussionen, die sich dort auch meines Erachtens in den vorbereiteten Unterlagen widerspiegeln.

Jens Petermann (DIE LINKE): Herr Maurer, war Ihnen bekannt, dass die OFA-Analyse davon ausging, dass es möglicherweise polizeiliche Vorerkenntnisse beim Staatsschutz rechts über die Täter geben müsste, vor allem über Waffen- und Sprengstoffdelikte, auch das Schießen außerhalb von Schießständen?

Zeuge Jürgen Maurer: Sie sprechen jetzt die zweite OFA-Analyse an.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Jürgen Maurer: Das war eine vernünftige, begründete Arbeitshypothese, der man aus meiner Sicht unbedingt Rechnung tragen musste. Ja, ich halte das für plausibel, was dort geäußert wurde.

Jens Petermann (DIE LINKE): Tatsächlich ist dem aber nicht wirklich Rechnung getragen worden, wie wir wissen. Es gibt im Jahre 2004 ein Gutachten des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Ist Ihnen das bekannt? Da geht es um die Bewertung der Bombenanschläge, und zwar gab es Bombenanschläge der Neonaziterrororganisation „Combat 18“ in London im Jahre 1999. Es wurden also Parallelen mit dem Anschlag in der Keupstraße hergestellt. Kennen Sie dieses Gutachten?

Zeuge Jürgen Maurer: Ich halte es für möglich. Wenn das ein spezielles Gutachten ist, speziell erstellt ist, gehe ich davon aus,

dass ich es nicht kenne. Wenn es ein Produkt des BfV ist im Zusammenhang mit der generellen Einschätzung, dann gilt das Gleiche, was ich eben gesagt habe: Dann ist das vermutlich über meinen Tisch gelaufen. Es hat bloß keine Relevanz mehr gehabt für mich, weil es eine allgemeine Information war, weil der Zentralstellenvorgang Keupstraße, Köln, bei der Abteilung OA bearbeitet wurde.

Jens Petermann (DIE LINKE): Sie können sich jetzt nicht positiv dran erinnern?

Zeuge Jürgen Maurer: Nein, kann ich nicht.

Jens Petermann (DIE LINKE): In der Fallanalyse des BKA zum Nagelbombenanschlag in der Keupstraße heißt es unter anderem, dass die Wirkungsweise des Tatmittels eine hohe Menschenverachtung ausdrücke.

Sieht man diese in direktem Zusammenhang mit der Auswahl des Anschlagortes, also der Keupstraße, als herausragendes Beispiel für die türkische Kultur, so lässt dies einen ausgeprägten Hass auf die zum Zeitpunkt der Tat im Friseursalon und auf der Straße sich aufhaltenden Personen vermuten.(?)

An späterer Stelle ist dann von Hass gegen die türkische Gemeinschaft die Rede. Damit fand sich also die OFA-Analyse des BKA auch - wenn man so will - in Übereinstimmung mit der Analyse des LKA Nordrhein-Westfalen. Trotzdem gab es offensichtlich Schwierigkeiten für das BKA, zu ermitteln. Können Sie das noch mal erläutern, warum man da nicht weitergekommen ist? Gab es möglicherweise auch Widerstände, die eine Ermittlung in diese Richtung nicht zuließen?

Zeuge Jürgen Maurer: Herr Petermann, ich habe jetzt das Datum nicht, wann diese OFA-Analyse erstellt wurde. Können Sie mir das noch mal sagen?

Jens Petermann (DIE LINKE): Haben wir das da?

Zeuge Jürgen Maurer: Ist jetzt nicht so - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Februar 2005 war das.

Zeuge Jürgen Maurer: Okay. Also, ein Jahr später. - Ich kenne die Analyse. Ich bin, als ich sie gelesen habe, überrascht gewesen über die zutreffenden Einschätzungen in dieser Analyse. Ich habe diese Analyse zur Kenntnis genommen nach November 2011. Die Analyse ist entstanden im BKA als Unterstützung, Anforderung der Kölner Behörde, ist im BKA überhaupt nicht diskutiert worden, weil sie auftragsgemäß für die Kölner Polizei erstellt wurde, war auch kein Gegenstand einer Beschäftigung, weder in der Abteilung OA, die als - - also 2005, OA, die als Zentralstelle für dieses Sprengstoffdelikt dann zuständig war, ist dort auch nicht diskutiert worden, weil sie ist erstellt worden für die sachbearbeitende Dienststelle Köln.

Ich habe sie gelesen, halte sie für hochinteressant und in vielerlei Punkten zutreffend. Es gibt ein paar Punkte, die sind völlig daneben in dieser Analyse. Aber darum geht es nicht bei den Analysen, sondern es geht nur darum zu sagen: Liefern sie Ansatzpunkte? Und das hat die geliefert, denke ich.

Jens Petermann (DIE LINKE): Okay. Vielen Dank zunächst. - Die Kollegin Pau würde noch eine Frage anschließen.

Petra Pau (DIE LINKE): Herr Maurer, Sie haben uns vorhin in Ihrem einleitenden Beitrag einen Hinweis gegeben - dem würde ich jetzt gerne noch mal nachgehen -, und zwar haben Sie für die Zukunft oder für die Schlussfolgerung über die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des BKA und natürlich auch der anderen Behörden gesprochen. Nun haben wir hier in den vergangenen Monaten eine Reihe von Zeugen gehört aus den einzelnen Tatortermittlungsgruppen, die über mangelnde Kooperation und Unterstützung durch die Verfassungsschutzämter gesprochen haben, die kritisiert haben, dass Mordermittlungen - ich sage es mal vorsichtig - im besten Fall behindert wurden, wenn nicht an der einen oder anderen Stelle auch das, was geboten schien aus kriminalistischer Sicht, einfach überhaupt nicht stattfinden konnte und der Quellenschutz beispielsweise vor Mordermittlungen gezogen wurde.

In dem Zusammenhang frage ich Sie aus Ihrer langjährigen Erfahrung, ob es in Ihrer

Amtszeit innerhalb des BKA aus dem Bereich Polizeilicher Staatsschutz auch in anderen Fällen mal Kritik am Bundesamt für Verfassungsschutz gegeben hat, gegebenenfalls auch an der V-Leute-Praxis, am Umgang mit diesem ganzen Komplex in dem Spannungsfeld, dass Sie Ihre Arbeit als Ermittler machen müssen und das Bundesamt naturgemäß andere Schwerpunkte setzt.

Zeuge Jürgen Maurer: Im Ermittlungskomplex „Ceska“ und in den Arbeitsbereichen, in denen das BKA gearbeitet hat, gab es keinerlei Reibungspunkte, weil es auch keinerlei Zusammenarbeit gab an der Stelle.

Generell ist die Frage der Organisation der Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutzbehörden und Polizei das zentrale Problem, was zu lösen ist. Wir haben das gesehen 2001 mit der Einrichtung GTAZ. Die Zusammenarbeit, die vorher gut war, ist richtig gut geworden, und zwar so, wie man sich sie vorstellt. Das haben wir im rechten Bereich nicht. Ergebnis: Reaktionsformen. Die Reaktionsformen, die wir zeigen, sind doch aus meiner Sicht beredtes Beispiel dafür, dass es Veränderungsbedarf gibt. Also, das kann man ja jetzt nicht wegdiskutieren.

Dieser Widerspruch, Quellen zu schützen, gilt in gleichem Maße innerhalb der Polizei, zwischen Polizeibehörden, zwischen Polizei- und Verfassungsschutzbehörden. Es ist immer ein Widerstreit, Quellenschutz und Informationsweitergabe. Gebetsmühlenartig muss man vortragen, nicht zum spätestmöglichen Zeitpunkt eine Information auszutauschen, sondern zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Aber das ist eine typische Verhaltensweise von Ermittlern, die noch eklatanter ist dann zwischen Verfassungsschutzbehörden und Polizei. Infolgedessen muss man das anders organisieren, ja - muss. Konkrete Erkenntnisse aus den Beschäftigungen mit Ceska zu dem Zeitpunkt keine.

Petra Pau (DIE LINKE): Also, bezogen auf - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das - -

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. Meine Zeit ist um. Wir reden später weiter.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Wieland, bitte.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, herzlichen Dank. - Herr Maurer, ich fange mal ganz lieb an. Bevor ich böse werden kann, werde ich hier abgebimmelt. Also, Sie brauchen keine Angst zu haben.

Ich habe neulich mal, als wir uns spontan in anderer Sache trafen, gesagt: Herr Maurer, Sie sind ja der einzige Held in unseren Akten. - Das bezog sich darauf, dass tatsächlich nachvollziehbar war, auch bei Ihren eigenen Leuten, dass Sie die Einzeltätertheorie, sprich: es könnte auch rechtsextrem sein, bevorzugt haben. Das hat Herr Hoppe zum Beispiel ins Haus reingeschrieben, als er diese Synopse, die Ihnen schon vorgehalten wurde, die dann nach Bayern ging, geschrieben hat. Da hat er wörtlich gesagt:

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt lassen, dass unser AL

- das waren damals Sie -

der Einzeltätertheorie zuneigt und diese Synopse daher „nur“ die Meinung von SO 15 wiedergibt, also der Einsatzgruppe „Ceska“.(?)

Sie haben als Erster mal hier richtig was zum Ankerpunkt Nürnberg gesagt - da habe ich schon mal ein Lied zitiert -, dass ein Ankerplatz bekanntlich nicht auf Dauer ist und schon gar nicht der Heimathafen ist. Vor diesem Hintergrund muss ich Sie doch bitten, die Frage des Vorsitzenden zu beantworten, die hier ganz ernsthaft gestellt war nach dem, was Ihr Vorgänger, Herr Falk, gesagt hat zu der Organisationsform der BAO „Bosporus“. Ich halte Ihnen das auch gerne im Wortlaut vor, weil Sie sagten: So plump und - - sage ich nicht.

Er hat hier als Zeuge zunächst gesagt:

... alle bekämpfenden Aufklärungsbemühungen seien von Anfang an bis jetzt aus meiner Sicht - und das wörtlich - kriminalfachlich stümperhaft organisiert worden. Ich sehe das auch heute noch so.

Das hatte er ans BMI geschrieben. Dann hat er uns noch mal eine Korrektur zum Protokoll geschickt, und da hat er reingeschrieben:

Ich bezog meine Aussage aus-schließlich auf die bis dahin zur Aufklärung der Mordserie praktizierte dezentralisierte (Organisations-) Form der Zusammenarbeit

der Polizeibehörden der Tatortländer und des BKA sowie - vor allem - entgegen der Initiative des BKA die Übereinkunft der genannten Innenministerien am 04. Mai 2006, daran substanziiell nichts zu ändern. Ich hielt es für kriminalistisch und polizeitaktisch falsch und riskant, auch noch nach dem 9. Mord weiter auf die Schaffung einer zentralen polizeilichen Ermittlungszuständigkeit (z. B. im BKA) zu verzichten.

Usw. - Dann hat ihm der Vorsitzende zu Recht gesagt: Präsident Ziercke sagte: Ich sehe das anders. Wir waren erfolgreich. Unser Verfolgungsdruck hat die Mordserie gestoppt.

Nun werden Sie verstehen, dass wir, die wir Empfehlungen für die Zukunft geben sollen als Ausschuss, auch Ihr fachliches Urteil hören möchten. War das vertretbar, so weiterzuarbeiten, oder war es kriminalfachlich stümperhaft organisiert?

Zeuge Jürgen Maurer: Zielvorstellung bei der Bearbeitung eines derartig eklatanten Kriminalitätsgeschehens muss immer sein: Zentralisierung, Zusammenführung in einer Hand, einheitliche Leitung, intensivste Beratung mit unterschiedlichen Instanzen. - Erster Punkt.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten wir hier aber nicht.

Zeuge Jürgen Maurer: Ich versuche es ja - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Dass es auch verständlich wird.

Zeuge Jürgen Maurer: Zweiter Punkt: Diesen Vorschlag haben wir genauso diskutiert im BKA, bis hin, dass wir ihn so weit diskutiert haben, dass wir ein in der Historie des BKA eher seltenes Vorgehen gewählt haben, den Vorschlag zu machen: § 4 Abs. 2 BKA-Gesetz. Also sehen Sie, dass der gesamte Apparat, inklusive Präsidenten, der das nämlich zu verantworten hat, genau dieser Auffassung ist und Auffassung war, ich für zukünftige Vorgänge natürlich weiterhin der Auffassung bin, ich natürlich auch, als die BAO „Trio“ eingerichtet wurde, genau darauf bestanden habe, dass es genauso gemacht

wird, mit dezentralen Abschnitten in einer BAO.

So, und jetzt kommt der entscheidende Punkt, wo ich im Dissens mit dem Herrn Falk bin, dezidiert im Dissens mit dem Herrn Falk: Die Akteure haben auch in der Folge und noch mal verstärkt in der Folge nach der für uns negativen Entscheidung in der IMK die Vorgänge bearbeitet. Ich gebe aber auch dem Herrn Hoppe recht. Ja, absehbar ist das eingetreten, was eintreten musste: Es wird aufwendiger. Es wird schwerfälliger.

Jetzt kommt der nächste Punkt, ein historischer Vorgang - der beginnt 2000, spätestens -, der sechs Jahre alt ist, in dem unterschiedlichste Interessensträger zu unterschiedlichen Zeitpunkten unterschiedliche Entscheidungen getroffen hat. Da habe ich, offen gestanden, überhaupt kein Problem zu sagen: Wenn man dann eine andere Entscheidung trifft als die, die ich präferiert habe, dann kann ich die genauso umsetzen, weil ich nämlich die Beweggründe auch akzeptieren kann. - Das ist der Punkt, und da befinde ich mich im Dissens mit meinem sehr geschätzten Kollegen Falk.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber - -

Zeuge Jürgen Maurer: Stümperhaft haben die Beamten nicht ermittelt, dezidiert nicht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das hat er auch nicht gesagt. Herr Falk hat ausdrücklich gesagt: organisiert. Darauf legt er auch Wert, dass er den Kollegen keine Stümperhaftigkeit vorwirft, sondern die Organisationsform - - Wenn ich Sie hier höre - nehmen Sie es als Kompliment - und mir vorstelle, die Ermittlungen wären bei Ihnen gelandet, dann wäre möglicherweise nicht nur in Nürnberg nach einem Mörder in Nürnberg und in Köln nach Bombenlegern aus Köln gesucht worden. Das war doch die Folge dieses Zersplitterns, dass man bei einer bundesweiten Mordserie - wo Sie selber den Kopf drüber geschüttelt haben -, wenn man mal im rechten Milieu recherchiert hat, im engsten Raum nur recherchiert hat, ohne dass wir dazu je eine vernünftige Begründung gehört haben - außer der Fehlinterpretation von Ankerplatz. Von daher, wirklich, ich verstehe es nicht. Herr Falk hat sich zur Organisationsform geäußert. Sie selber haben das ganze BKA

aufgemuskelt vor der Zugspitze und haben gesagt, wir setzen das jetzt durch und - - Das müssen wir auch noch klären, warum es dann auf der Zugspitze - oder wo auch immer, in Garmisch-Partenkirchen - gar nicht richtig zum Gesprächsthema geworden ist.

Bertolt Brecht hat mal gesagt, auf seinen Grabstein soll man schreiben: Ich habe Vorschläge gemacht. Sie wurden angenommen. - Wenn mal in ganz ferner Zukunft - ich will jetzt nicht zynisch werden -, in 40 Jahren für Sie ein Grabstein da ist, soll dann da draufstehen: „Wir haben Angebote gemacht; sie wurden nicht angenommen“? So haben Sie das zu Köln gesagt. Das kann doch nicht die Lösung sein. Das kann doch wirklich für die Zukunft nicht die Lösung sein, dass das BKA die überlegene Kriminaltechnik hat, dass es das alles hat, am Katzentisch sitzt, und dann der Herr Hoppe - das wurde ja auch schon gesagt - ein Jahr später sogar noch sagt: „Ich habe meine Spur verteidigt“, und dann sagt: „Wir übernehmen jetzt § 2 Abs. 7 nicht“, weil er Angst hatte, dass dann seine Organisierte-Kriminalität-Spur nicht mehr richtig bearbeitet werden kann. Also, dieses Aufsplittern hat ja leider sogar dazu geführt - ich könnte Ihnen ganz viel vorhalten -, dass Hoppe am energischsten die OK-Theorie in dieser BAO „Bosporus“ vertreten hat, weil er darauf eben angesetzt war.

Noch mal: Nach allem, was ich hier gehört habe, muss ich leider sagen: Bernhard Falk hatte leider ganz recht. Er meinte nicht seine Kollegen. Er sagt ausdrücklich: Diese Organisationsform ging nicht. - Wir müssen uns da auch entscheiden. Das geht ja nicht. Wenn Ziercke sagt: „hervorragend gearbeitet, Erfolg“, und der Vize sagt: „dilettantisch organisiert“, dann werden wir uns als Ausschuss da eine Meinung bilden müssen. Wir können das doch nicht so im Raum stehen lassen. Das ist ja kein Kolloquium, der eine sieht es so; der andere sieht es so. Ich hatte bisher immer - habe ich schon mal gesagt - eine Vorstellung, dass wenigstens im Sicherheitsbereich man klare Hierarchien hat, dass wenigstens im Sicherheitsbereich immer klar ist, wer den Hut aufhat. Das war meine auch nach langen Jahren als innenpolitischer Sprecher immer noch vorhandene Vorstellung: Wir haben hier Klarheit. - Und hier hatten wir sie nicht. Hier hatten wir sie bis zum Schluss nicht.

(Zuruf)

- Ja, ich weiß schon. Zu allem anderen kommen wir noch.

Noch im Jahr - -

(Zuruf)

- Ja, in der zweiten Runde.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Zu einer Frage auch noch, Herr Wieland?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Herr Maurer, Sie mit Ihrem „Es könnte auch ein Einzeltäter sein“ sind wirklich eine Einzelstimme geblieben im BKA. Noch in einem Schaubild für den Präsidenten im Jahre 2010, April 2010, für eine Tagung wurde anhand der Ceska-Morde die Bedeutung der organisierten Kriminalität herausgestellt. Im Detail - das können wir, wenn Sie wollen, gerne durchgehen - mit längst widerlegten Beschuldigungen gegenüber den einzelnen Opfern, mit wirklich längst widerlegten, wurde noch 2010 das sozusagen als Prototyp der organisierten Kriminalität - - diese Ceska-Mordserie gesehen. Wir haben uns immer gefragt: Wo ist die Gleichwertigkeit, die Sie sagen, den beiden Hypothesen nachzugehen? Wo ist sie in der Praxis gewesen? Wir haben sie nicht in der Zahl der eingesetzten Beamten gefunden. Wir haben sie nicht in der Intensität gefunden. Ich gebe Ihnen recht, es gab keine Spur. Aber man ist ja nicht nur reaktiv. Sagen Sie ja selber: Wir hätten reingehen müssen. Wir hätten die üblichen Verdächtigen uns ansehen müssen, aber nicht nur im Großraum Nürnberg und nicht nur in Köln. - Meine Frage - die war ja gewünscht -: Sehen das etwa anders als ich?

(Heiterkeit)

Zeuge Jürgen Maurer: Ganz kurze Einlassung dazu. Worum ich eigentlich nur bitte, ist, wahrzunehmen: Sie können sicher sein, dass ich kein einfacher Gesprächspartner bin, dass ich sehr nachhaltig sein kann, dass ich intensivst argumentiere und das intensivst getan habe, in verschiedenen Bereichen. Aber ich bin genauso jemand, der dann, wenn eine Entscheidung getroffen ist, nur noch überprüft: Ist die Entscheidung wirklich so falsch, dass sie uns in den Irrweg führt? - Meine Hypothesen damals waren auf ganz dünnem Grund, ganz dünnem Grund.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die anderen auch.

Zeuge Jürgen Maurer: Deswegen habe ich ja meine Hypothese vorgetragen. Deswegen habe ich ja gesagt: Das möchte ich, dass wir in die Richtung gehen. - Es ist nicht so, dass dann, wenn eine andere Entscheidung getroffen wird, die Vorgänge schief laufen müssen. Ich gebe gern zu, dass ich vielleicht ein kleines Problem jetzt im Moment habe, und zwar das Problem, dass ich weiß, was das Ergebnis des Ermittlungsverfahrens ist, und dass ich weiß und darüber auch schon seit einem Jahr nachdenke: Alle die theoretischen Modelle, die wir noch im Hinterkopf hatten, hätten uns auch nicht zum Ergebnis geführt. Das versuche ich auszuklammern in meiner Beurteilung. Dann versuche ich nur noch, zu dem Ergebnis zu kommen und zu sagen: Was war denn zu dem Zeitpunkt? - Und da muss ich sagen - ob das erhoben ist oder nicht erhoben ist -: Weitere Fachleute, die länger im Geschäft waren als ich damals, aus vier oder fünf Bundesländern - bis auf höchster Ebene - kamen zu dem Ergebnis: „Das ist ein kluger Vorschlag, den das BKA hier unterbreitet. Aber wir machen es anders“, und haben in ihrer Richtung argumentiert und diskutiert. Da halte ich das, was Bernhard Falk gesagt hat, nicht für zielführend, weil in dem Maße - das muss ich auch ganz deutlich sagen - und in der Radikalität des Urteils haben wir uns 2006 nicht geäußert.

So. Das ist für mich ein Punkt. Deswegen hoffe ich einfach nur, dass man mir das abnimmt, dass ich das genauso meine, wie ich es sage. Gefreut hat mich das überhaupt nicht. Mein Vorschlag war ein anderer. Aber kein Punkt, zu sagen: Das musste schiefgehen. Das nicht, weil dann hätte ich mich gemeldet. Da können Sie sicher sein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: So. Wir sind am Ende der ersten Berliner Runde, die ich jetzt auch nicht verlängern will.

Eine Abfrage bei den Obleuten hat ergeben, dass dafür plädiert wird, jetzt in eine Mittagspause einzutreten. Ich hoffe, das kommt dem Zeugen auch entgegen, weil die Befragung ja auch sehr viel Konzentration hier abverlangt. Ich würde aber vorschlagen, jetzt nicht eine volle Stunde zu pausieren, sondern um 14.30 Uhr, und zwar bitte pünktlich, uns zu ermöglichen, die Sitzung fortzu-

setzen. - Dann würde ich jetzt bis um 14.30 Uhr unterbrechen.

(Unterbrechung von
13.45 bis 14.47 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Wir kommen bezüglich der Befragung des Zeugen Maurer zur zweiten Berliner Runde. Das Fragerecht hat daher zunächst die Unionsfraktion. Es fragt weiter Herr Binninger. Bitte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Maurer, ich versuche jetzt, zwei Komplexe in der nächsten Runde mit Ihnen durchzugehen, zum einen den Sprengstoffanschlag in Köln und zum anderen - das ist schon ein bisschen Ausblick vielleicht; Herr Christeleit ist nicht da - laufender Stand der Ermittlungen, ob es da auch Erkenntnisse gibt, die für unsere Arbeit interessant oder relevant sind.

Sie haben vorhin geschildert, wie Ihnen dieser Vorgang in Köln bekannt wurde. Ich würde Sie bitten, das vielleicht noch mal kurz darzustellen - Sie haben es erfahren über eine WE-Meldung; steht, glaube ich, für „wichtiges Ereignis“ - und was Sie dann veranlasst haben.

Zeuge Jürgen Maurer: Vielen Dank, Herr Binninger. - Das Übliche: Kenntnisnahme, erste Einschätzung: Ist das von Bedeutung für die Abteilung? Wenn nicht von selbst jemand in der Abteilung auf die Idee kommt zu sagen: „Wir bieten uns da an, oder wir erheben weitere Informationen“, Anordnung, dass man Informationen einholt und die Mitarbeit, Übernahme anbietet. - Genau das ist in dem Vorgang auch geschehen. Grund für dieses Angebot waren einfach die ersten Informationen zum Tatgeschehen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie haben es sehr vornehm und freundlich formuliert. Ich habe genau auf die Worte geachtet. Sie haben es angeboten. Kollegen, Mitarbeiter Ihrer Abteilung sind auch hin, nach Köln. Aber - so hat es in etwa auch Herr Falk hier vorgetragen - das Angebot zur konkreten Unterstützung bei den Ermittlungen vor Ort durch das Bundeskriminalamt, Abteilung Staatsschutz, wurde nicht angenommen. Ist das richtig?

Zeuge Jürgen Maurer: Das ist richtig, weil sehr frühzeitig örtlich die Einschätzung

getroffen wurde, es wird keine politische Motivation gesehen, keine PMK gesehen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hat man Ihnen das begründet? Ich meine, Sie haben vorhin selber gesagt - so geht es uns ja auch -: ein Sprengstoffanschlag in einer Straße, wo fast ausschließlich ausländische Mitbürger türkischer Herkunft leben, wo ausschließlich ausländische Mitbürger unter den Opfern sind, eine Nagelbombe, keine Bekennung. Da drängt sich ja eigentlich nur die eine Richtung auf und nicht OK oder Türsteherzene, was man hinterher dann versucht hat. Hat man es Ihnen begründet, warum man sich so sicher war? Ich meine, wenn ich etwas nicht weiß, kann ich mir ja eigentlich nicht sicher sein. Da müsste ich bestenfalls beide Optionen offenhalten.

Zeuge Jürgen Maurer: Vom Grundsatz her ist natürlich völlig klar, dass die Zuständigkeit bei Köln liegt. Wenn wir eine Durchbrechung erbitten dadurch, dass wir sagen, wir übernehmen einen Kriminalfall, dann muss auf jeden Fall ja ohnehin die örtlich zuständige Behörde zustimmen. Zu der Phase, wo wir das angeboten haben, ist von Kölner Seite nicht mehr gesagt worden als: Es liegen keine Hinweise auf PMK vor. - Das war jetzt der Punkt uns gegenüber, der dann aus Kölner Sicht natürlich ausreichend ist zu sagen: Wir brauchen jetzt das BKA und die Abteilung Staatsschutz vor Ort nicht.

Folge bei uns war, dass unabhängig davon wir angeboten haben - - Das heißt, nicht die Abteilung ST, sondern die Abteilung ZD hat die Hilfe der Tatortbereitschaft angeboten. Das ist angenommen worden. Das hat aber jetzt nichts mehr mit Informationen zu tun gehabt, die im Bereich der Abteilung Staatsschutz gelaufen sind. Und was auch klar war, ist, dass man natürlich einen Informationsaustausch machen würde. Den hat man dann mit der Abteilung OA gemacht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): „OA“ ist organisierte Kriminalität?

Zeuge Jürgen Maurer: Organisierte und Allgemeine Kriminalität war das damals. - Wir haben aber dann bei der Frage „Wen senden wir vor Ort noch, um Informationen zu erheben?“ einen Mitarbeiter von OA plus einen Mitarbeiter damals von ST 21 - das war der Bereich, der für politisch motivierte Ausländerkriminalität zuständig war - mit hinge-

schickt. Ergebnis war, dass der Vorgang weiter in Köln blieb, auch nicht zum Landeskriminalamt in Nordrhein-Westfalen ging, und dass wir da nur noch eine subordinierte Rolle da gespielt haben. Die Abteilung Staatsschutz war mit dem Vorgang ab dem Moment nicht mehr betraut.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Warum haben Sie jemanden mitgesandt vom Referat „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“ und nicht jemanden vom Bereich Rechtsextremismus?

Zeuge Jürgen Maurer: Das war jetzt kein bewusster Akt, sondern es war einfach der Punkt zu sagen: Wir wollen jemanden aus Meckenheim mit dabei haben. Das war jetzt - deshalb habe ich es angesprochen - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Der hat die ganze Abteilung vertreten in dem Fall?

Zeuge Jürgen Maurer: Der hat die Abteilung vertreten, und das war jetzt einer aus ST 21. Nach meiner Erinnerung war damals ST 21 PMK-Ausländer.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Jetzt hatten wir ja in Köln den eigentlich glücklichen Umstand für Fahnder und Ermittler, dass die Täter mehrfach allein, zu zweit, mit und ohne Nagelbombe im Visier einer Videokamera waren, vom Fernsehsender VIVA. Da gibt es auch Bildaufzeichnungen, die wir uns hier auch schon angesehen haben, mehrere Minuten. Hat irgendjemand von den Ermittlern in Köln oder vom LKA Nordrhein-Westfalen mit Ihnen noch mal Kontakt aufgenommen im Sinne: „Video anschauen ist ja keine große Mühe; die Täter sind drauf“ - viel mehr wird es bei einer Tat selten geben -, „Schaut sie euch noch mal an, ob es irgendwie Hinweise, Ansätze gibt, ob man die kennt“, oder haben Sie davon nie mehr was gehört?

Zeuge Jürgen Maurer: Die Abteilung Staatsschutz hat keinerlei Kontakte mehr in dem Zusammenhang gehabt. Aber es hat meines Wissens nach Unterstützung gegeben im Sinne einer Bildverbesserung durch die entsprechende Dienststelle im BKA, um zu versuchen, diese Überwachungsbilder besser zu machen, auswertbarer zu machen.

Inhaltliche Beschäftigung mit den Aufnahmen im BKA hat es keine mehr gegeben.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Was uns so an der Stelle wirklich umtreibt, ist: Wir haben in Köln bei dem Sprengstoffanschlag einen Fall, wo es auf der einen Seite theoretische und täterbezogene Erkenntnisse gibt zu den tatsächlichen Tätern, wie wir heute wissen, verpackt in diesem Dossier „BfV extra“, das vier Wochen später erscheint, wo Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe namentlich genannt werden. Man hat eine Videoaufnahme der Täter, zwei junge Männer im Alter vielleicht zwischen 20 und 30 mit Fahrrädern, und keiner kommt auf die Idee, auf das vielleicht Naheliegendste - gut, das setzt natürlich voraus, dass man Fremdenfeindlichkeit annimmt - zu kommen und zu sagen: Gleichen wir mal die Personen, die als gefährlich gelten im Sinne eines gewaltbereiten Rechtsextremismus mit den zwei Personen ab, die auf dem Video sind. - Ist das für Sie erklärbar? Wäre das nicht das Naheliegendste gewesen - wenn man natürlich Richtung Türsteherszene, OK ermittelt, komme ich nicht auf „BfV extra“; das ist mir schon klar - vom Grunde her?

Zeuge Jürgen Maurer: Das ist für mich schwierig einzuschätzen. Ich kenne den Vorgang jetzt aus dem Nachgang. Ich kenne den Startpunkt. Ich kenne die Reaktionen der örtlichen Kräfte und kenne die Aufarbeitung im Rahmen der BAO „Trio“. Alle diese Punkte, die Sie ansprechen, wären auch aus meiner Sicht überlegenswert für denjenigen, der den Ermittlungsvorgang führt, ja. Also, entspricht auch meiner Einschätzung: Müsste man eigentlich machen.

Jetzt gibt es aber noch eine Staatsanwaltschaft, die - wie ich das beschrieben habe - auch noch Staatsschutz, Staatsanwaltschaft ist. Würde ich jetzt zuerst mal unterstellen, bei der Rolle und Verhältnis Staatsanwaltschaft/Polizei, dass da entsprechend diskutiert und agiert wird. Es sind meines Wissens auch mit erheblichem Personalaufwand Ermittlungen im Umfeld betrieben worden. Ja, alle diese Fragen, die Sie so stellen, mussten natürlich, müssen auch eine Rolle spielen.

Ich weiß jetzt nicht mehr - jetzt habe ich das Datum schon wieder vergessen -: Die OFA-Analyse des BKA, die für die Kölner gemacht wurde, hat es ja auch nahegelegt als Themenpunkt. Was soll ich zu Beweg-

gründen sagen, zu Entscheidungsbeweggründen von Dritten, die ich - - Ich denke, es sind Punkte da, die überprüfungsfähig waren und -bedürftig waren.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Da werden Sie mir ja zustimmen: So viel, dass man Videoaufnahmen der Täter hat, ist ja ein seltener Glücksfall für den Ermittler. Da hat er zumindest mal etwas, auch wenn die Videoaufnahmen nicht sonderlich gut waren und die Baseballkappen aufhatten, alles so weit klar. Aber es ist doch ein Anfasser.

Zeuge Jürgen Maurer: Es hat ja zumindest die Ermittler in Nürnberg, die Phantombilder hatten, dazu bewogen zu sagen: Das müssen wir uns mal angucken. - Diesen Punkt, von Nürnberg ausgehend, den gab es also. Wie die Reaktionsformen in dem Kontext in Köln waren - ich weiß es, offen gestanden, nicht.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ich meine mich zu erinnern, dass es umgekehrt war, dass einem Ermittler aus dem gehobenen Dienst von Köln ein, zwei Jahre später, als man eben in Nürnberg die Fahrradfahrerspur öffentlichkeitswirksam verbreitet hat, dass dem das dann einfiel und er gesagt hat: „Bei uns waren auch Fahrräder im Spiel“, und die Bilder gesehen hat und dann gesagt hat: Die sehen sich durchaus ähnlich. - Aber ich mag mich auch täuschen. Aber allein, dass man auch da kurz davor war.

Ist Ihnen bekannt, auch noch aus Ihrer Zeit, wo Sie Abteilungsleiter Staatsschutz waren, dass es beim BfV neben einem ominösen Anruf, dem wir immer wieder nachgehen, noch am gleichen Abend im Lagezentrum der Düsseldorfer Polizei, wo ein Mitarbeiter des BfV aus dem Bereich Rechtsextremismus ganz dringend sein Pendant des LfV Nordrhein-Westfalen sprechen will, was ungewöhnlich ist so schnell nach der Tat, ohne jetzt erkennbaren Auftrag - - Aber es gab in der Folge, in den Monaten danach beim BfV eine ganze Reihe von Überprüfungen, Quellen abschöpfen, sensibilisieren. War Ihnen das bekannt? Wurden Sie da als Staatsschutzabteilungsleiter Polizei noch mal mit einbezogen?

Zeuge Jürgen Maurer: Außer den beschriebenen Kontakten und Situationen gab es keine weiteren. Dieser Vorgang war inhaltlich definitiv kein Thema mehr in der Ab-

teilung Staatsschutz. Infolgedessen gab es auch keinen konkreten Informationszusammenhang mit BfV oder mit anderen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Das erinnert ein bisschen an das, was Sie vorhin gesagt haben. Ich hoffe nicht, dass das für die laufenden Ermittlungen gilt. Aber hier scheint es auch wieder zuzutreffen. Man legt sich sehr früh fest, hier die Kölner Polizei bis hin zur politischen Spitze - Fremdenfeindlichkeit schließt man aus; das muss OK und Türsteherszene sein -, und kommt dann nicht mehr davon runter, und alles, was man sonst vielleicht gesehen hätte, geht dann irgendwie verloren. Ist das hier wohl offenkundig. Diese frühe Festlegung, was kann man dagegen machen?

Zeuge Jürgen Maurer: Lösungswege werden ja derzeit auch diskutiert. Also, ein Lösungsweg ist beispielsweise, dass das Angebot von Unterstützung und die Frage nach Unterstützungsbedarf durch eine entsprechende Evokationsmöglichkeit des GBA gestützt wird, also dass die ablehnende Antwort nicht so einfach möglich ist. Historisch gesehen, 2004, ist alles ausgereizt, wenn eine örtliche Polizei sagt: Danke, ich brauche keine Hilfe. - Das ist der Punkt. Bedeutet, dass das Monopol der Information bei der örtlichen Polizei verbleibt, dass es einen intensiven Überprüfungsschritt in dieser Situation nicht geben kann. Lösung, über die wir heute diskutieren, ist ja, ob als Prüfungsgang der GBA oder eine sonstige zentrale Staatsanwaltschaft mit dem Mandat versehen wird, zu sagen: Gebt mir mehr Informationen, damit ich besser prüfen kann. - Das hat alles unter dem Gesichtspunkt Staatsschutz nicht stattgefunden.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Es scheint in Summe nicht stattgefunden zu haben. Ich darf noch mal kurz vorhalten - jetzt nicht als Frage, für das Protokoll: MAT A BMI-5/0063 - ein Schreiben des Bundeskriminalamtes, Ihr Abteilungsleiter Brisach, an das BMI aus dem November 2011, wo man merkt, was zusammengehört hat und die Dinge noch mal retrograd bewertet. Da schreibt er selber zum Nagelbombenanschlag in der Keupstraße in Köln-Mülheim 2004:

Das ermittelnde PP Köln war seinerzeit äußerst restriktiv mit der

Herausgabe von Informationen zu dem Anschlag.

Das ist natürlich ein Zustand, der uns nicht zufriedenstellen kann.

Wenn hinterher die Tat geklärt wird, sagen alle: „war okay, kann man drüber hinwegsehen“. Aber wenn die Tat natürlich ungeklärt bleibt trotz so vieler Hinweise, trotz Videoaufnahmen und trotz einer Datei - da möchte ich Sie noch fragen, obwohl wir einen extra Zeugen haben -, in der Mundlos und Böhnhardt und Zschäpe auch gespeichert waren, also Tatmittelmeldedienst, dann ist das natürlich ein starker Kritikpunkt von uns.

Frage zu dieser Datei: In ihr waren Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe gespeichert. Ich hatte Ihrem Präsidenten das schon mal vorgehalten, dass man doch, wenn man diese Datei optimal genutzt hätte, auf die drei hätte kommen können. Er hat das bestritten. Ich habe dann dagegen gehalten mit einem Beispiel. Wir werden heute ja noch den Experten dazu fragen. Insofern müssen wir uns jetzt hier nicht in Details verlieren.

Aber die saarländische Polizei, die den Sprengstoffanschlag auf die Wehrmachtsausstellung im Jahre 2000 zu bearbeiten hatte und dann gemeinsam mit dem BKA, die hat diese Datei genutzt und hat als Antwort vom BKA bekommen - wer könnte für diesen Anschlag infrage kommen? Das hing auch noch mit Briefbombenattrappen zusammen, muss man fairerweise sagen - gab es die Antwort: Dafür könnten die Jenaer Bombenbastler Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe infrage kommen. Die sind flüchtig. Habt ihr DNA? Wir haben Vergleichsproben. - Die hat man abgeglichen. Das war negativ. Damit war die Spur ausermittelt.

Ich stelle mir jetzt die Frage: Was nützen solche Dateien, wenn wir den Zugang zu dieser Datei immer nur über sehr technische Spezifikationen nutzen, also: Wo wurde der gleiche Zünder verwandt? Wo wurde der gleiche Sprengstoff verwandt? Wo wurde der gleiche Mechanismus verwandt? Es muss doch auch möglich sein, mit so einer Datei nach Personen zu suchen, zumal ich hier ja einen Sprengstoffanschlag hatte, wo ich als Spur nicht nur die Reste der Bombe hatte, sondern das Bild, und wusste, es sind zwei junge Männer zwischen 20 und 30. Ich habe vielleicht die Motivation. Und das wäre die Frage: Ist das ausgeschlossen, die Datei - wir fragen den ja heute Abend noch spät sicher dann danach - - Ist das ausgeschlos-

sen? Und wenn es heute technisch nicht geht, wäre das nicht auch eine dringende Korrektur? Was nutzt uns das ganze Wissen über die Bombenbastler dieser Republik, wenn wir nur nach einem Zünder suchen können?

Zeuge Jürgen Maurer: Die Datei, Tatmittelmeldedienst, wurde auch in dem Kölner Nagelbombenanschlag abgefragt, und zwar unter dem Gesichtspunkt vergleichbare Vorrichtung, vergleichbare Bomben, so wie sie gedacht ist, die Datei.

Zweitens. In einer sehr uneinheitlichen Art und Weise und nicht qualitätsgesichert befinden sich in verschiedenen Vorgängen dieser Datei auch personenbezogene Informationen. Eine denkbare Recherche nach Personen, die dem rechten Spektrum angehören und mit Sprengstoff im weitesten Sinne auffällig geworden wären, wäre möglich gewesen, hätte aber eine Vielzahl von Informationen ergeben und hätte sich einer weitergehenden Überprüfung eher verschlossen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Warum?

Zeuge Jürgen Maurer: Weil zu dem Zeitpunkt der Vorgang Abtauchen - - und der Strafvorwurf aus 1998 verjährt war, 2003 bereits; es ist ja bekannt, dass das verjährt war. Hat ja auch dazu geführt, dass interessanterweise der Vorgang, von dem ich vorhin gesprochen habe, aus 98, im BKA nicht mehr verfügbar war, aber als Vermerk in den Akten des Tatmittelmeldedienstes noch verfügbar war - also eigentlich nicht mehr existent, aber dennoch da.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, aber Entschuldigung - -

Zeuge Jürgen Maurer: Das heißt - ich bin dabei, den Gedanken zu entwickeln -, wir sind sehr wohl gehalten, nachzudenken, wie diese Datei TMD fortzuentwickeln ist, zu verändern ist. Als Möglichkeit für die nachfolgende Erörterung mit dem Herrn Setzer kann ich Ihnen nur sagen: Der Vizepräsident des BKA ist der Auffassung, auch bei einer intensiveren Recherche in dieser Datei hätte es keinen weiteren nutzbaren Ermittlungsansatz gegeben. Da Sie heute mit Herrn Setzer noch mal reden, ist das meine Einlassung dazu. Was der Herr Setzer sagt, ist seine

Sache; das werden wir dann sehen. Aber diese Datei ist für andere Zwecke gedacht. Die entsprechende Überprüfung hat stattgefunden. Wenn jetzt einer sagt: „Ich will eine derartige Überprüfung machen. Wer soll das denn sein?“ Ganz einfach: die ermittlungsführende Dienststelle, nicht - definitiv nicht - die technische Dienststelle im BKA. Ist keine Ermittlungsorganisation, kann die Vorgänge nicht einschätzen, und die Frage, wo sich so eine Information befinden müsste, die stellt sich an anderer Stelle. Das ist die formale Ebene.

Die tatsächliche Ebene ist: Es hätte allenfalls zu einem größeren Kreis von Personen geführt, der dann einer Überprüfung offen gewesen wäre. Aber mit welchem Ergebnis denn? Die Personen waren abgetaucht seit 1998.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Na, und?

Zeuge Jürgen Maurer: Im Jahre 2004 - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber Herr Maurer - -

Zeuge Jürgen Maurer: Dann lassen Sie mich noch einen Satz - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Jürgen Maurer: Dann bin ich gern bereit, mich dann zurückzuziehen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie werden sich anhören müssen, was ich dann dazu sage.

Zeuge Jürgen Maurer: Ja, ist ja in Ordnung. - Hätten dazu geführt, dass eine Vielzahl von denkbaren Personen einer Überprüfung hätte zugeführt werden können, für die es im Übrigen dann keinen neuen Ansatz gab, keinen Fahndungsansatz mehr, weil die Fahndungen gelöscht waren. Zu dem Zeitpunkt waren das keine abgetauchten Straftäter mehr. Es gab nur noch eine Notierung, ich glaube, bezogen auf Böhnhardt, weil der vermisst war.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nein, das war Mundlos.

Zeuge Jürgen Maurer: Oder Mundlos, ja, wie auch immer.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Vollstreckung lief noch gegen Böhnhardt! Der war rechtskräftig verurteilt!)

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ist der Gedanke zu Ende?

Zeuge Jürgen Maurer: Aber, wie gesagt - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Maurer, was Sie jetzt - -

Zeuge Jürgen Maurer: Meine deutliche Einschätzung. Das kann man auch noch präzisieren.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich will nur sagen: Das beschreibt, so wie Sie sich jetzt eingelassen haben, zwar mit einer gewissen Logik, aber beschreibt ja das Dilemma. Sie sagen, die wären ja untergetaucht gewesen. Was hätte man denn davon gehabt? - Das zeigt, wie festgelegt offensichtlich Ermittlungen ablaufen, nach welchen Strängen, Schemata, wo man nicht drüber nachdenkt.

Allein der Umstand, dass Sie vielleicht, wenn Sie das nach Personen oder Namen recherchieren, 500 Treffer - lassen Sie 500 Treffer rauskommen - bei einem Sprengstoffanschlag mit 30 Schwerverletzten - - Dann hat man 500 Namen aus dieser Datei und weiß nicht: Wer könnte es jetzt sein? Aber ich habe doch zum Abgleich ein Video, und die 500, die da rauskommen, werden ja nicht alle Männer sein im Alter zwischen 20 und 30 und einer Körpergröße zwischen 1,65 oder 1,70 und 1,90. Das heißt, ich kann den Kreis der 500 weiter reduzieren.

Es stört mich deshalb an dieser Stelle, dass Sie genau hier mit dem Aufwandsargument kommen. Wenn wir eines gesehen haben bei den ganzen Ermittlungen: dass es am Aufwand nie gemangelt hat. Mein Gott, die Kollegen haben hier Dinge gemacht mit einem Aufwand, das ist ja nicht mehr zu toppen. Man fuhr in die Türkei und hat die Heimatgemeinden der Opfer besucht und versucht, an Erkenntnisse zu gelangen. Man hat 1 Million Handydaten ausgewertet, wo man nichts hatte und wo man gehofft hat, aus der puren Auswertung etwas zu finden.

Zeuge Jürgen Maurer: Herr Binninger, wir reden über Köln, -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, klar, reden wir über - -

Zeuge Jürgen Maurer: - nicht über Ceska.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nein, wir reden jetzt über die Frage: Höre ich auf zu ermitteln, nur weil mir der Aufwand scheinbar zu hoch ist und weil ich hinterher, wenn ich einen Treffer hätte und sage, das könnten von den 500, die das System ausspuckt, aufgrund der altersmäßigen Eingrenzung Mundlos und Böhnhardt sein - - Dann wäre man zwingend bei der fremdenfeindlichen Hypothese gewesen. Allein der Umstand, dass eine Fahndung oder eine Ermittlung damals zu dem Ergebnis gekommen wäre - auch wenn die weg sind; das spielt doch keine Rolle -, dass zwei untergetauchte Neonazis aus Thüringen in Verdacht geraten sind, diesen Anschlag begangen zu haben, hätte möglicherweise die ganze Serie verändert. Das ist doch der Punkt. Man kann doch - -

Zeuge Jürgen Maurer: Herr Binninger - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie können hier doch nicht sagen: Ich mache nur weiter, wenn ich gleich zum Täter komme.

Zeuge Jürgen Maurer: Herr Binninger, das ist ja hochinteressant, dass ich mich nicht nur damit beschäftigen muss, was das BKA gemacht hat oder nicht gemacht hat, sondern auch noch damit beschäftigen muss, was Köln gemacht hat.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nein, Herr Maurer. Ich habe - -

Zeuge Jürgen Maurer: Unterstellt, die Kölner kommen zu dem Ergebnis, dass sie einen derartigen Ermittlungsansatz fahren wollen - gern. Für das BKA ist eine derartige Recherche auf Anfrage der ermittlungsführenden Dienststellen überhaupt kein Problem, auch gar kein Aufwandsproblem. Davon habe ich doch gar nicht gesprochen. Derjenige, der Staatsanwalt und die zuständige Polizeibehörde, die muss sich entscheiden, was sie tut. Wir können es nicht.

Zweiter Punkt: Meine fachliche Einschätzung. Hätte das zu einem Ergebnis geführt? - Nein. Das ist meine fachliche Einschätzung, mehr nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die ich nicht teile.

Zeuge Jürgen Maurer: Aber wozu ich keine Stellung nehmen kann, ist zu Maßnahmen, die in Köln ergriffen wurden oder nicht ergriffen wurden. Das ist jetzt schwierig.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das war ja auch nicht die Frage, und an der Stelle verteidigen Sie sich irgendwo, wo Sie sich nicht verteidigen müssen. Mir ging es darum, weil wir auch Erkenntnisse gewinnen wollen für die Zukunft. Es heißt ja immer: Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe waren vom Radar weg, ab 2003 aus INPOL gelöscht, weil Straftat verjährt, Haftbefehl aufgehoben. Verfassungsschutz sagt: Wir hatten auch keine Erkenntnis mehr. - Aber in dem Dossier tauchen sie auf, und es gab noch eine Datei, wo sie genannt wurden mit ihren Delikten. Da muss es doch für uns eine wichtige Überlegung sein: Konnte diese Datei damals schon genutzt werden? Keine Frage, dass Sie nicht aus eigenem Entschluss das durften. Aber allein der Punkt, dass es so eine Datei gibt, die man hätte nutzen können, es aber nicht getan hat oder reduziert nur auf den Großraum Köln, ist ja ein Punkt.

Das Zweite, das wir brauchen in der Weiterentwicklung: Wie müssen solche Dateien ausgestaltet sein für die Zukunft? Ich will das nur mal als Beispiel hier einführen: Es versteht in dieser Republik niemand, dass ich im Innenausschuss im November den anwesenden Präsidenten der Sicherheitsbehörden, BKA, BfV - und dann war, glaube ich, noch ein LfV mit dabei -, die schlichte Frage stelle: „Wenn wir jetzt wissen, dass hier drei Untergetauchte aus dem rechtsextremen Spektrum Morde begangen haben: Können Sie mir aus dem Stand sagen, wie viel von diesem Kaliber denn noch gesucht werden zurzeit?“ - da denkt doch jeder Bürger: das BKA, ein Knopfdruck, die Datei, und dann hat man es. -, und ich nur in staunende Augen gesehen habe.

Wir haben es bis heute nicht verbessert. Deshalb reite ich darauf so rum. Wir müssen unsere Dateien anders gestalten, dass so selbstverständliche Dinge doch generiert werden können und nicht über Umwege oder

jetzt halbjährliche Länderabfragen. Das ist ja auch nicht - - Das ist zwar immer ein bisschen was, aber auch nicht das, was wir eigentlich ja wollten. Deshalb die Frage. Aber wir werden es nachher mit dem Herrn Setzer noch besprechen. - Wie viel Minuten habe ich noch?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Keine.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie, keine?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie haben schon zwei Minuten überzogen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dann sehen wir uns doch noch mal, weil ich muss zu den laufenden Ermittlungen noch ein paar Dinge fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Danke schön. - Herr Maurer, ich möchte gerne noch mal wieder mit Ihnen gemeinsam zurückkehren zu dieser Frage - dass wir das einfach noch mal festhalten - Übernahme der Ermittlungen zentral durch das Bundeskriminalamt im Frühjahr 2006, im Frühsommer. Ich habe vernommen, dass Sie letztlich bei der Gestaltung der Ermittlungen genauso kritisch waren wie Herr Falk, dass Sie sich da nicht unterscheiden haben in der Beschreibung, dass Sie also diese Analyse auch geteilt haben. Ich muss sagen, das ehrt Sie. Das kann ich auch nachvollziehen, als Beamter, wenn Sie dann sagen, wenn das politisch anders entschieden wird - das ist ja diskutiert worden; es ist dann von der politisch verantwortlichen Ebene anders entschieden -, dann müssen Sie damit leben als Beamter und mit Ihrer Behörde und auch danach handeln. Das ist für mich ein durchaus wichtiger Punkt.

Ich möchte Sie jetzt trotzdem nach einer Sache noch mal fragen, die mich ernsthaft interessiert; denn wir analysieren ja gemeinsam Fehler und gucken: Wie sollte es vielleicht anders laufen? - Ich will Sie noch mal kurz bitten, etwas zu sagen zu einer Auffassung, die Herr Beckstein hier vertreten hat, als er am 24. Mai hier als Zeuge vernommen wurde. Das findet sich im Protokoll der Zeu-

genvernehmung auf Seite 86. Ich trage das einmal kurz vor. Herr Beckstein sagt:

Ich selber sage Ihnen meine Beurteilung: Ich hätte es im Jahr 2006, als die Ermittlungen äußerst heiß gelaufen waren, für einen schweren Fehler gehalten, im laufenden Galopp die Pferde zu wechseln. Anders als Sie, Herr Vorsitzender, glaube ich nicht, dass automatisch 20 BKA-Beamte das besser behandelt hätten als 200 Länderbeamte. Ich glaube nicht, dass das BKA aus dem Stand 150 oder 200 Beamte gehabt hätte.

Das hat er ja sehr deutlich vorgetragen. - Darf ich Sie mal fragen, ob Sie das auch so sehen, dass das Bundeskriminalamt das nicht gekonnt hätte zu dem Zeitpunkt?

Zeuge Jürgen Maurer: Gut. Erster Komplex - ich habe es schon wiederholt -: Der Vorschlag aus dem BKA war ein Vorschlag, der aus der Abteilung SO kam, einvernehmlich mit dem Präsidenten und Vizepräsidenten so vorgetragen wurde. Da gab es keinen Dissens zwischen Präsident, Vizepräsident oder Abteilungsleiter. Dann wäre ich falsch verstanden worden.

Dr. Eva Högl (SPD): Nein, das habe ich ja auch so gesagt.

Zeuge Jürgen Maurer: Insoweit waren auch alle Beteiligten - auch der Herr Falk - nach anderslautender Entscheidung damals sehr wohl imstande, zur Arbeit überzugehen und zu versuchen, die entsprechenden Ergebnisse zu erzielen, die nicht erzielt wurden.

Zur Frage, zu was das BKA zuständig ist.

Dr. Eva Högl (SPD): Nein, in der Lage.

Zeuge Jürgen Maurer: In der Lage.

Dr. Eva Högl (SPD): Nicht zuständig; in der Lage.

Zeuge Jürgen Maurer: In der Lage. - Wir sind die Polizeibehörde in Deutschland, die am ehesten überhaupt zu so was imstande ist. Beispiel: BAO „Trio“. Pferde im Galopp wechseln ist kein kriminalistisches Kriterium. Es gibt einen Punkt, an dem starten Ermittlungen, und es gibt einen Punkt, an dem enden sie meiner Meinung nach. Das BKA ist im-

stande, innerhalb von drei, vier Tagen relativ große, jedenfalls größere Organisationen aufzubauen, als wir bisher in Länderpolizeien in dieser Art gesehen haben.

Dr. Eva Högl (SPD): Und wäre auch damals im Jahre 2006 selbstverständlich imstande gewesen?

(Der Zeuge nickt)

- Okay. Das wollte ich ja nur noch mal festhalten, dass wir da das bei dieser Frage, ob das nicht sinnvoll wäre - - Wir haben es ja mit einer bundesweiten Mordserie zu tun. Das heißt ja nicht, dass man immer zentralisieren muss, aber an entscheidenden Stellen dann auch mal. Dafür haben wir ja die entsprechenden Rechtsgrundlagen auch, um dann das BKA in den Stand zu versetzen, auch solche Ermittlungen zu übernehmen. Das ist ja hier für die Beurteilung dessen „Was ist möglicherweise schiefgelaufen?“ auch für uns ein wichtiger Punkt.

Ich möchte, Herr Maurer, Ihre Expertise mal kurz nutzen und auf was ganz anderes zu sprechen kommen. Wir haben ja jetzt schon an verschiedenen Stellen herausgearbeitet, dass bei polizeilicher Ermittlungsarbeit Sie immer suchen oder immer gucken, ob Sie einen Anpacker haben, also ob Sie irgendwas haben, anhand dessen Sie dann die Ermittlungen führen. Also, Sie haben mir eben ja auch noch mal gesagt bei der Frage Generalbundesanwalt: Sie haben geguckt: Gab es Hinweise Hisbollah? - Ja also, sind Sie nachgegangen. Sie hatten nichts aus dem Bereich Rechtsextremismus.

Aber wir haben auch gelernt, bei der Polizeiarbeit - - Zum Beispiel die Hamburger Polizei hat sich entschieden, ein Medium, eine Art Hellseher aus dem Iran einzufliegen, und hatte dann einen Anpacker, hatte dann eine Spur und konnte die abarbeiten, führte nicht zum Erfolg. Also, ich habe gelernt, dass bei polizeilicher Ermittlungsarbeit so ein Anpacker immer eine Rolle spielt.

Jetzt frage ich Sie einfach mal: Wäre es nicht sinnvoll, wenn wir vielleicht uns auch mal insgesamt bei der Polizeiarbeit so ein bisschen von diesem Anpacker lösen und vielleicht mal stärker an der einen oder anderen Stelle jedenfalls dazu übergehen, um frei zu assoziieren, mal zu gucken: Wo könnten die Motive der Täter liegen? Was gibt es sonst noch für Hinweise? - Könnten Sie das vielleicht mal ein bisschen kommentieren?

Zeuge Jürgen Maurer: Wenn jemand käme und würde mir anbieten, dass ein Medium uns bei der Lösung des Vorgangs hilft, den würde ich aus dem Zimmer werfen.

Dr. Eva Högl (SPD): Danke schön für diese klare Aussage. Wir haben uns auch sehr gewundert.

Zeuge Jürgen Maurer: Für mich ist das allenfalls skurril, so ein Beispiel, wenn das jemand ernsthaft vorgebracht hat.

Dr. Eva Högl (SPD): Es ist passiert.

Zeuge Jürgen Maurer: Der andere Punkt ist natürlich der entscheidende Punkt, und das ist mit ein Lösungsvorschlag aus 2005 schon gewesen. Wir haben Limitationen in unserer Betrachtung von realen Welten, die darin liegen, dass wir immer Phänomene betrachten und von daher grundsätzlich durch Festlegung von Zuständigkeiten Gefahr laufen, Optionen - seien sie noch so fernliegend - mit zu berücksichtigen. Die Frage ist, wie man das löst. Es gibt keine wirkliche Alternative zu Phänomenen spezifischer Organisationen. Also muss ich eine Datensituation schaffen, die das Zusammenführen von scheinbar nicht zusammengehörenden Dingen überhaupt erst ermöglicht.

Wenn Sie das Beispiel Fahrradfahren sehen. Normalerweise würde jeder sagen: Was soll denn eine Information, dass ein Zeuge nicht den Täter gesehen hat, sondern ein Zeuge jemanden gesehen hat, der mit dem Fahrrad weggefahren ist? Das ist eine Information, die ganz schnell untergeht. Wie schaffe ich es, dass die Tatsache, dass in Köln ein Fahrrad geschoben wurde, in Nürnberg jemand ein Fahrrad gesehen hat, irgendwo anders jemand gesehen hat, dass jemand ein Fahrrad in ein Wohnmobil gestellt hat - - Wie schaffe ich das, wenn es unterschiedlichst phänomenologisch bearbeitet wird?

Das heißt, nur über eine definierte Datenanwendung, und zwar nicht derart, wie wir sie 2005 gestartet haben - Realisation INPOL, EASY -, sondern ermöglichend, dass dezentral in den dortigen Vorgangsbearbeitungssystemen zum einen eingestellt, zum anderen recherchiert werden kann. Das ist eine Diskussion, die führen wir nicht erst seit jetzt, sondern die führen wir unter anderem seit 2005 - unter anderem -, weil wir in 2005

festgestellt haben - egal, wer jetzt den Vorgang zentral oder dezentral bearbeitet -: Wir haben ein Informationsproblem, ein Informationsmanagementproblem.

Der eine oder andere weiß, was derzeit diskutiert wird, PIAF und ähnliche Dinge. Das ist ein Schritt dahin. Eine RED, so sehr wir sie begrüßen, löst das Problem, von dem ich eben gesprochen habe, nicht. Das hat von uns aber auch noch nie jemand behauptet.

Dr. Eva Högl (SPD): Und ist auch keine Antwort auf meine Frage nach dem Anpacker. Also, auch da braucht man ja dann immer Ihrer Meinung nach so einen Anpacker.

Zeuge Jürgen Maurer: Der Anpacker wäre das Fahrrad, die Möglichkeit, zu sagen: Jetzt lass uns doch mal gucken, wer mit Fahrrädern, 1,85 m groß, unterwegs war. - Das ist nicht möglich in heutigen polizeilichen Systemen. Es ist nicht möglich, selbst wenn es in Ermittlungsdateien erhoben wird. Die werden nicht zusammengeführt; das geht nicht.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Maurer, dann würde ich gerne auch noch mal für eine andere Frage Ihre Expertise nutzen. Wir sind ja auch gehalten, hier im Untersuchungsausschuss uns über Vorschläge Gedanken zu machen, was wir verbessern müssen. Sie hatten vorhin in Ihrem Eingangsstatement ziemlich am Anfang gesagt, dass die Vorschläge, die Sie jetzt vernommen hätten, die schon in der Diskussion sind, Ihrer Meinung nach auch nicht zur Aufklärung geführt hätten bzw. zu kurz gegriffen sind. Vielleicht können Sie mir und uns hier mal sagen: Was sind denn so Vorschläge, wo Sie sagen, das müssten Sie sich ansehen oder in die Richtung müssten wir die Arbeit unserer Sicherheitsbehörden verbessern?

Zeuge Jürgen Maurer: Der entscheidende Punkt und der wichtigste Punkt derzeit ist das GAR, definitiv.

(Zuruf des Abg. Clemens Binninger
(CDU/CSU))

- Das Gemeinsame Abwehrzentrum Rechts. - Aus dem einfachen Grunde: Es zwingt Beteiligte, zu kommunizieren. Es gibt keine Ausrede mehr, die da lautet: Wenn ich ja die Möglichkeit gehabt hätte, mich mal auszutauschen, dann wäre das vielleicht

alles nicht passiert. - Das haben wir in dem Bereich nicht gehabt. Das haben wir seit der Einrichtung GTAZ. Und es ist der entscheidende Punkt, mal zu betrachten, es in den Diskussionszusammenhang zu bringen: Was heißt das eigentlich, wenn vor einem Friseurladen eine Nagelbombe hochgeht?

Na gut, das würde heute auch keinem mehr passieren. Aber die Frage: Was bedeutet es eigentlich, wenn wir eine ungeklärte Bankraubserie haben? Müssen wir nicht einen Schritt weitergehen und sagen: „Lasst es uns unter anderen Gesichtspunkten betrachten“? Diesen Punkt, diesen Startpunkt setzen Sie in einem föderalen System nicht durch formalisierte Meldesysteme, sondern durch permanente tägliche Auseinandersetzung damit. Dass dieser Erstanlass, die Erstinformation genommen wird und zu einer Erörterung führt, da sehe ich den entscheidenden Punkt.

Flankierend - aber erst in zweiter Linie flankierend - sind Datenlösungen. Aber der entscheidende Punkt ist, sich mit den Ereignissen, die sich manifestieren, auch auseinanderzusetzen, zu beschäftigen und nicht zu sagen: Ja, ist ein Bankraub. Und? Gibt viele.- Aber so viele Serien in Deutschland, die zweistellig sind, so viele Serien gibt es nicht, wo die Zusammenführung möglich war. Die Beschäftigung damit unter anderen Gesichtspunkten, da sehe ich den zentralen Punkt. Das ist etwas, was wir aus diesen ganzen bedauerlichen erfolglosen Aktivitäten lernen können, aus meiner Sicht.

Dr. Eva Högl (SPD): Wir hatten ja sogar - - Es ist ja sogar so, dass die Informationen sogar an der richtigen Stelle waren; wir haben das letzte Woche rausgearbeitet mit Herrn Staatssekretär Fritsche. Die Information, dass die untergetauchten drei mit Waffen versorgt werden und nicht mehr arbeiten müssen, weil sie Überfälle begehen, Banküberfälle, war ja sogar beim Bundesamt für Verfassungsschutz. Das heißt, es war gar nicht mal nur die fehlende Weitergabe der Information, sondern auch die fehlende Verarbeitung und die fehlende Auswertung dieser Information, um dann zu den richtigen Schlüssen zu kommen. Also, an beiden Stellen - haben wir schon festgestellt - sind gravierende Fehler gemacht worden, dann auch Fehleinschätzungen natürlich bei der Auswertung der Informationen.

Ich möchte Sie noch mal was fragen. Ich vertrete die Auffassung, dass es sinnvoll ist,

dass wir dazu übergehen, wenn Personen mit Migrationshintergrund Opfer einer schweren Straftat werden - also, ich meine jetzt nicht Ladendiebstähle oder unwesentliche Körperverletzungen, sondern schwere Straftaten -, routinemäßig fremdenfeindlichen, rassistischen, rechtsextremen Hintergrund zu überprüfen. Sie haben 31 Jahre im Bundeskriminalamt hinter sich; Sie sind erfahren. Ist das eine gute Idee, dazu überzugehen? Weil wir haben hier festgestellt, dass bei den Mordopfern sofort in eine bestimmte Richtung gedacht wurde; das haben wir ja hier schon rausgearbeitet. Also, es waren erst mal falsche Ermittlungsansätze. Könnten Sie sagen, das wäre eine gute Anregung für polizeiliche Ermittlungsarbeit, wenn wir das mal einbeziehen?

Zeuge Jürgen Maurer: Definitiv. Es ist nun mal so, dass wir diese intensiveren Anstrengungen, Austausch im GAR - - dass wir Projekte auflegen und sagen: Wir gucken uns die Tötungsdelikte noch mal an. Egal wie die Motivation bisher bekannterweise aussieht, wir gucken es uns noch mal an. - Diesen Anstoß, diese Bereitschaft, das auch zu machen, hat es vor dem 04.11. nicht gegeben. Und es muss gemacht werden. Und wir haben bereits jetzt Diskussionen - das will ich auch nicht verhehlen -, wo die Ressourcenfrage gestellt wird, in einer Phase, wo ich sage: Wir sind noch dabei, mal festzustellen, ob und wie groß unser Problem ist. - Das halte ich für interessant. Nur, es muss gemacht werden. Wir haben den Beleg, dass wir im GTAZ erfolgreich waren dadurch. Und das ist für mich unstrittig, ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Wer stellt die Frage nach den Ressourcen, Herr Maurer?

Zeuge Jürgen Maurer: Alle diejenigen, die Probleme haben, Vertreter in ein gemeinsames Zentrum zu senden. Alle die stellen die Frage.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber meinen Vorschlag oder meine Idee - die haben wir ja entwickelt hier auch aus den Diskussionen - mit dieser routinemäßigen Abprüfung, dass man erst mal davon ausgeht, es könnte auch um rechtsextremen Hintergrund gehen, finden Sie jedenfalls durchaus richtig als Anregung für die künftige Polizeiarbeit?

Zeuge Jürgen Maurer: Das ist ein Sensibilisierungspunkt. Jeder, der vor Ort als Erster an den Tatort kommt, ein Tötungsdelikt hat oder ein Gewaltdelikt hat, bei dem eine Person mit Migrationshintergrund betroffen ist, ist gut beraten, das mit zum Thema zu machen.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja. Und das wäre auch gut, wenn wir das lernen aus dieser bundesweiten Mordserie; denn leider war es bei den neun Mordopfern mit Migrationshintergrund genau anders, dass nämlich erst mal ein anderes Mordmotiv angenommen wurde. - Herzlichen Dank, Herr Maurer. Ich habe keine Fragen mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Das Wort hat Kollege Hartfrid Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Maurer, Sie sagten gerade: diejenigen, die Probleme damit hätten, Beamte ins gemeinsame Abwehrzentrum zu schicken. Wie viele sind das denn von den Ländern?

Zeuge Jürgen Maurer: Das ist ja jetzt wieder ein anderes Thema. Ich bin ja selbst schuld, dass ich das in die Richtung mit gelenkt habe.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Mich interessiert das brennend, weil dann würde ich schon mal gerne wissen, welche Länder das sind, um zu sehen, wie weit die ein großes Interesse an der koordinierten Zusammenarbeit und Aufarbeitung haben.

Zeuge Jürgen Maurer: Es gibt kleinere Länder, die - auch für mich nachvollziehbar - sowohl im Verfassungsschutzbereich als auch im Polizeibereich Probleme haben, von den geringen personellen Ressourcen, die sie noch designieren für bestimmte Felder, auch noch welche auf Reisen zu schicken. Das bedeutet, dass man darüber nachdenken muss, warum die Ressourcen im Zurückgehen sind. Ich habe es vorhin angedeutet: Natürlich sind die Ressourcen zurückgefahren worden. Nur, wenn man ein Problem hat und wenn man intensiver mit einer Fragestellung umgehen will, muss man begreifen: Es braucht Ressourcen und keine Generalisten. Es braucht Leute, die speziell in dem Bereich bewandert sind und informiert

sind. Ich habe Verständnis für solche Probleme.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Sehen Sie dann die Befürchtung, dass dadurch dann quasi in einigen Bereichen rechtsverfolgungsfreie Räume entstehen würden, wenn man die Zusammenarbeit nicht sucht? Das ist jetzt ein bisschen zugespitzt formuliert.

Zeuge Jürgen Maurer: Ich habe dargelegt, dass nach meiner Einschätzung alle Betrauten, alle Beamten massiv, intensiv gearbeitet haben. Bestimmte Schritte, die über das hinausgehen, konnten unter anderem deswegen auch nicht getroffen werden und gemacht werden, weil einfach die Kapazitäten dazu fehlen. Das heißt, wenn ich jetzt einen Ansatz wähle, der sich löst von einem konkreten Ermittlungskontext und hingeht zur Aufhellung eines Problemfeldes, nämlich rechtsradikale, rechtsterroristische Tendenzen, bedeutet das, dass ich neben den Aufträgen, die ich erfülle für Staatsanwaltschaften, für wen auch immer, neuerlich Ressourcen designieren muss. Ich halte diesen Aufwand für gering in der Bundesrepublik. Aber es ist doch bekannt, dass darüber diskutiert wird, dass das unter Umständen schon über die Möglichkeiten einzelner kleiner Landesämter für Verfassungsschutz oder einzelner kleiner Landeskriminalämter hinausgeht.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Es ist halt nur deswegen - das ist jetzt keine Frage, sondern nur eine Feststellung - schon interessant, dass wir bei diesem Fall die Situation haben, dass die Vermögensdelikte quasi in einigen Bundesländern und die Morddelikte in anderen Bundesländern stattgefunden haben, dass es an der Koordination regelmäßig erhebliche Defizite gab. Ich meine, wenn sich dieses Muster „herumspricht“ - in Anführungszeichen -, dann herzlichen Glückwunsch. Und dann kann es allerdings nicht daran liegen, dass es einige Länder nicht [sic!] gibt, die nicht bereit sind, zu koordinieren; aber gut.

Ich habe einen anderen Themenschwerpunkt noch, den ich ansprechen möchte - und zwar auch da nur eine Richtung -: Der Fall Alois Mannichl dürfte Ihnen ja auch bekannt sein. Da gab es ja jetzt auch möglicherweise noch aktuelle Ermittlungen in dem Zusammenhang, gerade unter dem NSU-Gesichtspunkt. Stimmt das?

Zeuge Jürgen Maurer: Keinerlei Bezüge zu dem Ermittlungskontext BAO „Trio“, NSU.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Sie haben ja keine - - Also, DNA-Spuren wurden verglichen und - -

Zeuge Jürgen Maurer: Keine. Also, mein Wissensstand jetzt - und ich weiß sehr viel über das Verfahren, und das wäre ein Umstand gewesen, den man mir mitgeteilt hätte -: keine Information bei mir dazu.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Weil der Hintergrund - - Ein Zeuge hier sagte auch, dass möglicherweise gerade 2007 der Mord an Michèle Kiesewetter ja ein Umschwenken war - vorher Menschen mit Migrationshintergrund und dann jetzt quasi die Staatsgewalt als Ziel -, dass das auch in der Form ein Umschwenken hätte sein können. Ich meine, der Angriff auf Mannichl war ja 2008. Also, gerade 2008 hat damit - - Würden Sie sagen - - Sind Sie nachgegangen, haben auch nachverfolgt und haben gesagt: „Da gibt es nichts“?

Zeuge Jürgen Maurer: Es gibt - und das habe ich im Einführungsstatement gesagt - weiterhin, obwohl wir intensivst ermittelt haben, in jede Richtung, Punkte, die sind nicht wirklich sauber zu erklären. Und ein Punkt, der weiterhin nicht sauber zu erklären ist, ist das, was in Heilbronn passiert ist: Was ist da wirklich passiert? Was war Motivationslage? Das ist nicht ermittlungsfähig gewesen bisher, und wir haben keine Einlassung von Beschuldigten.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Der Hintergrund ist auch: Wir hatten ja im Januar 1997 die Situation, dass auch das Trio eine Polizeistation, ganz konkret auch eine Polizeistation in Jena, ausspioniert hat, also auch Taten gegen die Polizei durchaus eine Rolle gespielt haben. Haben Sie denn andere Anhaltspunkte an der Stelle noch gefunden, wo es auch gerade im Hinblick auf andere Tatorte oder mögliche Tatorte - - dass dieses eine Rolle gespielt haben könnte, dass es eben nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund waren, sondern eben tatsächlich die Staatsmacht, die Staatsgewalt? Gab es da irgendwelche anderen Hinweise noch?

Zeuge Jürgen Maurer: Signifikant an der Ausspähung waren politische Instanzen, Parteien, einzelne Politiker; Polizeiausspähungen deutlich weniger. Also, es gibt keine stabile, belastbare Hypothese, warum das Trio oder warum vermutlich zwei Personen Frau Kiesewetter umgebracht haben. Ohne die Waffen, die wir gefunden haben, wären wir heute noch nicht an der Ecke, dass das überhaupt dazugehört.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Sind da jetzt - gerade weil Sie die Waffen ansprechen - alle Waffen inzwischen ausermittelt, die Sie gefunden haben, wo Sie sagen, Sie können genau den Weg nachgehen, Sie wissen ganz genau, woher sie gekommen sind und welchen Weg sie zum Trio gefunden haben?

Zeuge Jürgen Maurer: Es sind - - Das waren jetzt verschiedene Fragen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Gerne beide.

Zeuge Jürgen Maurer: Ja. - Alle Waffen, die vorhanden sind, die durch uns sichergestellt wurden, sind hinsichtlich ihrer Herkunftsüberprüfbarkeit abgearbeitet. Nicht bei allen Waffen steht fest, wie die in die Hände des Trios gelangt sind. Also, wo sie herkommen unter Umständen, ist entweder möglich gewesen oder nicht möglich gewesen und wird dann auch nie mehr möglich sein; aber wie sie in die Hände des Trios gelangt sind, ist bei einigen ungeklärt, weiterhin ungeklärt.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also, was für mich immer noch nicht nachvollziehbar ist: Also, so ein Riesenwaffenarsenal illegaler Waffen auf der einen Seite und dann eine ganze Reihe von verschiedenen Dingen, die nicht so waren, als dass man sagen würde, sie wären quasi tatsächlich - - man könnte sagen, sie wären im Untergrund gelaufen. Also, Herr Mundlos hat Briefe geschrieben, beispielsweise Beiträge, Artikel geschrieben; am 14.12.2011 steht das zumindest in *Spiegel Online*. Wir haben Meldungen von V-Leuten in Brandenburg. Wir haben die Situation, dass sie an einem Ferienort sich aufgehalten haben, am selben Ort sich überall aufgehalten haben, Urlaubsbekanntschaften hatten, Bilder gemacht haben, Haustiere hatten. Ich verstehe es nicht.

Die waren doch nicht im Untergrund. Die waren doch eigentlich in der Oberfläche. Sie sind eigentlich - - haben ganz normal gelebt hier. Warum hat man sie nicht gefunden? Können Sie mir helfen?

Zeuge Jürgen Maurer: Weil man nicht nach ihnen gesucht hat.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Aber sie waren doch eigentlich schon auffällig genug vorher.

Zeuge Jürgen Maurer: Die Personen, die auf Campingplätzen unter Nutzung fremder Identitäten unterwegs waren, nach denen ist nicht gesucht worden.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Aber Sie haben doch - - Es sind doch Telefonanrufe - -

Zeuge Jürgen Maurer: Ab 2003 war die Einstellung in die Systeme beendet. Man hat nicht mehr gesucht.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Aber man hat 98 Telefonanrufe, Telefonanrufe auch mit Hinweisgebern, mit Unterstützern abgehört damals, zumindest in Thüringen. Davon müsste das BKA doch auch was mitbekommen haben.

Zeuge Jürgen Maurer: 98 sind wir vor Ort gegangen, haben die dort verfügbaren Informationen in einen Vermerk gefasst und haben diesen Vermerk an den Generalbundesanwalt übermittelt. Generalbundesanwalt hat dann einen Auftrag gegeben, sich noch intensiver um Informationsgewinnung zu bemühen. Das ist geschehen. 99 ist ein zweiter Vermerk geschrieben worden mit der Einschätzung der örtlichen Staatsanwaltschaft Jena, dass es sich nicht um eine terroristische Organisation handelt. Dieser Vorgang ist wieder dem GBA zugleitet worden.

Ansonsten ist dann von BKA-Seite nichts mehr gemacht worden. Die Vorgänge, Ziel-fahndung, Nachforschung: „Wo sind die Abgetauchten?“ waren in der Zuständigkeit der örtlichen Behörden. 2003 war auch damit Schluss. Was dann aber geschehen ist - und das sind ja zum Teil die Beschuldigten -: Unter Nutzung fremder Identitäten hat man ein seminormales Leben geführt.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Das Verrückte ist doch: Die Identitäten - Entschuldigung, wenn ich einhake - waren ja Identitäten von Personen, die aus dem gleichen Kreis heraus waren, im Prinzip im gleichen Fokus standen.

Zeuge Jürgen Maurer: Waren Personen, die nicht gesucht wurden. Waren Personen, selbst wenn sie überprüft wurden, wo kein Merker in polizeilichen Systemen hochkam. Selbst wenn sie in Verkehrskontrollen geraten sind, hat das zu nichts geführt.

Das, was wir ja jetzt dazu wissen, ist ja Ermittlungsergebnis - das haben wir ja vorher nicht gewusst -, also die Tatsache, dass Wohnmobile, dass sonstige Pkw benutzt wurden, mit welchen Identitäten das gemacht wurde, wohin man unter Umständen gereist ist. Wir können in einer großen Breite nachweisen Zusammenhänge zwischen Raubstraf-taten und Anmietungen. Aber - und das ist meine These - ohne die Ereignisse am 04.11. könnten wir das nicht. Das ist das Verstörende daran.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wir hatten - - Im Februar 98 gab es im Auftrag der Bundesanwaltschaft ja einen Prüfvorgang bei Ihnen im BKA über das Trio, der angelegt wurde, also von 98 bis 99. Und vom BKA wurden hier Vorgänge aus Jena auch bei Ihnen berücksichtigt. Das muss doch eigentlich bei Ihnen auf dem Tisch gelegen haben.

Zeuge Jürgen Maurer: Bei mir ja so-wieso nicht.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Nein. Damals nicht, aber jetzt.

Zeuge Jürgen Maurer: Ja, ja.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Und auch damals lag es doch beim BKA auf dem Tisch. Hat man da nichts unternommen?

Zeuge Jürgen Maurer: Das lag beim BKA auf dem Tisch. Und BKA hat den Vorgang genommen und gesagt: Generalbundesanwalt, das sind unsere Erhebungen. Zur Kenntnis. Bewerte! - Genau das ist ja der Vorgang.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Genau. Aber das sind ja die - - Wir haben beim LKA in Thüringen ja diese - - Ich komme noch mal auf die Telefonate zurück.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja; aber nicht in dieser Runde.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Letzte Frage an der Stelle. Ich habe noch Kredit aus der vorherigen Runde, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wir hatten ja - - Im LKA Thüringen hatten wir ja drei Telefonate mit einer Kontaktperson in Thüringen im April 98 abgehört, in denen der dringend um Geld auch gefragt hatte - das sagte ich vorhin schon - und sogar der Treffpunkt auch und die Uhrzeit angegeben worden sind. Dennoch ließ sich der LKA-Fahnder damals, das LKA Thüringen - und Sie hatten aber einen Vorgang im BKA auf dem Tisch, und damit hätte eigentlich der Austausch da sein müssen -, ein Jahr Zeit, bevor man dem Telefonat nachgegangen ist. Hätte da das BKA nicht sagen können: „Hier, schau mal früher hin; wir hatten den Hinweis“?

Zeuge Jürgen Maurer: Nein.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Warum nicht?

Zeuge Jürgen Maurer: Ja, ganz einfach: Wir sind vor Ort gefahren, haben ja intensiv erhoben. Und man hat uns ja alles gegeben, was wir haben wollten. Das haben wir dann an die zuständige Prüfinstanz übermittelt.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Das heißt, Sie hatten aber alles und haben dann aber - -

Zeuge Jürgen Maurer: Wir hatten alles, was wir zu haben brauchten. Und dann geben wir diesen Vorgang dem Generalbundesanwalt und sagen: Das sind unsere Befunde. Bist du bereit, ein Verfahren einzuleiten? - Der Generalbundesanwalt hat eine nachvollziehbare Entscheidung getroffen, indem er sich die Meinung der Staatsanwaltschaft Jena zu eigen gemacht hat, hat dann gesagt: Ich sehe keinen Terrorismusver-

dacht. - Infolgedessen blieb der Vorgang staatsanwaltschaftlich in Jena und auch polizeilich in der Region. Dieser Vorgang war von diesem Moment an für uns erledigt, weil er war ja bei einer örtlich zuständigen Polizei, bei einer örtlich zuständigen Staatsanwaltschaft in Arbeit. Und alle Maßnahmen, die dann zu ergreifen sind, müssen natürlich von der zuständigen Stelle getroffen werden, nicht von der unzuständigen. Wir sind unzuständig.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Aber als Sie die Akten - - Hatten Sie die Akten noch 2004, 2006, als möglicherweise da noch mal im Zusammenhang mit Jena, sage ich mal, einiges wieder hoch-, in Erinnerung kam?

Zeuge Jürgen Maurer: Die Akten hatten wir nicht mehr, Herr Wolff; ich habe es doch vorhin beschrieben.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Okay.

Zeuge Jürgen Maurer: Ich bin voller Freude auf diesen Vorgang gestoßen, weil der Vertreter des GBA in der ersten PKGr-Sitzung gesagt hat: Hier gibt es einen interessanten Vermerk vom BKA. - Da sage ich: Den gibt es im BKA schon lange nicht mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Linksfraktion. Frau Pau, bitte.

Petra Pau (DIE LINKE): Herr Maurer, wir untersuchen ja hier im Untersuchungsausschuss auch: Wie wurde die Gefahr, die vom Rechtsextremismus ausgeht, eingeschätzt? Wie hat sich das über die Jahre auch entwickelt auf der Grundlage von bestimmten Vorkommnissen, Erkenntnissen? Und was stand dem Rechtsextremismus gegenüber? Und dazu hätte ich jetzt noch mal ein paar Fragen.

Nun sind ja Böhnhardt, Zschäpe, Mundlos und Unterstützer nicht vom Himmel gefallen oder das erste Mal auffällig geworden mit dem ersten Mord in Nürnberg, sondern wir haben die Situation, dass das Trio vor dem Abtauchen mit einer Serie von Bombenattrappen, Briefbomben mit antisemitischen, neonazistischen Drohbrieffen ja quasi vorab erst mal schon seine Programmatik in die Öffentlichkeit getragen hat und auch sehr

deutlich gemacht hat, dass sie es nicht mit strategischen Diskussionen oder dem Absingen von ekelhaften Liedern auf Konzertabenden bewenden lassen werden.

Nun stellt sich natürlich die Frage: Warum konnte man das Ganze nicht durchaus als eine sich entwickelnde Bedrohung erkennen? Oder andersrum - das spielte vorhin schon mal eine Rolle -: Wir hatten hier schon viele Zeugen - Sie gehören nicht dazu -, die uns gesagt haben: Es war überhaupt nicht zu erkennen, weil sie haben ja dann zu den Morden keine Bekennerschreiben abgeliefert. - Ich gehe davon aus, dass wir beide die Erfahrung teilen aus der Beschäftigung mit diesem Phänomenbereich, dass gerade Neonazis vor allen Dingen auf die Wirkung ihrer Taten gegenüber den Opfern und Opfergruppen setzen, dass sie auch Angst und Schrecken verbreiten wollen durch solche Taten. Sehen Sie das auch so?

Zeuge Jürgen Maurer: Also, garantiert: Die Botschaft der Tat spielt auch eine Rolle. Ob es bei dem Trio da auch so war, das sei mal dahingestellt. Aber was sich für mich zeigt in dem Vorgang, ist, dass es Entwicklungen gibt, dass es nicht vom ersten Tag an die größte Form von Gewaltanwendung ist, sondern es gibt Entwicklungen. Und es gibt Strukturen, die letztlich die Ermittlungen ab einem gewissen Zeitpunkt verunmöglichen. Man hat sich auch im Vollzug der Straftaten, dann im Vollzug der Bankraube, professionalisiert. Die sind auch immer professioneller vorgegangen.

Mein Punkt ist - und das ist etwas, was man ins Bewusstsein auch der Polizei und auch der Justizbehörden bringen muss -: Die Lösung liegt in der möglichst frühzeitigen Intervention. Ich bin weiterhin der Auffassung: Nachdem 2003 im Grunde die Ziel-fahndung gestoppt war, wenn dann örtlich keine Informationen mehr entstehen, dann kriegt man das nicht mehr in den Griff.

Das heißt, es gibt verschiedene Interventionsphasen aus meiner Sicht. Eine sehr starke hat bestanden: Abtauchen. In der ersten Phase des Abtauchens, in dem ersten Jahr, wo jemand abtaucht, bestehen die größten Chancen, jemanden zu finden. Je länger der unterwegs ist, je besser das eingeübt ist, umso schwieriger wird es. Also: Höchstmaß an Intervention. Woran liegt es dann? Werden ausreichend Informationen ausgetauscht? Ich kann es nicht einschätzen. Wenn man das nicht tut, wenn man

nicht rechtzeitig agiert - - Zu einem späteren Zeitpunkt wird es immer schwieriger.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich will nicht unhöflich sein. Wir müssen bloß auf die Zeit achten; sonst rennt sie mir weg. Deswegen eine Frage mit dem Blick auf heute und die heutige Situation: Sie haben schon vorhin kurz angedeutet die Schwierigkeiten nach der ersten Aufregung nach der Schaffung des Abwehrzentrums Rechtsextremismus, dass die Frage jetzt schon steht: Ist der Aufwand gerechtfertigt? - Wenn die Möglichkeiten, die wir heute haben oder die Sie heute haben, damals bestanden hätten, als die Bombenattrappe auftauchte, als die Puppe von der Autobahnbrücke in Thüringen hing: Wie muss ich mir das eigentlich vorstellen? Was würde, wenn es denn ideal läuft, denn heute passieren?

Zeuge Jürgen Maurer: Straftäter, die 1,2 Kilogramm TNT in einer Garage haben und sich absetzen, die eine rechtsextremistische Historie haben, würden heute automatisch mit einer Taskforce gesucht. Man würde nicht aufhören, bis man sie gefunden hat; das ist die Situation heute. Die hatten wir 2003 nicht, die hatten wir 1998 nicht. Das wäre ein typischer Fall, der - weil er so einfach wäre; so einfach mit der Historie - intensivst im GAR in eine Taskforce überführt würde.

Petra Pau (DIE LINKE): Darf ich dann fragen: Teilen das aus Ihrer Kenntnis sowohl die Spitzen der Behörden als auch diejenigen, die politisch ihnen gegenüberstehen? Ich frage das vor einem Hintergrund. Sie wissen: Seit dem Jahr 2000 sind sowohl das Bundeskriminalamt als auch das Bundesamt für Verfassungsschutz in uns jedenfalls zugänglichen Analysen und Einschätzungen immer wieder zu Feststellungen von großen Waffenarsenalen gekommen, auch von viel Sprengstoff.

Aber die Schlussfolgerung ist immer: Erstens. Es besteht keine rechtsterroristische Gefahr in der Bundesrepublik. Und es bestehen auch nach einem Gutachten des Bundesamtes für Verfassungsschutz - wir finden das in MAT A BMI-4/0053, Seite 7 ff. - keinerlei Anzeichen, dass diese Arsenale in irgendeiner Weise eingesetzt werden sollen. Ist das richtig, dass diese Einschätzungen dann im Jahre 2012 jetzt revidiert sind und ich davon ausgehen kann, dass beginnend

vom BMI bis hinein in die Sicherheitsbehörden man anders damit umgeht?

Zeuge Jürgen Maurer: Frau Pau, ich bin überzeugt davon, dass es derzeit niemanden gibt, der eine andere Auffassung vertritt als ich.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich hätte noch eine letzte Frage. Die setzt dort an, wo wir vorhin aufgehört haben: beim schwierigen Verhältnis in der Interessenabwägung oder auch beim Konflikt zwischen ermittelnder Polizei und Verfassungsschutz. Und ich hatte vorhin gefragt, ob Ihnen in Ihrer langen Amtszeit - nicht nur bezogen auf die Morde, die wir hier untersuchen - dort bekannt sind Auseinandersetzungen zum Thema insbesondere „Einsatz von V-Leuten“ und „Was passiert mit vorhandenen Quelleninformationen zu schon begangenen Straftaten oder zu geplanten Straftaten?“. Deshalb noch mal meine Frage.

Sie haben ja vorhin gesagt: Gebetsmühenartig muss man vortragen, dass die Information so früh und nicht so spät wie möglich genannt wird. - Ich stoße hier immer wieder auf die Situation, dass ich sehr wohl in den Akten sehe: Landesämter für Verfassungsschutz, das Bundesamt für Verfassungsschutz, andere Nachrichtendienste wussten etwas über begangene Straftaten durch die drei und hatten offensichtlich auch Kenntnis, dass sie weitere Straftaten, weitere Überfälle - finden wir im Schäfer-Bericht, also öffentlich - planen. Auf meine Frage dann an Nachrichtendienstvertreter: „Was ist mit der Information geschehen? Ist das den ermittelnden Polizisten, den Staatsanwaltschaften in irgendeiner Weise zur Kenntnis gelangt?“, kommt immer ein Achselzucken. Können Sie mir einfach aus Ihrer Praxis sagen: Ist das die Regel? Oder gibt es vielleicht doch, uns ermutigend, auch positive Beispiele?

Zeuge Jürgen Maurer: Also, es war immer so in der Vergangenheit, dass der Übergang der Informationen vom Nachrichtendienst an die Polizei ein Problem war unter dem Gesichtspunkt des Quellenschutzes. Das ist dadurch zu lösen, dass man Mechanismen des Übergangs neu definiert, bis dahin, dass man ein Instrument einführt über Behördengutachten oder Ähnliches und dadurch eine Information einspeisen kann. Das hängt von Vertrauen ab. Der Quellenschutz ist ein wichtiger Punkt; den sieht die Polizei

auch so, den sehe ich auch so. Unsere Erfahrung war im Bereich islamistischer Terrorismus: Es gibt Mechanismen, die man definieren kann, sodass es doch möglich ist, die die Quelle schützen und die Information verarbeitungs- und handlungsfähig machen. Den gleichen Stand müssen wir erreichen bei rechts. Den haben wir definitiv bisher nicht gehabt, weil es die organisierten Mechanismen der Zusammenarbeit in der von mir beschriebenen Art nicht gab.

Petra Pau (DIE LINKE): Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht geht an Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Maurer, bevor der Kollege Ströbele fragt, nur noch mal zwei Fragen von mir; und ich hoffe, diesmal werden es Fragen.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Wir auch!)

- Ja, gut; helfen Sie mir.

Sie haben in Ihrem Eingangsstatement sich gegen eine Äußerung verwahrt, also einmal gegen die des Kollegen Binninger, eine „heiße Spur kalt werden lassen“. Das will ich jetzt nicht vertiefen; müsste er machen.

„Türke tötet Türken“, dass nur das in der Logik gewesen wäre, habe ich mal gesagt. Ich habe gesagt, die verquere Logik, dass ein Türke nur von einem Türken getötet werden kann, die habe ich an vielen Stellen gefunden, auch bei der EG „Ceska“. Da suchte man Munition und schrieb an den Verbindungsbeamten in der Schweiz: Bitte mitteilen insbesondere, ob an türkische Staatsangehörige verteilt wurde. - Dann antwortete die Schweiz: Wir haben nicht an türkische Staatsangehörige verkauft. - Und dann hat man noch nicht mal nachgefragt und gesagt, wir haben „insbesondere“ gefragt, sondern hat sich mit der ausschließlichen Antwort: „Wir haben nicht an türkische Staatsangehörige verkauft“ begnügt. Und das vor dem Hintergrund - -

Frage: Selbst wenn ich von der Organisationstheorie ausgegangen wäre, gab es denn irgendeine Logik, dass der Killer, der dann im Auftrag dieser Organisation unterwegs war, nicht ein Mongole, nicht ein Holländer, nicht ein Eskimo hätte sein können? Wie kann

man, ohne dass man, wie ich, eine solche Scheuklappe annimmt, dann eine solche Anfrage stellen?

Zeuge Jürgen Maurer: Also, erstens konzedere ich, dass auch der Einschub „insbesondere türkischer Käufer“ unglücklich ist und unglücklich war; da teile ich Ihre Auffassung. Warum ist er entstanden? Unter anderem deswegen entstanden, weil genau zu dem gleichen Zeitpunkt ein Hinweis auf einen türkischen Straftäter vorlag. Es ist nicht richtig, bei einem unbekanntem Täter irgendetwas auszuschließen; es ist nicht richtig. Die gesamten Hinweise, die Masse der Hinweise, die sich ja nachvollziehen lassen und die man in den Ermittlungsakten nachvollziehen kann, immer wieder in Richtung Phänomene von Rauschgiftkriminalität, teilweise Denunziationen, was weiß ich -- Im Endeffekt hat es nicht dazu geführt, dass ein Ermittlungsansatz verschüttet wurde. Zu dem Zeitpunkt kamen wir an der Ecke sowieso noch nicht weiter, als wir nach der PMC-Munition gesucht haben. Aber ich gebe Ihnen zu: Selbst die Einschränkung „insbesondere“ ist nicht besonders glücklich. Das gebe ich zu, ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Zweite Frage: Ich hatte ja vorhin schon gesagt, selbst im Jahre 2010 hat man in einer Powerpoint-Präsentation, die wir immer wieder finden, das, was man bei den Opfern schon weggecheckt hatte - wir haben uns hier agreementmäßig geeinigt, dass wir da auf die Einzelheiten nicht eingehen -- aber wo man schon festgestellt hatte: BTM-Haftungen waren vom Vorbesitzer des Ladens; wo man eine Aussage hatte: Kofferanhaftungen so viel wie auf jedem Geldschein, kann man nicht zur Verfügung stellen; wo man festgestellt hatte: Beschaffungsfahrt nach Holland ist widerlegt, die Details stimmen nicht. Dennoch taucht das auch noch im April 2010 als Verdachtsmoment auf. Wie soll ich denn das erklären? Außer dass man wirklich durchgedrungen war: Es muss organisierte Kriminalität mit türkischem Hintergrund dahinterstehen. - Verstehen Sie? Fachlich muss ich doch irgendwann mal dann wirklich konsequent sein und sagen, wie Sie es ja hier auch gemacht haben: Wir sind am Ende; wir finden nichts. - Aber der Präsident geht mit einer Powerpoint-Präsentation rum, und noch letztes Jahr haben mir Ihre Kollegen gesagt: Ja, ja; da hatten wir

ja eine Menge gefunden. - Wir sind dem nachgegangen. Wirklich wenig. In zwei norddeutschen Fällen würde ich es zugestehen; aber ansonsten ganz wenig. Aber im Grunde bis Eisenach hat man festgehalten an dieser Vorstellung. Gibt es dafür eine Erklärung, Herr Maurer, dass so hartnäckig vom BKA, von Ihrer Behörde, obwohl Sie selber eine andere Spur auch hatten, daran festgehalten wurde?

Zeuge Jürgen Maurer: Wie soll ich Verhalten erklären, das nach jedem Strohhalm greift, jede denkbare Ermittlungsoption noch offenlässt? Wir haben mit türkischen Dienststellen diskutiert. Auch von dort wurde gesagt, es ist eher unwahrscheinlich, was dort läuft. - Wir haben in unseren *BK-Blatt*-Aus-schreiben das offengehalten. Wir haben aber immer wieder aus dem verdeckten Bereich, immer wieder fortgesetzt, Informationen gekriegt, Hinweise auf angeblich kriminelles Verhalten aus dem Bereich der allgemeinen oder organisierten Kriminalität. Diese Vorgänge sind immer wieder bei uns gelandet, waren immer wieder Gegenstand unserer Bearbeitung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Binnerer?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Binnerer.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Zeit wird gestoppt, wie immer!)

Clemens Binnerer (CDU/CSU): Herr Maurer, wenn Sie gerade gesagt haben -- Das fällt uns auch auf in allen Akten - in den Akten der Nachrichtendienste, in den Ermittlungsakten, in den Akten der Polizeidienststellen -, wie häufig es von Quellen, von V-Leuten, zum Teil von Straftätern, von ein-sitzenden - dann kann man es auch vielleicht vorher etwas einschränken -, Fehlinformationen gab, kühne, wilde Behauptungen, wer der Täter gewesen sein könnte, mit dem größten Anspruch, und diese Fehlbehauptungen irre lang Zeit, Personal und Ressourcen gebunden haben, weil man dem Ding ja nachgehen muss. Man kann ja nicht sagen,

weil man derzeit nicht weiß, wo der Täter ist: Gehen wir nicht nach. - Aber wäre es dann nicht angezeigt, auch als eine Konsequenz und Erkenntnis aus den ganzen Jahren, dass wir dieses Thema Quellen - das ich für maßlos überschätzt halte, was ihren Nutzen angeht, vor allen Dingen im rechtsextremen Bereich für maßlos überschätzt - neu überdenken müssen, weil Aufwand, Ertrag und Risiko, das man damit eingeht, häufig in keinem Verhältnis zueinander stehen?

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut! Sehr gute Erkenntnis!)

Zeuge Jürgen Maurer: Wir haben als Bundeskriminalamt und die meisten Polizeien keine Quellen mehr geführt im Bereich Rechtsextremismus - genau aus dem Grund. Mit der gleichen Überzeugung argumentiere ich: Ohne Quellenführung funktioniert es überhaupt nicht. Die Tatsache, dass wir keine geführt haben, ist ja eine ganz andere Frage. Es funktioniert nicht ohne Quellenführung.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich habe auch nicht gesagt, wir schaffen es ab - nicht immer gleich in die Extreme abkippen -, sondern nur, dass wir das heutige System gründlich überdenken müssen, weil Aufwand, Nutzen, Risiko in keinem Verhältnis mehr zum Ertrag stehen.

Zeuge Jürgen Maurer: Das muss man überdenken. Das wird man überdenken. Es gibt auch bereits Erörterungen, wie man Klassifizierungssysteme der Polizei unter Umständen übertragen kann auf Klassifizierungen bei den Nachrichtendiensten, bei den Landesämtern für Verfassungsschutz. Ja, darüber muss intensiv diskutiert werden; definitiv, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Jetzt hat Herr Wieland noch zwei Minuten Zeit. Bitte.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Maurer, ich gebe Ihnen zu: Viele Fehlschritte. Sie sind ihnen nachgegangen. Sie haben sie dann alle ausgeräumt. Und das war viel Arbeit, war wirklich viel Arbeit. Niemand hier hat mangelnden Fleiß je BKA oder den Länderpolizisten unterstellt; niemand - im Gegenteil; die Fest-

stellung: immenser Ermittlungsaufwand, aber in der Regel in die falsche Richtung. Aber wenn ich das doch zu Ende ermittelt habe und wenn ich immer wieder dazu komme, interessant - zum Teil gab es ja sogar Strafverfahren, Festnahmen -, hat aber nichts mit den Ceska-Morden zu tun, und dann eine Systematik mache - und darauf beharre ich; bis zum zweiten Sicherheitsgespräch „Stand und Perspektiven der Bekämpfung der organisierten Kriminalität“, 14. April 2010, also bis ganz zum Schluss -, wo man die eigenen entlastenden Ermittlungen nicht berücksichtigt, wirklich nicht berücksichtigt, dann frage ich: Muss dann nicht diese Fixierung darauf, es müssen türkische Täter gewesen sein, so stark gewesen sein, dass man das eigene Wissen hintangestellt hat, einfach nicht zur Kenntnis genommen hat?

Zeuge Jürgen Maurer: Das scheint so, Herr Wieland, aber ist nicht so. Folgender Punkt: Die letzte Tat Ceska fand 2006 statt. In einem Ermittlungssystem, in einer polizeilichen Betrachtungsweise eines Problems, wenn fünf Jahre nichts passiert, werden alle BAOs zurückgefahren, alle Ermittlungsgruppen zurückgefahren; es wird alles zurückgefahren. Das heißt, am Schluss sitzen noch Mitarbeiter dort, die den Vorgang weiter bewegen, die in 2010 noch mal einen Versuch machen - noch mal einen Versuch -, mit Öffentlichkeitsfahndung irgendjemand zu interessieren für den Vorgang. Niemand hat mehr darüber geredet ab 2006, Ende 2006. Ab 2007 haben wir massiv geredet über den Mord an Frau Kiesewetter und sonstige Folgen, haben intensiv über andere Vorgänge geredet. Das ist unsere Realität. Und der kann ich mich auch nicht verschließen. Die großen Befürchtungen, die bestanden - das zehnte Opfer -, was ja die zweite Jahreshälfte 2006 noch in der Diskussion geprägt hat, die sind nicht eingetreten. Verstehen Sie, was ich darstellen will? Die Zeit geht weiter. Die Mitarbeiter sind frustriert, weil sie keinen Erfolg haben. Es sind keine Ansätze mehr da. Jeder einzelne Ansatz wird auch noch bis ins letzte Detail abgeprüft. Die BAOs werden zurückgefahren. Und dann stehen wir da.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und dann sagt der Präsident: ein Fallbeispiel für organisierte Kriminalität - obwohl fünf Jahre nichts passiert ist, obwohl alle Ermittlungen ergeben haben: Wir stehen

mit leeren Händen da. - Das war ja die traurige Wahrheit. Es war ja so. Verstehen Sie? Über die Klippe komme ich nicht.

Zeuge Jürgen Maurer: Bis zum 04.11. standen weiterhin die Optionen, -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Optionen!

Zeuge Jürgen Maurer: - dass es OK sein kann, dass es rechts sein kann, dass es was auch immer sein kann, unverändert im Raum.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es taucht hier nicht als Option auf. Es taucht hier wirklich nicht als Option auf, sondern als Systematik zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Eine Option ist etwas anderes.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir sind am Ende der zweiten Berliner Stunde. Mir ist signalisiert worden, es gibt noch weiteren Fragenbedarf. Wir müssen schauen, wie umfangreich der ist. Falls wir mehr als eine halbe Berliner Stunde brauchen, müssten wir noch mal unterbrechen wegen der namentlichen Abstimmung. Das heißt, unterbrechen müssen wir sowieso; aber dann müssten wir die Zeugenbefragung von Herrn Maurer danach auch noch mal fortsetzen. Ansonsten können wir sie vorher abschließen. - Zunächst hat die Union das Fragerecht. Herr Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Maurer, der heutige Nachmittag war ja sehr erkenntnisreich. Im Nachhinein betrachtet hätten wir mit Ihnen anfangen sollen als Zeugen; dann hätten wir auch etwas klarer gesehen. Besseres Informationsmanagement, Verknüpfung Radfahrerspur, Grenzen des Föderalismus, klare Zuständigkeiten, Stärkung der Rolle des GBA, V-Leute überprüfen sind ja alles auch Erkenntnisse, die wir ja durchaus in unseren Überlegungen haben.

Ich möchte, bevor ich - da bitte ich den Herrn Christeleit um gesteigerte Aufmerksamkeit; aber das macht er sowieso - ein paar Fragen habe zum laufenden Ermittlungsverfahren, noch einen Aspekt mit Ihnen kurz erörtern, der mir auch überprüfungswürdig, sogar -notwendig erscheint: OFA, Ope-

orative Fallanalyse, umgangssprachlich Profiler oder CSI, was weiß ich; in den Maßstäben hier bewertet von Zeugen von „Kaffeesatzleserei“ bis „unverzichtbar“. Wir hatten ja zwei OFA-Leute da. Die hatten einen sehr exzellenten, souveränen Auftritt. Was mich nur gestört hat, war, dass ich den Eindruck hatte, jetzt zumindest an dieser Fallserie - und es gibt ja OFA für zehn Fälle und den Sprengstoffanschlag -, dass alle OFA-Analysen von einem sehr guten Fundament gestartet sind, eine hohe inhaltliche Logik aufwiesen und kurz vor dem Ziel immer falsch abgebogen sind. Und es war immer das Gleiche, nämlich Ankerpunkt Nürnberg, anstatt zu sagen: Das kann ein bundesweit reisender Täter sein, der an jedem Tatort einen Ankerpunkt hat. - Nein, Ankerpunkt Nürnberg; Ankerpunkt Köln beim Sprengstoff; und sogar beim Polizistenmord war auch die Einschätzung: Wir suchen einen Täter aus dem OK-Bereich im Großraum Heilbronn.

Das Zweite - das ist fast schon tragisch -: Wir haben den Akten entnommen, dass eine Tagung war aller OFA-Teams aus der BAO „Bosporus“ plus den Baden-Württembergern, weil man ja da auch ein bisschen Methodenstreit hatte. Die OFA aus dem BKA und anderen Behörden war sehr streng mit den Bayern, die gesagt haben: Für eine OFA reichen die Falldaten gar nicht aus. Was ihr hier macht, ist wirklich hart an der Grenze des Zulässigen. - Dann kam ja die zweite OFA, und dann war die Frage: Wie gehen wir damit um, wenn der zehnte Mord kommt? Das haben auch die OFA-Teams besprochen. Was es fast tragisch macht: Diese Besprechung - „wie gehen wir, die Fallanalyse machen, damit um, wenn der zehnte Mord kommt?“ - findet statt am 25. April 2007 in Wiesbaden, am Tag des zehnten Mordes an Michèle Kiesewetter. Und man macht auch dort eine Fallanalyse. Und obwohl quasi hier ja das Wissen von der anderen Serie vorhanden war, gelingt es überhaupt nicht, auch nur den Hauch einer Übereinstimmung zu finden, obwohl die Täter durchaus wieder sehr ähnlich beschrieben werden: zwei Personen, einer der Dominierende, der Kopf, der andere der Ausführende. So steht es ja da. Aber es hilft dort auch nicht weiter.

Frage an Sie, rein fachlicher Natur: So, wie wir OFA haben, ist es wirklich ein erfolgreiches Ermittlungsinstrument, oder müsste es mehr standardisiert werden? Lebt es am

Ende nur von den wenigen spektakulären Fällen, wo es eben zum Erfolg geführt hat, angesichts der Erfolglosigkeit auch von OFA hier in dieser Serie bei zehn Morden und einem Anschlag, wo wir Analysen ja hatten?

Zeuge Jürgen Maurer: Man muss OFA so verstehen, wie OFA letztendlich instrumentell eingesetzt werden kann. Operative Fallanalyse kann nur dazu führen, losgelöst von einer einschränkenden Betrachtungsweise aus dem Tagesgeschäft von Ermittlungen komplett einen Vorgang neu zu bewerten und mit unterschiedlichen Hypothesen zu betrachten. OFA: aus meiner Sicht unverzichtbar. Wir haben OFA auch noch mal eingesetzt, und zwar nicht bezogen auf den unbekanntem Täter, sondern bezogen auf die bekannten Täter Mundlos und Bönhardt, im Zusammenhang mit den aktuellen Ereignissen, weil es zu viele Punkte gibt, die noch erklärt werden müssen oder wo man zumindest mal Versuche starten muss. Auch da haben wir bemerkt, dass wir wichtige Anregungen bekommen haben für Ermittlungen aus dem Kontext. Das heißt: für mich unstrittig, dass man das braucht.

Die Frage, wer macht OFA für wen: Wenn die Gefahr bestünde, dass interessengeleitet irgendwann ein Ergebnis aus einer OFA rauskommt, wenn das ein strukturelles Problem wäre, muss man es anders organisieren. Das heißt: Eine OFA für München muss immer von Hamburg gemacht werden - und umgekehrt.

Ankerpunkt Nürnberg: Wir haben möglicherweise, alle Beteiligten haben möglicherweise falsch verstanden, was eigentlich die OFA-Leute gemeint haben. Wir haben verstanden: Das ist Nürnberg. - Fest steht für mich, Herr Binninger: Nürnberg ist Ankerpunkt. Aber fest steht auch: Es ist nicht geklärt, wieso. Wieso findet der erste Mord in Nürnberg statt? Hat zu Folgen geführt bei der Frage: Was müssen wir ermitteln? Wieso finden so viele Morde in Nürnberg statt? Was muss ein Täter denken, wenn er die erste qualitativ grausame Tat begeht? Begibt er sich in eine sichere Umwelt, oder was? Diese Fragen - - Das heißt: Es gibt einen Ankerpunkt Nürnberg; nur wir wissen noch nicht genau, was diesen Ankerpunkt ausmacht.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und heißt nicht, der Täter muss da seinen legalen Wohnsitz haben! Das war doch der Punkt!)

- Was auch immer. - Nur: Der Punkt, zu sagen, Ankerpunkt Nürnberg, und jetzt müssen sich die Ermittlungen auf Nürnberg konzentrieren, -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was aber der Fall war.

Zeuge Jürgen Maurer: - das ist ein Problemfall.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das war aber so.

Zeuge Jürgen Maurer: Das heißt: Auch da können wir analysieren, welche falschen Wege wir gegangen sind. Und das ist das, was ich meine. Alle haben sich überlegt, was das bedeuten kann, sind aber immer wieder an der falschen Ecke abgebogen - und nicht vorwerfbar aus meiner Sicht, sondern einfach, zu sagen: Was heißt das für uns? Wie müssen wir unsere Strukturen und unsere Betrachtungsweisen verändern? - Das ist für mich die Lehre daraus.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Maurer, ich meine, Polizisten sind so erzogen und machen ihr ganzes Berufsleben eben das. Aber bitte nehmen Sie auch mit für Ihre Behörde: Wir müssen hier - das sind wir auch den Opfern, den Familien schuldig - alle Fragen stellen. Verbinden Sie nicht jede Frage mit Vorwurf.

Zeuge Jürgen Maurer: Nein, überhaupt nicht. Ich versuche nur, intensiv zu argumentieren.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich auch. Da sind wir ja gemeinsam. - Aber jetzt hatten Sie ja gerade selber die Verbindung hergestellt zum laufenden Ermittlungsverfahren. Es muss irgendwas in Nürnberg gegeben haben. Was ja auch so völlig unlogisch erscheint, ist ja die Abfolge der Taten mit den langen Pausen, also eine sehr starke Häufung 2000/2001 - vier Morde, ein Sprengstoffanschlag, ein Banküberfall -, dann fast zweieinhalb Jahre Pause bis 2004, dann im Jahresrhythmus, 2006 zwei Morde innerhalb von drei Tagen. Dann reißt diese Serie ab. Dann kommt der Kiesewetter-Mord. Und dann ist viereinhalb Jahre gar nichts, kein Mord, kein Banküberfall. Und dann geht es im September 2011 wieder los mit dem ers-

ten Banküberfall, und dann kommt der zweite in Eisenach. Haben Sie irgendeine Erklärung oder Erkenntnis oder ein Indiz heute dafür, wie die Tatorte und damit auch die Opfer ausgewählt wurden? Oder auch eine Hypothese? Ist in dem Fall zulässig, Herr Christeleit guckt schon angespannt. Aber wir reden einfach miteinander. Er meldet sich dann schon.

(Sönke Rix (SPD): Herr Christeleit hat Angst um seinen Job, wenn Herr Binninger den übernimmt!)

Zeuge Jürgen Maurer: Interessanterweise sind aus meiner Sicht alle Opfer intensiv ausgespäht worden. Was letztendlich zur Auswahl geführt hat: Können wir nicht sagen, weil es gibt keine Einlassungen von Beschuldigten, es gibt keine Diskussion, Vorhalt, es gibt keine Erörterung, sondern wir können nur konstatieren. - Und da muss man zum Ergebnis kommen: intensiv ausgespäht, bundesweit ausgespäht, nicht erklärbar zuerst mal, Bankraubserie, Chemnitz, und Mordserie, Startpunkt Bayern. Alle Ansatzpunkte, die sich geboten haben, das zu überprüfen, sind überprüft, intensiv überprüft. Und das wird die gerichtliche Aufarbeitung dann zeigen, wie stabil diese Befunde sind.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Darf ich kurz dazwischenfragen? Trifft es dann zu - und das wäre ja wiederum verwunderlich; diese bundesweite Ausspähung von vielen Objekten ist ja belegt -, dass ausgerechnet zu den zehn Tatorten keine in dem klassischen Sinne Skizzen, Markierungen auf Stadtplänen, Nennung von Opfern gefunden wurden? Man hat viele Namen und Stadtpläne und Markierungen gefunden, aber keine, die die zehn Opfer beinhalten. Ich glaube, nur in Kassel ist mal auf einem Stadtplan die Holländische Straße angekreuzt - aber ansonsten nichts. Es finden sich alte Stadtpläne aus Ludwigsburg/Heilbronn mit Markierungen, aber in Ludwigsburg, nicht in Heilbronn. Und es gibt Ausspähaktionen in Stuttgart, die mit Fotos dokumentiert sind. Trifft das zu, dass man quasi unter dieser Fülle an Ausspähmaterial einiges findet, aber nicht die zehn Tatorte?

Zeuge Jürgen Maurer: An der Stelle will ich wirklich nur so viel sagen, dass jede denkbare Option versucht wurde zu erheben. Vor dem Hintergrund des Zustandes der

Asservate - Wasserschäden, Brandeinwirkungen und, und, und - gibt es Lücken in dem Kontext. Meine Aussage ist darauf zu beziehen, dass im Gesamtverhalten feststellbar ist: Es ist nicht dem Zufall überlassen worden. Bei der Betrachtung - und das ist auch Ergebnis OFA-Analyse - der Tatorte haben bestimmte Kriterien eine Rolle gespielt bei der Auswahl. Es war nicht nur die Person, sondern es war auch die Gelegenheit, und es war auch die Frage Flucht. Also es ist eine Kombination von verschiedenen Sachen. Und das kommt zusammen mit Planungsunterlagen, die nicht umgesetzt wurden - und das alles in einem desolaten Zustand. Also es wird sehr stark darauf ankommen, dazu einfach auch mal Ausführungen zu kriegen von Beschuldigten, von Betroffenen. Es gibt keine Auskünfte dazu.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie war denn - das haben wir jetzt ja auch in der Vergangenheit; ist ja unser Untersuchungsauftrag - die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Nachrichtendiensten? Wie war sie denn in dem konkreten Fall? Hatten Sie Verbindungsbeamte bei sich in der BAO „Trio“? Gab es einen direkten Austausch? Hat sich das BfV - - Jetzt geht es ja um die rechte Szene. Jetzt weiß man ja, wo man sucht. Also, jetzt könnte man wirklich vieles austauschen. Fand das statt? Oder: Wie fand das statt?

Zeuge Jürgen Maurer: Personal in der BAO „Trio“ vom BfV eingruppiert plus intensive, fast tägliche schriftliche Kommunikation plus Telefonate plus Sonderbesprechungen plus Darstellung, Sensibilisierung der Ermittlungsrichtung intensivster Art.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Jetzt haben wir hier ja ein konkretes laufendes Ermittlungsverfahren mit Beschuldigten, wo ja auch demnächst Anklage erhoben wird. Finden parallel, ähnlich wie damals bei „Bosporus“ und „Ceska“ auch, Strukturermittlungen statt? Und wenn Sie vielleicht uns allen und dem Publikum auch sagen könnten, was der Unterschied ist zwischen Strukturermittlungsverfahren und den normalen Ermittlungsverfahren.

Zeuge Jürgen Maurer: Also Strukturermittlung insoweit, dass im Rahmen des GAR Projekte aufgelegt werden, denkbare oder existente kriminelle Ereignisse zu unter-

suchen unter dem Gesichtspunkt Rechtsmotivation.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also noch ungeklärte Straftaten.

Zeuge Jürgen Maurer: Ungeklärte Straftaten, die als Straftat phänomenologisch bekannt sind, wo es unter Umständen auch erste Hinweise gibt, dass es eine Rechtsmotivation geben könnte, aber Untersuchungen dieser Vorgänge.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Können Sie da einen oder zwei nennen, dass man ein Gefühl dafür bekommt, was damit in der Vergangenheit gemeint ist, welche Straftaten? Sprengstoffanschlag in Düsseldorf? Oder?

Zeuge Jürgen Maurer: Was am bekanntesten ist noch mal, sind die Ereignisse, die sich im Saarland abgespielt haben. Ähnliche Ereignisse werden gemacht. Dort war es so, dass durchaus begründet die Hypothese bestand, dass Kinderwagen und sonstige Gegenstände, die in Hausfluren waren, die angezündet wurden, dass der Hintergrund - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): War das Ludwigshafen?

Zeuge Jürgen Maurer: Saarbrücken; Völklingen war das. Ludwigshafen war -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber auch mit - -

Zeuge Jürgen Maurer: - ja ein Ereignis mit entsprechend weitreichender Brandwirkung. - Das wird gemacht. Also das ist der Ansatz, der neben konkrete Ermittlungsverfahren tritt. Was auch schon geschehen ist, ist, aus der ersten Diskussion innerhalb des GAR gemeinsame Ermittlungsverfahren aufzubauen unter der Sachleitung des GBA, als Startpunkt Diskussion im GAR, zu sagen: Wir müssen hier intensiver uns damit beschäftigen. - Das ist alles bereits geschehen.

Einen direkten Fluss der strukturellen Information aus der BAO „Trio“ in das GAR gibt es natürlich auch, zu sagen: Das sind unsere Erfahrungen in dem konkreten Fall. Was bedeutet das für die Erörterung von sonstigen denkbaren Fällen?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Durch die Medien ging ja mal die Meldung, dass ein Teil-DNA-Muster, das in Berlin bei einer Schießerei mit Rockern gefunden wurde, identisch sei mit einem Teil-DNA-Muster von einer Hülse oder Patrone in der Zwickauer Wohnung. Ist da was dran? Sind Sie an diesen ja immer wieder auch mal vorgetragenen Vermutungen, dass die personellen Übereinstimmungen zwischen bestimmten Teilen der rechten Szene und der Rockerszene größer sind, als wir immer annehmen - - Ist das eine Hypothese oder etwas, dem Sie nachgehen? Und was ist mit dieser DNA-Spur?

Zeuge Jürgen Maurer: Ist nicht abschließend geprüft. Ich fürchte, dass die Wahrscheinlichkeit, dass es sich um eine weitere herstellungsbedingte Kontamination handelt, mehr als begründet ist.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Machen Ihnen die wenigen DNA-Spuren der beiden toten Täter an Fahrzeugen, Tatwaffen Sorge?

Zeuge Jürgen Maurer: Es ist erstaunlich, dass das so ist. Das ist erstaunlich.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dann habe ich für den Moment keine Frage. - Herr Christeleit kann wieder entspannen. Das war jetzt ein anstrengender Moment. Aber wir haben es ja hingekriegt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat die SPD-Fraktion noch Fragebedarf? Frau Dr. Högl?

(Sönke Rix (SPD): Nein, haben wir nicht!)

- Das ist nicht der Fall. - Dann darf ich die FDP-Fraktion fragen. - Herr Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Maurer, ich würde noch mal zu dem Thema Aktenvernichtung zurückkommen. Sie haben vorhin erklärt, dass beim BKA sehr schnell nach dem Auffinden auch des NSU Sperrvermerke in den Akten eingetragen wurden und damit kein Wissen verlorengeht. Haben Sie dies eigentlich dem BMI so gemeldet?

Zeuge Jürgen Maurer: Selbstverständlich. Als Verhaltensweise, selbstverständlich; klar.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Und wie hat das BMI reagiert?

Zeuge Jürgen Maurer: Hat gesagt: Ist prima, ist gut so.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Haben Sie mit dem BfV oder mit den anderen Diensten auch darüber gesprochen?

Zeuge Jürgen Maurer: Noch mal: Wir haben über die Umstände, wie wir vorgehen, uns natürlich mit allen ausgetauscht, aber nicht im Sinne „Müsst ihr jetzt auch machen“, sondern einfach - - Das ist aus meiner Sicht ein logisches Verhalten gewesen. Also.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Offensichtlich nicht ganz.

Zeuge Jürgen Maurer: Weiß ich nicht.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ja, aus Ihrer Sicht; okay. - Also, das heißt: Sie haben durchaus das den anderen, den Diensten, also BfV beispielsweise, schon mitgeteilt; aber da hat man das jetzt eher so zur Kenntnis genommen.

Zeuge Jürgen Maurer: Ich kann nicht einschätzen, was Entscheidungslage beim BfV ist. Das kann ich nicht einschätzen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Okay. - Ich habe noch einen Restanten von der Runde davor, und zwar hatte ich Sie ja nach dem Fall Mannichl gefragt. Da hatte ich Sie nach dem Trio gefragt, ob es da Verbindungen gibt. Sehen Sie denn aus dem Umfeld, vielleicht auch aus der Hunderter-Liste, Beziehungen zu dem Fall Mannichl? Gibt es da aus dem Umfeld, auch „Fränkischer Heimatschutz“, ganz konkrete Beziehungen dazu?

Zeuge Jürgen Maurer: Das ist eine gute Anregung. Dem werden wir nachgehen. Also, mir ist das bisher nicht bekannt. Ich weiß auch nicht, ob das in der Richtung abschließend geprüft ist.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also, ich kann mich nur erinnern, dass damals ja, 2008 genau, der rechtsextremistische Hintergrund - Herr Mannichl war da ja sehr erfolgreich tätig - doch sehr intensiv durch die

Medien gegangen ist. Das heißt, Sie haben da an der Stelle, Hunderter-Liste bzw. auch Verbindungen „Fränkischer Heimatschutz“, bisher noch nicht ermittelt?

Zeuge Jürgen Maurer: Hunderter-Liste heißt, das sind alles entweder Beschuldigte oder Personen, die für uns im engen Zusammenhang mit den Ermittlungen BAO „Trio“ relevant waren. In welcher Weise die jetzt unter Umständen mit anderen verbunden sind und dass diese Verbindungen nicht so gewertet wurden, dass sie von Relevanz sind für „Trio“, das kann ich im Moment nicht sagen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Aber Sie sagten dazu - - Vielleicht können wir ja dann an anderer Stelle, dann auch im Innenausschuss oder so was, noch mal darüber sprechen. Aber das Entscheidende ist natürlich, wie die Verbindungen da sind - Hunderter-Liste auf der einen Seite, „Fränkischer Heimatschutz“ und auch das Umfeld hier. Das wäre schon interessant, zu sehen, ob es da möglicherweise auch in dem, sagen wir mal, Milieu oder auch in dem Umfeld Verbindungen dahin gehend gibt.

Zeuge Jürgen Maurer: Auf der Hunderter-Liste sind ja Personen vom „Thüringer Heimatschutz“ und von Sonstigen, die - -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ja, eben. Gehen Sie dem dann nach? Das wäre gut.

Zeuge Jürgen Maurer: Dem gehen wir natürlich nach.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Sehr gut. - Ich kann mich erinnern, dass wir - - Also, müssen wir noch mal gucken, wann wir dann - - Vielleicht können Sie ja dem Untersuchungsausschuss dann mal den Bericht darüber geben, ob Sie weitere Informationen aufgrund dieser Recherchen dann gekriegt haben.

Zeuge Jürgen Maurer: Das wird dann der GBA entscheiden, ob das schon diskussionsfähig ist.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Mir fiel auf, Herr Maurer, dass wir ziemlich schnell nach dem 04. oder ziemlich schnell

nach dem 04./05. ein paar Mal miteinander telefoniert haben - also nicht alleine, sondern in Telefonkonferenzen. Und da war interessant, dass Sie das gemacht haben. War der Herr Ziercke im Urlaub? Oder warum war das keine Chefsache, dass im Prinzip Sie zum Beispiel die Obleute im Innenausschuss informiert haben?

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Nicht wichtig!)

- Nein, ich meine, sorry, es waren die Obleute; es waren die Sprecher, die dabei waren. Hat es damals Herr Ziercke nicht - - Hat Herr Ziercke Sie - - War Herr Ziercke nicht da? Oder warum haben Sie im Prinzip das Parlament zunächst informiert?

Zeuge Jürgen Maurer: Also, das müsste ich jetzt wirklich selbst rekonstruieren. Eine besondere Absicht, besondere Ambitionen hinter dieser Entscheidung gab es keine.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Mich interessiert es deswegen: Sie erinnern sich - -

Zeuge Jürgen Maurer: Entschuldigung. Aber ein Punkt noch mal: Wir haben eine Informationsfülle und eine Veranstaltungsfülle gehabt, die extrem waren. Wir haben täglich uns ablösen müssen; Informationen beim Minister, im Innenministerium. Irgendwann stößt man an physikalische Grenzen, dass man nicht zur gleichen Zeit an zwei Punkten sein kann.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ich sage nur - - Das kann ich verstehen; außer Hans-Dietrich Genscher schaffen das wenige. Die Frage an der Stelle ist aber: Im Innenausschuss war für mein Bewusstsein das erste Mal, dass Herr Ziercke auftrat und dann von einer Beziehungstat sprach. Wie kam das damals zustande?

Zeuge Jürgen Maurer: Also, noch mal - es ist ja für mich kaum möglich, zu interpretieren, was jemand irgendwo exakt gesagt hat und wie das dann auch noch wahrgenommen wurde -: Der Punkt Beziehungstat ist ausermittelt. Das ist nicht existent. Also, noch mal: Ich weiß ja, wie hektisch und wie groß der Bedarf nach Information im November/Dezember war; ich weiß das ja. Und wir haben ja in allen Instanzen extrem offensiv informiert, kann ich mich erinnern, zu meiner

eigenen Überraschung, extrem viel informiert. Und teilweise waren die Informationen, die wir übermittelt haben in einem Ausschuss, schon beendet und verändert, bevor wir aus dem Ausschuss raus sind. So war doch die Situation. Und das war damals eine ganz wesentliche Spur, die zu ermitteln war. Heute sieht das Bild abschließend anders aus.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wir haben jetzt hier nur vor Ort auch gehört, dass von 2007 bis 2011 also das nähere familiäre Umfeld von Frau Kiesewetter nicht durchleuchtet worden ist. Und das ist eigentlich doch in einem Mordfall normal, dass man das macht, oder?

Zeuge Jürgen Maurer: Die Ermittlungen der Mordkommission Heilbronn und später des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg haben natürlich massiv auch das Umfeld, das persönliche Umfeld von Frau Kiesewetter und des schwerverletzten Kollegen, betroffen. Natürlich haben die das gemacht.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Hier wurde uns erklärt, dass das nicht der Fall gewesen sei, dass man da noch nachermitteln müsste.

Zeuge Jürgen Maurer: Noch mal: Wir haben im Nachgang natürlich noch weitere Fragen gestellt. Natürlich ist man damals bei den familiären Ermittlungen nicht so weit gegangen, wie wir dann gegangen sind nach Übernahme durch die BAO „Trio“, natürlich. Wir haben ganz andere Anhaltspunkte noch mal - - die überprüfungsbedürftig waren.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also, hier kann ich mich erinnern, der Herr Mögelin aus Baden-Württemberg sagte ja, gerade hier hätten Sie auch selber noch gesagt, Sie hätten noch nicht ausreichend Zeit oder entsprechende Mittel verwendet, um das Umfeld zu nutzen.

Zeuge Jürgen Maurer: Zu welchem Zeitpunkt denn?

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Bis 2011, also bis zum Zeitpunkt vor dem 04.11. Weil, ich sage es mal so: Für mich war das deswegen ganz interessant, als dass natürlich das Umfeld - - Sie sagten ja auch: In die

Türkei ist man gereist. Man hat sich das familiäre Umfeld der Opfer sehr genau angeschaut bei den anderen. - Bei Frau Kiese-wetter offensichtlich - so die Aussagen hier - nicht so.

Zeuge Jürgen Maurer: Das weiß ich nicht, was Herr Mögelin gesagt hat. Ich weiß aus Erörterungen mit den Baden-Württem-berger Kollegen, dass natürlich auch vor dem 04.11.2011 Umfeldermittlungen gemacht wurden bei beiden Polizisten. Was ich auch weiß, ist, dass die bei weitem nicht so weit gingen wie das, was wir im Nachgang noch mal gemacht haben bzw. was wir als Leitung der BAO vom dezentralen Einsatzabschnitt Heilbronn verlangt haben, was zu machen ist. Das ging über das hinaus, klar.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also, mich interessiert nur, weil ein Zeuge hier auch sagte, man hätte Fehler gemacht - - Aber das, was er damit meinte, dass man Fehler gemacht hätte, wäre das gewesen, dass man noch nicht die Verbunddatei eingerichtet hätte und das Gemeinsame Abwehrzentrum. Sehen Sie das auch so seitens des BKA?

Zeuge Jürgen Maurer: Ich verstehe den Kontext jetzt nicht. Das fällt mir jetzt schwer.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Der Kontext ist an der Stelle Folgendes: Der gleiche Zeuge hat von einer Beziehungstat gesprochen und hat hier im Ausschuss dann freundlicherweise erzählt, die einzigen Fehler, die man gemacht hätte, wären, dass man nicht das Gemeinsame Abwehrzentrum schon rechtzeitig eingerichtet hätte und Ähnliches. Herr Ziercke ist hier aufgetreten, hat uns erklärt, der einzige Fehler, den man früher gemacht hätte, wäre, das GAR nicht rechtzeitig einzurichten. Ansonsten hätte es keine Fehler gegeben.

Zeuge Jürgen Maurer: Bezogen auf den Mordfall Heilbronn und bezogen auf die Frage, die Frau Pau vorhin gestellt hat - was wäre, wenn es ein GAR gegeben hätte? -: Ich würde mal die These aufstellen, der Vorgang Heilbronn wäre im GAR nicht behandelt worden. So, das ist der Unterschied. Das ist der Unterschied! Der Vorgang mit Rechts-hintergrund wäre behandelt worden. Der Vorgang wäre genauso behandelt worden,

wie er behandelt wurde. Wir haben massiv OK-ermittelt im Zusammenhang mit Heil-bronn im Ausland, weil es nämlich die Hin-weise darauf gab. Wir dürfen heute nicht den Fehler machen, nur weil die Vorgänge zu-sammengehören, zu glauben, es hätte dann immer diese Ermittlungsschritte gegeben. Die hätte es nicht gegeben. Infolgedessen waren auch unsere Umfeldermittlungen BAO „Trio“ im Zusammenhang mit Frau Kiese-wetter intensiver als die Umfeldermittlungen der Polizei Baden-Württemberg, logischer-weise.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich muss mal auf etwas hinweisen. Ich habe jetzt folgende Frage: Ist einschätzbar, wie lange wir noch brauchen für Herrn Maurer? Weil es ist gerade der vorletzte Redner; Herr Dr. Schäuble spricht im Plenum. Dann gibt es noch fünf Minuten - das ist der letzte Red-ner -, und dann ist namentliche Abstimmung.

(Petra Pau (DIE LINKE): Ich habe zwei Fragen!)

Ich bitte einfach um eine realistische Ein-schätzung, ob wir das schaffen, innerhalb von fünf Minuten die offenen Fragen hier zu beantworten. Ansonsten würde ich vorschla-gen, dass wir jetzt unterbrechen und fortset-zen mit Herrn Maurer nach der namentlichen Abstimmung. Was wollen wir machen?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt unterbre-chen!)

- Gut. Dann unterbrechen wir jetzt. Die Kolle-ginnen und Kollegen gehen ins Plenum, und ich bitte, dann direkt nach der namentlichen Abstimmung wieder hierherzukommen. Herr Maurer, ich bitte Sie, uns dann wieder zur Verfügung zu stehen. - Danke. - Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 16.22 bis 16.56 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt. - Wir haben heute leider einen Plenartag mit et-lichen namentlichen Abstimmungen. Es kommen im Laufe des Nachmittags und des Abends auch noch zwei weitere. - Wir fahren fort mit der Befragung des Zeugen Maurer. Das Fragerecht geht jetzt an die Linksfrak-

tion, und das Wort hat Frau Vizepräsidentin Pau.

Petra Pau (DIE LINKE): Als Erstes - das möchte ich einfach fürs Protokoll, aber durchaus auch für die Öffentlichkeit festhalten -: Ich finde es vorbildlich, dass im Bundeskriminalamt sofort im November verfügt wurde, dass es keinerlei Vernichtung von Akten und Vorgängen gibt, ganz egal, ob man schon weiß, ob das Ganze einen Bezug zum NSU hat oder nicht. Und - das ist jetzt keine Frage an Herrn Maurer, sondern eine Frage, der wir hier weiter nachgehen müssen - es stellt sich ernsthaft die Frage, warum eigentlich der Bundesinnenminister, aber durchaus auch der Verteidigungsminister oder andere Mitglieder der Bundesregierung nicht auf die Idee gekommen sind, genauso zu handeln, um nicht nur die Untersuchungen im Parlament entsprechend zu befördern, sondern vor allen Dingen natürlich dem berechtigten Ermittlungsinteresse entsprechend nachzukommen und alles zuzuliefern, was dazu, wann auch immer, gebraucht wird. Das ist erst mal nur eine Feststellung.

Ich habe noch eine Frage, Herr Maurer. Wir waren vorhin schon bei dem Punkt, dass man sich ja in der BAO „Bosporus“ wie auch insgesamt Gedanken gemacht hat nach den neun Morden: Was ist eigentlich, wenn es einen zehnten Mord gibt? Es gab außerdem auch öffentlich ja dazu durchaus Debatten. Wir wissen: Im Mai 2006 gab es in Kassel eine große Demonstration - über 2 000 Menschen: Angehörige der Opfer, die Zivilgesellschaft, aber auch Kommunalpolitiker - unter dem Motto „Kein 10. Opfer!“. Und ich habe in den Unterlagen gefunden, dass auf der Sondersitzung des Arbeitskreises II der Innenministerkonferenz am 18. September 2007 auch über die weitere Vorgehensweise bei Auftreten eines weiteren Mordfalles in der Ceska-Mordserie diskutiert wurde. Und es wurden durch die Steuerungsgruppe der BAO „Bosporus“ Maßnahmen festgelegt. Eine davon war, dass - - Neben einigen weiteren Maßnahmen, etwa dem Festhalten an der bisherigen nationalen Zusammenarbeitsstruktur und dem Hochfahren des Personals der BAO „Bosporus“, wurde dann festgelegt - ich zitiere aus MAT A IMK-1/5 c, Seite 176 -:

Darüber hinaus ist gemeinsam eine Liste zu Personen erarbeitet worden, die im Falle eines weiteren Mordes, abgestuft nach deren strafprozessualen Statuten, ad hoc

mit entsprechenden Maßnahmen überzogen werden sollten/können. Die Maßnahmen staffeln sich von der einfachen Alibiüberprüfung bis hin zu konkreten operativen verdeckten Maßnahmen. Auch das BKA hat dazu Personen benannt. Allerdings bleibt festzuhalten, dass aktuell bei keiner betroffenen StA ein Beschuldigter eingetragen ist. Alle Verfahren laufen gegen Unbekannt.

Zitat Ende.

Herr Maurer, können Sie mir sagen, welche Maßnahmen das BKA damals gegen welche Personenkreise geplant hatte? Und wurden diese Maßnahmen mit der Amtsleitung abgestimmt?

Zeuge Jürgen Maurer: Also, ich muss Ihnen offen sagen: keine Vorstellung.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. - Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Weitere Fragen der Linksfraktion liegen nicht vor. - Dann hat das Fragerecht jetzt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Maurer, Sie haben vorhin ja einiges über die OFA-Analysen - Richtiges meiner Meinung nach auch - gesagt, wie man damit umgehen soll usw. War das eigentlich schon Ihre Meinung 2006?

Zeuge Jürgen Maurer: Also, das war auch meine Meinung 2006 schon, dass man das so einsetzen kann. Deswegen kam ja auch meine Nachfrage 2005, wieso wir als BKA keine eigene OFA-Analyse gemacht hatten. Und dann kam ja diese Einschätzung, dass bereits durch Bayern eine gemacht worden wäre und das nicht opportun wäre. Das kam genau aus dem Punkt, weil ich schon der Auffassung war - damals war und heute auch bin -, dass man sich mit solchen Fragestellungen Sachverhalten nähern muss, in Sonderheit, wenn Motivlagen nicht so auf der Hand liegen. Dann ist man besonders darauf angewiesen. Das war meine Meinung damals auch schon, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie wussten ja,

dass es die gibt von Bayern. Wussten Sie auch, dass es die FBI-Analyse auch gibt?

Zeuge Jürgen Maurer: Die FBI-Analyse habe ich zu dem Zeitpunkt gekriegt, als sie bei uns ins Haus einging. Und dann habe ich auch draufgeschrieben „wenig hilfreich“, weil sie nicht fundiert war.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja. Okay. - Und hätten Sie sich damals nicht - jetzt unabhängig davon, welche Rolle das Bundeskriminalamt, ob die nun ermittlungsführend waren - dafür einsetzen können, dass man jetzt mit dem Ergebnis der Analyse anders umgeht, also jetzt nicht FBI, sondern der bayerischen von Herrn Horn?

Zeuge Jürgen Maurer: Das ist für mich jetzt sehr hypothetisch.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde dann -- Ich schließe vielleicht gleich die Frage an: Warum haben Sie es nicht gemacht?

Zeuge Jürgen Maurer: Also, für mich war die Entscheidung nachvollziehbar, die getroffen wurde. Die hat dann letztlich auch dazu geführt, dass ich akzeptiert habe, dass die Entscheidung des Lenkungsausschusses, die sich entschieden hatten, verstärkt die Einzeltäterhypothese und die Einzeltätertheorie zu verfolgen, auch in der Umsetzung beim Lenkungsausschuss liegt. Also, ich habe zum damaligen Zeitpunkt keinerlei Veranlassung mehr gesehen, nochmals zu intervenieren. „Nochmals“ heißt: Nach den ganzen Diskussionen in verschiedenen Gremien im Vorfeld, nach der Diskussion Anfang 2006 habe ich keine Veranlassung mehr gesehen, nochmals zu intervenieren. Und mit der Entscheidung, die ich nachvollziehen konnte, die aber nicht jetzt meinem ursprünglichen Vorschlag entsprach, konnte ich umgehen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kommt es eigentlich häufiger vor, dass das Bundeskriminalamt, die Spitze, ziemlich einmütig - so haben Sie es ja geschildert - der Meinung war, dass das Bundeskriminalamt die Ermittlungen übernehmen sollte, und dass das dann so abgelehnt wird?

Zeuge Jürgen Maurer: Da muss man zwei Bereiche unterscheiden - und das ist vielleicht die Besonderheit, die das auch so ein bisschen noch mal erklärt -: Vorschlägen im Bereich der Bekämpfung terroristischer Straftaten, die an die Länder gerichtet werden, wird in der Regel gefolgt. Vorschlägen des Bundeskriminalamtes, die an die Länder gerichtet sind, in irgendwelchen Phänomenen der allgemeinen oder organisierten Kriminalität Ähnliches zu tun, folgt man deutlich zurückhaltender. Insoweit war für mich die Tätigkeit im Bereich organisierte Kriminalität einfach dadurch gekennzeichnet - das war regelmäßig so -, dass wir regelmäßig Vorschläge gemacht haben und bestimmte Ermittlungskomplexe nicht übernommen haben. Für mich war es deswegen ungewohnt, weil ich aus der Abteilung ST kam und zu dem Zeitpunkt die unmittelbar zurückliegende Erfahrung gemacht hatte: In verschiedenen BAOs, die wir durchgeführt haben, war es nie strittig, dass das BKA die Federführung übernimmt. - Das war für mich zu dem Zeitpunkt irritierend.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Irritierend.“ - Können Sie ungefähr sagen, wie häufig es in der Zeit, in der Sie da in der Leitung des Bundeskriminalamts tätig waren, vorgekommen ist, dass so was dezidiert beantragt worden ist, vorgeschlagen worden ist - sogar mit der Begründung, dass das organisatorisch sonst überhaupt, sagen wir mal, daneben ist; die Auffassung ist Ihnen ja reichlich vorgehalten worden von Herrn Falk -, und dass man trotzdem sagt: „Nein, aber machen wir nicht“?

Zeuge Jürgen Maurer: Im Bereich Terrorismusbekämpfung: keine Beispiele. Im Bereich OK-Bekämpfung in der Zeit, in der ich das gemacht habe, also von 2005 bis 2010: Darüber wird keine Statistik geführt. Das wird regelmäßig angeboten, und da werden regelmäßig Dinge auch abgelehnt, und manchmal wird ihnen auch gefolgt. Also, das hat was damit zu tun, wie stark die Polizeikräfte in den speziellen Bundesländern sind. Starke Bundesländer mit eigenen starken Kräften neigen dazu, Dinge selbst zu machen. Bundesländer, die nicht so viele Ressourcen zur Verfügung haben, sind eher schon mal bereit, das Bundeskriminalamt dann zu bitten, das zu übernehmen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nun war das ja hier ein Fall, der sowohl OK als auch Terrorismus sein konnte. Sie haben ja gesagt - und das haben ja auch andere Zeugen hier bekundet -: Das wurde ungefähr gleichrangig gesehen. Also, beiden Überlegungen, Vorstellungen, Zielrichtungen ist man nachgegangen. Lief das denn jetzt dann hier unter Terrorismus, also in den Kategorien, die Sie jetzt gerade beschrieben haben, wenn das BKA jetzt sagte: „Wir halten es für richtig, wenn wir das jetzt machen“? Konnten Sie da das Argument „Hier geht es ja um Terrorismus“ auch anführen, wenn auch nicht sicher, sondern nur als These?

Zeuge Jürgen Maurer: Wir haben das Argument nicht angeführt, sondern das einzige Argument, was dort diskussionsmäßig angeführt wurde, war die Option, dass es das auch sein könnte; das habe ich dort auch deutlich gemacht. Was damals - - Wozu niemand bereit war zu dem damaligen Zeitpunkt, war, zu sagen: Wir nehmen eine Staatsanwaltschaft, die sich damit beschäftigt. - Die Münchener, die bayerischen Fälle waren bei der Staatsanwaltschaft Nürnberg angesiedelt. Alle anderen sind bei den dezentralen Staatsanwaltschaften geblieben. Das heißt, auch nach der Entscheidung, einen Lenkungsausschuss einzurichten, hat man sich justizzeitig nicht dazu entschieden, an einer Stelle - Justiz, Staatsanwaltschaft - das zu ermitteln. Das war der unveränderte Stand zu dem damaligen Zeitpunkt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Sie schildern das ja zutreffend. Es waren mehrere Bundesländer betroffen. Es ging um viel, sagen wir mal. Eine Mordserie ist ja nicht irgendwas, sondern schlimm. Und es war auch eine terroristische Überlegung, Spur oder was auch immer zu bearbeiten. Und das hat alles nicht dazu geführt, dass das BKA das übernehmen konnte?

Zeuge Jürgen Maurer: In der Bewertung und in den Erörterungen, im Kamingespräch, in den Erörterungen anlässlich - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Kamingespräch?

Zeuge Jürgen Maurer: In den Erörterungen anlässlich IMK, möglicherweise im Kamingespräch - ich war dort nicht dabei - haben ja nicht nur politische Instanzen diskutiert, sondern - und dazu kann vielleicht Herr Kindler was sagen, der ja noch kommt - auch Polizeifachleute. Und die kamen zum Ergebnis, dass der Vorschlag, der von BKA-Seite eingebracht wurde - - dass man dort Gründe hat, dem nicht zu folgen, sondern dass man Argumente, die dort angeführt wurden, aufgreift, in den Lenkungsausschuss inkorporiert, in Nürnberg dann, und dass man dann diese einzelnen Aspekte mit berücksichtigt. Eine Entscheidung einer einheitlichen Leitung hat man nicht getroffen. Aber man hat sich entschieden, bestimmte Überlegungen, die dort geäußert wurden, eben im Lenkungsausschuss zu diskutieren - aufwendig, mit entsprechenden Treffen. Protokolle dazu sind in den Akten ja angeführt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Nun haben Sie gerade zunächst wie vorhin ja schon mal - da hatte ich Sie ja auch unterbrochen, unverantwortlicherweise - davon geredet, dass das in der Innenministerkonferenz erörtert wurde, hatten dann gesagt: Lenkungsausschuss. Und jetzt sagen Sie: Kamingespräch, Lenkungsausschuss. Haben Sie eigentlich irgendwann mal Informationen darüber bekommen von Ihren Kollegen - Sie sagen ja, selber waren Sie nicht dabei -, dass das in einem dieser Gremien, Lenkungsausschuss oder Kamingespräch, wenn man das als Gremium bezeichnet, behandelt worden ist?

Zeuge Jürgen Maurer: Das ist die identische Aktenlage, die Sie auch vorfinden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, jetzt nicht Aktenlage; Ihr persönliches Wissen. Ich kann mir doch vorstellen, Sie hatten damals ja ein Ziel, und jetzt sind die Kollegen dann losgegangen, um dieses gemeinsame Ziel umzusetzen und durchsetzen, und kamen dann irgendwann wieder: Klappt nicht; bleibt so, wie es ist, außer dass die sich auch einige Überlegungen zu eigen machen sollen in Bayern. - Wurde Ihnen da was gesagt, ob das in der Innenministerkonferenz oder sonst wo diskutiert wurde?

Zeuge Jürgen Maurer: Mir sind die Ergebnisse der Erörterungen anlässlich der

IMK-Konferenz durch Vertreter der Amtsleitung mitgeteilt worden. Nach meiner Erinnerung war das der Herr Falk, der mir das mitgeteilt hat, der nach meiner Erinnerung damals informiert worden war von Herrn Krause. Krause war damals Abteilungsleiter P im Innenministerium. Das ist der Gang, wie das zu mir kam.

Parallel dazu hatten wir ja noch folgende Situation: dass wir einen Vorschlag gemacht haben, eine Lage- und Informationsstelle einzurichten. Das ist damals auch noch kritisch diskutiert worden. Wir waren der Auffassung, wir sollten das einrichten. Dann ist uns aber mitgeteilt worden, dass im Bereich der AG Kripo, also des AK II, also der Vertreter der Polizeiabteilung, eine andere Entscheidung getroffen wurde, dass man keine LIST einrichtet, sondern einen Lenkungsausschuss, dass man den Lenkungsausschuss nicht beim BKA einrichtet, sondern in Nürnberg. Das ist uns dann mitgeteilt worden. Dann haben wir definiert, wer von uns am Lenkungsausschuss teilnimmt. Das war logischerweise der Herr Hoppe. Und von da an lief das in dieser geordneten Form.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich muss ganz kurz fragen, Herr Ströbele, weil die Fragezeit der Grünen erschöpft ist, ob es Bedarf für eine weitere Berliner Runde gibt. Die wäre jetzt eigentlich dann angebracht. - SPD? - Auch nicht. FDP? - Linksfraktion? - Dann dürfen Sie weiter fragen. Bitte.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Aber nicht ewig!)

- Na ja, solange er Fragen hat. Das kann man ihm nicht vorschreiben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist denn mal erwogen worden im Bundeskriminalamt, in Ihrem Ministerium, also im Bundesinnenministerium, noch mal dafür zu werben, also vielleicht beim Minister, vor den Sitzungen oder vor dem Kammingespräch, dass man das doch so machen sollte, oder vielleicht danach kritisiert und gesagt worden: „Sollen wir es noch mal probieren?“? Ich meine, es liegt ja nahe - Bundeskriminalamt; die Aufsicht führt das Bundesinnenministerium -, dass Sie sich dann an die wenden und sagen: Können Sie das mal behilflich sein? Wir halten das nicht für richtig, was da jetzt entschieden werden könnte oder nachher entschieden war.

Zeuge Jürgen Maurer: Ob es im Innenministerium noch Diskussionen gab, weiß ich nicht, kann ich nicht einschätzen. Ich persönlich habe nach dieser Entscheidung auch keine Veranlassung mehr gesehen, auf meine Amtsleitung einzuwirken und zu sagen: Ihr müsst da versuchen, diese Entscheidung noch mal zu verändern. - Habe ich überhaupt keinen Spielraum mehr gesehen, weil alle Argumente waren vielfach vorgetragen, waren diskutiert, und man ist zu anderen Ergebnissen gekommen, und zwar auch unter Beratung anderer Fachleute, unter Einbindung anderer Fachleute von Landespolizeidienststellen. Mit dem Ergebnis konnte ich sehr gut leben. Also, das ist - - Spielraum gab es da für uns keinen mehr. Ist aber nicht gemacht worden mit mir. Ich habe auch nicht mehr interveniert danach.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Jetzt zu dem anderen Punkt: Wir haben in der letzten Sitzung hier den Herrn Fritsche gehört, Bundesamt für Verfassungsschutz, und haben mit ihm erörtert ein Schreiben vom September 2003, in dem Herr Fritsche - - Nachdem aus Bayern die Überlegung kam, ob es eine „braune RAF“ geben könnte in Deutschland, hatte Herr Fritsche oder seine Behörde - das hat er aber dann unterschrieben - ein Schreiben verfasst, in dem minutiös dargelegt wird, so im Einzelnen runterbuchstabiert worden ist, warum es keine „braune RAF“ in Deutschland gibt. Und das Beispiel dafür war das Trio. Kennen Sie dieses Schreiben? Kannten Sie das damals?

Zeuge Jürgen Maurer: Zum damaligen Zeitpunkt habe ich das Schreiben nicht gekannt. War kein Thema im Bereich der Diskussion der Abteilung Staatsschutz in Mecklenburg; keine Diskussion.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Heute kennen Sie es?

Zeuge Jürgen Maurer: Aus der Beschäftigung des Ausschusses damit, ja. Daher kenne ich das.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Jetzt kennen Sie das. - Und wenn das damals - - Wir haben ja Herrn Fritsche auch gefragt, ob er oder sein Amt als Grundlage für dieses Schreiben auch

Ermittlungen veranlasst hat oder mal nachgefragt hat, um da noch mal Informationen einzuholen, zum Beispiel für die Behauptung, dass ja das Trio keine Banküberfälle begeht und dass das auch dagegensprechen würde, dass die eine „braune RAF“ sind. Haben Sie das inzwischen mal sich angesehen und gesagt: „Ach, wenn der mal nachgefragt hätte, hätte ich, Herr Maurer, ihm vielleicht sogar widersprochen“? Weil Sie haben uns ja vorhin freimütig gesagt, mindestens bei der Kölner Geschichte oder bei dem schlimmen Kölner Bombenanschlag und auch bei den Ceska haben Sie durchaus diese Überlegung gehabt, dass das jetzt nicht das Trio, aber, sagen wir mal, rechtsextreme, rechtsterroristische Taten waren.

Zeuge Jürgen Maurer: Er hätte damals in der Diskussion mit uns auch keine anderen Einschätzungen gekriegt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hätte er nicht gekriegt?

Zeuge Jürgen Maurer: Nein, hätte er nicht gekriegt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie hatten doch eine andere.

Zeuge Jürgen Maurer: Ich habe im Zusammenhang mit einem Ermittlungskontext, wo türkische Mitbürger getötet wurden, eine begründete Vermutung, dass das natürlich auch ein fremdenfeindlicher, rassistischer Akt sein kann. Das ist eine ganz andere Fragestellung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wie kann der das dann ausschließen? Also, wenn er Ihre Meinung jetzt gekannt hätte, Ihre Meinung, dass das mindestens die Überlegung wert ist und einiges dafür spricht - - Sie sagen ja, sofort im ersten Augenblick waren Sie ja doch dieser Auffassung.

Zeuge Jürgen Maurer: Aber Herr Ströbele, Sie reden doch von 2003.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wir reden von 2003.

Zeuge Jürgen Maurer: Gut. Jetzt sehen wir uns mal die - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da war Köln noch nicht, aber - -

Zeuge Jürgen Maurer: Ja. Und dann sehen wir uns mal die Serie an: Das war eine Kleinstserie. Die hat, offen gestanden, nicht dazu geführt, dass intensiv darüber an irgendeiner Stelle diskutiert wurde. Noch nicht mal 2005 wurde dazu diskutiert im Kreis der Staatsschützer. Das heißt, das wäre ein Ereignis gewesen, das nicht an die Oberfläche gekommen wäre und nicht zu Erörterungen geführt hätte. Infolgedessen hätte das selbst in Kenntnisnahme einer Berichterstattung dazu im BKA nicht dazu geführt, dass irgendjemand interveniert hätte und gesagt hätte: Wir sehen das aber anders. - Das wäre nicht passiert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben ja ausgeschlossen, dass es eine „braune RAF“ gibt.

Zeuge Jürgen Maurer: Noch mal, Herr Ströbele: Ich sage ja, wir haben uns nicht mit dem Papier beschäftigt. Das ist doch der Hintergrund.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Jetzt die letzte Frage oder der letzte kleine Komplex, nämlich: Wenn das so durchgegangen wäre, wie Sie das vorhatten, wie das Bundeskriminalamt, die Spitze, das vorgeschlagen hat, dass das BKA die Ermittlungen geleitet hätte und federführend das alles organisiert hätte: Jetzt aus dem Nachhinein, was meinen Sie, hätten Sie dann noch andere Sachen veranlasst, als das die Landesbehörden getan haben, Bayern zum Beispiel, also insbesondere Bayern, aber auch etwa Nordrhein-Westfalen?

Zeuge Jürgen Maurer: Ja, klar.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was hätten Sie zum Beispiel gemacht?

Zeuge Jürgen Maurer: Also, noch mal - - Dann lassen Sie mich mal so beginnen: Wenn wir den Vorgang übernommen hätten,

hätten wir den Vorgang nicht aufgeklärt. Davon bin ich zutiefst überzeugt, nachdem ich alle Fakten kenne, die im Moment im Wissen um die Tätereigenschaft von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe eine Rolle spielen. - Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Wir hätten verschiedene systematische Ansätze gewählt, die ich gleich beschreibe, die auch nicht zum Ziel geführt hätten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, na. Gut, dann schildern Sie mal einen.

Zeuge Jürgen Maurer: Bin ich Ihnen zu selbstkritisch, oder?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Ich versuche tatsächlich -- Sie nehmen den Widerspruch wahr, den ich versuche aufzuklären, nämlich dass Sie einerseits sagen, Sie haben das für erforderlich gehalten, dringend erforderlich.

Zeuge Jürgen Maurer: Lassen Sie mich ein Beispiel beschreiben, was wir gemacht haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Andererseits sagen Sie immer wieder: Das hätte auch kein -- Im letzten Ergebnis wäre auch nichts anderes dabei herausgekommen.

Zeuge Jürgen Maurer: Lassen Sie mich mal ein anderes Beispiel machen, mal ein Beispiel.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Jürgen Maurer: Wir hätten überlegt, welche Grundhypothesen es für eine Täterschaft, von wem auch immer, geben könnte. Eine Option darin wäre irgendwann - neben dem reisenden Handelsvertreter, der Menschen umbringt - gewesen: Es könnte doch sein, dass Straftäter, die abgetaucht sind, als Täter infrage kommen. - Dann hätten wir Projekte aufgelegt, massiv Daten erhoben, hätten versucht, diese Daten zu ermitteln.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zum Beispiel in Ihrer eigenen Datei über --

Zeuge Jürgen Maurer: Nicht. - Noch mal - ich habe das ja vorhin darzustellen versucht -: Da wären wir kein Stück weitergekommen, weil -- Selbst wenn ich heute weiß, was das Ergebnis ist, kann ich das sagen. - So, jetzt hätten wir das systematisch gemacht. Und dann hätten wir das ein Jahr durchgehalten. Und selbst in dem Jahr wären wir noch zu keinem Ergebnis gekommen.

Warum? Wir haben im Nachgang jetzt der Ermittlungen Erhebungen zu den Massendaten gemacht, die erhoben wurden im Zusammenhang mit den Ermittlungen „Bosporus“. Da sind wir auf einen Treffer gestoßen. Wir hätten jetzt, ohne zu wissen, nach was wir genau suchen, ein Projekt gefahren und gesagt: Wir setzen Fahndungskommandos ein; die suchen nach 100, 200 denkbaren Personen. - 2006 wäre das gewesen. 2006 wären wir niemals mehr dazu übergegangen, einen Vorgang als abgetauchten Straftäter zu betrachten von Personen, wo das Verfahren seit 2003 eingestellt war. Das hätten wir nicht gemacht. Das ist nämlich ein Schritt, der über Abtauchen eines Straftäters geht, nach dem noch gesucht wird. Das hätten wir nicht gemacht. Das weiß ich, dass wir das nicht gemacht hätten, weil wir irgendwo selektiert hätten. Das heißt, wir hätten sehr systematisch in bestimmten Bereichen Erhebungen angestellt, sehr aufwendig.

Nächster Punkt, was wir gemacht hätten: Wir hätten natürlich Informationserhebung betrieben, bezogen auf den Personenkreis, mit dem wir uns beschäftigt haben: Anfragen bei allen Behörden, nicht nur München, Nürnberg, sondern alles. So. Wären wieder Daten entstanden. Wir hätten uns damit beschäftigt über längere Zeiträume zu einem Zeitpunkt, wo der letzte Mord bereits geschehen war, weil danach gab es keine Morde mehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, 2007, ja.

Zeuge Jürgen Maurer: 2007 war ein Vorgang, den wir damit nicht in Verbindung gebracht hätten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. Es war einer. Aber den haben Sie --

Zeuge Jürgen Maurer: Herr Ströbele, Sie haben mich doch jetzt gebeten, zu spekulieren, im Wissen um das, was ich weiß aus dem Ermittlungsverfahren. Und da muss ich leider sagen: Wir hätten vermutlich diesen Vorgang nicht gelöst.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie hätten - -

Zeuge Jürgen Maurer: Und das ist jetzt der Punkt. Und jetzt: Was heißt das? Was ist denn die Konsequenz dessen? Was ist denn die Konsequenz? Dass man frühzeitig einsteigt - frühzeitig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Jürgen Maurer: So. Und das ist die Konsequenz.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2004 war es dem BKA schon angeboten!)

- 2004 war das dem BKA angeboten. 2004 hat das Bundeskriminalamt diskutiert, wie die Dienststelle in Nürnberg unterstützt werden kann. Da hat es verschiedene Besprechungen gegeben. Und die Besprechungen haben doch im Übernahmearbeit des bayerischen Innenministeriums geendet. Oder haben Sie eine andere Aktenlage, als ich habe, Herr Wieland?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja! Bayern wollte abgeben! Das ist unsere Aktenlage!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland, wenn Sie sich äußern, dann bitte mit Mikrofon.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gerne. - Das hat uns hier der Zeuge Geier gesagt, und das ist auch unsere Aktenlage: Bayern wollte abgeben. Es gab eine Besprechung im Hause des BKA. Daraufhin wurde gesagt: Wir machen es; wir übernehmen, vorbehaltlich der Zustimmung im Hause. - Und dann hat eine Zwischenebene, nenne ich es jetzt immer - ich kann Ihnen leider die Namen aus dem Kopf nicht sagen, könnte sie aber raussuchen -, es offenbar nicht gewollt, also zwischen den sachbearbeitenden Beamten und zwischen Präsident und Vizepräsident; die Namen

waren hier auch schon in der Diskussion. Die Übernahme ist damals in Ihrem Hause gescheitert, Herr Maurer.

Und um Ihnen das mal vorzuhalten: Wir hatten die dilettantische Kontaktaufnahme von der BAO „Bosporus“ zum Bundesamt für Verfassungsschutz - Stichwort: Ansprechpartner -; ist irgendwo versendet; will ich jetzt hier gar nicht mehr ausweiten. Meine Vorstellung ist immer noch: Wenn das BKA übernommen hätte, dann hätte es vernünftig mit dem Bundesamt kommunizieren können, und dann hätte möglicherweise jemand mal in die eigenen Broschüren geguckt beim Bundesamt für Verfassungsschutz und gesagt: Na ja, wenn Sie Rechtsterrorismus meinen, da hätten wir jemand, oder da hätten wir drei. - Also, wie Sie das hier so sagen: „Auch wenn wir die Ermittlungen geführt hätten, wir wären nicht weitergekommen“, finde ich recht kühn.

Zeuge Jürgen Maurer: Dann muss ich mich wirklich entschuldigen, dass ich auf eine Frage und eine Bitte, hypothetisch zu argumentieren, überhaupt eingegangen bin.

Zweiter Punkt: Es gibt in den Unterlagen nur ein einziges Übernahmearbeit, gestellt vom bayerischen Innenministerium. Diesem Übernahmearbeit ist komplett so wie gestellt gefolgt worden. Weitere Übernahmearbeit gibt es keine. Es gibt keine weiteren Übernahmearbeit. Lassen wir die Hypothesen beiseite. Das ist die Sachlage. Das war 2004.

Als Ergebnis dieses Übernahmearbeit gibt es ein Übernahmearbeit des Bundeskriminalamts. Das ist Sachlage. Auch danach gab es kein formelles Übernahmearbeit mehr. Was natürlich passiert ist und immer wieder passiert: dass darüber diskutiert wurde, ob man die Arbeit besser organisieren kann und besser koordinieren kann. Dieser Prozess hat kulminiert in 2006 in dem Vorschlag, eine Gesamt-BAO einzurichten. Das ist Faktenlage.

Und wenn ich heute darauf rekurriere, zu sagen: „Was wäre denn passiert?“, dann hat das nichts mit 2004 zu tun. Ausgangspunkt unserer Erörterungen war, zu sagen: Im Wissen um alles das, was wir mittlerweile ermittelt haben: Was wäre denn, wenn - und so habe ich die Frage verstanden; und ich hoffe, ich habe sie richtig verstanden - wir 2006 diesen Vorgang übernommen hätten?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Jürgen Maurer: Was hätten wir neu machen können? Es hat keine neuen Taten gegeben. Heilbronn wäre nicht dazugepackt worden, weil es keine Verbindungen gab, sondern wir hätten systematisch etwas anderes noch mal versucht. Und dann habe ich versucht, darzustellen, was aus meinem Wissen und aus meiner Erfahrung an systematischen Ansätzen denkbar ist, welchen Zeitaufwand man betreibt und was die Ergebnisse sind.

Im Wissen um die Ergebnisse unserer Ermittlungen komme ich zu dem Ergebnis: Wir wären richtig unterwegs gewesen, aber ohne dass es uns gelungen wäre, die Personen zu finden. - Dazu gibt es viele Gründe. Wir könnten das jetzt ausdehnen. Dazu gibt es viele Gründe. Aber hypothetisch ist das mein Assessment. Wenn das jemand anders anders sieht, ist das in Ordnung. Ich sehe das so. Und ich weiß, was wir können und was wir nicht können.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Maurer, ich bin jetzt ein bisschen unterbrochen worden. Ich wollte nämlich eigentlich auf einen ganz anderen Punkt hinaus. Sie haben den selber jetzt in Ihrer Replik schon angesprochen. Sie hätten bei allen möglichen Stellen angefragt, haben Sie gesagt, allen. So.

Und der Kollege Wieland hat ja auch schon darauf hingewiesen: Da gibt es ja einige, die sind nicht von der Verjährung einer möglichen Straftat abhängig, also wie etwa das Bundeskriminalamt oder die Kriminalämter, die da ermittelt haben, die dann 2003 gesagt haben: „jetzt verjährt; jetzt kümmern wir uns nicht mehr darum; jetzt wird die Akte geschlossen und irgendwann auch weggetan“, sondern es gibt ja andere Behörden, die sich sehr, sehr intensiv, wie wir wissen - ich nehme an, mindestens hätten Sie das vermuten können damals -, auch um die drei gekümmert haben und sehr umfangreiche Akten dazu angelegt haben, die wir jetzt alle haben, die ich eingesehen habe. Und wenn ich in die Akten des Bundesamtes für Verfassungsschutz gucke oder auch der bayerischen Behörden sehe, da finde ich alle möglichen Hinweise aus den Jahren von 1995 bis zum Jahr 1998 und in den Jahren danach von V-Leuten und Ähnlichen, die sehr intensiv auf diese drei hindeuteten: dass sie sich

Waffen beschaffen, dass sie jetzt Waffen haben, dass sie Geld brauchen, dass sie jetzt kein Geld mehr brauchen und, und, und. Findet sich alles in den Akten.

Wenn Sie damals das übernommen hätten und so, wie Sie sagen, in allen Behörden, die dazu in Betracht kommen - - Ich nehme an, da gehören die Verfassungsschutzämter, wenn es auch um eine radikale rechtsextremistische Ausrichtung geht, dann auch dazu, die Landesämter und das Bundesamt für Verfassungsschutz. Wenn Sie da nachgefragt hätten, dann hätten Sie intensive Erkenntnisse gefunden, die auch in die Richtung Thüringen und Jena und die drei Untergetauchten gegangen wären. Deshalb finde ich es eine sehr kühne Behauptung von Ihnen, zu sagen: „Wenn wir damals das übernommen hätten, nachgefragt, uns möglicherweise Akten hätten kommen lassen und, und, und, was man da so macht: Wer kommt bei euch in Betracht? Wen habt ihr da auf der Pfanne? Wen könnt ihr euch vorstellen? Auf wen treffen die Indizien zu - -

Dann wären Sie zu dem Ergebnis gekommen, dass die Analyse von Herrn Horn den dreien geradezu auf den Leib geschnitten gewesen ist. Und deshalb finde ich - Sie können dann abschließend noch was dazu sagen - Ihre Behauptung jetzt, wir hätten dann auch keine Erfolge - das wäre zwar der richtige Weg gewesen; aber der wäre auch in der Irre gelandet oder, sagen wir mal, hätte nicht zum Erfolg geführt -, eine kühne Behauptung, bei der ich mich frage, warum Sie die immer wieder betonen. Worum geht es Ihnen da eigentlich? Weil das ist wenig nachvollziehbar.

Zeuge Jürgen Maurer: Gut. Das ist jetzt - - Dann doch vielleicht - - Wir sind ja alle noch sehr voller Energie, und ich bin das auf jeden Fall noch. Dann müssen wir jetzt mal die Vorgänge noch mal aufsplitten. Sie haben jetzt vermischte Diskussion um mögliche Handlungsoptionen in den Jahren 95, 98 bis 2003 mit Überlegungen, die möglich gewesen wären ab 2006. Beide Dinge sind weder systematisch - -

(Zuruf des Abg. Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Ich habe Ihnen aufmerksam zugehört.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Der Zeuge hat das Wort.

Zeuge Jürgen Maurer: Ich sage Ihnen jetzt mal, wie ich das interpretiere, was Sie gesagt haben. Beide Dinge sind unabhängig voneinander zu sehen. Bezogen auf die Ereignisse 95, 98 bis 2003 hat es eine Vielzahl von Optionen geben, abgetauchte Straftäter ausfindig zu machen. Das waren aber keine Mörder, die abgetaucht waren, sondern es waren Personen, in deren Garage Sprengstoff gefunden wurde. Da gab es Optionen.

2006 gab es keine Optionen, nach diesen Personen zu suchen, weil nach diesen Personen ist nicht mehr gesucht worden. Das heißt, wenn ich realistisch und seriös das beurteile, muss ich sagen: Was waren die Optionen 2006? Und da komme ich nicht von konkret überprüfbareren Dingen, sondern von theoretisch zu präzisierenden Hypothesen. Das heißt, wir hätten einen Strang in 2006 auflegen können, ohne zu wissen, nach wem wir suchen: Lass uns mal suchen nach Abgetauchten, aus welchen Gründen auch immer die abgetaucht sind.

Jetzt mein nächstes Argument: Wen hätten wir definiert als abgetaucht? Denjenigen, nach dem gesucht wird - nicht der potenziell verschwunden ist, getötet ist, nicht mehr da ist. Nach dem hätten wir nie gesucht. Wir hätten immer nur nach denen gesucht, nach denen auch per Haftbefehl gesucht wurde. Das wäre aber 2006 nicht mehr der Fall gewesen.

Was ich doch nur versuche, klarzumachen, ist, wie systematisch Arbeit aussieht und dass es selbst retrograd nicht möglich ist, zu sagen: Die wären uns ins Visier gelaufen. - Dabei bleibe ich, dass das nicht der Fall war. Was ich nicht sage, ist, dass es in diesem ganzen Kontext unterschiedlicher Ermittlungskomplexe nicht dennoch Optionen gegeben hätte, erfolgreich zu sein. Aber Sie haben das jetzt verwoben in einer Art und Weise, die uns dann den Blick verstellt, was wir heute wissen und was heute möglich ist und was damals gewusst wurde und was möglich war. Bis 2003 hat es viele Optionen gegeben. Die waren nach 2003 verschüttet.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, ich - -)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland, ich will nur darauf aufmerksam machen, dass mittlerweile auch zwei weitere Fraktionen Fragebedarf geltend gemacht haben. Dann machen wir jetzt eine weitere

Berliner Runde. - Dann hat das Fragerecht die Unionsfraktion. Ich glaube, Herr Kollege Schuster wollte fragen. Bitte.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich habe nur eine Frage, Herr Maurer, oder zu einem Komplex, und zwar nicht rückwärts, sondern vorwärts. Ich weiß nicht, ob man damit den Fall aufgelöst hätte; aber ich stelle mir die Frage: Müssen wir uns nicht darüber unterhalten für künftige Fälle, ob eine zentrale Steuerungsgruppe, egal wo im Land - ich akzeptiere das in Bayern genauso wie in Wiesbaden -, das richtige Instrument war? Darüber reden mir zu wenige Experten. Für mich hat dieses Kollegium - ich nenne es mal bewusst so - den Charakter einer Koordinierungs- und Steuerungsgruppe gehabt, die BAO „Bosporus“, die sich ja in einem bestimmten Rhythmus getroffen hat. Der bayerische Teil war sehr stabil. Aber es war aus meiner Sicht nicht ein Bund, eine - jetzt mache ich mal die Alternative - Gemeinsame Ermittlungsgruppe mit einem Polizeiführer, mindestens bundesweit so weit besetzt, wie die Tatortländer betroffen waren.

Ich kann es konkreter machen. Wäre das in Wiesbaden gelaufen, dann hätte bei Ihnen § 4 Abs. 4 BKA-Gesetz gezogen. Und darin steht:

In den Fällen der Absätze 1 und 2

- Ihre originäre Zuständigkeit -

kann das Bundeskriminalamt den zuständigen Landeskriminalämtern ... Weisungen für die Zusammenarbeit geben.

Ich stelle jetzt konkret die Frage: Wie schätzen Sie das ein? Vergleichen wir mal für künftige Fälle das Instrument einer Koordinierungsgruppe im Kollegenkreis, wo man für Ideen wirbt, wo eigentlich keiner Weisungsbefugnis hat, wo du nicht durchgreifen kannst, mit einer zentralen Gemeinsamen Ermittlungsgruppe, besetzt aus Bund und Ländern, mit klarer Weisungsbefugnis, und wenn dann der Herr Geier obendrauf gesetzt wird als Bayer, weil da fünf Morde passiert sind, für mich völlig nachvollziehbar, aber mit der Kompetenz, durchgreifen zu können und gemeinsam bundesweit in einer stehenden Gruppe von Mitarbeitern Tag für Tag zu ermitteln.

Zeuge Jürgen Maurer: Herr Schuster, das ist eine Option. Ja, kann man machen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das hört sich jetzt so an, als wenn Sie meinen - - Also sehen Sie die beiden Möglichkeiten - also die, die gespielt wurde, und die andere - als gleich erfolgsträchtig an?

Zeuge Jürgen Maurer: Die sind definitiv unterschiedlich zu bewerten, definitiv. Aber es gibt natürlich weitere Kriterien, die mit zu berücksichtigen sind. Also, das kann ich nachvollziehen. Ich verstehe jetzt die Essenz nicht. Wir haben § 4 Abs. 2 BKA-Gesetz vorgeschlagen - keine originäre Zuständigkeit, Mordstraftaten -, haben gesagt - - So. Das ist diskutiert worden. Dann haben verschiedene Dienststellen da mit diskutiert: Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg. Und die kamen zum anderen Ergebnis. Dann kommt die Konstruktion Lenkungsreis mit der beschriebenen Schwerfälligkeit. Aber dennoch sind die Spuren abgearbeitet worden.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Na ja, wissen Sie, manchmal tut ja - das muss ich Ihnen ja gerade nicht sagen - Führung richtig gut. Also, ich sage mal, in der Prozesskette Beckstein-Geier-Horn: Wenn ich da eine Weisungsbefugnis reingegeben hätte, auch gegenüber vielen anderen, hätten wir uns wahrscheinlich eine Menge Diskussionen erspart, hätten wir eine Menge Reibereien, die ich in diesen Akten finde, erspart. Sie sagen selber: schwerfällig.

Also, mir drängt sich der Verdacht auf - - Und das macht sich überhaupt nicht fest daran, Wiesbaden oder Nürnberg. Das ist völlig egal. Ich kann mir das in Nürnberg sehr gut vorstellen. Aber was ich überhaupt nicht verstehe, ist in einem Fall von bundesweiter Bedeutung, dass wir nur - in Anführungsstrichen - koordinierende Lenkungsgruppen einsetzen und nicht ein Instrument benutzen, was schon auf jeder operativen Großlage jeden Tag in Deutschland angewandt wird: die Gemeinsame Ermittlungsgruppe. Ich stelle mir einfach vor: 24 Stunden arbeiten diese Leute - das weiß ich -, sieben Tage die Woche, aber dann alles an einem Tisch mit den ganzen Bundeskompetenzen.

Herr Geier hatte keine Weisungsbefugnis. Und deswegen wurde er nie in die Chance gebracht, mal in der ND-Lage im BK, im BfV - - oder gar die Forderung zu erheben: Ich will die hier bei mir am Tisch haben, und zwar dauerhaft. - Das sind alles Dinge, die er so nicht tun konnte. Der musste werben.

Und ich stelle mir die Frage: Was machen wir beim nächsten Mal? Wieso kommen wir nicht auf diese Idee, Ermittlungsgruppe? Da keiner der Experten das anspricht - vielleicht bin ich ja hier nicht ganz sauber -, frage ich jeden. Das merkt kaum einer. Aber ich frage jeden Experten, wie er das findet, dieses - Entschuldigung - Herumkoordinieren bei so einem Fall.

Zeuge Jürgen Maurer: Aber, Herr Schuster, Sie wissen doch, was wir beim nächsten Mal vorschlagen werden. Das wissen Sie doch, ohne dass ich das beantworte. Das ist das, was wir gemacht haben, als wir die BAO „Trio“ eingerichtet haben. Es gab keinerlei Diskussion, dass wir eine Besondere Aufbauorganisation unter Leitung des Bundeskriminalamtes im BKA einrichten. Gab es überhaupt keine Diskussion. Wenn Sie fragen: „Was werden wir das nächste Mal machen?“: genau das.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Letzte Frage, weil Sie über die Politik ja auch gesprochen haben - fand ich sehr erfrischend; ich bin übrigens Ihrer Meinung, dass da ruhig was kommen könnte ab und zu mal -: Angenommen, wir würden heute eine Gemeinsame Ermittlungsgruppe in Nürnberg einrichten wollen; nehmen wir sogar mal an, BKA findet das auch eine gute Idee - fünf Morde -, und wir kämen zu der Überzeugung, dass da in der Innenministerkonferenz vortragen wird unter der Leitung eines bayerischen Beamten, unter Hinzuziehung von Beamten aus Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern etc., etc.: Glauben Sie, dass das politisch in Deutschland heute machbar wäre, aus Ihren Erfahrungen in der Zusammenarbeit Bund-Länder? Ich weiß, dass das spekulativ ist, ich will es aber trotzdem wissen. Wie ist Ihre Erfahrung? Wie wäre heute die Resonanz, wenn wir einen Vorschlag machen würden: „Gemeinsame Ermittlungsgruppe, und einer hat den Hut auf, und der kommt aus irgendeinem Bundesland oder dem BKA“?

Zeuge Jürgen Maurer: Die Struktur der Polizei sieht so aus, dass es ein Bundeskriminalamt gibt und Landeskriminalämter. Der natürliche Weg ist: Zentralisierung; wenn es auf Landesebene geschieht, das in einem Landeskriminalamt zu machen, wenn es auf Bundesebene geschieht, das beim Bundeskriminalamt zu machen. Einen Zwang dazu

gibt es nicht. Zentralisierung ist auch dezentral herstellbar. Das heißt, es ist auch denkbar, dass eine große BAO in Nürnberg geführt wird mit Einsatzabschnitten, unter anderem Einsatzabschnitt BKA zur Durchführung von ergänzenden strukturellen OK-Ermittlungen. Selbstverständlich ist das denkbar.

Aber dieser Vorschlag in der Richtung wurde zu keiner Zeit diskutiert, im Gegenteil. Die Staatsanwaltschaft Nürnberg hat gesagt: Wir übernehmen, weil wir eine Landestaatsanwaltschaft sind, fünf Fälle in Bayern, aber wir übernehmen die anderen vier Fälle nicht. - Vor welchem Hintergrund hätte denn eine BAO in Nürnberg organisatorisch mit diesen Umständen in einer Leitungsstruktur zurecht kommen sollen? So ein Beispiel habe ich bisher noch nie gesehen, dass es eine einheitliche Polizeiführung vielleicht gäbe, aber dann immer noch fünf Staatsanwaltschaften.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das reicht mir. - Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat die SPD-Fraktion Fragen? - Dann will ich - ich bin ja auch SPD-Abgeordneter - vielleicht noch zweieinhalb Punkte ansprechen. Das eine ist eine fachliche Bewertung, die ich von Ihnen erbitten würde, Herr Maurer.

Wir haben ja nun seit einigen Jahren eine gesetzliche Regelung, wonach das BKA in Terrorismusfällen, die mehr als ein Bundesland berühren, automatisch die Federführung bekommt. Wäre mit Blick auf Mordserien zum Beispiel, die wie die Ceska-Serie fünf Bundesländer betroffen haben, eine analoge Regelung sinnvoll? Ist es überhaupt - bei allen Vorzügen, die der Föderalismus sicherlich an anderer Stelle haben mag - bei Fällen, wo wir feststellen: „Es muss sich um eine Serie handeln; es wird immer dieselbe Tatwaffe verwendet; es ist eine Serie, die sich durch das Bundesgebiet zieht; es sind fünf Bundesländer betroffen - - Das war ja der Befund 2006. Wäre es da nicht fachlich - das ist für mich die Frage; Sie sind ja der Experte an der Stelle, nicht ich - gesehen sinnvoll, gesetzlich vorzuschreiben, dass es zumindest eine Zentralisierung der Ermittlungen geben sollte?

Zeuge Jürgen Maurer: Ich glaube, dass die Optionen des BKA-Gesetzes heute schon ausreichen. Das glaube ich. Was aber nicht ausreichend ist aus meiner Sicht, sind denk-

bare Evokationsrechte für eine zentrale Staatsanwaltschaft. Diese zentrale Staatsanwaltschaft könnte der Generalbundesanwalt sein. Dann lösen sich Folgeprobleme automatisch. Für den Generalbundesanwalt wäre es letztlich gleichgültig, wenn er als Staatsanwaltschaft die Sachherrschaft hat, wo ein Vorgang zentral bearbeitet wird.

Die Formen der denkbaren Kooperationen, die sind im BKA-Gesetz geregelt. Wir können Dinge zusammenpacken, anregen, dass man das an uns übergibt oder dass das an einer zentralen Stelle im Land gemacht wird. Das ist ausreichend. Da braucht es nicht eine gesonderte Zuständigkeit, die dann wieder zu diskutieren wäre. Was viel wichtiger ist aus meiner Sicht, ist, dass es eine justizielle Instanz gibt, die sagt: Ich kann mir so einen Vorgang ranziehen, ihn prüfen und dann entscheiden, ob ich das Bundeskriminalamt beauftrage oder ein Landeskriminalamt. - Also, das hielte ich nach den Erfahrungen, die wir jetzt in dem Kontext gemacht haben, für zielführender.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nun können oder müssen wir den Akten leider entnehmen, dass die Generalbundesanwaltschaft von der Mordserie nur informiert worden ist über Zeitungswissen, dass also sozusagen man sich nicht offiziell an den GBA gewandt hat, ganz im Gegenteil: Es wurde sogar in Bayern diskutiert - es wurde in einer Besprechung darauf hingewiesen -: wenn man einen möglichen politischen Hintergrund äußert und eine Übernahme erfolgen würde des Verfahrens durch die Generalbundesanwaltschaft, dass man das dann selber aus dem Bereich der eigenen Staatsanwaltschaft Nürnberg abgeben müsste. Ist das eigentlich üblich, dieses Konkurrenz-, Rivalitätsdenken?

Zeuge Jürgen Maurer: Das will ich an der Stelle gar nicht kommentieren. Konkurrenz ist üblich. Aber genau das Beispiel, Herr Edathy, das Sie angesprochen haben, das würde dieses Evokationsrecht lösen. Egal, was irgendjemand denkt: Entweder die zu beschreibende Schwerpunktstaatsanwaltschaft, Zentralstaatsanwaltschaft hat eine Möglichkeit, oder der GBA hat eine Möglichkeit. Dann kommt es zu diesen Diskussionen nicht. Da geht es nicht mehr um die Frage: Sind da Konkurrenzsituationen, die mir nicht gefallen?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich will da nur fürs Protokoll anmerken, dass das dann auch festgehalten wird. Wir hatten ja kurz die Diskussion gehabt bzw. Sie mit Herrn Ströbele, was denn 2004 war. Also darf ich noch mal festhalten: Es gab am 20. April 2004 eine Besprechung beim BKA in Wiesbaden - das ist MAT A BKA-2/15, Blatt 125 f. Da ist festgehalten worden - ich zitiere -:

Das BKA übernimmt die zentrale polizeiliche Ermittlungsführung, Koordination und Auswertung.

Und dann gab es zehn Tage später, am 30. April, eine weitere Besprechung unter BKA-Beteiligung, diesmal bei der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth. Und da wurde dann festgehalten - das ist MAT A BKA-2/15, Blatt 134 f.:

Im Ergebnis wurde zwischen den Teilnehmern vereinbart, dass das BKA, in dem Verfahren der StA Nürnberg-Fürth wegen Verdacht des Mordes, ergänzende strukturelle Ermittlungen unter dem Gesichtspunkt § 129 StGB übernimmt.

Das war konkret eine ergänzende Ermittlungsarbeit in den Mordfällen Simsek und Özudogru, also zwei von den Mordfällen. Das weicht natürlich stark von dem ab, was am 20. April festgehalten worden ist. Also, vielleicht das einfach nur als Hintergrundinformation. Das war ja auch vor der Zeit; da waren Sie ja erst seit 2005 beschäftigt gewesen.

Und 2006 finden wir ja bei der Diskussion diesen Hinweis - dazu wird uns aber Herr Kindler vielleicht was sagen können -, dass der Vorschlag des Bundesinnenministers, der vom BKA erarbeitet worden ist, eine Zentralisierung der Ermittlungstätigkeit, anzusiedeln beim Bundeskriminalamt, von Bayern als „Kriegserklärung“ bezeichnet worden sein soll durch Herrn Kindler. Das werden wir ihn fragen müssen.

Man hat jedenfalls durchaus den Eindruck, dass sozusagen politische Gründe teilweise stärker maßgeblich waren für die Entscheidungsfindung, was die Struktur der Ermittlungstätigkeit war, als sachliche Hinweise. Ist das polemisch? Oder ist da was dran?

Zeuge Jürgen Maurer: Herr Vorsitzender, das kann ich nicht einschätzen. Bei uns

haben politische Überlegungen keine Rolle gespielt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und deswegen sind Sie zu einer anderen Entscheidung gekommen, als sie politisch getroffen worden ist?

Zeuge Jürgen Maurer: Also, ich kann das nicht einschätzen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. - Dann ein letzter Punkt: Der Bundesinnenminister hat ja am Wochenende - in der *Welt am Sonntag* war das - ein Interview gegeben und hat da eine Zahl genannt, die jetzt diejenigen, die sich schon länger mit dem Thema beschäftigen, nicht besonders überrascht hat. Er hat gesagt: Es gibt 110 mit Haftbefehl gesuchte Rechtsextremisten. Ende des Jahres - Herr Binninger hatte das ausgelöst, dass da mal geguckt wird, wie viele mit Haftbefehl gesuchte Rechtsextremisten wir denn haben in Deutschland; die Sprachfähigkeit der Regierung und der Behörden musste erst hergestellt werden - war die Zahl noch bei 150. Sei es drum. Nur, der Punkt, den man sich, glaube ich, vor Augen halten muss, ist: Wenn diese drei mutmaßlichen Terroristen nicht aufgefliegen wären im November 2011, würden sich diese drei Personen heute eben nicht auf dieser Liste finden, weil das Personen sind, die seit 2003 nicht mehr mit Haftbefehl gesucht worden sind.

Ist das angedacht vom Bundeskriminalamt - nun sind ja auch diese 110, nach denen gesucht wird, Menschen, nach denen aus ganz unterschiedlichen Gründen gesucht wird -, sozusagen eine Dauerliste aus dem Phänomenbereich „gewaltbereiter Rechtsextremismus“ zu führen, eine Gefährderliste, die dann eben nicht verjährt, sondern wo man auch bei einem aktuellen Mordgeschehen, wo man einen fremdenfeindlichen Hintergrund nicht ausschließen kann, noch gucken kann: Kommt da jemand in Betracht, der vor zehn Jahren mal wegen eines versuchten Mordes oder einer schweren Körperverletzung untergetaucht ist, nach dem jetzt nicht mehr aktuell gesucht wird, weil es verjährt ist?

Zeuge Jürgen Maurer: Halte ich idealtypischerweise für nicht möglich. Ich halte es für möglich, Gefährderlisten zu erstellen; das machen wir auch. Das können wir auch für

rechts orientierte extremistische Personen machen. Nur: Dann muss uns zumindest bekannt sein, wo sie sind und was sie gerade tun, damit wir diese Gefährdung einschätzen können. Eine potenzielle Gefährdung können wir nicht unterstellen per se von einer Person, die seit zehn Jahren abgängig ist, von der wir nicht wissen, wo sie ist, nach der wir auch nicht fahnden. Das heißt: Wenn wir eine Gefährderliste erstellen, was denkbar ist, müssen wir weitere Kriterien haben, die dazu führen, dass wir die Person auf die Liste tun, weil es sind schon einschneidende Maßnahmen damit verbunden und Maßnahmen, die in die Personenrechte eingreifen. Dazu brauchen wir Gründe.

Bei der Frage Haftbefehlsliste: Ich will das jetzt nicht ganz präzise machen. Aber ungefähr von den 100, die jetzt wieder durch die Medien kreisen, sind etwa 30 Personen, die auch nur im Ansatz von Interesse sind für die Fragestellung, die wir hier haben, -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Immerhin 30, ja.

Zeuge Jürgen Maurer: - wo der Ausschreibungsbegründung nicht die Aufenthaltsermittlung wegen einer nicht gezahlten Geldbuße ist, sondern irgendein konkretes Delikt, das dem rechts motivierten extremistischen Bereich zuordenbar ist, also nicht Dinge, die abseitig der Aktivitäten liegen; die nicht.

Das heißt, aber selbst in dem Beispiel sehen Sie - wir haben letztmalig die Liste erstellt mit Stichtag 30.06. -: Es muss immer wieder einzeln erhoben werden. Die Zuständigkeit für die Betrachtung dieser Personen ist immer dezentral, regional angesiedelt - logischerweise. Dafür gibt es keine zentralen Zuständigkeiten. Und deswegen fällt es immer wieder so schwer, muss immer wieder im Einzelfall nachgefragt werden: Was ist denn jetzt mit der Person?

Was aber der interessante Aspekt im GAR ist: Man kann diese Liste zum Anlass nehmen, zu sagen: Dann lass uns mal im GAR priorisieren, mit wem wir uns intensiver beschäftigen. - Das ist geschehen. In dem Zusammenhang sind als Ergebnis der Arbeit des GAR eine Handvoll von abgetauchten rechtsextremistischen Straftätern festgestellt worden und festgenommen worden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Jetzt in den letzten Monaten?

Zeuge Jürgen Maurer: In den letzten Monaten, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aufgrund der höheren Sensibilität für das Thema?

Zeuge Jürgen Maurer: Aufgrund der besonderen Beschäftigung damit, was man vorher nicht gemacht hätte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Eine letzte Frage von mir: Sie haben ja zwar ausweislich der Akten nicht ausgeschlossen, dass es da einen rechtsextremen Hintergrund geben könnte bei der Mordserie. Aber Sie waren dann ja auch überrascht, dass wir es zu tun gehabt haben mit einer organisierten terroristischen Gruppierung. Ist denn nach Ihrer fachlichen Bewertung, mit der Analyse von heute aus betrachtet, der NSU als singuläres Phänomen zu betrachten? Oder müssen wir damit rechnen oder können es nicht ausschließen, dass es weitere terroristische Gruppierungen gibt, die in Deutschland unterwegs sind?

Zeuge Jürgen Maurer: Wir sind im Moment dabei, bei zwei Personenkreisen Ermittlungen durchzuführen. Die bestätigen sich aus meiner Sicht nicht, dass es sich um rechtsterroristische Gruppen handelt. Ausschließen nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, sollten wir nach Möglichkeit gar nichts mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Binninger möchte eine Zwischenanmerkung machen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich wollte nur eine Ergänzung machen. Wir hatten bei der Verhandlung über die Rechtsextremismusdatei genau dieses Problem ja angesprochen, dass eben nach fünf Jahren die Notierungen gelöscht werden - auch bei den Personen, wo der Haftbefehl nicht vollstreckt werden konnte, weil man nicht wusste, wo sie sind -, und haben deshalb - so wurde uns vom BMI damals gesagt, die Praxis bräuchte nicht mehr - keine gesetzliche Regelung gemacht, sondern nur gesagt: Es wird noch mal gebeten, klarzustellen - und ich wollte jetzt nur wissen, ob das bei Ihnen auch so ankommt -, dass man zukünftig Personen, wo der Haftbefehl und

damit auch die Fahndungsnotierung abgelaufen ist, nicht löscht, wenn man sie quasi nicht finden konnte - also dass man quasi aus dem Nicht-Finden unterstellt, jetzt sind sie nicht mehr gefährlich; deshalb löscht man sie raus -, sondern auch länger als fünf Jahre in der Datei lassen kann.

Das war, jetzt umgangssprachlich, die Grußbotschaft von uns. Ist das so angekommen, dass das auch versucht wird, in der gesamten Polizei umzusetzen? Oder ist das noch alte Praxis nach dem Motto: „Haftbefehl aufgehoben; Straftat nicht mehr relevant; dann werden die gelöscht aus den Systemen, auch wenn wir gar nicht wissen, wo sie sind, und deshalb auch nicht wissen können, ob sie gefährlich oder ungefährlich sind“?

Zeuge Jürgen Maurer: Herr Binninger, ich glaube, es ist noch ein bisschen zu früh, darüber zu reden, und zwar aus folgendem Grund: Wir sind im Moment noch bei der Bestückung; Bund und Länder meine ich damit. Wir sind im Moment noch nicht so weit, alle Funktionalitäten der Datei eingerichtet zu haben, und sehen bereits jetzt sehr enge Restriktionen bei der Einstellung von Personendaten. Also, die Frage, eine Person, bei der der Haftbefehl aufgehoben ist, oder eine Person, bei der möglicherweise die Ermittlungen eingestellt wurden, dort in die Datei einzugeben, die sehe ich sehr kritisch. Da müssten ja neue Hinweise auf die Gewalttätigkeit hinzugekommen sein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Oder eben, weil sie untergetaucht ist, finde ich, darf nicht automatisch die Feststellung erfolgen: Jetzt ist sie ungefährlich, weil wir sie seit fünf Jahren nicht gefunden haben. - Das ist doch der Trugschluss.

Zeuge Jürgen Maurer: Es ist ein guter Hinweis, den ich wirklich gern aufnehme, mal genau an dem Aspekt zu diskutieren: Zusammenhang zwischen Haftbefehlen, abgetauchten Personen, nicht auffindbaren Personen und der Möglichkeit, die in der RED -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Zu lassen.

Zeuge Jürgen Maurer: - zu bearbeiten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat die FDP noch Fragen? - Herr Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Maurer, ich bin Ihnen zunächst einmal - so als Vorbemerkung - dankbar, dass Sie bewusst auf die Konsequenzen einer allgemeinen Gefährderliste hingewiesen haben und dass man hier nicht automatisch mal ganz so schnell und ganz so aus der Hüfte geschossen, wie es der Vorsitzende gerade gemacht hat, davon anfang zu sprechen. Sondern eine Gefährderliste an sich hat natürlich schon eine besondere Bedeutung. Insofern danke ich Ihnen dafür, dass Sie da etwas Zurückhaltung zum Ausdruck gebracht haben.

Ich habe nur noch eine Frage, auch weil ich das, was Sie der Kollege Schuster sehr eindringlich gefragt hat, noch mal ein bisschen nachfragen wollte. Gerade das Thema der Koordination, der Respekt innerhalb einer Steuerungsgruppe oder innerhalb der Zusammenarbeit, ist für mich eines der entscheidendsten. Besteht aus Ihrer Sicht eine Möglichkeit, eine Kultur der Zusammenarbeit zu schaffen, egal ob unter der Leitung BKA oder unter einer Schwerpunktgruppe BAO auf einer Landesebene? Sehen Sie da die Möglichkeit, dass das nicht nur rechtlich, sondern tatsächlich auch praktisch realisiert werden kann?

Zeuge Jürgen Maurer: Das ist als theoretisches Modell denkbar, wäre umsetzbar.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Schwer umsetzbar?

Zeuge Jürgen Maurer: Nein, wäre umsetzbar, -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wäre umsetzbar?

Zeuge Jürgen Maurer: - wenn man sich dazu entscheidet.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also, ich hatte den Eindruck, als wir auch Herrn Falk hier hörten, gerade weil er sagte, man brauche eben schwerwiegende Gründe, damit das BKA hier entsprechend nach der jetzigen Rechtslage tätig werden kann, dass es zumindest eine leichtere Möglichkeit ist, nicht einen unter 16 auszusuchen, sondern einen auszusuchen, dass dann vielleicht doch gegebenenfalls in der Koordination zum Beispiel auf Verlangen eines Landes oder einer Ermittlungsgruppe - und das hatten wir

zumindest mal bei der BAO in Nürnberg - hier eine zentrale Instanz koordinierend und in der Hierarchie festlegend tätig werden kann.

Zeuge Jürgen Maurer: Ein Hinweis, um den Hintergrund solcher Entscheidungen zu erhellen: Eine Polizei in Nürnberg ist für die Sicherheit und Ordnung in Nürnberg zuständig.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): So ist es. Eben.

Zeuge Jürgen Maurer: Das bedeutet, dass die Nachhaltigkeit und Ausdauer, bestimmte Sonderfunktionen über den Zuständigkeitszuschnitt Nürnberg oder das Land darüber hinaus wahrzunehmen, schwieriger zu organisieren sind in Nürnberg als beispielsweise beim LKA in München, als beispielsweise beim BKA in Wiesbaden, weil wir haben kein festgefügtes Alltagsgeschäft. Wir haben keinen Mord, der passiert, mit dem wir uns sofort beschäftigen müssen. Nürnberg muss, wenn in Nürnberg ein Mord passiert.

Das bedeutet von der Struktur her: Denkbar, organisierbar. Abschnitte sind beschreibbar. Die können auch Abschnitte beinhalten von anderen LKAs. Das ist nicht die Frage. Die Frage ist nur: Kann eine dezentrale Organisation, die an sich sehr weitgehende Aufgaben hat, diese Aufgabe nachhaltig erfüllen? - Nur das ist die Frage. Wenn das bejaht wird, wenn die Staatsanwaltschaft in Nürnberg oder anderswo dann sagt: „Wir machen die Sachleitung“, ist das in jedem Fall organisationsfähig.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also, ich sage jetzt nur abschließend - das ist keine Frage mehr -: Sie haben zwar recht, Herrin des Verfahrens ist die Staatsanwaltschaft; aber ich glaube, auch eine regionale Staatsanwaltschaft könnte eine Polizeiuunterstützungsgruppe organisiert haben wollen, die länderübergreifend sein kann. Insofern ist meines Erachtens der Weg nicht automatisch gegeben, zunächst einmal Staatsanwaltschaften zu zentralisieren, sondern gerade die Ermittlungsgruppen. Aber das ist natürlich eine politische Entscheidung.

Ich danke Ihnen für die Einschätzung.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzen-

der, ich wollte Herrn Maurer einen Vorhalt machen!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Entschuldigung! Es gibt noch eine Wortmeldung von Frau Pau. Es gibt außerdem eine Wortmeldung von Herrn Wieland. Ich will darauf hinweisen, dass um 18.09 Uhr der letzte Redner vor der nächsten namentlichen Abstimmung die Rede beendet. Deswegen haben Sie es jetzt selber in der Hand, ob wir

(Petra Pau (DIE LINKE): Dann lassen Sie mich beginnen!)

nach der namentlichen Abstimmung hier fortsetzen oder die Befragung von Herrn Maurer bis dahin abschließen können. - Frau Pau.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich komme noch mal zurück auf die Liste, die Sie kennen, nach der ich Sie nachher gefragt habe. Wir haben in MAT-A HH-5/1 a Blätter 39, 42 und 49 noch mal eine andere Bezeichnung für diese Liste, die dort offensichtlich in der BAO „Bosporus“ unter Einschluss des BKA verabredet wurde. Dort heißt es nämlich, dass sogenannte Abpasslisten bei einem zehnten Mord in Kraft treten. Ist Ihnen unter dem Terminus „Abpasslisten“ irgendetwas zu den Vorbereitungen auf einen möglichen zehnten Mord bekannt?

Zeuge Jürgen Maurer: Frau Pau, ich bin gerne bereit, mir die Liste anzugucken. Vor allen Dingen würde mich -

Petra Pau (DIE LINKE): Die Liste hätten wir auch gerne. Wir haben sie nicht gefunden.

Zeuge Jürgen Maurer: - interessieren, welche konkreten Personen vom BKA auf so einer Liste sein sollten. Also, ich kann mir das jetzt nicht vorstellen, bin aber gerne bereit, mir das anzugucken.

Petra Pau (DIE LINKE): Da wir die Liste auch nicht haben, werden wir dem jetzt erst mal nachgehen müssen, wo die Liste ist. Wir haben bloß die Beschreibung, dass es sie geben soll, dass das festgelegt wurde.

Zweite kurze Frage: Im gleichen Material, aus dem ich vorhin zitiert habe, wurde auch festgehalten, dass die BAO „Bosporus“ schon aktuell an einem Erfahrungsbericht arbeitet, der auf erkannte Probleme bei der

Kooperationsform, der EDV-Landschaft, bestimmten Ermittlungsmethoden und Defiziten im Waffenrecht eingehen will. Haben Sie jemals Kenntnis von der Abfassung eines solchen Berichtes bekommen, und gibt es den Bericht irgendwo?

Zeuge Jürgen Maurer: Das sagt mir genauso wenig. Im Zusammenhang mit der BAO „Trio“ gab es einen dezentralen Ermittlungsabschnitt Nürnberg, aber der hat mit der BAO „Bosporus“ nichts zu tun. Das mögen Personen gewesen sein, die in dem Bereich tätig waren, aber ein Erfahrungsbericht BAO „Bosporus“ ist mir nicht bekannt.

Petra Pau (DIE LINKE): Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein Vorhalt zum Jahr 2004, Herr Maurer, weil mich das ärgert und weil die Länder hier auch vertreten sind, dass Sie das als Vizepräsident nicht wissen, auch wenn es noch nicht Ihre Zeit war bei organisierter Kriminalität.

Rostock hat telefonisch angeboten: Bitte übernahm, BKA. - Herr Reuß, Leitender Kriminaldirektor, am Telefon laut Telefonvermerk sehr zurückhaltend: Da müssen wir erst mal die personellen Ressourcen prüfen. - Am selben Tag bietet Bayern an - sowohl Nürnberg als auch München -: Wir sind bereit, die Fälle an das BKA abzugeben. - Und die Bayern hatten es mit ihrem Innenministerium geklärt.

Dann gab es dieses Treffen, das Ihnen der Vorsitzende bereits vorgehalten hat, wo die ganze Wunschliste des BKA erfüllt wurde: Alles läuft bei Ihnen zusammen. Und es war nur ein Vorbehalt, dass innerhalb des BKA zugestimmt werden musste. Die Kalenderwoche war auch angegeben: Mitte der 18. Kalenderwoche.

Dann ist es nach unseren bisherigen Recherchen an Herrn Reuß in Ihrem Haus gescheitert, nicht an einem Staatsanwalt in Nürnberg, sondern an - ich nannte es so - Zwischenebene. Ich habe Herrn Falk gefragt: Kann es denn sein, dass eine Zwischenebene entscheidet und Sie wissen es gar nicht als Präsident und Vizepräsident? - Seine Antwort: Ja, und als ich es dann erfuhr nach dieser Nürnberger Regelung, haben wir

es laufen lassen, weil wir endlich ein Einvernehmen hatten.

Also, der Zeuge Geier hatte meines Erachtens völlig recht: Wir haben es dem BKA 2004 angeboten, und das BKA hat es nicht genommen. - Ich kann Ihnen das alles hier belegen. Ich hatte die Namen eben nicht im Kopf. Wenn ich Ihnen das alles hier sage - 2004 war die Mordserie schon ein Thema; deswegen traf man sich beim BKA; dann wären Sie relativ früh am Ball gewesen -, dann können Sie meines Erachtens jetzt nicht sagen: Na, das war dann alles schon so spät.

Zeuge Jürgen Maurer: Sie gestatten eine Kommentierung dazu.

Erstens. Es hat eine Besprechung subaltern im BKA gegeben. Dieses Besprechungs - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die hätte nicht subaltern sein müssen.

Zeuge Jürgen Maurer: Ich wollte es ja nur ausführen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich lasse Sie aussprechen.

Zeuge Jürgen Maurer: Es hat eine Besprechung gegeben, subaltern im BKA. Das Besprechungsergebnis ist mir bekannt. Es lautet ungefähr in die Richtung: Das könnten wir uns sehr gut vorstellen, das muss noch entschieden werden. - So in etwa war das Besprechungsergebnis.

Logischerweise fand in der Folge eine Besprechung mit den dann zuständigen Leuten statt. Zuständig in der ersten Besprechung im BKA war kein Staatsanwalt aus Nürnberg. Also ist man nach Nürnberg gefahren. Ich kenne die Akteure, die nach Nürnberg gefahren sind, und in Nürnberg haben die gesprochen. Ich gehe mal davon aus, dass bei der Besprechung in Nürnberg auch Herr Geier dabei war - im Übrigen ein sehr geschätzter Kollege von mir. Ich gehe davon aus, dass er dabei war.

Den gleichen Respekt, den ich vorhin bezogen auf Besprechungsergebnisse, die an welcher Stelle auch immer stattfinden, darzustellen versucht habe, unterstelle ich auch dem Kollegen Geier. Das Ergebnis der Besprechung in Nürnberg im Beisein des zu-

ständigen Staatsanwaltes war das, was dann Einfluss genommen hat in ein formales Ermittlungersuchen des Bayerischen Staatsministeriums des Innern. Das ist Fakt. Diesem Ergebnis ist komplett gefolgt worden.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben wir noch Zeit, Herr Vorsitzender? So kann es nicht gewesen sein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich sage nur: In fünf Minuten ist die namentliche Abstimmung, nicht der letzte Redner. In fünf Minuten ist die namentliche Abstimmung. - Herr Wieland, bitte.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese Nürnberger Einigung kam erst nach der Ablehnung durch Herrn Reuß. Sonst müssten Sie uns mal Materialien zur Verfügung stellen, was da zwischenzeitlich gelaufen ist.

Wir haben hier noch ein Protokoll - das ist später aufgesetzt worden -, AG Kripo, Sondersitzung am 20.04.2006, wo die Länder noch mal zusammengefasst haben, was sie erlebt haben:

HH: In HH ein Fall; es lief sicherlich nicht alles optimal; BKA hatte allerdings Ermittlungsführung abgelehnt, so dass es jetzt einen "komischen Geschmack" habe, wenn das BKA die zentrale Ermittlungsführung übernehme.

- Also auch die hatten es so verstanden: 2004 wollte BKA nicht usw. usf. Wirklich alle haben es so aufgefasst: BKA hat das 2004 auf dem Silbertablett angeboten bekommen und hat das nicht angenommen.

Zeuge Jürgen Maurer: Herr Wieland, da muss ich Ihnen widersprechen. Nicht alle haben das so aufgefasst. Der Verfasser des Schreibens vom Bayerischen Staatsministerium des Innern hat in der Übernahme und im Ersuchen um Übernahme wörtlich ausgeführt: Einvernehmlich wurde diese Übernahme in der vorgeschlagenen Weise entschieden.

Das ist Aktenlage. Das steht in dem Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern drin. Ohne dass ich das vorliegen habe, das steht da so drin. Dieses

Übernahmeersuchen rekurriert auf eine Besprechung, die in Nürnberg stattfand. Das ist Aktenbestandteil.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil es zwischenzeitlich die Weigerung des BKA gegeben hatte. Deswegen kam die kleine Lösung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich muss fragen, ob es weiteren Fragenbedarf gegenüber dem Zeugen gibt, weil wir müssen jetzt hier unterbrechen. Gibt es weitere Fragen an den Zeugen? - Das ist nicht der Fall.

Herr Maurer, dann sind Sie als Zeuge verabschiedet. Herzlichen Dank, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben. Wie gesagt, der Entwurf des Protokolls geht Ihnen zu. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen, falls das aus Ihrer Sicht nötig sein sollte.

Wir gehen jetzt rüber zur namentlichen Abstimmung. Nach der namentlichen Abstimmung treffen sich die Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss bitte im Raum 2.300 hier im Paul-Löbe-Haus; das ist der Sitzungssaal des Innenausschusses. Dort findet ein Gespräch mit einem möglichen weiteren Ermittlungsbeauftragten statt.

Die Fortsetzung der Zeugeneinvernahme mit Herrn Kindler wird nach meiner Einschätzung nicht vor 19 Uhr erfolgen können. Das heißt, halten Sie sich bitte als Gäste oder als Vertreter der Exekutive, soweit Sie interessiert sind, ab 19 Uhr hier wieder auf. Vorher werden wir nicht dazu kommen, die Sitzung fortzusetzen, die hiermit unterbrochen wird.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Öffentlich:
18.06 Uhr - Folgen Unterbrechung
und Sitzungsteil Beratung)

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BKA-2/19, Blatt 276.

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Öffentlich:
20.15 Uhr)

**Vernehmung des Zeugen
Waldemar Kindler**

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich begrüße - und eröffne hiermit die fortgesetzte Sitzung - Herrn Landespolizeipräsidenten Waldemar Kindler.

Herr Kindler, es gibt seitens des Sekretariates des Ausschusses eine Tonbandaufzeichnung Ihrer heutigen Vernehmung, die aber ausschließlich dem Zweck dient, die Erstellung des Stenografischen Protokolls zu erleichtern. Das heißt, wenn das Protokoll erstellt worden ist, wird die Aufnahme gelöscht. Das vorläufige Protokoll wird Ihnen nach Erstellung übermittelt mit der Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen bzw. Ergänzungen vorzunehmen, sofern Sie das für notwendig erachten sollten.

Ich stelle fest, Herr Kindler, dass Sie ordnungsgemäß geladen sind. Die Ladung haben Sie am 28. September 2012 erhalten, und bezüglich Ihrer heutigen Zeugenvernehmung liegt auch eine Aussagegenehmigung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vor. Das Schreiben mit der Ausnahmegenehmigung datiert vom 17. Oktober 2012.

Vor Ihrer Aussage, Herr Kindler, habe ich Sie zunächst formal zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf mögliche strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige, der vor einem Untersuchungsausschuss des Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit,

aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage, Herr Kindler, aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftten Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie zu dem von mir bisher Vorgetragenen Fragen?

(Der Zeuge schüttelt mit dem Kopf)

- Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich Sie nach diesen notwendigen Formbemerkungen zunächst bitten, sich dem Ausschuss mit vollständigem Name, Alter, Berufsangabe vorzustellen und uns zu bestätigen oder andernfalls Alternativen zu benennen, ob es sich bei Verwendung für Ihre Ladung um die aktuelle Anschrift handelt.

Zeuge Waldemar Kindler: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Mein Name ist Waldemar Kindler. Ich bin Landespolizeipräsident in Bayern und 64 Jahre. Die Anschrift ist, wie Sie es genannt haben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herzlichen Dank. - Herr Kindler, wenn Sie es wünschen, haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes Gelegenheit, sich vor Ihrer Vernehmung zum Vernehmungsgegenstand einleitend zu äußern. Das steht Ihnen frei. Möchten Sie davon Gebrauch machen? - Ja, dann machen Sie es. Wenn Sie das Mikrofon wieder anschalten würden, hätten Sie das Wort, Herr Kindler.

Zeuge Waldemar Kindler: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Bundestagsvizepräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Mordserie des NSU ist in ihrer Kaltblütigkeit, ihrer Menschenverachtung und ihrer von Hass geprägten kriminellen Energie in Deutschland bislang ohne Beispiel. Es ist mir deshalb ein besonderes Bedürfnis, Ihnen persönlich, aber auch im Namen der gesamten bayerischen Polizei den Angehörigen der Mordopfer und allen, die ihnen nahestanden, sowie auch Ihnen hier mein tiefgreifendes Bedauern darüber auszudrücken, dass es der

Polizei bundesweit und auch in Bayern nicht gelungen ist, die Morde zu verhindern und die grausamen Taten aufzuklären. Persönlich haben mich die Morde auch deshalb besonders bestürzt, weil sie in der Zeit passiert sind, wo ich in der meisten Zeit Polizeichef in Bayern war und in einem großen Teil AK-II-Vorsitzender. Ich möchte den Familien und den Angehörigen der Opfer auch deshalb mein besonderes Mitgefühl zum Ausdruck bringen.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit Ihrem Einverständnis möchte ich ganz kurz auf meinen polizeilichen Werdegang eingehen. Anschließend will ich Ihnen kurz darlegen, wie ich mit den Mordfällen besonders befasst war, und dann insbesondere zu den Fragen der Verfahrensübernahme durch das BKA nach meiner Erinnerung berichten. Abschließend darf ich Ihnen die Aufgaben des Arbeitskreises II der Innenministerkonferenz erläutern und dabei auf die Behandlung der Morde sowie die Bekämpfung des Rechtsextremismus im Allgemeinen innerhalb dieses Gremiums eingehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, kurz zu meiner beruflichen Vita: Meine Laufbahn bei der bayerischen Polizei begann 1975 als Jurist beim Polizeipräsidium München. Ich war dort zehn Jahre und bin dort auch für den Polizeivollzugsdienst ausgebildet worden. Unter anderem war ich dann Vizepräsident des Bayerischen Landeskriminalamtes, Personalchef der bayerischen Polizei, Einsatzchef der bayerischen Polizei und seit 2001 bis heute Abteilungsleiter Öffentliche Sicherheit und Ordnung im Bayerischen Staatsministerium des Innern und damit auch bayerischer Polizeichef. Seit dieser Zeit bin ich auch Mitglied im Arbeitskreis II der Innenministerkonferenz.

2004 wurde ich von den Polizeichefs der Länder und des Bundes als Nachfolger von Herrn Ziercke zum Vorsitzenden des Arbeitskreises II gewählt und bin in dieser Funktion auch als Ländervertreter zusammen mit dem BKA-Präsidenten Mitglied der Task Force der europäischen Polizeichefs.

Zunächst möchte ich ausdrücklich betonen, dass die Aufklärung der Morde für die bayerische Polizei und für mich, aber auch für Minister Dr.¹ Beckstein zu jeder Zeit oberste Priorität hatte. Das ist auch in vielen Protokollen dargelegt. Ich habe dies mehrfach auch gegenüber dem bayerischen Polizeipräsidenten und den Sonderkommissionen betont. Innenminister Dr. Beckstein und ich

haben uns mehr als in jedem anderen Verfahren in meiner Laufbahn hier eingebracht. Allein dem bayerischen Innenministerium wurden von der BAO „Bosporus“ mehr als 35 Sachstandsberichte vorgelegt. Außerdem habe ich der BAO „Bosporus“ jede personelle und materielle Unterstützung zugesichert und auch zukommen lassen.

Auch wenn die bayerischen Ermittlungen unter der Sachleitung der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth durchgeführt wurden und ich mich selbstverständlich nicht in die operativen Ermittlungsmaßnahmen eingemischt habe, habe ich der BAO-Leitung zugesagt, dass sie jederzeit auf mich zukommen und mich auch in meiner Funktion als AK-II-Vorsitzender um Unterstützung bitten kann. Darauf kam die BAO-Leitung in der Folge auch mehrfach zurück. Auf deren Bitte habe ich mich verschiedenen Fragenkomplexen besonders angenommen. Hierzu möchte ich Ihnen einen kurzen Überblick geben.

Zunächst wurde ich befasst von der BAO im April 2004 und im Mai 2006, als es jeweils um die Frage einer Verfahrensübernahme durch das BKA ging. 2005 wurde ich eingebunden, als es um die Frage einer gemeinsamen Arbeitsdatei von Bund und Bayern ging; 2006, als es um die Erhöhung der Belohnung auf 300 000 Euro ging; Juli 2006, als es um die Frage einer dritten Operativen Fallanalyse ging; ebenfalls Juli 2006, als es um die Vernehmung von V-Personen des hessischen Verfassungsschutzes ging; 2005 oder 2006 - den Zeitpunkt weiß ich nicht mehr genau -, als die Ermittler der BAO „Bosporus“ Unterstützung für den Zugang zur Firma Ceska in Tschechien wollten; schließlich 2007 und 2008, als das PP Mittelfranken die Rückführung der BAO „Bosporus“ in eine allgemeine Aufbauorganisation vorschlug.

Meine folgenden Ausführungen zu diesen Komplexen erfolgen in zeitlich chronologischer Reihenfolge. Sie beruhen auf meiner Erinnerung sowie auf der Durchsicht von Unterlagen wie zum Beispiel meines persönlichen Terminkalenders.

Erste Diskussion der Verfahrensübernahme durch das BKA im Jahr 2004: Im Frühjahr 2004 habe ich mit meinem damaligen Vertreter, dem jetzigen LKA-Präsidenten Peter Dathe, besprochen², dem BKA die Ermittlungen anzubieten und dies auch schriftlich zu tun. Wegen der damals im Raume stehenden internationalen Bezüge war die Übernahme durch das BKA für mich naheliegend, da das BKA hervorragende internatio-

¹ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

² Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

nale Kontakte unterhält und über Verbindungsbeamte im Ausland verfügt. Mir ist - - Ich kann nicht mehr genau sagen, ob die Idee zur Übernahme von mir gekommen ist oder von der Soko in Nürnberg und ich, als ich das gehört habe, meinem Vertreter gesagt habe, sie sollen auf jeden Fall schauen, dass sie dies dem BKA anbieten.

Mir wurde dann mitgeteilt, dass das BKA darum bittet, mit einem formellen Übernahmeantrag zu warten, bis man eine gemeinsame Besprechung durchgeführt hat. Ich wollte ausdrücklich ein Ersuchen im Sinne des § 4 an das BKA. Diese fand dann am 20.04.2004 beim BKA statt. An dieser Besprechung nahmen Vertreter der ermittelnden Polizeidienststellen teil, also von Bayern.

Als Ergebnis dieser Besprechung wurde mir mitgeteilt, dass das BKA lediglich ergänzende strukturelle Ermittlungen zur Mordserie im Hinblick auf § 129 StGB - kriminelle Vereinigungen - durchführen will und die Verfahrensführung in Bayern bleiben soll. Hierfür wurde in der Folge die EG „Ceska“ beim BKA eingerichtet. Die Zuständigkeiten für die konkreten Mordermittlungen sollten bei den Tatortländern verbleiben.

Am 15.06.2006 hat dann mein Einsatzsachgebiet, also Herr Dathe, mein Vertreter, schriftlich beim BKA um diese Umsetzung nachgesucht. 2005 - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: 2004 meinen Sie, nicht?

Zeuge Waldemar Kindler: Das war 2004.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Weil Sie sagten gerade 2006.

Zeuge Waldemar Kindler: Entschuldigung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nur fürs Protokoll: 2004.

Zeuge Waldemar Kindler: Es steht auch hier falsch. Entschuldigung.

2005 hat mich die BAO-Leitung gebeten, bei einem Gespräch mit der BKA-Leitung darauf hinzuwirken, das Fallbearbeitungssystem EASy beizubehalten. Aufgrund der sehr guten Funktionalitäten von EASy, einem Fallrecherchesystem, wollte die BAO „Bosporus“ dieses System unbedingt weiter nutzen.

Mangels Schnittstelle zu dem vom BKA genutzten INPOL-Fall-System müssen unsere Ermittler ihre Daten zunächst sowohl in INPOL-Fall als auch in EASy doppelt erfassen. Diese Problematik habe ich in einem Telefonat mit dem BKA-Präsidenten Ziercke erörtert. Herr Ziercke hat mir versichert, sich dieses Themas anzunehmen, und die BAO „Bosporus“ konnte dann daraufhin weiter mit EASy arbeiten.

Der Herr Ziercke war dann auch mal beim LKA selber und hat sich das System angeschaut. Ich weiß aber nicht, ob hiermit der unmittelbare Zusammenhang zu meiner Bitte war.

April/Mai 2006: die erneute Diskussion über die Verfahrensübernahme durch das BKA und die Erörterung der IMK am Rande der IMK in Garmisch-Partenkirchen und die Erhöhung der Belohnung auf 300 000 Euro. Ich möchte nun darauf zurückkommen und etwas detaillierter darauf eingehen.

Am 18. April 2006 hat mich meiner Erinnerung nach Herr Geier angerufen, also der Soko-Leiter, und mich gefragt, ob ich davon wisse und mir bekannt sei, dass das BKA morgen eine Besprechung vermutlich wegen der Übernahme des Verfahrens durchführen wolle. Ich sagte, dass mir überhaupt nichts bekannt sei und dass ein Vertreter der BAO teilnehmen und mir im Anschluss berichten solle. Ich habe für diese Besprechung keinerlei Zielvorgaben gestellt. Ich wusste auch gar nicht, ob es - - um was es da konkret gehen sollte.

Herr Mikulasch - das war damals, soweit ich weiß, der oberste Kriminaler³ im PP Mittelfranken, der dann später auch Vertreter von Herrn Geier war - nahm an dieser Besprechung teil und hat mich am Tag später, am 20. April 2006, telefonisch informiert und angerufen, dass das BKA den Fall übernehmen will. Herr Mikulasch hat gesagt, dass sowohl der Vertreter aus Hessen - insbesondere aus Hessen, weil die ein laufendes Mordverfahren gehabt haben - als auch er, Herr Mikulasch, sich aus fachlichen Gründen gegen diese Übernahme ausgesprochen haben.³ Auf meine ruhige Entgegnung hin, dass das BKA schon noch mit uns reden werde, antwortete Herr Mikulasch: Das werden sie nicht tun. Das sei nämlich bereits entschieden zwischen dem BKA und dem Bundesinnenministerium. Es ist da geredet worden zwischen Herrn Falk und Herrn Hanning. - Aber das kann ich nicht mehr so genau sagen. Das BKA soll dies nach § 4 Abs. 2 Satz 1

³ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

Nr. 2 BKA-Gesetz mit dem BMI entschieden haben.

Daraufhin habe ich mir von meinem Rechtssachgebiet die Gesetzeslage im Zusammenhang mit einer Verfahrensübernahme durch das BKA - § 4 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 - mündlich erörtern lassen, und zwar deshalb, weil auch ich in meiner langen Zeit das so eigentlich nicht erlebt habe. Mir war klar: Ersuchen eines Landes oder die Anordnung durch den GBA. Das war normal. Aber ich habe bis dorthin - auch zwischenzeitlich - keinen Fall gekannt, wo hier dieser § 4 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 sozusagen angeordnet bzw. so entschieden wurde.

Ich habe dann am 20. April 2006 bei meinem Innenminister Dr. Beckstein angefragt, ob er von der angedachten Übernahme durch das BKA etwas wisse. Dr. Beckstein hat das verneint und angeregt, dass ich dies mit BKA-Präsident Ziercke besprechen soll.

Am 21. April 2006 habe ich dann ein Telefonat mit Herrn Ziercke geführt. Ich habe in diesem Gespräch vor dem Hintergrund der Gesetzeslage, nämlich dass es in § 4 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BKA-Gesetz heißt, der Bundesminister kann aus schwerwiegenden Gründen die Übernahme der Aufgaben nach Unterrichtung der obersten Landesbehörde anordnen, darauf hingewiesen, dass es doch üblich sei, vor einer solchen Übernahme durch das BKA mit den beteiligten Ländern zu reden.

Ich möchte jetzt schon betonen - wir werden sicher noch mal darauf zurückkommen -, dass es in dem Gespräch mit Ziercke in erster Linie um das Wie gegangen ist und nicht darum, ob das BKA dann übernimmt oder nicht, sondern wie das geschieht, zumal es 2004, als wir das angeboten haben, nicht zu einer Übernahme kam und diese Übernahme gravierende organisatorische Auswirkungen hat für den Betrieb, also für die ganze Soko, auch für die Leute, die da arbeiten.

Ziercke entgegnete, dass die Übernahme noch gar nicht entschieden sei. Wir sind dann auch sehr schnell von dem Thema weggekommen. Es wurde dann - vermutlich auf Vorschlag von Herrn Ziercke - vereinbart, dass Herr Ziercke den fachlichen Mehrwert einer Übernahme prüft und dass die Angelegenheit zwischen den betroffenen Ländern und dem Bund am Rande der IMK in Garmisch erörtert wird, also nicht in der IMK, sondern am Rande der IMK. Ich glaube deshalb, dass der Vorschlag, das dort zu bere- den, von Ziercke kam, weil Herr Ziercke

normalerweise ja gar nicht bei der IMK ist. Er⁴ ist halt deshalb dabei gewesen, weil er im Kamingespräch, glaube ich, zur Lage der Fußballweltmeisterschaft berichtet hat. Es ist darum gegangen, dass man sich nicht extra treffen sollte.

Auf unsere Bitte hin hat dann das Polizeipräsidium Mittelfranken im Vorfeld der IMK ihre Meinung zu den relevanten Fragestellungen vorgelegt. Darüber hinaus habe ich mit Schreiben vom 2. Mai die betroffenen AK-II-Mitglieder - also nicht den AK II als solchen - der von den Mordfällen betroffenen Länder sowie des Bundes, den Ministerialdirigenten Krause, Abteilungsleiter im BMI, Präsident Ziercke, dann den Leitenden Polizeidirektor Bergmann - das ist der Polizeichef von Hamburg -, den Polizeichef von Hessen, den Herrn Nedela, dann den Polizeichef von Mecklenburg-Vorpommern, den Herrn Niehörster, und den Polizeichef von Nordrhein-Westfalen, den Herrn Ministerialdirigent Salmon, angeschrieben und zur Erörterung folgender Themen am Rande der IMK eingeladen.

Wenn Sie mein Schreiben sehen, dann war im Schwerpunkt die Erhöhung der Belohnung auf 300 000 Euro. Das hat etwa - schätze ich - drei Viertel des Schreibens ausgemacht. Außerdem - habe ich darin „gesagt“⁴ - sollte man die Modalitäten der weiteren Ermittlungsführung besprechen. Ich darf aus dem Schreiben zitieren:

Darüber hinaus

- habe ich geschrieben -

würde ich mich freuen, wenn wir uns auch zu den Modalitäten der weiteren Ermittlungsführung in dieser Sache abstimmen könnten, um unseren Ministern einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten zu können.⁴

Also da war schon aus dem Schreiben ersichtlich, dass da hier nichts vorentschieden war.

Im Vorfeld der IMK fand dann am 2. Mai in München eine Besprechung statt. An dieser haben neben den Vertretern der BAO „Bosporus“ der Präsident und Vizepräsident des Polizeipräsidiiums Mittelfranken sowie das Einsatzsachgebiet des Innenministeriums teilgenommen. Die Vertreter des PP Mittelfranken haben sich dafür ausgesprochen, die Ermittlungen zu behalten. Mir wurde mitgeteilt, dass insbesondere auch der

⁴ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

zuständige Staatsanwalt Dr. Kimmel dies so will.

Ich möchte noch mal betonen, dass bis zu diesem Zeitpunkt keine Vorentscheidung gegeben⁵ war. Ich habe in einem Gespräch mit Minister Beckstein in einer Randbemerkung gesehen, dass er gesagt hat, er will kein Rumgeiere, sondern die Soko soll halt sagen, was sie jetzt will. Auf die Gründe möchte ich vielleicht jetzt nicht eingehen, was da die Soko vorgetragen hat.

Am Abend des 2. Mai gegen 18 Uhr fand dann bei Staatsminister Dr. Beckstein die übliche Vorbesprechung zur Innenministerkonferenz statt, wo man vorher alle Punkte durchspricht, wie sich der Innenminister - - welche Linie er da vertritt. Immerhin war der Dr. Beckstein ja damals IMK-Vorsitzender, also nicht nur B-IMK⁵-Vorsitzender, sondern IMK-Vorsitzender in dem Jahr.

Dr. Beckstein hat dort den Vorschlag des PP Mittelfranken, dass die Ermittlungen in Bayern bleiben sollen, gebilligt, hat aber nicht gesagt: „Das muss so sein“, sondern hat gesagt: Dann redet's halt noch mal in Garmisch darüber. - Zudem - das war ihm sehr wichtig - haben wir die Aufstockung der Bezahlung auf 300 000 Euro erörtert.

Am Rande der IMK in Garmisch fand dann die Besprechung mit den betroffenen Polizeichefs und dem Abteilungsleiter Polizei des BMI statt. Es ist nicht ganz klar, ob oder wie Ziercke dabei war. Meines Erachtens war er dabei. Ich habe auch mit dem Kollegen Nedela noch mal im Vorfeld gesprochen, weil es einen Vermerk vom Referenten von mir gibt, wo es heißt: Ziercke hat seine Meinung vorgeschlagen. - Ich vermute, dass das Gespräch da am zweiten Tag war und dann Ziercke vielleicht nicht ganz bis zum Schluss dabei war, weil er zum Kaminesgespräch musste, und das war auf der Zugspitze um 2 Uhr. Darum vermute ich, dass er vielleicht etwas früher gegangen ist. Das kann ich aber nicht mehr so genau nachvollziehen.

Im Ergebnis bestand bei dem Treffen Einvernehmen darüber, dass die Ermittlungen zentral durch die BAO „Bosporus“ von Bayern aus geführt und koordiniert werden, und das ist insbesondere auch die Meinung gewesen des Abteilungsleiters im BMI, des Herrn Krause. Dazu sollte eine Steuerungsgruppe unter Beteiligung aller betroffenen Länder sowie des BKA eingerichtet werden und eine Informations- und Sammelstelle Isa, zunächst beim BKA. Aber dann haben alle Beteiligten gesagt, das sollte dann beim PP

Mittelfranken angesiedelt werden. Es wurde vereinbart - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kindler, eine Frage: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wieland?

Zeuge Waldemar Kindler: Gerne.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie müssen nicht. Sie können auch - -

Zeuge Waldemar Kindler: Nein, ich gestatte ihm eine Frage.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist schon spät. Damit ich es richtig verstehe: Sie selber sind bei diesem Treffen mit Ziercke nicht dabei gewesen?

Zeuge Waldemar Kindler: Doch, ich schon.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch? Ja, dann müssten Sie doch aber - denke ich - aus der Erinnerung wissen, dass Ziercke da war, und nicht, weil ein Referent das aufgeschrieben hat.

Zeuge Waldemar Kindler: Nein, ich glaube, Ziercke war auch eingeladen. Ich glaube, dass er dabei war. Aber es gibt hier kein Protokoll. Ich weiß sicher, dass Krause dabei war. Ich glaube - nach meiner Erinnerung -, dass auch Ziercke dabei war. Bloß ich weiß nicht, ob er bis zum Schluss dabei war.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Tragen Sie bitte weiter vor.

Zeuge Waldemar Kindler: Okay. - Es wurde dann vereinbart, dass alle Besprechungsteilnehmer ihre Minister über das Ergebnis informieren und mir Rückmeldung geben, falls kein Einverständnis mit der gefundenen Lösung bestünde. Das war ja auch der Sinn, dass man es am Rande in Garmisch gemacht hat, weil man gesagt hat: Wenn es hier mal unterschiedliche Meinungen gibt, dann können das die Minister gleich in Garmisch bereden. - Ich muss noch mal sagen: Nach dem § 4 Abs. 2 heißt es ja: nach Benachrichtigung der obersten Landesbehörden. Also, oberste Landesbehörde - meine⁶ ich -, politisch Minister und die Polizeichefs.

⁵ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

⁶ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

Innenminister Beckstein habe ich dann mündlich von diesem Ergebnis informiert. Er war damit einverstanden. Von den anderen Polizeichefs ist kein Veto an mich hergetragen worden. Nach meinen Informationen hat dann später der Vertreter des BMI das BKA informiert. In Sachen Belohnung wurde die Erhöhung auf 300 000 Euro von allen Polizeichefs grundsätzlich befürwortet.

Nach der IMK habe ich am 8. Mai die BAO-Leitung, die Präsidien München und Mittelfranken und das LKA verständigt. Am 9. Mai habe ich das im Rahmen des Jour fixe mit dem Polizeipräsidenten in Bayern thematisiert und das PP Mittelfranken mit Schreiben vom 22. Mai auch formell von diesen Entscheidungen in Kenntnis gesetzt und mit der Umsetzung beauftragt. Ein Satz daraus:

Die Ermittlungen der BAO „Bosporus“ haben oberste Priorität. Herr Leitender KD Geier ist für die Leitung der BAO freizustellen.⁷

Juli 2006, dritte Operative Fallanalyse: Im Juli 2006 hat sich die BAO erneut an mich gewandt. Grund war eine Absprache innerhalb der Ermittlungsdienststellen, eine weitere Operative Fallanalyse in Baden-Württemberg durchführen zu lassen. Ich wurde gebeten, dieses Vorhaben durch meine Kontakte nach Baden-Württemberg zu unterstützen. Ich habe dazu mit meinem Amtskollegen aus Baden-Württemberg, Herrn Hetger, telefoniert und mich dafür eingesetzt und das dann auch schriftlich an Herrn Hetger übermittelt. Die Fallanalyse wurde dann auch durchgeführt, leider, sage ich, nicht so wie die bayerische Fallanalyse, dass sie das bestätigt hat.

Im Juli 2006, nach dem Mord in Kassel, wollte die BAO „Bosporus“ V-Personen des hessischen Verfassungsschutzes als Zeugen vernehmen. Der hessische Verfassungsschutz hat das wohl verweigert. Darüber hat mich der BAO-Leiter Geier informiert und um meine Unterstützung gebeten, dass die BAO die V-Personen als Zeugen vernehmen könnten. Die wollten das damals unbedingt. Diese Bitte hat mich veranlasst, mit meinem hessischen Amtskollegen, Herrn Nedela, Kontakt aufzunehmen und ihn zu bitten, sich dieser Sache anzunehmen. Herr Nedela hat zurückgemeldet, dass er sich für die polizeilichen Vernehmungen eingesetzt hat, aber sich letztlich gegen den Verfassungsschutz nicht durchsetzen konnte. Ich habe Minister Beckstein darüber informiert, der dann auf

seiner Ebene den damaligen hessischen Innenminister Bouffier kontaktiert hat, wo ich aber nicht dabei war.

Wohl 2005/2006 hat mich der Leiter der BAO „Bosporus“ bei einer Besprechung zum Ermittlungsstand betreffend Waffenabklärung auf Schwierigkeiten hinsichtlich eines unmittelbaren Kontaktes zur Firma Ceska in der Tschechischen Republik aufmerksam gemacht. Er hat mich gebeten, die BAO „Bosporus“ aufgrund meiner guten Kontakte zur tschechischen Polizeiführung zu unterstützen. Ich habe daraufhin meinen tschechischen Amtskollegen, vermutlich⁸ Herrn Präsident Kolar⁸ - ich meine, es war am Rande eines Arbeitstreffens -, gebeten, die BOA „Bosporus“ zu unterstützen, dass ihr ein Zugang zur Firma Ceska ermöglicht wird, was dann später auch der Fall war. Ob das die Ursache war, weiß ich nicht.

Rückführung der BAO „Bosporus“: Das war dann das wissentlich letzte Mal. Im Februar 2007 hat das PP Mittelfranken den Vorschlag artikuliert, die BAO „Bosporus“ in die allgemeine Aufbauorganisation zurückzuführen und den BAO-Leiter herauszulösen. Diesem Vorschlag stand ich skeptisch gegenüber und habe dies auch in Gesprächen mit dem PP Mittelfranken deutlich gemacht. Ich sah es im Hinblick auf die ungeklärten Mordfälle und die noch bestehenden offenen Spuren als wichtig an, weiterhin an der besonderen Aufbauorganisation „Bosporus“ festzuhalten.

Schließlich im Juli 2007 - die Spuren waren weitestgehend abgearbeitet - habe ich mich in⁸ meinem Büro mit dem BKA-Präsident Ziercke und dem Leiter der EG „Ceska“, dem Herrn Hoppe, sowie einem Vertreter des PP Mittelfranken über die Überlegungen zu einer Rückführung der BAO unterhalten. Präsident Ziercke war grundsätzlich mit einer künftigen Bearbeitung in der allgemeinen Aufbauorganisation einverstanden. Jedoch waren wir uns einig, dass eine Konzeption für einen eventuellen zehnten Mordfall erarbeitet und im AK II vorgestellt und erörtert werden sollte. Dies ist dann auch am 18. September erfolgt.

Vielleicht noch ein paar Sätze zum AK II: Der AK II ist einer von sechs Arbeitskreisen der IMK und befasst sich fachlich mit den polizeibezogenen Fragen der inneren Sicherheit. An den Sitzungen des AK II nehmen die Leiter der jeweiligen Polizeibehörden der Länder und des Bundes, der Präsident des Bundeskriminalamtes, der zugleich

⁷ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

⁸ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

Vorsitzender der AG Kripo ist, und der Präsident der Deutschen Hochschule der Polizei teil. Der Arbeitskreis II ist ein Gremium mit nachgeordneten Untergremien wie der AG Kripo, auf die ich jetzt hier nicht näher eingehen will, der primär zur Willensbildung der IMK gegründet wurde und dieser auftragsgemäß und eigeninitiativ zuarbeitet und die Entscheidungen der IMK inhaltlich vorbereitet. Zu diesem Zweck gibt es als Ergebnisse jeder AK-II-Sitzung eine formelle Tagesordnung und formelle Beschlussfassungen, die dann in die Tagesordnung der IMK einfließen. Damit wird die IMK inhaltlich vorbereitet. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass in jeder Sitzung des AK II, der Staatssekretärsvorkonferenz und der IMK der ständige TOP 1 „Bericht zur Sicherheitslage“ auf der Tagesordnung steht, in dem auch ein Punkt die aktuellen Erkenntnisse zur PMK-rechts sind. Darüber hinaus werden ergänzend zur formellen Beschlussfassung weitere aktuelle Themen eingebracht.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass der AK II kein Gremium zur Steuerung von Ermittlungsverfahren und auch kein operatives Gremium wie eine Soko ist. Die Sachleitungsbefugnisse im konkreten Ermittlungsverfahren obliegt nach der Strafprozessordnung der jeweils zuständigen Staatsanwaltschaft. Die AK II ist ein vom Grundsatz her strategisch ausgerichtetes Gremium, das sich mit allen für die Länder relevanten grundsätzlichen Belangen befasst und damit den Herausforderungen des Föderalismus Rechnung trägt, also dass man sich abstimmt.

Wir tagen - ganz kurz - zweimal im Jahr. Darüber hinaus wird regelmäßig - jedenfalls seit 2009 regelmäßig - eine gemeinsame Sitzung mit dem AK IV durchgeführt. Als Vorsitzender lade ich jetzt seit 2010 regelmäßig einmal im Monat zu einer Telefonschaltkonferenz ein, weil aus dem AK II der Bedarf artikuliert wurde, sich öfters über polizeiliche Probleme zu beraten. Der AK II beschließt mit formellen Beschlüssen ebenfalls wie die IMK im Einstimmigkeitsverfahren.

Ich habe schon gesagt: Wir befassen uns mit aktuellen Themen. So haben wir am Rande der Sitzungen regelmäßig über aktuelle Vorkommnisse in den Ländern und im Bund berichtet. Nach meiner Erinnerung hat zum Beispiel der damalige baden-württembergische Vertreter des AK II über die Ermordung der Polizeibeamtin Kiesewetter und

die Arbeit der Soko Heilbronn berichtet, um ein Beispiel zu nehmen.

Hervorzuheben ist, dass in der Vergangenheit auch regelmäßig eine intensive Befassung mit der politisch motivierten Kriminalität erfolgte. Beispiele. 2000: Einführung einer Datei „Gewalttäter rechts“ und eines Katalogwerks zur Erfassung rechts motivierter Straftäter in INPOL. 2004: Präventions-, Informations- und Aufklärungskampagne über den Rechtsextremismus. 2005 ist berichtet worden über die Erkenntnisse zur rechten Szene in der Sächsischen Schweiz, über das „Aktionsbüro Süd“ und ein Projekt „Schulhof-CD“. 2009 ist ein Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung der PMK-rechts und Handlungsempfehlungen entstanden und 2010 eine Zusammenarbeitsvereinbarung des BKA mit den Ländern bezüglich der Bekämpfung des Terrorismus bei der politisch motivierten Gewaltkriminalität. Auch die Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz war immer wieder ein Thema. So haben wir einen gemeinsamen Leitfaden zur Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz 2009 erstellt.

Grundsätzlich erhält der AK II einerseits konkrete Aufträge von der IMK, also von oben nach unten, greift aber auch eigeninitiativ selbst und durch seine Untergremien aktuelle, länderübergreifend relevante Themen, von unten nach oben.

Was die Mordserie betrifft, haben wir uns am 18.09.2010 - ich habe es angesprochen - anlässlich einer AK-II-Sondersitzung konkret mit der Mordserie befasst. Dabei hat Herr Geier einen mündlichen Sachvortrag gehalten und das Konzept zur weiteren Vorgehensweise erörtert.

Herr Vorsitzender, sehr geehrte Frau Bundestagsvizepräsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte zum Abschluss noch betonen, dass die ermittelnden Beamten in Bayern hoch engagiert waren und mit ungeheurem Einsatz gearbeitet haben und umfangreiche Ermittlungen durchgeführt haben - leider ohne Erfolg. Andererseits ist mir sehr wohl bewusst, dass besonders die Ermittlungen im Umfeld der Angehörigen der Opfer für diese sehr belastend waren und eine zusätzliche Belastung waren. Das tut mir besonders leid.

Danke schön. Ich stehe Ihnen nun für Fragen zur Verfügung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank, Herr Kindler. - Dass Sie dem Ausschuss für Fragen zur Verfügung stehen, ist eigentlich auch Sinn der Sache einer Zeugenvernehmung. Deswegen beginnen wir jetzt gleich mit der Befragung und dem Antworten auf Fragen.

Ich eröffne die erste Berliner Stunde. Das Fragerecht hat zunächst die Unionsfraktion, und es fragt Herr Kollege Schuster.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Kindler, eigentlich hatte ich mich auf zwei Berliner Runden eingestellt, aber wir haben uns entschlossen, das Ganze sehr konzentriert zu machen. Also, ich glaube nach 15 Minuten schmeißt mir der Obmann irgendwas entgegen, und deswegen möchte ich vorwiegend in den Bereich gehen: Was sagt denn der Experte Landespolizeipräsident Kindler uns für die Zukunft? Welche Botschaften haben Sie? Was haben Sie gelernt aus dem Fall? Ich will mal anfangen. Stimmt es: Sie haben gerade gesagt, 2010 sei im AK II diese Mordserie durch Vortrag von Herrn Geier berichtet worden. Vorher nicht?

Zeuge Waldemar Kindler: Das war 2007.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): 2007? Okay. - Und Sie haben in Ihrem Vortrag gerade eben gesagt, der AK II sei ein eher strategisch relevantes Gremium, nicht mit Ermittlungsverfahren befasst. Wenn Sie den Fall jetzt rückblickend betrachten: Wir hatten hier auch schon Zeugen, die haben fast darum gebettelt, dass es hätte ja auch mal Impulse aus der Politik geben können, und Sie sind mit dem AK II, glaube ich, in einer Scharnierfunktion. Wie schätzen Sie das heute ein? Würden Sie heute zugeben, dass es Ihnen lieber wäre, dass der AK II sich in einem solchen Fall stärker eingemischt hätte, auch wenn Sie ein strategisch relevantes Gremium eigentlich sind?

Zeuge Waldemar Kindler: Ja, ich möchte sagen, wenn jemand die Erkenntnis gehabt hätte, dass es hier um Rechtsterrorismus geht, dann wäre das meines Erachtens genauso im AK II behandelt worden und in der IMK, wie das nach den Anschlägen 2001 war und wie es zur RAF-Zeit war. Das Problem, wenn Sie mich so fragen, war halt das in dem Moment, dass die Erkenntnisse,

die über dieses Trio waren⁹, halt nicht an die Soko, an die Morddienststelle gekommen sind, sei es, weil man es nicht entsprechend bewertet hat, wie auch immer. Das möchte ich jetzt nicht beurteilen. Aber das ist halt dort nicht angelangt.

Das Zweite ist der Hauptgrund meines Erachtens, dass halt die untergetaucht sind und dass 2003 dann das Ganze aus den Unterlagen, aus den Fahndungslisten gelöscht worden ist, weil das verjährt war, und dann waren die weg. Das muss man einfach mal sehen. Das ist für mich der Hauptgrund, jetzt ohne das werten zu wollen. Es war natürlich dann so, dass - sagen wir mal - aus jetziger Sicht - vorbehaltlich, was vielleicht eine Zeugenvernehmung der Frau Zschäpe noch ergibt - das Trio halt ein sehr enges Trio war und deshalb im Umfeld wenig Erkenntnisse waren¹⁰ - Stand heute -, weil sonst meines Erachtens auch die Belohnung, die wir gehabt haben, irgendwie im Umfeld was gebracht hätte. Was natürlich aus meiner Sicht schon war, was wir jetzt haben, nämlich dieses GAR, das hatten wir ja damals nicht. Wir hatten das GTAZ-links. Hätten wir ein GTAZ-rechts - sage ich mal - gehabt, ein GAR, wo jetzt 60 Beamte praktisch ständig zusammensitzen und sich mit allen Fällen rechts, die in der Bundesrepublik auftauchen, befassen, dann wäre das besser gewesen, weil die wollen ja arbeiten. Jeden Fall, der auf den Tisch kommt, schauen sie sich an, und zwar mit Bund und Ländern im Verfassungsschutz. Und dann wäre das eigentlich aus meiner Sicht, wenn Leute untergetaucht sind, aufgefallen, und dann hätten die dies¹⁰ bewertet.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Wenn Sie jetzt - lassen wir mal die ganzen Fallumstände - sehen, dass der AK II ja wissen konnte, dass wir immerhin - je nach Zeitverlauf - fünf, sechs, sieben, acht, neun Morde hatten, eine Serie: Hat das nicht gereicht? Also ist das noch nicht die Schwelle, in der der AK II sagt: „Da wollen wir jetzt intensiver einsteigen“? Weil so kommt es mir vor. Ich habe Ihre Protokolle gelesen, alle. Rechtsterrorismus - ja, das haben Sie nicht übersehen. Das ist x-mal drin. Das ist fast Standardthema gewesen. Also Sie haben es nicht übersehen. Klar, Sie wussten nicht, dass das ein rechtsextremistischer Fall ist, aber es waren trotzdem sehr, sehr viele Morde quer durch Deutschland mit dem Schwerpunkt Bayern. Reichte es nur damals

⁹ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage)

¹⁰ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

nicht, um damit in den AK II reinzukommen? Reicht es heute auch nicht? Und würden Sie auch heute sagen: „Das ist auch richtig so“?

Zeuge Waldemar Kindler: Also, wenn Sie mich fragen, würde ich heute sagen, hätten wir das das im AK II sozusagen erörtern sollen, zum Beispiel unter der Sicherheitslage. Das muss man klar sagen. Das, was die Ermittlungen betrifft, ist ja so - noch mal -, dass die Staatsanwaltschaft die Federführung hat, und da sage ich noch mal: Die Staatsanwaltschaft legt auch Wert darauf, dass sie die Federführung behält. Ich sage Ihnen nur als Beispiel: Wenn ich hier - was weiß ich - in Bayern bei den Ermittlungen gegen die Landesbank oder bei dem Korruptionsverfahren gegen Siemens mich in die Ermittlungen eingemischt hätte, da wäre was los gewesen von der Staatsanwaltschaft her. Meines Erachtens hätte man dann auch vielleicht schauen sollen, dass man eine gemeinsame Ermittlungsführung bekommt von der Staatsanwaltschaft her. Aber im Nachhinein gesagt - - Sozusagen, wenn man gesagt hätte, da kann irgendwie ein rechts-extremistischer Hintergrund sein, dann hätte das in den AK II gehört und wäre dann wahrscheinlich in die IMK gekommen.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zwischenfrage!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Schuster, sind Sie einverstanden, wenn der Kollege Wieland eine Zwischenfrage stellt?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz schnell, Herr Kollege Schuster. - Herr Zeuge, wenn es so ist, dass die Staatsanwaltschaft an sich den Hut aufhat: Warum ist das alles immer in der Innenministerkonferenz und im Polizeiarbeitskreis besprochen worden, nicht auf der Justizministerkonferenz und nicht da, wo es Ihres Erachtens hingehört?

Zeuge Waldemar Kindler: Da war selbstverständlich die Staatsanwaltschaft eingebunden. Also, wenn ich in Bayern sage, da war in Bayern - - Da gibt es auch eine interne Anmerkung von mir auf einem Vorgang, wo ich über den Amtschef, Staatssekretär und Minister draufgeschrieben hatte, es sollte eine Staatsanwaltschaft ermitteln, die drübersteht, nicht jetzt bei den einzelnen Mordfällen, weil da müssen ja Haftbefehle

und so gemacht werden. Und in Bayern ist das dann auch geschehen. Da hat dann das Justizministerium der Staatsanwaltschaft Nürnberg, dem Generalstaatsanwalt Nürnberg, die Federführung zugewiesen für die ganzen Fälle. Insgesamt in Deutschland ist das nicht der Fall gewesen. Da waren sicherlich Anregungen da. Aber das hätte sozusagen - - Das ist Sache der Justiz, dass hier die Justiz sagt: Ich mache eine zentrale Federführung.

Was hier die Polizei sagen muss - - Also, ich sage Ihnen mal ein Beispiel jetzt bei der Soko „Trio“. Bei der Soko „Trio“ hat der GBA das Verfahren übernommen, Schluss, aus. Dann hat noch - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wir haben nicht so viel Zeit, Herr Kindler. Ich bitte um Entschuldigung. Der Kollege Schuster ist wieder dran.

Jetzt läuft es gut. Aber dass damals Sachleitung von Staatsanwaltschaft zu sehen gewesen wäre, das haben wir so noch nicht feststellen können. - Aber jetzt der Kollege Schuster wieder.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank, Herr Wieland.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Sie haben mir so ein Stichwort gegeben gerade eben mit dem Wort „einmischen“. Jetzt haben Sie ja, aus den Akten wohl tuend erkennbar, einen Innenminister gehabt, der sich echt eingemischt hat. Finde ich sehr erstaunlich, wenn man die Akten liest, wie oft man von ihm etwas sieht, wo er sich im Nachhinein betrachtet wohl tuend richtig eingemischt hat. Dann hatten Sie einen Fallanalytiker, der wohl tuend richtig lag.

Erste Frage: Hat diese Überzeugung von Herrn Beckstein, Geier und Horn dazu geführt, dass Sie sich auch in anderen Ländern eingemischt haben, weil Sie ja wissen konnten oder mussten, dass es dort fast überall eine andersartige Auffassung gab zu dem ganzen Fall?

Zeuge Waldemar Kindler: Ja, über die Steuerungsgruppe, die dann gegründet worden ist, sind natürlich diese Erkenntnisse eingeflossen. Aber ich muss natürlich dazu sagen: Leider - das sage ich wertfrei - ist dann durch die dritte¹¹ Fallanalyse das nicht bestätigt worden. Es war so, dass aus meiner Sicht die Soko gesagt hat: „Wir wollen

¹¹ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

jetzt noch eine dritte¹² Fallanalyse, nicht um eine Gegenmeinung zu haben, sondern um das vielleicht noch präziser zu erläutern.“ Soweit ich in Erinnerung habe - das kann ich aber nicht genau bestätigen -, war sogar daran gedacht, dass unter der Federführung der Soko, der Fallanalyse in Stuttgart mehrere Fallanalytiker aus der Republik dabei sind. Aber es war dann auch Hamburg, die eigentlich - -¹² auch nicht in die Richtung gegangen sind.

Aus meiner Sicht ist die Meinung Horn eingeflossen dann über die Steuerungsgruppe in den anderen Fällen. Da waren natürlich auch andere Meinungen, auch beim BKA. Das muss man ganz klar sagen. Der Kollege Ziercke hat mir am Rande einer Taskforce-Sitzung diese Synopse übergeben und hat gesagt - ich sage jetzt mal „du“, weil wir uns duzen; wir kennen uns lang genug -: Du¹², schau dir das mal an. Meine Leute sagen - ich bin zwar da durchaus deiner Meinung - aber - - Das, was ihr hier sagt mit der Einzeltätertheorie, da haben die ein Papier zusammengestellt, wo die das alles widerlegen. - Und das war natürlich schwierig.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Wurde jemals von Ihrer - - von der Leitungsseite - sprich vom Landespolizeipräsidenten oder vom Innenminister - wurden - - Haben Sie versucht, in Ihrer Ebene auf andere Länder Einfluss auszuüben? Ich denke mal an Nordrhein-Westfalen beispielsweise. So wie es auch in Hessen passiert ist, wo der Minister mal selber angerufen hat beim Herrn Bouffier. Wurde in diesem Streitpunkt mal auf der oberen Leitungsebene versucht, Einfluss zu nehmen, nach dem Motto - - Der Herr Beckstein hat, glaube ich, auf einen Vermerk draufgeschrieben: „Die Synopse ist mir völlig egal; die dritte OFA ist mir völlig egal. Ich will das in alle Richtungen.“ Hat er das mal irgendwo vertreten auf der oberen Ebene?

Zeuge Waldemar Kindler: Gut, das kann ich so nicht sagen, was da informell gelaufen ist. Also, formell ist es in der IMK nicht behandelt worden. Ob es im Kammingespräch behandelt wurde, weiß ich nicht, weil ich da nicht dabei bin. Glaube ich aber auch nicht, sozusagen¹³. Aber was informell gelaufen ist, kann ich nicht sagen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Und der damals, glaube ich, Kriminaldirektor Geier, der heutige Leitende?

Zeuge Waldemar Kindler: Also, da - - Ich sage jetzt mal, der Herr - -

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Moment, ich bin noch nicht fertig. - Hat der Kriminaldirektor Geier in der Funktion Leiter BAO „Bosporus“ die Chance gehabt, notfalls seine Meinung anzuweisen?

Zeuge Waldemar Kindler: Das leider nicht. Das war ja so: Bei der Besprechung 2006, als wir das am Rande beredet haben, bin ich ja reingegangen und habe gesagt - also ich sozusagen als Mittler der Soko -, die Soko „Bosporus“ hätte gern eine Weisungsrecht. Das wollte aber keiner in der Besprechung. Das war auch schwierig. Ich muss natürlich dazu sagen - -

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Warum?

Zeuge Waldemar Kindler: War rechtlich schwierig, meine ich. Es ist natürlich auch so: Selbst wenn das BKA ermittelt hätte, zentral, die da mehr Möglichkeiten haben, ist es so, dass natürlich - - Die Staatsanwaltschaft war Herr des Verfahrens in den einzelnen Ländern, und wenn die Staatsanwaltschaft in den einzelnen Ländern sozusagen keinen Kopf hat drüber, dann wird es auch für das BKA schwierig und erst recht für ein Land, zu sagen: Ich gebe Weisungen. - Das geht meines Erachtens nicht ohne zentrale Staatsanwaltschaft.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Sie kennen sicher den aus meiner Sicht sehr interessanten Erfahrungsbericht der BAO „Bosporus“, vermutlich wesentlich verantwortet durch Herrn Geier, der das auch unterschrieben hat. Das MAT A BY-2/3 f. Da hat er ja intensiv Erfahrungen berichtet und mit sehr vielen Empfehlungen auch agiert. Den Bericht kennen Sie wahrscheinlich. Da hat er als zwei sehr herausgehobene Empfehlungen zum Beispiel festgehalten, eine dem § 4 BKA-Gesetz vergleichbare Regelung für eine zentrale polizeiliche Ermittlungsführung durch eine Länderdienststelle würde fehlen, und damit könne es aufseiten

¹² Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

¹³ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage)

der Polizei eben auch keine gesamtverantwortliche Leitung geben.

Zweiter Empfehlungssatz: Dazu parallel müsste ein justizielles Sammelverfahren und damit ein bundesweit zuständiger Staatsanwalt geschaffen werden. - Wie sehen Sie das?

Zeuge Waldemar Kindler: Also, zum einen sage ich, dass nicht das Ganze dran gelegen ist, weil man nicht auf eine rechtsterroristische Gruppierung gekommen ist, weil sonst hätte ja der GBA übernehmen können, ich sage: sogar übernehmen müssen. Und auch das BKA hätte nicht nach § 4 Abs. 2 übernehmen müssen, sondern kraft GBA. Also, darum ist halt niemand in der Republik auf eine terroristische Gruppierung gekommen - leider -, weil sonst wäre ja der GBA da gewesen. Das muss man klar sehen.

Die Empfehlungen des Herrn Geier, das war ein Wunsch, der zum Beispiel jetzt darin gemündet hat, dass man es zum Teil umgesetzt hat, dass zum Beispiel - - Ich habe sogar gesagt: Seit¹⁴ 2010 gibt es ein Papier - das habe ich auch hier - der Zusammenarbeit in solchen Fällen zwischen BKA und den Ländern, und da steht zum Beispiel drin betreffend¹⁴ BKA, dass es auch in solchen Fällen davon ausgeht, dass die Länder mal führen können, dass, wenn die Länder führen, dann auch Verbindungsbeamte ausgetauscht werden müssen, dass man dann eventuell hier schauen sollte, dass ein Land den Hut aufhat.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das wäre für mich jetzt eine entscheidende Frage auch gewesen. Ich habe das auch gelesen, das Papier. Das ist praktisch der Praxistest. Wir können hier in dem Ausschuss ja auch mal etwas Positives herausfinden.

Heißt das in der Realität - frage ich jetzt den AK-II-Vorsitzenden -, dass dieses Problem, dass es eine zentrale Ermittlungsführung in einem Land - - Ich reflektiere gar nicht auf die ganze Diskussion ständig BKA. Wir wissen gar nicht, ob das besser gewesen wäre. Für mich wäre wichtig: Eine zentrale Ermittlungsführung in diesem Land muss in bestimmten Fällen möglich sein, sowohl beim BKA wie bei einem Land. Hatten wir bis „Bosporus“ nicht diese Chance, außer, ein Staatsanwalt hätte. Heißt das, was Sie gerade gesagt haben, dass dieses Papier aus

2010, wo es drinsteht, dass es das jetzt gibt, auch tägliche Praxis ist? Und heißt das, dass wir, würde ein solcher Fall jetzt wieder bestehen, ohne weiteres wieder in Nürnberg eine zentrale Ermittlungsgruppe einrichten könnten, die bundesweit ermittelt mit einem bayerischen KD beispielsweise, der eine Führungs- und Anordnungskompetenz hat, wie es in § 4 Abs. 4 des BKA-Gesetzes gegeben ist, sprich Anweisungsbefugnis? Gibt es das heute? Können Sie das so bestätigen?

Zeuge Waldemar Kindler: Rechtlich nicht. Es würde sozusagen ergeben, dass in solchen Fällen - - dass meines Erachtens jemand vielleicht das gemeinsam macht mit dem BKA, und dann haben sie¹⁵ eine Ermittlungsführung. Aber rechtlich gibt es das noch nicht, dass ein Land eine¹⁶ Weisungsbefugnis hat. Bei der Staatsanwaltschaft, die haben das, aber¹⁶ rechtlich gibt es das noch nicht. Es gibt eine Vereinbarung sozusagen, wie man es machen kann, aber ein formelles Weisungsrecht gibt es nicht.

Ich möchte auch noch mal sagen, auf 2006 und 2004: Ich bin schon der Meinung, dass zum Beispiel 2004 das BKA das hätte übernehmen sollen aus den Gründen. 2006 war ja so: 2006 waren fünf oder sechs Jahre ermittelt. Da ist es nicht darum gegangen, dass man gesagt hat, das BKA darf nicht die Ermittlungen übernehmen, oder aus Eitelkeit oder sonst was, sondern es ist darum gegangen, dass, wenn - - Ich weiß nicht, wie viele Leute insgesamt bei uns involviert waren, 70, 80, aber jetzt in den ganzen Fällen. Wenn fünf oder sechs Jahre ermittelt wird, dann muss ich ja hier rangehen, und da ist so viel Zeitverlust, bis ich so diesen Stand habe. Das war die Schwierigkeit 2006. Nicht, dass man gesagt hat, das BKA darf generell nicht übernehmen; das wollen die Bayern behalten. - Das ist ja Blödsinn, auf gut Deutsch gesagt. Zu diesem Zeitpunkt wären wir froh gewesen, wenn der Fall aufgeklärt worden wäre, von wem auch immer und wie auch immer.

Aber ich muss noch mal sagen: Aus meiner Sicht, wenn Sie mich fragen, für die Zukunft wäre es wünschenswert, dass man in solchen Fällen auch zentrale Stellen hat, die drüberstehen, bei der Justiz und dann natürlich auch bei der Polizei. Da gibt die Möglichkeit des § 4 Abs. 2 schon. Die gibt es jetzt auch, aber die geht in gewisser Weise ins

¹⁴ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

¹⁵ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

¹⁶ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage)

Leere, wenn man das nicht auch bei der Justiz zentralisiert.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das waren meine 15 Minuten. Herzlichen Dank.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 18 Minuten!
18 Minuten 42 Sekunden!)

- Und wer hat die drei Minuten verbraucht?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat die Netominuten Schuster gezählt!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Jetzt hat allerdings Herr Kollege Stracke noch Fragen. Die Union hat auch noch Fragezeit.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Genau. Nein, ich mache es auch ganz kurz.

Herr Zeuge, mich würde interessieren: Wenn man jetzt in der Retrospektive sich die Fälle anschaut, haben wir auf einer Seite Banküberfälle, auf der anderen Seite die Mordtaten und die Anschläge. Wir wissen, zwei Täter auf Fahrrädern, beide Mal bei Banküberfällen als auch bei den Mordtaten im Speziellen. Jetzt geht es ja auch für den Blick in die Zukunft darum, Zusammenhänge aus dem Dunkeln herauszuheben. Sehen Sie denn das eigentlich schon als gewährleistet an, also die Zusammenführung von diesen Erkenntnissen in eine Datei, dass man die beispielsweise machen kann, auch anlassunabhängig oder anlassbezogen, je nachdem, was Sie da - - Mich würde das einfach interessieren, was Sie aus Ihrer praktischen Erfahrung jetzt sagen. Wie hat man reagiert, und was sollte man auch noch verändern?

Zeuge Waldemar Kindler: Zunächst hat man ja auch versucht, 2001 ein INPOL-Neu zu schaffen, wo man die Fahndungsdatei, das INPOL, mit der Vorgangsverwaltung und mit Recherchedateien wie EASy zusammenbringt. Das ist gescheitert. Da war damals der Herr Ludwig¹⁷ Vorsitzender. Er kann ja nichts dazu, sondern das BKA hat sich bemüht. Ich war kurzfristig stellvertretender Vorsitzender. Das ist dann einfach nicht zustande gekommen, weil die Anforderungen von 280 000¹⁷ Polizisten zu komplex waren. Und dann hat man gesagt: Man¹⁷ muss das INPOL-Alt auf neue technische Füße stellen.

Jetzt sind wir so weit, dass wir letzte Woche im AK II beschlossen haben - aber auch mit vier Enthaltungen von Ländern, aus vielleicht finanziellen Gründen -, dass man ein PIAV¹⁸ installiert, also ein Polizeiliches Informations- und Analysesystem. Wenn man dann in einem ersten Tool - sage ich mal - hier ein Feld schafft, jetzt Anschläge mit - - Sprengstoffanschläge, da könnte man dann in der Folge - oder das ist das Ziel - ein zweites Tool schaffen, zum Beispiel ungeklärte Morde, und dann vielleicht versuchen, das zusammenzuführen. Bloß da müsste dann definiert werden - da kommen wir dann an der sachbearbeitenden Dienststelle nicht vorbei -: Was muss eingegeben werden? Nach was wird gesucht? - Theoretisch oder praktisch, was INPOL-Neu wollte, könnte man dann auch noch die Vorgangsverwaltung da mit reintun. Aber das hat natürlich rechtliche und datenschutzrechtliche Probleme, weil zum Beispiel in der Vorgangsverwaltung ja weiche Daten drin sind. Und das zustande zu bringen, ist schwierig. Also, ich hoffe, dass das PIAV¹⁸ jetzt zustande kommt, weil dann kommen wir weiter.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Mich würde noch abschließend interessieren: Sie müssen ja in der AK II sich, glaube ich, einstimmig äußern, damit Sie was auf den Weg bringen können. Welche Länder haben sich denn eigentlich enthalten bei den Dingen, wo es gerade um Anschaffung von Dateisystemen und sonstiges geht? Haben Sie da noch eine Erinnerung?

Zeuge Waldemar Kindler: Also, das ist schwierig. Ich möchte sagen, da geht es natürlich auch bei solchen - - Das das kostet ja viel Geld, und da haben sie halt - - unabhängig, ob es technisch geht. Bisher ist es ja technisch früher nicht gegangen. Ich muss ja sagen, auch das EASy-System ist ja erst 2005/2006 überhaupt entwickelt worden. Das hat es ja vorher nicht gegeben. Und da ist es halt so, dass es Länder gibt, die finanzielle Schwierigkeiten haben. Das sind kleine Länder

(Clemens Binner (CDU/CSU):
Griechenland zum Beispiel!)

- bitte? -, die halt dann sich enthalten. Die sind fachlich dafür, aber die sagen: Ich muss halt einen Haushaltsvorbehalt machen.

¹⁷ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

¹⁸ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

Stephan Stracke (CDU/CSU): Aber Sie wissen noch, wer es ist?

Zeuge Waldemar Kindler: Ich weiß es, ja.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Ja, dann sagen Sie es uns doch.

Zeuge Waldemar Kindler: Ja, ich kann es jetzt nur bei PIAV¹⁹ sagen. Ich glaube, das waren Bremen und Mecklenburg-Vorpommern. So auswendig weiß ich auch nicht vier. Die sind fachlich auch dafür.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Kindler, schönen guten Abend haben wir uns ja schon gesagt. - Ich möchte noch mal vorausschicken, dass wir davon ausgehen, dass alle Polizeibeamtinnen und -beamten da engagiert gearbeitet haben usw. Aber unsere Aufgabe ist es hier auch, Fehler zu suchen, und ich möchte mal einen Punkt zunächst ansprechen. Das ist nämlich die Frage: Warum wurde ein rechtsextremer Hintergrund nicht gesehen? Warum wurde das nicht erkannt? - Und nun finde ich persönlich besonders tragisch, dass Ihr Innenminister Herr Beckstein direkt nach dem ersten Mord an Enver Simsek in Nürnberg, den er ja auch persönlich kannte - jedenfalls das Blumengeschäft auch - und in dessen Nähe er auch gewohnt hat, auf einen Vermerk draufgeschrieben hat: „Könnte das nicht ausländerfeindlicher Hintergrund sein?“ War Ihnen bekannt, dass Ihr Minister da so eine klare Position hatte und gleich von Anfang an auch den richtigen Riecher hatte?

Zeuge Waldemar Kindler: 2000 war ich noch nicht Polizeichef, aber ich war stellvertretender Abteilungsleiter. Trotzdem: Ich habe mir den Vermerk angeschaut; der ist nicht von mir abgezeichnet, aber trotzdem wusste ich, dass der Minister hier diese Meinung hatte. Wir haben das weitergegeben, wie es normal üblich ist, über mein Einsatzreferat an die die Soko, und die Soko hat gesagt: Wir haben keinerlei Erkenntnisse, keine Fakten. - Das Problem war halt - das habe ich in der Form auch so noch nie erlebt -, dass in neun Mordfällen keine DNA,

kein Sachbeweis war, nicht einmal sozusagen im Umfeld der²⁰ Zeugen. Sagen wir, hätten wir bei den Ermittlungen irgendjemand festgestellt, der auf rechts hinweist, dann wäre das wahrscheinlich anders gewesen. Aber es war von den Fakten, glaube ich, her - so bedauerlich das ist - nichts da für die Soko, und darum haben die Verbindungsdaten ohne Ende abgeklärt und Mühe gehabt, und die haben dann ja auch - - Eigentlich erst durch die Analyse Horn ist halt dann das Thema reingekommen. Bei Dr.²¹ Beckstein war die Idee da, aber es waren bei der Soko nach meiner Kenntnis keine Fakten da.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Kindler, wenn der Innenminister mit grünem Stift auf einen Zeitungsartikel was schreibt, dann weiß ich aus meiner Verwaltungserfahrung, dass das eine Behörde - sei sie noch so groß - in eine andere Umlaufgeschwindigkeit versetzt, weil nämlich die Auffassung des Ministers bis auf die unterste Ebene durch Leitschnur für das eigene Handeln ist.

Ich wundere mich tatsächlich, warum diesem richtigen Riecher von Herrn Beckstein überhaupt nichts folgte für die Ermittlungsarbeit; denn Herr Beckstein hat ja dieselbe Bemerkung noch mal wieder auf einen Zeitungsartikel geschrieben, nachdem wir acht weitere Mordopfer hatten, nach dem neunten Mordopfer im Jahr 2006. Und können Sie mir mal erklären, wie das kommt, dass sich diese Auffassung Ihres Innenministers überhaupt nicht niederschlug in der polizeilichen Ermittlungsarbeit? Das habe ich bis heute nicht verstanden.

Zeuge Waldemar Kindler: Noch mal: Wir haben diese Bemerkung des Ministers weitergegeben über das Präsidium an die Soko und haben gesagt, sie sollen das bedenken, ob es Ansätze gibt. Und die haben uns zurückgemeldet: Wir haben keine Fakten.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, dann frage ich Sie noch mal: Wenn Sie die Berichte immer regelmäßig bekommen haben - die haben Sie auf den Tisch bekommen; wir kennen die ja auch alle aus den Akten -, dann sieht man, dass 95 Prozent der Ermittlungsarbeit sich auf organisierte Kriminalität richten, und 5 Prozent ging in Richtung sogenannte Einzeltätertheorie, rechter Hintergrund, Ausländerfeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit, also genau das, was Ihr Minister als Motiv der Täter angenommen hat. Was haben Sie

¹⁹ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

²⁰ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage)

²¹ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

denn getan, um dieser Ansage, dieser Auffassung Ihres Ministers Genüge zu tun und die Ermittlungen auch in die richtige Richtung zu lenken? Wenn Sie das gesehen haben, muss Ihnen das ja auch aufgefallen sein. 95 zu 5 Prozent ist ja ein signifikanter Unterschied.

Zeuge Waldemar Kindler: Ja gut, wir sehen natürlich das jetzt ein bisschen anders, dass da 95 Prozent der Personen in einem Bereich waren. Der Soko-Leiter musste ja diese Massendaten abgleichen. Ich glaube, 32 Millionen, Tankstellen, Kreditkarten, was auch immer. Und da hat er halt das Personal eingesetzt, weil er gehofft hat, dass er durch Verbindungen und Querschnitte auf Hinweise kommt, auf Täter kommt. Und darum glaube ich nicht, dass man gesagt hat, man hat fünf Leute im rechten Bereich eingesetzt und das andere nur für OK, sondern das ist halt für die Fakten, die er gehabt hat.

Dr. Eva Högl (SPD): Nein, es geht nicht um die Personalstärke, sondern um die Schwerpunkte der Ermittlungsarbeit. Also, wenn Sie die Berichte gelesen haben, was da gewesen ist, dann sieht man - wir sehen das jetzt im Nachhinein; Sie haben es damals direkt gesehen -, dass 95 Prozent der Aktivitäten sich richteten auf organisierte Kriminalität, aber nur ein ganz geringer Teil in Richtung Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit. Das muss Ihnen doch damals beim Studium der Berichte auch aufgefallen sein. Und im Kopf habend, dass Ihr Minister aber ein ganz anderes Tatmotiv annimmt, wundere ich mich, dass sich das nicht niedergeschlagen hat in der polizeilichen Ermittlungsarbeit.

Zeuge Waldemar Kindler: Also der Minister hat das hingeschrieben mit Fragezeichen. Er hat nicht gesagt - - sondern als Idee, sage ich mal, als Idee, die gut war, sozusagen im Nachhinein richtig war. Aber es waren keine Fakten dafür da aus der Arbeit der Soko. Und darum haben die ermittelt. Die haben das geprüft und haben uns gesagt: Wir haben keinerlei Erkenntnisse dafür. Und mehr - - In dem Zeitpunkt - sage ich jetzt mal - zu sagen: Was hätte die Soko oder was hätten wir tun sollen? Abstrakt. Wenn eine Verbindung da gewesen wäre, zum Beispiel nach Bayern, sage ich jetzt mal; aber es waren ja keine Erkenntnisse. Ich

sage Ihnen: Der Grund - nicht Fehler; das möchte ich nicht behaupten - ist dadurch, dass die Erkenntnisse nicht übergekommen sind und die abgetaucht sind.

Dies sage ich auch für die Zukunft. Meines Erachtens müsste man zum Beispiel bei abgetauchten Tätern die Zielfahndung verstärken und ansetzen. Wir haben es jetzt gemacht beim Ittner, und dann haben wir ihn relativ schnell gehabt. Aus meiner Sicht müsste man in Zukunft bei den abgetauchten Tätern bewerten, wer ist abgetaucht, und bewerten, wer ist gefährlich, zum Beispiel jetzt bei dem GAR - auch mit wissenschaftlicher Begleitung oder mit Begleitung²² - und dann sagen: Und auf die setze ich die Zielfahndung an.

Dr. Eva Högl (SPD): Das ist sicherlich alles richtig, aber wir gucken uns jetzt mal an, was damals schiefgelaufen ist und wo Fehler gemacht wurden. Sie kannten ja auch die Fallanalyse, die auch von rechtem Hintergrund gesprochen hat, von Herrn Horn. Da war ja eine falsche Einschätzung drin, nämlich der sogenannte Ankerpunkt Nürnberg. Nun sind Sie ja Experte auf dem Gebiet der Polizeiarbeit, langjährige Erfahrung. Ich meine, man muss ja wirklich nur Akten aufschlagen, und es springt einen an die Verbindung der rechtsextremen Szene von Bayern nach Thüringen und nach Sachsen. Das springt einen an aus den Akten. Da muss man gar nicht groß kenntnisreich sein.

Hat Sie das nicht - - Sind Sie nicht mal auf die Idee gekommen, dass man auch mal den Blick über die bayerischen Grenzen, zumal über Nürnberg hinaus, erweitert, um mal zu gucken, was sich in anderen Bundesländern tut, ob die Täter eventuell da herkommen?

Zeuge Waldemar Kindler: Ich kann mich erinnern, dass ich mal mit dem Herrn Geier geredet habe und gesagt habe: Warum fixiert ihr euch so auf Nürnberg? - Dann hat er gesagt: Wir sind der Meinung, dass das einer muss, der die Kenntnisse haben muss. Mehr, sage ich, kann ich als Polizeichef nicht mehr tun, weil - -

Dr. Eva Högl (SPD): Ja.

Zeuge Waldemar Kindler: Noch mal: Ich kenne ja bis heute - - Ich habe mich eingebracht, zu unterstützen, aber ich kenne ja die Ermittlungsakten bis heute nicht. Ich kann ja

²² siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage)

nicht hergehen und bei der Vielzahl einer Soko sagen: Macht es jetzt so oder so. - Das wäre ja fachlich völlig verkehrt.

Dr. Eva Högl (SPD): Nein, nein, nur Herr Schuster hat ja eben gesagt, Sie hätten mit dem Arbeitskreis eine Scharnierfunktion gehabt, und das hatten Sie im Ministerium natürlich auch -

Zeuge Waldemar Kindler: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): - als Abteilungsleiter und als Polizeichef in der Kommunikation mit dem Minister. Deswegen frage ich das.

Zeuge Waldemar Kindler: Wir haben das prüfen lassen bei der Soko und in Mittelfranken. Die haben gesagt: Wir haben nichts. Ich habe dann einmal - ich weiß nicht, in welchem Jahr - mit dem Herrn Geier geredet. Ich habe gesagt: Warum unbedingt Nürnberg? Da hat er gesagt: „Ja, da sind wir der Meinung“, und wir haben dann, als das zweite Mal ja der Beckstein draufgeschrieben hat: „rechter Hintergrund“, zurückgeschrieben: Ja, wir haben jetzt die OFA beauftragt. - Wir sollen noch warten, bis die OFA-Analyse da ist.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Kindler, jetzt komme ich noch mal zu einem anderen Punkt, der bei uns ja auch eine große Rolle spielt, nämlich die Frage „Übernahme Bundeskriminalamt“. Sie haben ja selber dazu auch was gesagt. Ich konzentriere mich jetzt auf den Zeitpunkt 2006, und da bitte ich Sie wirklich darum, uns da hier genau das so zu sagen, wie das bayerische Position war; denn ich sage Ihnen noch mal, was Herr Ziercke hier vorgetragen hat. Herr Ziercke hat bei seiner Zeugenvernehmung am 28.06. - das findet sich auf Seite 8 -, gesagt:

Ich spürte schon in diesem Gespräch,

- es geht um das Telefonat, was er mit Ihnen geführt hat -

dass eine Übernahme durch den Bund für Bayern nicht zur Diskussion stand. ... Ich habe diesen Eindruck aus dem Gespräch mit Herrn Kindler dann an Herrn Falk mit der inzwischen problematisierten Bemerkung weitergegeben, dass ich den Eindruck hatte, dass die Bayern diese Übernahmeabsichten als

eine Art „Kriegserklärung“ verstehen würden.

Sie haben eben so getan, als ob das BKA ruhig hätte übernehmen können, und das sei kein Problem gewesen. Eine Position stimmt ja nur. Entweder lügt Herr Ziercke Ihrer Meinung nach, oder Sie erzählen uns hier Märchen. Deswegen möchte ich noch mal kurz wissen: Wie war das denn? War Bayern dagegen? War das eine Art Kriegserklärung, oder wie war die bayerische Position?

Zeuge Waldemar Kindler: Es ist mir in dem Gespräch mit Ziercke gegangen um das Wie. Das habe ich dargelegt - nicht, dass per se das nicht geht, weil sonst hätten wir ja gar nicht gemeinsam erörtern müssen, dass das BKA den Mehrwert prüft. Also zunächst ist es um das Wie gegangen. Die Soko - -

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Kindler, das sagt Herr Ziercke ganz anders. Das habe ich Ihnen eben vorgelesen, und das heißt dann, dass Herr Ziercke Ihrer Meinung nach lügt, weil die Frage ist: Übernahme, Übernahme durch den Bund - - für Bayern nicht zur Diskussion stand.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Herr Vorsitzender!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Binninger, zur Geschäftsordnung.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich würde doch bitten, dass man niemand indirekt unterstellt, dass er einen anderen der Lüge bezichtigt, weil das hat der Zeuge hier zu keinem Zeitpunkt getan, weder direkt noch indirekt.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Binninger, eines von beiden kann ja nur richtig sein. Entweder war es - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Man kann sich auch falsch erinnern. Deswegen ist es noch keine Lüge.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Zeuge.

Zeuge Waldemar Kindler: Also noch mal: Sozusagen die ungute Stimmung ist gekommen über das Wie, weil wir nicht informiert wurden. Und ich habe ihm dann, weil die Soko gesagt hat: „Wir wollen, dass es

bleibt“, gesagt: Was bringt euch das? Wörtlich! Dann hat Herr Ziercke momentan so konkrete Gründe nicht genannt, und dann haben wir gesagt, sie sollen den Mehrwert prüfen. Ich habe ihm schon gesagt, dass die Soko Nürnberg sagt: „Wir wollen das behalten“, und auch der Staatsanwalt Kimmel will das behalten. Also, da sehe ich keinen Widerspruch.

Dr. Eva Högl (SPD): Und Herr Beckstein?

Zeuge Waldemar Kindler: Also, Herr Beckstein war ganz ruhig. Ich bin zu Beckstein gegangen. Der hat von nichts gewusst, weil es hätte ja sein können - was meines Erachtens auch richtig gewesen wäre -, dass man es fachlich beredet, und zum Zweiten, dass von mir aus der Innenminister oder der Staatssekretär den Minister anruft und hätte ja sagen können, was er gesagt hat: „Wir wollen das übernehmen“, und Beckstein sagt: Ja. Beckstein wusste von gar nichts, und Beckstein hat gesagt: „Ja, rede halt mit dem Ziercke ganz ruhig“, und Beckstein hat mit Sicherheit nichts von Kriegserklärung gesagt - ich meines Erachtens auch nicht. Ob das Ziercke so empfunden hat? Das kann schon sein, weil das dadurch, durch die Art und Weise, etwas emotional war. Beckstein hat mit Sicherheit - - Der hat gesagt: Ich weiß von nichts. Rede halt mit dem Ziercke. - Er hat dann später die Meinung der Soko dann am Tag vor der IMK geteilt, dass es Bayern behalten sollte.

Dr. Eva Högl (SPD): Was sagen Sie denn zu der Bewertung, ob das BKA überhaupt in der Lage gewesen sei, das zu übernehmen? Da hat Herr Beckstein hier vorgelesen - ich trage Ihnen das mal so vor aus der Zeugenvernehmung vom 24. Mai; das findet sich auf Seite 86 -, er habe es für einen schweren Fehler gehalten, im laufenden Galopp die Pferde zu wechseln, und er glaubte nicht,

dass automatisch 20 BKA-Beamte das besser behandelt hätten als 200 Länderbeamte.

War das auch Ihre fachliche Einschätzung, dass das die bayerische Polizei besser konnte, als es das BKA gekonnt hätte?

Zeuge Waldemar Kindler: Teilweise, und zwar deshalb: Ich glaube schon sozusagen,

dass das BKA hätte übernehmen können, weil das BKA hätte den Fall übernommen, hätte dann einen Abschnitt gebildet, und dann hätte es wieder Bayern ermittelt, halt unter Federführung BKA.

Aber richtig ist schon, was Minister Beckstein früher gesagt hat, dass man in dem Stadium nicht einfach wechselt. Das waren insbesondere auch die Hessen, die mir gesagt haben - - Der Herr Nedela. Die haben damals ein laufendes Mordverfahren da in Kassel gehabt. Die haben gesagt: Ihr könnt doch nicht während des Mordverfahrens die Ermittlungen hier ändern. - Das wäre gegangen - das ist ganz klar -, aber das hätte Zeitverlust bedeutet.

Sie müssen ja sehen: Wir haben da auch 60, 80 Leute drin gehabt. Aber wenn es das BKA übernimmt, bis es - - Wenn es das BKA selber gemacht hätte - das hätten die nicht gemacht -, dann hätte ja das bedeutet, sie hätten sich in fünf Jahre Ermittlungsarbeit einarbeiten müssen. Das wäre ja gar nicht gegangen. Das hätte bedeutet, dass dann unsere Leute von der Soko zum BKA gehen hätten müssen. Das wäre jetzt nicht tragisch gewesen, und darum muss man auch das bereden. Das wäre gegangen, aber meines Erachtens muss man das bereden, wie.

Dr. Eva Högl (SPD): Also, das Bundeskriminalamt hat uns hier durch mehrere Zeugen dargelegt, dass sie das aus dem Stand heraus können und auch in der Lage sind, entsprechende Ermittlungsarbeit zu machen, und ich halte auf jeden Fall fest, Herr Kindler - und darum geht es ja heute hier -, dass es jedenfalls nicht auf viel Zustimmung in Bayern gestoßen ist. „Kriegserklärung“ ist sicherlich ein Begriff - das hat Herr Ziercke ja auch selbst gesagt -, den er gebraucht hat. Aber ich halte fest, dass der Widerstand gegen eine Übernahme durch das BKA zum damaligen Zeitpunkt 2006 auch aus Bayern kam. Ich meine, das ist ganz offensichtlich, dass das nicht auf Ihre Zustimmung stieß.

Zeuge Waldemar Kindler: Nein, das Wort - - Was heißt, „auf meine Zustimmung“? Die Soko - - Hat ja der Herr Geier -

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, habe ich verstanden.

Zeuge Waldemar Kindler: - das in fünf Punkten begründet, und auch die Staatsanwaltschaft hat gesagt: Wir wollten das nicht.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja. Da möchte ich noch ganz kurz, wenn ich darf, eben eine Nachfrage stellen. Sie haben jetzt mehrfach gesagt, dass die Justiz das hätte zusammenfassen müssen, also Sammelverfahren, zum Beispiel: Eine Staatsanwaltschaft übernimmt. Das wäre Aufgabe der Justiz gewesen, und Polizei richtet sich dann nach der Justiz. Auch Generalbundesanwalt hätte ja übernehmen können.

Jetzt stelle ich mir natürlich die Frage: Haben Sie das mal angeregt, wenn Sie das so hier vehement vertreten? Weil wir wissen ja, dass insbesondere die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth gerade nicht dafür war, das Verfahren abzugeben bzw. ein Sammelverfahren zu bilden. Haben Sie das mal aktiv betrieben?

Zeuge Waldemar Kindler: Also, es gibt eine Anmerkung von mir in den Akten - ich habe ja schon gesagt -, wo ich draufgeschrieben: Herrn Amtschef, Herrn Staatssekretär. Herr Minister, es wäre wünschenswert, hier das zu machen, und ich beabsichtige, ein Gespräch zu führen.

Wir haben einmal - - Ich kann das aber nicht mehr so genau verifizieren; das ist schwierig. Ich habe mir das angeschaut. Wir haben eine gemeinsame Besprechung Justiz gemacht mit der²³ Polizei. Wir haben da zweimal im Jahr Besprechungen, die Polizeipräsidenten, also in Bayern, und das Justizministerium und die Generalstaatsanwälte. Und irgendwann in dem Zusammenhang habe ich es mal angesprochen - ob den Abteilungsleiter im Justizministerium, den Professor Markwardt, oder in dem Gespräch, das weiß ich nicht mehr so genau. Aber es ist mal angeregt worden, und das ist auch bei der Soko gelandet, bei unserer.

Weil ich habe jetzt zur Vorbereitung natürlich nicht mit denen, die vernommen werden, aber mit dem Herrn Mikulasch mal geredet, und der Herr Mikulasch hat mir gesagt²⁴, nach seiner Meinung - aber das kann ich jetzt nur zitieren -

Dr. Eva Högl (SPD): Ja.

Zeuge Waldemar Kindler: - hat damals die Staatsanwaltschaft Kassel oder Dortmund das auch nicht gewollt. Wie gesagt: Das kann ich aber nicht aus eigener Wahrnehmung sagen.

Dr. Eva Högl (SPD): Das war aber das einzige Mal, dass Sie da in diese Richtung interveniert haben. - Danke schön, Herr Kindler. Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht geht zur FDP-Fraktion. Herr Schulz.

Jimmy Schulz (FDP): Herr Kindler, ich will noch mal kurz zurückkommen auf diese Datenbankgeschichte. Ich habe das vielleicht noch nicht ganz so richtig verstanden. Aber da gab es - - Sie hatten ja in Bayern diese EASy-2-Datenbank, die verwendet wurde, und beim BKA wurde diese andere, -

Zeuge Waldemar Kindler: INPOL-Fall.

Jimmy Schulz (FDP): - diese INPOL-Fall- - Ceska in dem Fall - Datenbank verwendet.

Sie hatten das in Ihren Ausführungen kurz angeschnitten, das Thema, dass die BAO „Bosporus“ eben sich sehr stark auf dieses EASy-Datenbanksystem fixiert hatte und auf keinen Fall was anderes verwenden wollte. Was war denn da dafür noch mal die Begründung?

Zeuge Waldemar Kindler: Die Begründung ist, dass das INPOL-Fall-System eigentlich sozusagen der Meldedienst ist und eigentlich keine Ermittlungs- und Recherche-datei. Sie ist benutzt worden.

Dann haben wir in Bayern versucht, eine solche Datei aufzubauen, und das ist uns mit EASy geglückt. Und EASy - ich kann Ihnen die Details auch nicht sagen - hat keine Doppelerfassung. Daten, die da sind, verbindet die automatisch, und jedenfalls war es so, dass unsere Kriminalbeamten in Bayern auf EASy geschworen haben. Das war so weit - wir haben ja eine Kooperation mit Nordrhein-Westfalen -, dass sie dieses System aus²⁵ Nordrhein-Westfalen, das die hatten, das wir umsonst bekommen hätten, nicht übernommen haben.

Dann ist mit EASy gearbeitet worden, und dass das gut ist, sehen Sie daran, dass mittlerweile zehn Länder und das BKA mit EASy arbeiten und vorletzte Woche auf der AK-II-Sitzung der Herr Dr. Guzielski²⁵ - das ist der technische Leiter im BKA - selber gesagt hat, sie überlegen jetzt bei PIAV²⁵, ob sie sozusagen das EASy nehmen, weil INPOL-Fall die-

²³ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

²⁴ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage)

²⁵ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

ses nicht leisten kann als Recherche- und Ermittlungsdatei.

Deshalb haben unsere gesagt - - Es hat auch keine Schnittstelle gegeben. Das heißt, die hätten doppelt erfassen müssen, einmal für EASy und einmal für INPOL-Fall. Wir haben dann später die Schnittstelle geschaffen, aber das hat gedauert.

Jimmy Schulz (FDP): Ja. Ich entnehme den Unterlagen, dass das mehrfach diskutiert wurde ab Oktober 2005.

Zeuge Waldemar Kindler: Ja.

Jimmy Schulz (FDP): Bis dann diese Schnittstelle geschaffen wurde, war es September 2007.

Zeuge Waldemar Kindler: Ja.

Jimmy Schulz (FDP): Das ist ja natürlich - sagen wir mal - - sind ja doch fast zwei Jahre, die das gedauert hat. Hat das Ihrer Meinung nach auch dazu geführt, dass bestimmte Erkenntnisse nicht so zusammengefügt werden konnten, dass man eben zwei Datenbanken hatte, die man nicht doppelt gepflegt hat, sondern da Informationen nicht herausfiltern konnte?

Zeuge Waldemar Kindler: Also, aus meiner Sicht - es ist natürlich jetzt schwierig, zu sagen - hat es für die Aufklärung und für die Ermittlungen keine Auswirkungen gehabt. Das hat aber die Arbeit behindert natürlich, weil sie Doppelarbeit gehabt haben. Das muss man sehen. Das war also eine zusätzliche Belastung. Aber dass man dadurch, wenn man sozusagen mit EASy von Anfang an gearbeitet hätte - oder INPOL-Fall - - dass deshalb die Aufklärung des Falles behindert worden ist, das glaube ich nicht. Aber das ist jetzt schwierig aus meiner Sicht zu sagen.

Jimmy Schulz (FDP): Ich würde noch mal gerne auf dieses Treffen in Garmisch zurückkommen, und zwar, das war ja - - War das eigentlich am Donnerstag, dem 04.05., oder am Freitag, dem 05.05.?

Zeuge Waldemar Kindler: Also, das ist so gewesen: Das war, ich glaube - - Es waren drei Tage. Man reist am Abend an. Da war es sicher nicht, das Gespräch. Am nächsten Tag ist vormittags eine Runde der

B- und der A-Länder getrennt, die sich besprechen über die IMK. Da kann es auch nicht gewesen sein. Und nachmittags ab 2 Uhr ist das Kamingespräch, wo nur die Minister teilnehmen, und sonst ist ein Begleitprogramm für die anderen, die anwesend sind. Und am nächsten Tag, am letzten Tag, ist dann die IMK. Also muss es aus meiner Sicht in dem Zeitraum mittags gewesen sein zwischen 12 und 2 Uhr. Da, glaube ich, hat das Gespräch stattgefunden.

Jimmy Schulz (FDP): An welchem Tag jetzt? Am Donnerstag oder am Freitag?

Zeuge Waldemar Kindler: Na, am Freitag sicher nicht. Am Donnerstag.

Jimmy Schulz (FDP): Wenn ich mich recht entsinne, hat - - Sie hatten ja gesagt, dass Sie glauben, sich erinnern zu können, dass Ziercke teilweise dabei war.

Zeuge Waldemar Kindler: Ja.

Jimmy Schulz (FDP): Ich meine, mich erinnern zu können, dass in der Vernehmung von Ziercke er gesagt hat, er wäre erst am Freitag angereist.

Zeuge Waldemar Kindler: Nein, das - - Also, gut - - Lässt sich nachvollziehen.

Jimmy Schulz (FDP): Aber das ist jetzt nur - - Weil er sagt, er wäre nicht dabei gewesen, als das entschieden wurde.

Zeuge Waldemar Kindler: Ja, also ich kann es mir nicht vorstellen, weil Ziercke war ja²⁶ dabei. Der ist ja bei der IMK²⁶ nicht dabei, sondern der ist dabei gewesen. Beim Kamingespräch ist die Lage WM erörtert worden, und da war nicht nur er dabei, sondern, ich glaube, auch der BfV-Präsident oder BND-Präsident. Und das Kamingespräch kann am Freitag gar nicht stattgefunden haben, weil am Freitag mittags die alle abgereist sind. Das muss nachmittags²⁶ stattgefunden haben, weil, soweit ich mich erinnern kann, der Minister Schäuble sogar irgendwie weg musste, was nicht einfach war, oben von der Zugspitze, weil er einen anderen Termin hatte. Aus meiner Sicht muss - sage ich jetzt einmal - rein vom Ablauf her Ziercke am Donnerstag da gewesen sein.

²⁶ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage)

Jimmy Schulz (FDP): Okay. - Dann gab es ja, nachdem diese Steuerungsgruppe eingesetzt wurde - das war ja im Anschluss, also sozusagen auf diesem Treffen so beschlossen worden -, auch ein Jahr später bzw. 2007 im März schon auch Kritik aus dem BKA. Wir haben hier von Herrn Hoppe ein Zitat:

Die seit Mai 2006 praktizierte Zusammenarbeit hat sich nicht bewährt. Problematik in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und OFA. In der eigentlichen Ermittlungsarbeit fehlt es an der zentralen Draufsicht ...

Ziercke war da allerdings anderer Meinung und sagte in seiner Vernehmung, dass diese Auffassung Resultat seiner Gespräche mit Ihnen gewesen sei. Haben Sie in dieser Zeit mit Ziercke gesprochen und ihm sozusagen den Eindruck vermittelt, dass also diese Probleme nicht existieren würden?

Zeuge Waldemar Kindler: Also, ich muss dazu sagen: Ich habe auch gehört, dass ein Papier existieren soll, wo der Herr Falk hinweist oder das BKA, was es alles für Mängel gibt. Das habe ich - - Bis heute kenne ich das nicht. Also, ich bin da schon verwundert, weil unabhängig davon, ob jetzt wir ermitteln oder das BKA, hätte auch, wenn wir ermitteln - - uns diese Mängel ja hingewiesen werden müssen²⁷. Also, ich bin schon sehr verwundert, weil ich sowohl mit dem BKA das beste Verhältnis habe, auch mit dem Herrn Falk, mit dem Herrn Maurer, mit dem Herrn Ziercke und mit dem Professor Stock, wo ich gemeinsam²⁷ bin. Dann hätte ja - wenn es das gibt; ich kenne es bis heute nicht - einer schon sozusagen zu uns sagen müssen: Da gibt es Mängel. Bitte schön, stellt die ab. - Auch wenn wir ermittelt haben.

Also, ich kann mich nicht erinnern. Ich weiß, da ist ein bisschen diskutiert worden dann über die Medienstrategie, und zwar, soweit ich das noch in Erinnerung habe, nur deshalb, weil die - - Ich glaube, das BKA wollte zentral irgendwie ins Fernsehen, und das wollten, glaube ich, die anderen nicht. Aber mehr weiß ich dazu nicht. Also konkret, dass ich da das besprochen habe, kann ich mich nicht erinnern.

Jimmy Schulz (FDP): Also Sie kennen diese angebliche Mängelliste aus dem BKA nicht?

Zeuge Waldemar Kindler: Die kenne ich nicht - bis heute nicht.

Jimmy Schulz (FDP): Bei den AK-II-Sitzungen, deren Vorsitz Sie ja auch hatten: Wie oft war das Thema dieser Mordserie auf der Tagesordnung gewesen? Ungefähr. Ich kenne nur einen einzigen Fall; aber ich weiß nicht, vielleicht waren es ja auch mehr.

Zeuge Waldemar Kindler: Ja, formell, habe ich gesagt, war es nur 2007. Aber wir haben sozusagen - - Also, es ist so, dass zum Beispiel im Rahmen unter „Sonstiges“ oder im Rahmen der Sicherheitslage jeder Polizeichef alles, was aktuell ist, berichtet. Das mache ich so, dass, wenn wir eine Geisellage haben, dann berichte ich. Ich glaube, dass der Herr Hetger damals berichtet hat. Aber das kann ich nicht mehr so nachvollziehen, weil es dazu keine Tagesordnung gibt.

Jimmy Schulz (FDP): Und Protokolle von diesen unter „Verschiedenes“ laufenden Punkten?

Zeuge Waldemar Kindler: Es gibt bei der Sicherheitslage - - Das habe ich ja hier. Unter „Sicherheitslage“, TOP 1, ist immer das Thema „Terrorismus rechts und links“ drauf. Ich habe ja gerade einige Beispiele genannt. Da kann ich noch einige weitere nennen.

Und darum muss ich sagen: Ich möchte schon sagen, das BKA ist eine hervorragende Ermittlungsbehörde, um das klarzustellen, die eine hervorragende Arbeit machen. Aber ob sie in - - Also generell sage ich schon: Ob sie in dem Fall weitergekommen wären, das bezweifle ich, weil selbst im September 2011, bevor die dann sich erschossen haben, es noch einen Lagebericht gegeben hat, dass es keine Erkenntnisse gibt für Rechtsterrorismus.

Also, ich muss noch mal sagen: Wenn 2006 das BKA - - Die hätten immer 2004 übernehmen können, vielleicht auch sollen. Wenn 2006 das²⁸ BKA übernommen hätte, weiß ich nicht, ob es in die richtige Richtung gegangen wäre, weil alles Richtung OK gegangen ist und die Einzeltätertheorie aufgegeben worden wäre²⁸. Aber das BKA kann natürlich solche Ermittlungen führen.

²⁷ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage)

²⁸ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

Jimmy Schulz (FDP): Letzte Frage, wenn ich noch darf. - Wir haben ja alle hier so ein bisschen den Eindruck - und das kam ja auch schon in anderen Fragen zum Ausdruck -, dass viele der Probleme in der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Behörden auch schon seit Jahren bekannt waren. Es gab mehrere Dokumente, wo das immer wieder auch thematisiert wurde, auch Verbesserungsvorschläge gemacht wurden. Hätten die Analyse und die daraus resultierenden Vorschläge nicht zu einer - - Bei einer frühzeitigen oder, sagen wir mal, vorzeitigen Beachtung dieser Erkenntnisse, dass es vielleicht sozusagen auch in der Zusammenarbeit nicht Missstände, sondern Probleme geben konnte und gegeben hat: Hätte das unter der Beachtung dieser Verbesserungsvorschläge Ihrer Meinung nach zu einer frühzeitigeren, weiteren Erkenntnisgewinnung führen können und damit vielleicht auch zu frühzeitigeren Entdeckungen?

Zeuge Waldemar Kindler: Na ja, das ist schwierig. Ich möchte zunächst vorweg sagen aus meiner, wie gesagt, langen Erfahrung, dass es bei jeder Ermittlung Diskussionen gibt - auch innerhalb Bayerns, zwischen der KP Rosenheim und dem LKA. Dass jetzt per se diskutiert wird und fachlich gestritten wird, sage ich jetzt mal, ist normal. Das ist auch innerhalb der Soko - - Als wir jetzt den Mord aufgeklärt haben an dem Beamten Vieth in Augsburg, hat es da auch verschiedene Richtungen gegeben, und die haben diskutiert untereinander. Also, das ist per se nicht schädlich.

Aus meiner Sicht - ich kann das nur noch mal sagen - ist entscheidend, wie man dieses Mordtrio oder die Erkenntnisse, die man hat, zusammenbringt sozusagen mit einem Mord, wie man die Erkenntnisse, dass da welche Sprengstoffdelikte machen, zusammenbringt mit dem Mord, und das ist die Schwierigkeit.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht geht zur Linksfraktion. Frau Vizepräsidentin Paul.

Petra Pau (DIE LINKE): Herr Kindler, nur damit wir es noch mal festhalten: Diese Mängelliste von Herrn Falk, wo er attestiert: „kein einheitliches Fahndungskonzept, kein einheitliches Ermittlungskonzept, keine einheitliche Öffentlichkeitsarbeit, Informationsverlust usw.“ - wir finden das bei uns in

MAT A BMI-4/0030, Seite 95 f. -, ist Ihnen nicht bekannt.

Zeuge Waldemar Kindler: Also, mir nicht. Ich kann nicht sagen, ob die auf der Arbeitsebene - - Aber mir nicht.

Petra Pau (DIE LINKE): Alles klar. Ich frage das vor einem bestimmten Hintergrund. Sie haben uns ja vorhin berichtet von der Beratung im AK II am 18. September 2007. Da beriet man ja auch über die Frage bzw. Sie informierten darüber, was vorgesehen ist, sollte es ein zehntes Mordopfer geben, und wie man dort weiter vorgeht. Ich darf zitieren:

Im Falle eines weiteren Mordes soll grundsätzlich an der bisherigen nationalen Zusammenarbeitsstruktur festgehalten werden. Der Vorschlag des BKA, dann eine zentrale polizeiliche und Justiz-Zuständigkeit herzustellen, wird von den Tatortdienststellen nach wie vor nicht geteilt; dies trotz der wahrgenommenen „Schwerfälligkeit“ der aktuellen Zusammenarbeitsform.

Wir finden das bei uns in IMK-1/5 c, Seite 1760.

Das wundert mich jetzt ein bisschen, und ich wüsste gerne, was Sie unter der „Schwerfälligkeit“ der... Zusammenarbeitsform“ damals verstanden haben.

Zeuge Waldemar Kindler: Ja, also das ist jetzt schwierig. Das müsste mehr der Herr Geier beurteilen als ich. Es ist natürlich sozusagen - - Wenn man so eine Steuerungsgruppe hat, dann muss man sich natürlich sehr viel mehr abstimmen, als wenn man ein Weisungsrecht hat. Ich vermute, dass das darunter gemeint ist, weil man zum Beispiel bei der Öffentlichkeitsarbeit oder so sich abstimmen muss, und dann müssen halt alle Länder sich miteinander abstimmen, bis sie auf einen gemeinsamen Nenner kommen. Das vermute ich, dass das gemeint ist.

Petra Pau (DIE LINKE): Alles klar. - Im gleichen Papier gibt es an einer späteren Stelle - ich zitiere noch einmal -:

Darüber hinaus ist gemeinsam eine Liste zu Personen erarbeitet worden, die im Falle eines weiteren Mordes, abgestuft nach deren strafprozessualen Staten, ad hoc mit entsprechenden Maßnahmen überzogen werden sollten/können.

Die Maßnahmen staffeln sich von der einfachen Alibiüberprüfung bis hin zu konkreten operativen verdeckten Maßnahmen. Auch das BKA hat dazu Personen benannt. Allerdings bleibt festzuhalten, dass aktuell bei keiner betroffenen Staatsanwaltschaft ein Beschuldigter eingetragen ist. Alle Verfahren laufen gegen Unbekannt.

IMK-1/5 c, Seite 1761.

Diese Liste möglicher Personen, gegen die Maßnahmen bei einem zehnten Mord ergriffen werden sollten, ist mir zumindest unbekannt. Ich habe sie bisher nicht in den Unterlagen gefunden. Können Sie mir sagen, was das für Personen waren, die dort auf dieser Liste waren, also in welchem Phänomenbereich die gegebenenfalls auffällig geworden sind, und ob da überhaupt ein, zwei oder drei Rechtsextremisten infrage kamen oder ob es tatsächlich nur in den Bereich OK ging?

Zeuge Waldemar Kindler: Das kann ich Ihnen leider nicht sagen, weil ich diese Liste auch nicht kenne. Das hat der Herr Geier damals vorgetragen. Ich kann jetzt dazu -- Ich müsste fabulieren. Das kann ich und will ich nicht.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. - Bevor die Kollegin Wawzyniak noch eine Frage hat, merke ich hier nur an - jetzt nicht an Sie, aber gerichtet an die Bundesregierung und die Bundesländer, die uns da gegebenenfalls helfen können; ich habe vorhin bei einem anderen Zeugen schon aus Hamburger Unterlagen auch zu diesen Listen zitiert -, dass uns diese Liste natürlich sehr interessieren würde und die Vorgänge darum.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Ich hätte nur eine einzige Frage. Sie haben vorhin detailliert vorgetragen, wann und wie die BAO Sie angesprochen hat, wo sie interveniert nachgefragt haben. Ist Ihnen denn von der BAO je vorgetragen worden, dass das Landesamt für Verfassungsschutz im Hinblick auf die Frage, ob nicht Informationen zu rechtsextremistischen Tätern übermittelt werden können -- dass Sie da sieben Monate für gebraucht haben? Und wenn Ihnen was übermittelt worden ist: Was haben Sie dann gemacht?

Zeuge Waldemar Kindler: Also, ich habe das erst jetzt während des laufenden Untersuchungsverfahrens gehört. Wenn ich das gewusst hätte, hätte ich selbstverständlich am selben Tag den Abteilungsleiterkollegen Dr. Remmele angesprochen oder den Verfassungsschutzpräsidenten, weil der damalige Herr Forster war mein Vorgänger als Personalchef und als Vize-LKA. Auch der jetzige, Dr. Körner, kommt aus meiner Abteilung. Das²⁹ hätte ich selbstverständlich angesprochen. Aber ich habe das erste Mal jetzt hier erst gehört³⁰.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht geht zu Bündnis 90/Die GRÜNEN. Herr Kollege Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Kindler, noch mal zu Garmisch-Partenkirchen. Deswegen hatte ich Sie ja vorhin gefragt: Was sagt denn Ihr Gedächtnis, -

Zeuge Waldemar Kindler: Ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ob Ziercke dabei war? Sagt gar nichts, Ihnen jetzt. Herr Ziercke selber hat uns gesagt - ich darf zitieren aus dem Protokoll seiner Vernehmung, Seite 8 -:

Auf der Innenministerkonferenz in Garmisch-Partenkirchen im Jahr 2006 wurde ich nicht zu den Verhandlungen zwischen dem BMI und dem bayerischen Innenministerium und den anderen Ländern zugezogen.

Der damalige Abteilungsleiter, Herr Krause, teilte mir mündlich mit, als ich am zweiten Tag oder am ersten Tag mittags erst ankam, dass entschieden worden sei, unsere Kritik an der nicht vorhandenen zentralen Führung durch eine Steuerungsgruppe

usw. zu regeln.

Ziercke sagt: Kam zu spät, hatten die schon entschieden. - Mein Bild ist immer: als Tiger gestartet und als Becksteins Hauskatze oben auf der Zugspitze angekommen im Ergebnis. Denn dieser Brief von Herrn Hoppe, den Sie ja nie gesehen haben, der ist beeindruckend, den Herr Falk dann gegenzeichnet hat: Da lief alles schief, und nur das BKA kann das jetzt ins Lot bringen.

²⁹ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

³⁰ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage)

Hat denn irgendjemand vom BKA da diesen Standpunkt vertreten bei dem Gespräch, bei dem Sie waren? War da jemand sonst vom BKA?

Zeuge Waldemar Kindler: Also, aus meiner Sicht - - Ich habe ja - - Angeschrieben habe ich die Abteilungsleiter, den Herrn Krause und den Herrn Ziercke. Und eigentlich war der Anlass des Gesprächs in Garmisch, weil man gesagt hat, Ziercke ist in Garmisch.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, war er ja auch.

Zeuge Waldemar Kindler: Aber zu dem Gespräch sollte er kommen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wenn der das jetzt selber so sagt, dann müssen wir ja wohl davon ausgehen, da war er nicht.

Zeuge Waldemar Kindler: Also, zuständig, sagen wir mal - - Also, auf jeden Fall war der Herr Krause da.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der ist ja nun kein BKA-Mann, der Herr Krause.

Zeuge Waldemar Kindler: Nein, aber der Herr Krause ist Aufsichtsbehörde im BMI für das BKA.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Meine Frage war ja: Hat irgendjemand den BKA-Standpunkt da selber als BKA-Vertreter - Präsident nicht, vielleicht Vizepräsident oder Abteilungsleiter - vertreten? Doch offenbar auch nicht.

Zeuge Waldemar Kindler: Also, meines Erachtens waren die dabei, die ich genannt habe, und entweder Ziercke vom BKA oder sonst keiner vom BKA. Da war - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und Ziercke selber sagt, er war nicht. Er war auf der Zugspitze. Er war beim Kamingespräch. Da ging es um andere Themen. So weit deckt sich das mit dem, was Sie gesagt haben. Kamingespräch, Fußballweltmeisterschaft, aber nicht die Mordserie, sodass der ganze Mythos drum

rum - „wir werden das in Garmisch glattziehen, und da werden wir eine Regelung treffen“ - ein bisschen schmilzt. In Garmisch wurde über manches geredet, aber jedenfalls nicht von Ziercke und mit Ziercke über die Mordserie.

Zeuge Waldemar Kindler: Also, wie gesagt, ich kann nicht mehr definitiv sagen, ob Ziercke dabei war. Darum habe ich nachgesehen, und da gibt es ja einen Vermerk in den Akten, wo es heißt, Ziercke hat die Argumente des BKA vorgetragen. Es ist von Herrn Hampel, von meinem Referenten. Ich kann aber das bei den vielen Besprechungen, die wir gehabt haben, nicht mehr genau sagen. Jedenfalls, da hat es ja im Vorfeld ja wohl auch Gespräche gegeben zwischen BKA und BMI, und der Herr Krause ist der zuständige Abteilungsleiter, der im AK II das BMI vertritt. Wie gesagt, ob Ziercke zu spät gekommen ist - er war eingeladen; er sollte kommen -, kann ich beim besten Wille nicht mehr sagen, außer dem Vermerk.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, jetzt gehen wir noch mal ins Jahr - -

(Jimmy Schulz (FDP): Darf ich ganz kurz eine - - Darf ich vielleicht an dem Punkt - -)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Schulz möchte eine Zwischenfrage stellen. Die FDP hat auch noch Fragebedarf.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Jimmy Schulz (FDP): Wenn Sie einverstanden sind, weil es nämlich genau an dem Punkt angreift. Und zwar gibt es nach der Vernehmung von Herrn Falk ein Fernschreiben - oder was auch immer - von Herrn Kindler aus den Wochen nach der IMK, aus dem man schließen könnte, dass möglicherweise auch nur auf Abteilungsleiterenebene dieses Einvernehmen hergestellt worden ist. Ist das so?

Zeuge Waldemar Kindler: Also es war so, dass das in dem Kreis besprochen worden ist, und dann - so war es auch mit Beckstein vereinbart als IMK-Vorsitzendem - die Abteilungsleiter ihren Ministern berichten sollten. Und dann war vereinbart, wenn ein Minister da was dagegen hat, dass dann halt

remonstriert wird, damit sich die Minister zusammensetzen können. Und das hat aber keiner. Ich habe jedenfalls mit Beckstein gesprochen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, war denn unsere Fragezeit um? Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein, Sie haben noch drei Minuten.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dann möchte ich noch mal auf das Jahr 2004 gehen, weil da Herr Maurer heute mehr oder weniger bestritten hat, dass es ein ernsthaftes Übernahmeangebot von Bayern gab, und ich gleichzeitig sagen will: Die Akten sind da eher auf Ihrer Seite, auf der Version, die Sie hier vorgetragen haben, nämlich: Wir wollten, dass das BKA übernimmt, und wir wollten nicht nur die Nürnberger Morde, sondern auch die Münchener Morde und eine Gesamtzuständigkeit.

Dann wurde uns heute noch mal von Herrn Maurer gesagt, verhindert hat das aber alles der Nürnberger Staatsanwalt Kimmel; der wollte nicht. Die Akten ergeben: Auf dieser Konferenz, von der Sie geredet haben, wurde eine Übernahme gemacht. Herr Maurer sagte: Subalterne haben das getan, aber dann hat nach unseren Akten ein gewisser Leitender Kriminaldirektor Reuß das gestoppt und gesagt, diese Übernahme machen wir doch nicht. - Ist das so gewesen, oder können Sie sich daran erinnern, warum dieser Plan, der ja sogar zu Papier gebracht wurde, dann nicht umgesetzt worden ist?

Zeuge Waldemar Kindler: Ich kann nur sagen, dass ich mit meinem Vertreter geredet habe und habe ihm gesagt, ich will unbedingt, dass das dem BKA angeboten wird. Ich habe nicht gesagt, dass sie es übernehmen müssen. Und ich habe ihm gesagt: Bitte machen Sie das schriftlich. - Es reut mich jetzt im Nachhinein, sage ich ganz offen³¹. Und dann ist zurückgemeldet worden, das BKA sagt: Ja, wir sollen erst warten bis zu dieser Besprechung. - Das war üblich, dass ich da nicht ein Schreiben rausgebe. Ich war dann verwundert, als die zurückgekommen sind. Da waren vier Leute von uns dabei, aber Soko „Bosporus“ hat es damals, glaube ich, noch keine gegeben, sondern vom PP München, vom PP Mittelfranken, und haben ge-

sagt, man hat sich so geeinigt, weil es ist ja darum gegangen: Ich habe damals gesagt - ich möchte mich aber nicht mit fremden Federn schmücken; es kann auch sein, dass die Idee von der Soko gekommen ist -, das geht ins Ausland, und das BKA hat hervorragende 60 Verbindungsbeamte, und da können die das besser. - Und dann hat man sich geeinigt, dass durch die EG „Ceska“ diese Ermittlungen im Ausland vom BKA geführt werden. Das ist ja dann auch bei der Spurenabklärung - - Da war die Waffe Ceska. Das hat ja das BKA dann auch gemacht. Und dann war ich verwundert, sage ich ganz offen, dass die nicht übernommen haben, sondern dass es zurückgekommen ist. Aber wenn alle sich einig waren, habe ich gesagt, und vor allem dieser Auslandsbezug da ist, haben wir dann das Ersuchen so gestellt, wie es das BKA wollte.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ergibt eine gewisse Logik. Wir haben hier einen handschriftlichen Vermerk aus den Akten des Polizeipräsidiums München - das ist MAT A BY-2/4 e, Blatt 14 bis 18 -, wo handschriftlich vermerkt wurde: „BKA übernimmt Ermittlungen jetzt doch, aber die einzelnen Mordfälle“ sollen weiter vor Ort bearbeitet werden. „Das BKA führt alle Erkenntnisse zusammen“ und arbeitet mit Dolmetschern, Telefonüberwachung, Observation, VPs etc, arbeitet selber da mit.

Geplant ist, dass die hierfür erforderlichen Beschlüsse (gestützt auf § 129 StGB) für das BKA vom PP Nürnberg bei deren StA beantragt werden. Lt- PP N soll sich die dortige StA etwas dagegen sträuben, sodass evtl. die StA Mü einspringen müsste.

Kann ich daraus schließen, dass man sogar den Plan hatte, die sich sträubende - wenn sie sich sträubt - Staatsanwaltschaft Nürnberg zu umgehen und dann nach München auszuweichen?

Zeuge Waldemar Kindler: Dazu kann ich nichts sagen. Das kenne ich nicht. Also, ich kann nur sagen, was mir als Ergebnis mitgeteilt worden ist.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das soll ja auch im Polizeipräsidium München und nicht bei Ihnen im

³¹ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage)

Landespolizeipräsidium hier zu Papier gebracht worden sein. K 111, was auch immer für eine Dienststelle das ist in München.

Zeuge Waldemar Kindler: Die K1-Dienststelle ist die Morddienststelle in München.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Frage und Fazit: Es war ernst gemeint, abzugeben. Es war erst gemeint, sozusagen Bayern dann nur noch in einer untergeordneten Position zu akzeptieren, aber das Oberkommando auf das BKA zu übertragen?

Zeuge Waldemar Kindler: Ja, damals, 2004, schon.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Jetzt ist zu konstatieren, dass die Union keinen Fragebedarf hat, die SPD

(Dr. Eva Högl (SPD): Ich hätte noch eine Abschlussfrage!)

eine Frage hat. Bitte.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Kindler, ich habe eben in meiner Befragung in meiner Zeit eine Frage noch vergessen, die mich aber auch noch interessiert, Stichwort noch mal Übernahme 2006. Haben Sie eigentlich damals - wir haben ja gelernt, dass es gar nicht zum Showdown auf der Zugspitze gekommen ist, weil es vorher schon glattgezogen ist - selber mit dem Bundesinnenministerium darüber gesprochen oder Leute aus Ihrem Umfeld oder so, dass es gar nicht mehr die Chefs erreicht hat, sondern dass es im Vorfeld bereinigt wurde in Ihrem Sinne, nämlich dass es zu keiner Übernahme durch das Bundeskriminalamt kam?

Zeuge Waldemar Kindler: Also, wir, wie gesagt, waren - - In dem Kreis war der Ansprechpartner für mich der Herr Krause, und der war auch in allen internationalen Gremien. Der war der richtige Mann.

Dr. Eva Högl (SPD): Haben Sie mit dem gesprochen darüber?

Zeuge Waldemar Kindler: Ja, der war ja dabei.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja.

Zeuge Waldemar Kindler: Der war dabei bei dieser Besprechung. Und im Vorfeld - - Also, ich habe den nicht angerufen. Ich habe einen Vermerk gesehen, dass, ich glaube, der Dr. Teichmann - der ist, glaube ich, Mitarbeiter gewesen - irgendwann mal angerufen haben soll bei mir und gesagt hat, was wir halten von einer gemeinsamen Ermittlungsführung. Daraufhin habe ich gesagt: Ja, bringt das halt in Garmisch ein. - Und dann - weiß ich nicht - müsste dann der Herr Krause, was die politische Ebene betrifft, mit dem Herrn Hanning halt geredet haben. Ich weiß nicht, ob der Herr Schäuble da eingebunden war. Das kann ich nicht sagen. Für mich war der Herr Krause Ansprechpartner, der ja offizieller Vertreter ist, und der hat auch das gesagt: Wenn eine zentrale Führung, dann³² ist er der Meinung, sollte das Bayern machen, und es waren³² insbesondere auch Hessen und die anderen Länder, die das wollten.

Dr. Eva Högl (SPD): Denn das hat ja die politische Ebene dann gar nicht mehr erreicht, wie wir das verstanden haben. Also, Sie haben das im Grunde genommen mit Krause und anderen im Vorfeld schon abgeräumt, dass es dann gar nicht mehr zu einem Konfliktgespräch beim Kamin auf der Zugspitze gekommen ist.

Zeuge Waldemar Kindler: Genau. Also, ein Kamingespräch - - Ein Konfliktgespräch hat es nicht mehr gebraucht, weil ja auch Beckstein zu mir gesagt hat, wenn hier jemand sagt, er ist anderer Meinung - das war gerade der Sinn in Garmisch -, dass sich dann die Minister gleich zusammensetzen können. Inwieweit wer informiert hat, kann ich nicht sagen. Ich habe den Minister informiert. Im BMI muss das aber über Krause gegangen sein, weil ja jemand dann das BKA informiert hat und gesagt hat, so ist die Einigung. Aber mit wem Krause geredet hat, kann ich nicht sagen.

Dr. Eva Högl (SPD): Danke, Herr Kindler.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die FDP hat noch Fragebedarf. Herr Schulz, bitte.

³² Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

Jimmy Schulz (FDP): Ja, eine einzige abschließende Frage. Herr Geier hatte bereits am 09.05.2006 einen Plan zur Bildung des zusätzlichen Ermittlungsabschnitts „Serientäter“ vorgestellt, inklusive Personalaufstockung, wegen der Koordinierungsaufgaben. Inwiefern wurde der Theorienstreit auf Ihrer Ebene diskutiert, und inwiefern haben Sie den Ermittlungen, die durch Herrn Geier ausgeführt wurden, eine Richtung gegeben?

Zeuge Waldemar Kindler: Also zum Letzteren: Ich habe den Ermittlungen keine Richtung gegeben, sondern ich habe -- wir haben die OFA eingeschaltet, und die Theorien muss die Soko mit der Staatsanwaltschaft entwickeln, weil ich das ja gar nicht beurteilen kann. Die haben fünf Jahre gearbeitet. Die haben Erkenntnisse ohne Ende. Um so was beurteilen zu können, muss man jeden Tag praktisch die Ergebnisse der Soko kennen. Also habe ich das nicht beeinflusst. Und die erste Frage war noch mal?

Jimmy Schulz (FDP): Die erste Frage war noch mal - Moment -: Inwieweit wurde dieser Theorienstreit der konkurrierenden Tätertheorien auch auf Ihrer Ebene diskutiert?

Zeuge Waldemar Kindler: Also, es ist dann -- Zumindest ab dem Zeitpunkt, wo der Herr Ziercke mir diese Synopse gegeben hat, dass das BKA andere Meinungen vertritt, habe ich das ja im Apparat weitergegeben. Er hat mich angeschrieben mit: „Lieber Waldemar, schau dir das mal an“, so ungefähr. Daraufhin habe ich das weitergegeben, und dann hat die Soko, mein Einsatzsachgebiet, wo die Kriminalen dabei sind, haben mir³³ zurückgemeldet: Fazit: Diese Argumente des BKA überzeugen sie nicht, wo es geheißt hat, es ist nicht einzusehen, warum das ein Türkenhasser sein soll, und im Übrigen ermitteln sie ohnehin in beide Richtungen weiter.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben die Linken noch Fragen? - Haben die Grünen noch Fragen?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Eine Berliner
Runde!)

- Bitte?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Wir hatten ge-
sagt, nur eine Berliner Runde!)

- Ja, wir sind doch jetzt -- Ich bin doch gerade dabei, das durch... - Deswegen. Sie sind doch jetzt schon dran.

(Sönke Rix (SPD): Nein, insgesamt
wollten wir nur eine machen!)

- Ach so, insgesamt wollten wir nur eine machen? Ja, das ist richtig. Das war so mal angedacht.

Herr Kindler, Sie können der Reaktion des Kollegen Herrn Wieland entnehmen, dass es keine weiteren Fragen mehr an Sie gibt. Vielen Dank, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung gestanden haben. Wie angekündigt, bekommen Sie den Entwurf des Protokolls übermittelt und haben dann zwei Wochen Zeit, Änderungen oder Ergänzungen geltend zu machen.

Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend und eine gute Abreise dann, wahrscheinlich morgen. Oder heute noch?

Zeuge Waldemar Kindler: Morgen, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Morgen. Ja, dann vielen Dank.

Ich darf den Ausschuss fragen, ob wir jetzt Herrn Setzer hereinbitten. - Gut, dann bitte ich das Sekretariat, den nächsten Zeugen in den Saal zu holen.

³³ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage)

**Vernehmung des Zeugen
Ernst Setzer**

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich begrüße als nächsten und abschließenden Zeugen für heute Herrn Ersten Kriminalhauptkommissar Ernst Setzer.

Herr Setzer, es wird von Ihrer Vernehmung als Zeuge heute eine Tonbandaufnahme gefertigt, die allerdings ausschließlich dem Zweck dient, die Erstellung des Stenografischen Protokolls zu erleichtern. Die Aufnahme wird also nach Erstellung des Protokolls gelöscht. Der Entwurf des Protokolls wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben dann eine Frist von zwei Wochen, innerhalb der Sie gegebenenfalls Korrekturen oder Ergänzungen geltend machen können.

Ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen worden sind. Die Ladung haben Sie am 26. September 2012 erhalten. Bezüglich Ihrer heutigen Zeugenvernehmung liegt eine Aussagegenehmigung des Präsidenten des Bundeskriminalamtes vor. Diese datiert vom 27. September, auch 2012 natürlich.

Ich habe Sie vor Ihrer Aussage zunächst formal zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf die strafrechtlichen Folgen eines etwaigen Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige nämlich, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Sie bitten, zu Beginn Ihrer Ausführungen sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Alter, Beruf vorzustellen und uns mitzuteilen, ob die für Ihre Ladung verwendete Anschrift nach wie vor aktuell ist.

Zeuge Ernst Setzer: Guten Abend, meine Damen und Herren. Mein Name ist Ernst Peter Setzer. Ich bin 53 Jahre alt, Erster Kriminalhauptkommissar beim Bundeskriminalamt, dort als Sachgebietsleiter im Bereich ZD 32, Tatortgruppe Sprengstoff- und Branddelikte tätig, und bin über die genannte Adresse auch zu laden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Sofern Sie es wünschen haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes Gelegenheit, sich vor Ihrer Vernehmung im Zusammenhang zum Gegenstand der Vernehmung zu äußern. Ich habe Sie gefragt, ob Sie davon Gebrauch machen möchten. Sie möchten das in kurzer Form tun. Deswegen erteile ich Ihnen hiermit das Wort.

Zeuge Ernst Setzer: Ja, ich möchte gerne die Gelegenheit nutzen, einige Erklärungen abzugeben, was der Tatmittelmeldedienst für Spreng- und Branddelikte beim Bundeskriminalamt ist, und auch zu der Bezeichnung Sprengstoffermittlungsbeamter einige Ausführungen machen.

Der Tatortmittelmeldedienst für Spreng- und Brandvorrichtungen beim Bundeskriminalamt ist eine Zentraldatei, die das Bundeskriminalamt den Ländern, den Bundesländern zur Verfügung stellt, um Auswertungen zum Aufbau von Spreng- und Brandvorrichtungen zu machen. Die Zulieferung erfolgt seitens der Bundesländer, bzw. im BKA-eigenen Verfahren wird das durch die Tatortgruppe selbst erfasst und dann in diese Datei, die auf einer INPOL-Fall-Datei basiert, entsprechend diese Daten aufgenommen. Insgesamt können wir den Aufbau dieser Vorrichtungen in 229 Feldern in zwölf Schirmen abbilden, wobei mehrheitlich diese Schirme eben dazu benutzt werden, techni-

sche Details dieser Spreng- und Brandvorrichtungen mittels dieser Datei zu beschreiben. Sinn dieser Datei ist es, anhand von gleichem oder ähnlichem Aufbau von Spreng- und Brandvorrichtungen oder Tatmitteln mögliche Tatzusammenhänge zu erkennen.

Die Datei resultiert letztendlich, historisch gesehen, aus den Ereignissen nach 72 mit den Anschlägen der Baader-Meinhof-Bande, wo man damals erkannt hat, dass eben eine solche zentrale Sammlung notwendig ist in der Bundesrepublik Deutschland, um eben - - weil damals ja auch bereits Anschläge in verschiedenen Bundesländern verübt wurden.

Die Datei beschreibt mehrheitlich, wie gesagt, den Aufbau von Spreng- und Brandvorrichtungen. Erfasst wird durch speziell ausgebildete Tatortbeamte, die also nach ihrer Ausbildung, allgemeinen Ausbildung zum Tatortbeamten eine Spezialausbildung für den Bereich Sprengstoff- und Branddelikte erhalten und nach diesen Lehrgängen dann auch die Bezeichnung „Sprengstoffermittlungsbeamte“ führen. Dem nicht Eingeweihten könnte das suggerieren, dass dies Beamte sind, die einen Sprengstoffanschlag von A bis Z, also einschließlich der personenbezogenen Ermittlungen, führen. Dies ist allerdings im Bereich ZD 32 nicht der Fall. Die Beamten sind ausgebildete Tatortbeamte, die lediglich weitere Ermittlungen in Bezug auf die objektiven Beweismittel, die an einem Tatort aufgefunden werden, durchführen, also letztendlich den Aufbau, die technischen Obliegenheiten einer Sprengvorrichtung behandeln.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Befragung durch die Fraktionen. Zunächst hat das Fragerecht die Unionsfraktion, und es fragt der Kollege Clemens Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Setzer, noch mal vielen Dank für das lange Warten. Wie gesagt, es interessieren mich vor allen Dingen zwei Fragen.

Ich will vorausschicken: Wir hatten jetzt schon mehrfach im Ausschuss die Debatte, die um die Frage gekreist ist: Hätte man durch Nutzung des Tatmittelmeldedienstes und seiner Recherche- und Suchfunktionen bei den beiden Sprengstoffanschlägen in Köln - Keupstraße und auch Probsteigasse - auf die Täter kommen können? Das ist so die

Kernfrage. Wir sind da ein bisschen inspiriert worden von dem Fall im Saarland beim Anschlag auf die Wehrmachtsausstellung, als dort die Polizei zusammen wahrscheinlich mit Ihrem Referat eine Abfrage gemacht hat und dort als mögliche Täter Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe genannt wurden im Jahre 2000.

Jetzt wär für mich die fachliche Frage. Ich habe hier in MAT A BMI-8 einen Ausdruck von den acht Sprengstoffdelikten, mit denen Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe im Tatmittelmeldedienst gespeichert waren, mit diesen ganzen 229 Einzelfeldern. Und es gibt eine schriftliche Antwort, die wir hier bekommen haben. Da steht:

Es ist möglich - -

Das ist eine andere Seite, MAT A BMI-8 auch.

Es ist möglich, nach allen Datenfeldern zu recherchieren.

Ist das richtig? Ich meine, gut, je weniger Datenfelder Sie eingeben für die Recherche, desto größer ist die Trefferzahl. Das ist mir klar. Aber ist das grundsätzlich möglich?

Zeuge Ernst Setzer: Ja, um diese Fragen zu beantworten, zunächst einmal: Es wurde im Tatmittelmeldedienst in allen von Ihnen genannten Fällen recherchiert, bezogen auf die verwendeten Tatmittel. Soweit ich mich erinnere, war auch im Fall Wehrmachtsausstellung seitens des Tatmittelmeldedienstes kein Hinweis auf Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe, sondern im Zusammenhang mit den Briefbombenattrappen zum Nachteil bzw. gegen Herrn Spiegel, Herrn Herr, Herrn Friedman und Herrn Bubis. Da hat man damals Ähnlichkeiten im Aufbau dieser Attrappen gesehen zu Attrappen, die durch Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe 96 in Jena an die Thüringer *Landeszeitung*, an die Polizeidirektion Jena und die Stadtverwaltung Jena geschickt wurden.

Sowohl 2001 - Probsteigasse - als auch 2004 wurden im Tatmittelmeldedienst umfangreiche Auswertungen gemacht. Allerdings waren weder diese beiden Fälle untereinander vom Aufbau der Vorrichtungen her ähnlich, noch haben sie sonst Treffer ergeben hinsichtlich der Vorrichtungen, die man im Zusammenhang mit der Soko „Rex“

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BMI-8, Blatt 2.

Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe zuordnen konnte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, das ist richtig und stimmt im Zusammenhang mit der Wehrmachtsausstellung. Das war allerdings der Prüfungsvorgang beim GBA. So sind die ja darauf gekommen. Da werden dann diese Briefbombenattrappen genannt. Es ist auch richtig so, wie Sie es beschreiben. Wenn man natürlich nach der Sprengvorrichtung sucht oder nach Fällen, wo die gleiche Sprengvorrichtung verwandt wurde, landen Sie bei der Keupstraße und Probsteigasse, nicht bei den Attrappen, die Mundlos und Böhnhardt da an die Autobahn gehängt hatten. Das ist richtig.

Worum es aber mir geht, ist die grundsätzliche Frage: Hätte man in diesem Tatmittelmeldedienst außer mit dem Begriff „Sprengstoff“, „Sprengvorrichtung“ oder „Zündmittel“ oder „Zünder“ oder „Attrappe“ auch mit jedem anderen Datenfeld recherchieren können?

Also jetzt mal losgelöst vom Fall: Wenn ich nur eines dieser 229 Datenfelder fülle und drücke auf Recherche, oder wie immer das technisch geht, dann kriege ich halt wahrscheinlich 5 000 Treffer und kann gar nichts - - Aber ginge es? Das ist die Grundfrage, die ich an Sie habe. Also, ich muss nicht jetzt zwingend mit einem Feld recherchieren über die Sprengvorrichtung? Ich kann mit jedem anderen Feld hier drin auch recherchieren? Ja oder nein?

Zeuge Ernst Setzer: Sie können mit jedem Feld recherchieren im Tatmittelmeldedienst, wobei wir automatisch - - Wenn wir also eine Meldung bekommen vom Land, wird das erfasst im Tatmittelmeldedienst und von uns direkt ohne weitere Aufforderung anhand der mitgeteilten Tatmittel eine Auswertung gefahren. Diese Auswertung geben wir auch - und das ist in den Richtlinien der Zusammenarbeit zwischen dem Bundeskriminalamt und den Ländern in Fällen der terroristischen Gewaltkriminalität so festgeschrieben -, diese Ermittlungsergebnisse und -erkenntnisse - wie ja auch in den Fällen 2001, 2004, aber auch Wehrmachtsausstellung geschehen -, die geben wir dann an die ermittlungsführende Dienststelle.

Das ist also der Generalauftrag. So verstehen wir das. Alle weiterführenden Anfragen mit allen möglichen Kombinationen, die es geben könnte, da benötigen wir, weil wir

ja als Tatortgruppe gar nicht die Ermittlungserkenntnisse haben, da benötigen wir, ich will es mal nennen, eine Steuerung durch die ermittlungsführende Dienststelle, die uns dann sagt: Du, ZD 32, mach uns bitte auch noch eine Auswertung in der und der Zielrichtung oder mit dem und dem Abfragemodus.

Clemens Binninger (CDU/CSU): So einen Auftrag haben Sie aber nie bekommen?

Zeuge Ernst Setzer: Einen solchen Auftrag haben wir hinsichtlich Keupstraße nie bekommen. Was wir bekommen haben in Sachen Keupstraße, waren ergänzende Anfragen durch die Tatortgruppe des Landes Nordrhein-Westfalen, des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen zu dem Aufbau der Vorrichtung, aber nie hinsichtlich anderer Kriterien.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Setzer, Sie haben sich völlig korrekt verhalten. Da brauchen Sie auch keine Sorge zu haben, dass meine Fragen da in eine andere Richtung zielen. Ich will einfach Folgendes in den Mittelpunkt stellen - das werden wir auch den Beamten aus NRW noch mal sagen -: Diese Grundidee des Tatmittelmeldedienstes basiert natürlich darauf, dass ich an einem Tatort, wo eine Bombe hochging oder irgendetwas, zunächst mal wenig bis nichts vom Täter habe, sondern das, was eben in die Luft geflogen ist, und dass man eben über Übereinstimmungen der Sprengvorrichtungen versucht, auf gleiche Fälle zu kommen, wo vielleicht ein Täter bekannt war oder was auch immer. Soweit okay.

Jetzt hatten wir aber in Köln in der Keupstraße die Situation, dass wir ein Video der Täter hatten. Das heißt, anhand purer Wahrnehmung hätte man eingrenzen können: Täter männlich. Man hätte aufgrund - - Das ist auch ein Merkmal, das ja hier drin ist. Man hätte das Merkmal „Koffer“, weil die Nagelbombe war in einem Koffer auf dem Fahrrad ja transportiert, so ein Hartschalenkoffer - - Auch das ist hier drin. Bei anderen Fällen von Mundlos und Böhnhardt gibt es das Merkmal „Koffer“. Es gibt das Merkmal „männlich“, und es gibt die Tatbekennung „Rechtsradikale“.

Und jetzt frage ich mich: Wenn man mal losgelöst vom normalen Verfahren die Ermittler in Köln bei einem Anschlag, wo nur

ausländische Mitbürger Opfer sind und wo heute Mittag der Vizepräsident - damaliger Staatsschutzchef - gesagt hat, für ihn war Ausländerfeindlichkeit so offenkundig, das war für ihn eigentlich klar - - wenn jetzt zu Ihnen jemand die Anfrage geschickt hätte - sozusagen bitte mal losgelöst vom Sprengstoff; es kann ja mal sein, dass der Täter völlig anderen Sprengstoff und was anderes verwendet -: „Gehen Sie mal bitte durch die Datei mit den Begriffen ‚Tatbekennung Rechtsradikale‘, ‚Tätergeschlecht männlich‘“ - das kann man als sicher unterstellen, wenn man Videos hat von den Tätern - „und als Merkmal ‚Koffer‘, weil da war die Nagelbombe drin - - glauben Sie, dass dann in dem Datenbestand - das war dann das Argument des Präsidenten Ziercke, der gesagt hat: „Da kriegen Sie viel zu viele Treffer“ -, dass da wirklich so viele - - Man hat auch noch Verletzte gehabt. Ich glaube, das kann man auch noch angeben, ob es Opfer gegeben hat, ja oder nein. Hier gab es 30. Glauben Sie wirklich, dass da so viele Treffer rauskommen würden mit diesen drei Begriffen?

Also zunächst mal: Ginge es? Das wäre meine erste Frage, dass das geht, mal losgelöst von der Erfolgsgarantie. Und dann Ihre jetzt einfach fachliche Einschätzung: Wie viel Treffer mögen dabei - - Sie können es ja nachträglich noch mal versuchen. Wie viele Treffer kommen dabei raus?

Zeuge Ernst Setzer: Also, zu dem zweiten Teil Ihrer Frage: Es würde gehen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gut.

Zeuge Ernst Setzer: Zum ersten Teil: Ich kann Ihnen nicht mehr sagen, was damals, 2004 - - es zu einem Ergebnis geführt hätte, weil der Tatmittelmeldedienst ist eine Arbeitsdatei. Das heißt, der wird ständig neu eingegeben. Aber da wir auch personenbezogene Daten da drin haben, sind wir natürlich auch an die entsprechenden Datenschutzrichtlinien gebunden, sodass Fälle, die 2001 oder 2004 noch eingestellt waren, heute -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Weg sind.

Zeuge Ernst Setzer: - zum Teil gelöscht werden mussten, weil wir eben einfach keine

rechtlichen Grundlagen mehr hatten, diese Daten aufrechtzuerhalten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Für mich war die wichtigste Antwort - weil ich da auch sicher sein wollte, bevor ich noch mal rummeckere mit anderen Ermittlern - allein die Tatsache, dass es geht. Und wenn man sieht, mit welchem hohem Aufwand in andere Richtungen ermittelt wird, mit einem Aufwand, der gar nicht zu beschreiben ist, wäre es, glaube ich, mehr als einen Versuch wert gewesen, zumal ich ja dann die Trefferliste, die bei Ihnen ausgespuckt wird - - Ich glaube nicht, dass es viel mehr als 100 Rechtsradikale gibt, die mit den Merkmalen dann da rauskommen. Die hätte man dann ja mit den Videobildern abgleichen können. Es wäre ja ein Leichtes gewesen, diese Liste dann einzugrenzen. Aber wenn es geht - das war die entscheidende Frage von mir.

Zeuge Ernst Setzer: Nur, mit diesem Ansatz hätte man ja auch dann bei denen - - Wenn ich überhaupt nicht weiß, in welche Richtung ich ermitteln soll, also quasi sehr breit ermitteln muss, hätte man bei „Keupstraße“ ja zusätzlich auch noch reinbringen müssen neben „rechtsradikal“ natürlich auch „PKK“, weil zu der Zeit hatten wir ja auch relativ viele Anschläge der PKK gegen türkischstämmige Mitbürger in Deutschland. Man hätte den OK-Bereich nicht vernachlässigen dürfen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): OK war auch immer irgendwie Thema. Uns bewegt ja, dass man nie auf die Idee kam, Richtung Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikale zu suchen.

Zeuge Ernst Setzer: Man hätte es damals dann ja auch nicht auf die Rechten alleine beschränken dürfen, sondern man hätte auch die gesamte breite Palette mit bekannten Tätern machen müssen. Das wäre gegangen, sicherlich.

Anzahl der Treffer kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, was es damals ergeben hätte. Aber ich stimme Ihnen zu: Es wären also nicht Tausende gewesen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Genau. Und man hatte ja zum Abrunden außer dem Video - - Von den Tätern selber gab es noch ein Papier des BfV, das als Dossier auch an

das Polizeipräsidium Köln ging, vier Wochen später, wo man ganz allgemein über neue Gefahren des Rechtsextremismus berichtet hat, wo man auch gesagt hat: Wer ist zu solchen Taten in der Lage? Wem trauen wir das zu von der Gefährlichkeit her? Und da werden neben mehreren Personen und Gruppen unter Ziffer 6 auch nun mal Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe genannt. Also, insofern wäre es, glaube ich, mit etwas normaler Ermittlungskreativität ein Leichtes gewesen.

Sie waren für mich so wichtig - deshalb herzlichen Dank -, weil ich wirklich geklärt haben wollte, ob mit diesen drei Begriffen - und das sind die, die ich eben hier aus den gespeicherten Datensätzen von Bönnhardt ja entnommen habe: Rechtsradikaler, männlich, Koffer; bei irgendeiner der anderen acht Taten war auch mal ein Koffer im Spiel - - dass damit die Recherche gegangen wäre.

Jetzt habe ich noch eine andere Frage. Die geht vielleicht ein bisschen über Ihre Zuständigkeit hinaus, aber ich wollte es zumindest ansprechen, weil es mir mehr als merkwürdig vorkommt. Auch MAT A BMI-8, Schreiben des BKA an das BMI, und dann jetzt haben wir es bekommen über die Aktenanforderung.

Sie haben gerade ja darauf hingewiesen, dass die Daten über die Sprengstoffe, also die technischen und sachbezogenen Daten, drinbleiben, aber personenbezogene Daten sind nach zehn Jahren zu löschen. Das sind die Löschfristen, die, glaube ich, hier angewandt werden. Und da steht in diesem Schreiben - ich will es kurz vorlesen, will einfach nur Sie fragen, wie so was dann abläuft - Folgendes drin: Da wurden also die Daten von Mundlos und Zschäpe gelöscht oder waren gelöscht, und zwar Aussonderungsprüffrist von zehn Jahren mit Datum vom 26. Januar 2008.

Bezüglich der Person Uwe Bönnhardt lag zum Zeitpunkt der vorgenannten Aussonderungsprüfung

- also 2008 -

eine Fristverlängerung durch die PD Gotha vor, was zu dessen Fortspeicherung im Tatmittelmeldedienst führte. Fußnote 5.

Fußnote 5 heißt :

Die in Frage stehende Fristverlängerung lag im Ermessen der PD Gotha. Die Hintergründe der Frist-

verlängerung sind dem BKA nicht bekannt. Auf Nachfrage im Rahmen der aktuell laufenden Ermittlungen teilte die PD Gotha mit, dass die dortigen Gründe, welche zu in Frage stehender Fristverlängerung führten, dort nicht bekannt sind.*

Ich meine, für uns ist jetzt interessant: Wer bitte hatte 2008 bei der PD Gotha Uwe Bönnhardt noch auf dem Schirm und hat eine Fristverlängerung, was die Speicherung angeht, bei Ihnen beantragt? Das können Sie nicht beantworten. Das müssen wir dort nachfragen.

Mich würde interessieren: Wie läuft so eine Fristverlängerung - egal jetzt, auf wen bezogen - in der Praxis ab? Kriegen Sie da quasi zeitgleich mit dem Aussonderungstermin eine Mitteilung? Informieren Sie die ursprünglich speichernde Dienststelle? Was hier aber nicht die PD Gotha gewesen sein kann, weil alle Sprengstoffdelikte, die Bönnhardt begangen hat zusammen mit Mundlos und Zschäpe, waren in Jena, alle acht. Da ist von PD Gotha nicht die Rede. Und deshalb für uns die Merkwürdigkeit: Wer bitte hatte bei der PD Gotha 2008 Uwe Bönnhardt auf dem Schirm? Aber wie läuft so eine Fristverlängerung ab in der Praxis?

Zeuge Ernst Setzer: Ja, das ist meines Erachtens etwas unglücklich ausgedrückt, das Ganze. Es hängt einfach damit zusammen, dass unser Tatmittelmeldedienst gebunden ist an unseren Kriminalaktennachweis. Das heißt also, wenn wir eine Person erfassen, fragen wir erst mal ab, ob es schon einen Kriminalaktenbestand gibt. Danach richtet sich dann auch das sogenannte Aussonderungsprüfdatum. Entweder lassen wir dann - - Also, nehmen wir an, es hat jemand einen Sprengstoffanschlag gemacht, der Peter Setzer hat einen Sprengstoffanschlag gemacht, jetzt am 25.10.2012.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Weil Sie so lange hier warten mussten, oder was?

Zeuge Ernst Setzer: Bitte? Nein, ich wollte keinen -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nicht fürs Protokoll.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BMI-8, Blatt 4.

Zeuge Ernst Setzer: - anderen mit einem schlimmen Namen belästigen oder einer Straftat bezichtigen. - Dann würde die Erfassung erfolgen mit zehn Jahren bis 25.10.2022. Das heißt, wir schauen auch - - Es gibt ja nicht nur diese zehn Jahre, sondern je nach Schwere der Tat gibt es ja unterschiedliche Speicherfristen, die zu beachten sind.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nur ganz kurz dazwischen, bevor wir uns verheddern: Aussonderungsfrist war 2008. Die letzte Straftat, die diese Frist begründet hat, hatten alle drei zusammen begangen am 26. Januar 1998. Das war der TNT-Fund in der Garage. Das heißt, eine Sonderfrist für irgendeinen dieser drei aufgrund dieses Deliktes kann es eigentlich nicht geben.

Zeuge Ernst Setzer: Es kann nur dann eine Sonderfrist geben, wenn ein weiteres Ereignis eingetreten ist.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Danach?

Zeuge Ernst Setzer: Nein, das könnte zum Beispiel ja auch eine Vermisstenanzeige sein oder ein Fall, was das Ganze verlängern könnte. Ich glaube, mal gehört zu haben - aber bitte, das so zu nehmen -, dass die Eltern von Böhnhardt ihren Sohn als vermisst gemeldet haben.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Mundlos, habe ich gemeint. Weiß das jemand auswendig?

(Zuruf der Abg. Dr. Eva Högl (SPD))

Zeuge Ernst Setzer: Das würde dann dazu führen, wenn - - dass dann ebendieser Aktenbestand verlängert würde, weil man ebendiese Ausschreibungsfrist der Fahndung zur Aufenthaltsermittlung eben entsprechend da ranhängen würde, und das würde dann für uns auch bedeuten, dass wir die Person etwas länger im Tatmittelmeldedienst aufbewahren könnten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber automatisch schon begründet durch ebendieses neue Ereignis?

Zeuge Ernst Setzer: Ja. Also es muss ein Ereignis gegeben haben. Sonst wäre

Böhnhardt auch 2008 wie Zschäpe und Mundlos rausgefallen, weil die Frist abgelaufen war. Aber da muss in einem Land ein längeres Datum für Böhnhardt existiert haben. Sonst hätte der Kollege das nicht verlängert, also den Aktenbestand nicht im - - den Personalbestand nicht im TMD belassen können.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das ist so weit klar. Also, wenn irgendwann auf der Strecke zwischen 98 und 2008 eine Anzeige erstattet wird, wo eben Böhnhardt vorkommt - warum auch immer, vielleicht Vermisstenanzeige -, dann landet die irgendwie auch bei Ihnen. Wobei der Vermisste ist ja kein Straftäter, aber landet bei Ihnen und löst dann automatisch eine Verlängerung aus. Habe ich das richtig verstanden? Aber hier geht es ja darum - -

Zeuge Ernst Setzer: Anders formuliert: Wir kriegen also einen Prüftermin gesetzt, wenn das APD nach dem Tatmittelmeldedienst zu prüfen ist. Dann gehen wir in die Kriminalakte rein und schauen, ob es irgendwelche Gründe gibt, also zum Beispiel dass die Frist schon verlängert ist. Ist aber das Datum noch so gesetzt, wie im APD eingetragen, dann müssen wir die Personendaten löschen. Das war bei Mundlos und Zschäpe so, aber bei Böhnhardt scheinbar nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die Vermisstenanzeige hat der Vater von Mundlos gemacht. So meinte ich auch mich zu erinnern.

Können Sie denn dann sehen, wenn so ein Folgeereignis eine Verlängerung der Speicherfrist auslöst, was das war? Wird das noch erfasst?

Zeuge Ernst Setzer: Das konnte man damals sehen, 2008, aber heute halt nicht mehr.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. - Der GBA weiß was dazu.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, Herr Christeleit winkt, aber ich habe es nicht gesehen, weil ich die Brille nicht aufhatte. Tut mir leid. Bitte, Herr Christeleit.

StA Andreas Christeleit (BMJ): Nur eine kleine Zwischenanmerkung: Bönnhardt war bis 2007 zur Festnahme ausgeschrieben wegen eines Vollstreckungshaftbefehles.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Aber doch nicht von der PD Gotha.

StA Andreas Christeleit (BMJ): Aber - -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Der hat doch bis 1998 Jena nicht verlassen.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber du weißt doch nicht, wo er seine Haft antreten sollte! Das wissen wir nicht!)

Aber 2007 war dieser Vollstreckungshaftbefehl erledigt. Warum er dann 2008 die Verlängerung einsetzt? Sie haben das Verfahren beschrieben. Wir können es jetzt hier alle nicht klären. Es ist in der Tat aber ungewöhnlich, ungewöhnlich auch, weil es heißt, die PD Gotha hätte das veranlasst oder ausgelöst, um mal bei einer neutralen Formulierung zu bleiben.

Dem müssen wir eben noch mal nachgehen, wobei ich wenig Hoffnung habe, denn wenn die PD Gotha im Rahmen der laufenden Ermittlungen gefragt wurde und es dort auch nicht mehr feststellbar war, warum das so sei, von dem ganzen Werdegang her: Wer ist geografisch da besser in Thüringen aufgestellt als ich? Gotha ist wie weit weg von Jena? Schon eine Ecke. - Also, da hat sich ja alles in Jena abgespielt dort bei der Polizei und Staatsanwaltschaft. In Gotha war der ja nie. - Doch, zum Schluss, zwei Banküberfälle begehen. Das waren die letzten beiden Taten 2011, und deshalb.

Also, wir gehen der Sache noch einmal nach. Für mich war das nur mehr merkwürdig. Ich wollte von Ihnen das Verfahren haben - und da haben Sie mir auch sehr geholfen -, dass die Recherche geht. Natürlich kriegt man dann mehrere Treffer. Aber wenn Sie Treffer haben und gleichzeitig das Video, kann man, glaube ich, schon mal eingrenzen. Insofern, Herr Setzer, herzlichen Dank.

(Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Kann ich eine Zwischenfrage stellen?)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht würde jetzt zur SPD-Fraktion wechseln. Das ist eine Zwischenfrage.

(Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Nur gerade an der Stelle!)

- Herr Wolff, direkt dazu. Bitte.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Setzer, nur eine kurze Frage: Wenn solche Fristen verlängert werden, gibt es da einen allgemeinen Informationsverteiler? Der Vizepräsident des BKA sagt ja heute, dass sie nur bis 2003 irgendwelche Informationen über dieses Trio hatten. Würden solche Fristverlängerungen oder solche Hinweise auch zum Beispiel ans BKA gehen? Haben Sie da einen regelmäßigen Verteiler, wenn es um solche Delikte geht?

Zeuge Ernst Setzer: Ich verstehe jetzt Ihre Frage nicht.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wenn es gerade um eine Fristverlängerung wie in diesem Fall geht, wenn es also zehn Jahre ist, aber zwischendurch noch möglicherweise ein zusätzliches Ereignis dazukommt, gibt es da einen bestimmten Verteiler noch, oder bleibt es im Prinzip in der Behörde, die da alleine ermittelt?

Zeuge Ernst Setzer: Der Verteiler ist ja quasi die INPOL-Fall-Anwendung. Das ist ja nicht nur eine Zentraldatei, sondern es ist ja eine Verbunddatei, wo also jedes Bundesland und auch das BKA reinschauen kann. Diese personenbezogenen Daten, die haben ja nichts mit dem TMD zu tun. Wir sind nur als TMD verpflichtet, anhand dieser - -

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Okay.

Zeuge Ernst Setzer: - - gemäß Bundesdatenschutzgesetz eben uns daran zu halten, danach zu richten.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Vielen Dank. Das reicht schon.

Dr. Eva Högl (SPD): Dann bin ich jetzt dran. Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Dr. Högl.

Eva Dr. Högl (SPD): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Setzer, ich habe zwei Fragen, und zwar eine Frage ist: Es ist ja ganz entscheidend, wer wie abfragt in der

Tatmittelmeldedatei, um die richtigen Ergebnisse zu bekommen. Das haben wir ja eben schon herausgearbeitet in der Befragung von Herrn Binninger, welche Kriterien man hat, aber auch, wie man das dann eingrenzt.

Jetzt habe ich mal eine Frage. Wir diskutieren ja auch über Verbesserungen usw. Wäre das nicht grundsätzlich sinnvoll, dass es auch, ich will jetzt nicht sagen: einen langen Diskussionsprozess, aber beispielsweise eine Beratung gäbe von denjenigen, die die Tatmeldedatei führen, derjenigen, die dann abfragen? Also dass man da auch so was wie einen Dialog einbaut, dass man nicht einfach nur sagt: „Wir haben jetzt hier Folgendes. Frag jetzt mal das und das ab“, sondern dass vielleicht auch mal ein bisschen darüber nachgedacht wird, ob man die Hintergründe etwas näher beleuchtet beispielsweise. Könnte das nicht sinnvoll sein? Weil hier in Köln war ja, wenn wir den Sprengstoffanschlag in Köln uns angucken, 2004, das Fatale, dass man zum Beispiel den Zeitraum so eingegrenzt hat und dadurch nicht die richtigen Ergebnisse bekommen hat.

Zeuge Ernst Setzer: Also, diese Dialoge, die finden statt, das Ganze. Ich habe ja vorhin schon mal gesagt, es gibt eine spezielle Ausbildung zum Sprengstoffermittlungsbeamten. Das ist also eine der wenigen Ausbildungen, die noch beim Bundeskriminalamt zentral durchgeführt werden für den Bund und die Länder. Das heißt, die Tatortbeamten aus den Sprengstoff- und Branddeliktgruppen, die kennen sich auch untereinander. Das sehen Sie ja auch - ich glaube, die Akten lagen ja auch dem Untersuchungsausschuss vor -, dass da teilweise ja auf Duzbasis miteinander verkehrt wurde. Also die Leute kennen sich untereinander.

Warum damals diese Einschränkung auf fünf Jahre erfolgt ist, das kann ich Ihnen heute nicht mehr sagen. Allerdings hätte das ja auch - also auch für einen weiteren Zeitraum - bei der Vorrichtung Keupstraße keine Treffer gegeben.

Eva Dr. Högl (SPD): Wieso nicht?

Zeuge Ernst Setzer: Anhand der Tatmittel nicht, weil diese Vorrichtung Schwarzpulver mit der Gasfern-, mit einer Funkfernauslösung, das hätte keinen Treffer gegeben, auch im weiter zurückliegenden Bereich.

Eva Dr. Högl (SPD): Aber wir haben ja eben - - Sie haben ja herausgearbeitet - - Bei der Befragung von Herrn Binninger ist ja herausgekommen, wenn wir andere Sachen noch zusätzlich abgefragt hätten - „Koffer“ usw. -, dann wäre man - - oder wenn man zum Beispiel „rechtsextrem“ auch eingegrenzt hätte, dann wäre man ja möglicherweise auf die gekommen, die da noch gespeichert waren, die drei nämlich, die Untergetauchten.

Zeuge Ernst Setzer: Wenn man eben nicht auf die Tatmittel abgestellt hätte, sondern auf die Tatmotivation, -

Dr. Eva Högl (SPD): Genau.

Zeuge Ernst Setzer: - was letztendlich gemäß der Errichtungsanordnung des TMD ja nicht Zielrichtung ist. Aber so eine Frage hätte halt steuernd an uns gestellt werden müssen. Das machen wir nicht eigenständig.

Eva Dr. Högl (SPD): Das ist, Herr Setzer, der Hintergrund meiner Frage, ob man nicht da auch diesbezüglich in einen Dialog eintreten muss und wenn die Anfrage kommt, dann vonseiten derjenigen, die die Tatmittelmeldedatei führen, auch eine Beratung erfolgen muss, also ein Gespräch und etwas mehr drum herum. Das scheint mir jedenfalls sinnvoll, wenn ich das so sagen darf als Laiin in dieser ganzen Sache.

Zeuge Ernst Setzer: Also, solche Sachen laufen zum Beispiel. Wenn ein Kollege - - Es ist ja häufig so - - Diese Kunst bei dieser Auswertung ist einfach, so fein zu recherchieren, dass man überhaupt noch Treffer erhält. Ich kann natürlich so detailliert abfragen, dass ich immer null Treffer bekomme, -

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, eben.

Zeuge Ernst Setzer: - weil ich das einfach auf null runterreduzieren kann und da runterrecherchieren kann.

Dr. Eva Högl (SPD): Genau.

Zeuge Ernst Setzer: Auf der anderen Seite darf es aber auch nicht eine so große Anzahl sein. Also, wenn ich zum Beispiel nur abfrage „Rohrbombe“, dann werde ich wahr-

scheinlich im Bereich von über 3 000 Treffern liegen. Damit würde ich ja jeden Kollegen, der ermittelt - - dem mache ich ja 3 000 Spuren auf. Das heißt, der hätte bis zu seiner Pensionierung nichts anders mehr zu tun, als in diesem Verfahren seine Spuren abzuarbeiten.

Das ist also diese Kunst bei dem Ganzen, das so fein auszunivellieren. Und man macht ja nicht nur eine Recherche, sondern dann wird auch gegeneinander laufen gelassen, weil wir logischerweise ja bemüht sind. Wir wollen ja Treffer erzielen. Wir wollen ja nicht nur irgendwo eine ABM-Maßnahme da für uns machen, sondern wir wollen - das ist die Zielsetzung; das kann man eigentlich jedem Sachbearbeiter unterstellen - Treffer erzielen. Wir wollen Ermittlungshinweise geben.

Wir haben allerdings als Tatortgruppe BKA nicht die Ermittlungserkenntnisse, die die ermittlungsführende Dienststelle hat. Das heißt also, diese Beratung, die Sie jetzt thematisieren, der Gedanke muss von der ermittlungsführenden Dienststelle kommen. Wir können denen höchstens sagen - und das läuft ja teilweise auch - - Ich kann zum Beispiel eine eingeschränkte Abfrage machen nur auf ein Bundesland, wenn das der Kollege möchte, oder für einen bestimmten Zeitraum. Ich könnte auch nach Postleitzahlen abfragen, oder ich könnte sagen, wenn es Zeugenaussagen gibt: Das waren Jugendliche. Gib mir mal nur Jugendliche. - Das wäre möglich. Aber diese Steuerung muss eben von der ermittlungsführenden Dienststelle kommen.

Dr. Eva Högl (SPD): Genau.

Zeuge Ernst Setzer: Da können wir - - da haben wir einfach nicht das Hintergrundwissen, um das zu machen.

Eva Dr. Högl (SPD): Genau. Aber das war der Hintergrund meiner Frage - ich glaube, das haben Sie ja auch gut verstanden -: ob es da nicht diesen Dialog geben muss zwischen der ermittlungsführenden Stelle, die Interesse an der Abfrage hat, und Ihnen, die Sie vielleicht dann auch Hinweise geben, was genau man da abfragen muss.

Herr Setzer, ich würde ganz gern Ihre Kompetenz auch nutzen, wenn Sie schon mal hier sind zu später Stunde. Wir haben ja auch den Auftrag, Verbesserungsvorschläge zu machen; das sagte ich schon. Gibt es irgendwas, was Sie uns mit auf den Weg

geben, was man vielleicht auch bei dieser Tatmittelmeldedatei verbessern sollte oder was Ihnen aufgefallen ist, wo es noch Handlungsbedarf gibt?

Zeuge Ernst Setzer: Also, ich sehe den Tatmittelmeldedienst als ein wirkungsvolles Werkzeug, logischerweise. Ansatzpunkt ist ja einfach: Ich gehe davon aus, dass ein Täter sich perseverant verhält. Das heißt, weil etwas gut funktioniert hat, macht er das auch in der Zukunft so, wie eigentlich jeder kriminalpolizeiliche Meldedienst.

Im Moment sind wir unsere Datei am Umstellen auf eine neue Plattform, also auf eine neue Anwendung, wo wir hoffen, dass die Abfragen dann einfacher werden und besser gestaltet werden können. Aber insgesamt sehe ich den Tatmittelmeldedienst als ein wirkungsvolles Werkzeug in diesem Bereich, abhängig natürlich immer - und das ist halt das Problem im föderativen System - an der Zulieferung, denn wenn wir - - Es ist halt diese alte Erkenntnis „Garbage in, Garbage out“. Wenn wir also nichts Gutes bekommen, können wir auch nichts Gutes im TMD einstellen und demzufolge auch nicht entsprechend gut recherchieren. Das heißt, je detaillierter wir das Ganze bekommen, umso besser ist das, und deshalb machen wir es ja auch so, dass wir uns teilweise Gutachten schicken lassen, um das auch entsprechend einzuarbeiten.

Dr. Eva Högl (SPD): Herzlichen Dank, Herr Setzer.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Weitere Fragen der SPD-Fraktion? - Herr Rix.

Sönke Rix (SPD): Danke schön. - Bei dieser Abfrage, wenn Sie da nachfragen, wenn Sie da abfragen und nach dem Profil fragen, wenn Sie mal zum Beispiel die Art des Sprengstoffs rauslassen in dem Profil, wird das häufiger gemacht, sodass man auch - sage ich mal - das Profil ein bisschen anders sortieren kann? Weil, wenn man „Sprengstoff“ herausgelassen hätte und hätte nur andere Dinge in dem Profil gehabt, dann hätte man wahrscheinlich - - wäre man eher mal in eine andere Tatgruppe gekommen. Oder tun Sie das nur, wenn die zuständigen Ermittler das von Ihnen verlangen?

Zeuge Erst Peter Setzer: Nein, anhand der Tatmittel wäre man in keinem Fall - - Das war ja eigentlich das Entscheidende. Selbst wenn ich den Sprengstoff weglasse, also einmal TNT, aufgefunden 1998 in der Garage, dann in den beiden Fällen Probsteigasse und Keupstraße Schwarzpulver, wobei sich auch nach den Gutachten diese Schwarzpulver unterschieden haben - - Weil Schwarzpulver ist eben auch nicht gleich Schwarzpulver, sondern das gibt es in unterschiedlichen Formen. Bei dem einen ging man davon aus, dass es ein Selbstlaborat war, also ein selbst hergestelltes Schwarzpulver. Bei dem anderen ging man davon aus, dass es ein industrielles, also zum Beispiel gewonnen aus Pyrotechnik, war.

Wir machen, wie ich das vorhin schon sagte - - Durchaus versuchen wir, Sachen unterschiedlich gegeneinanderzustellen. Interessant war halt hier bei den Fällen, dass ich bei Keupstraße eben eine Funkfernauslösung hatte, bei Probsteigasse in irgendeiner Form eine opfergesteuerte Auslösung, also eventuell ein Entlastungsschalter oder ein lichtempfindlicher Schalter, weil ja die Geschädigte wohl diese Dose geöffnet hatte, bevor es zur Explosion kam. Und zum Beispiel jetzt bei dem Anschlag in Saarbrücken auf die Wehrmachtsausstellung, da war es jetzt sogar eine Drahtfernzündung, also entweder eine Leitfeuerzündung, kombiniert mit einem Zeitverzögerungselement, einer Uhr.

Also, da gab es eigentlich in keinsten Weise Übereinstimmungen von den Tatmitteln, auch unabhängig davon, ob ich jetzt den Explosivstoff, den verwendeten Sprengstoff mit einbeziehe in die Auswertungen oder nicht.

Sönke Rix (SPD): Und ohne die Tatmittel, also ich sage mal jetzt, ohne „Sprengstoff“ an sich im Profil nachzufragen, war meine Frage. Einfach mal nach „Fremdenfeindlichkeit“, „Alter“ und mögliche andere - -

Zeuge Ernst Setzer: Wie gesagt, das wäre möglich, ist aber nicht von der Errichtungsanordnung, von dem Auftrag an diese Tatmitteldatei umfasst. Dafür, will ich mal sagen, sollte es oder gibt es andere Dateien, die das sicherlich besser könnten als der Tatmittelmeldedienst.

Sönke Rix (SPD): Also ist auch gar nicht üblich, dass das so abgefragt wird?

Zeuge Ernst Setzer: Wir würden es von uns heraus nicht machen, sondern wir bräuchten dann einen Auftrag. Dann würden wir es machen. Aber soweit ich mich erinnern kann, ist ein solcher Auftrag nie an uns ergangen, um den Tatmittelmeldedienst auch für diesen Zweck zu nutzen.

Sönke Rix (SPD): Warum nicht? Es würde doch vielleicht in die eine oder andere Richtung neue Erkenntnisse bringen.

Zeuge Ernst Setzer: Ja, weil dieser Meldedienst eben Tatmittelmeldedienst heißt und nicht Tätermeldedienst.

Sönke Rix (SPD): Gut, ja. Aber über die Tatmittel kann man ja - - Na ja gut, alles klar.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Tören für die FDP.

Serkan Tören (FDP): Nur eine ganz kurze Frage: Arbeitet der Tatmittelmeldedienst eigentlich auch international mit anderen Staaten zusammen? Ich frage wegen der Keupstraße und des Nagelbombenattentats, weil das ja schon erinnert hat an Taten von „Combat 18“.

Zeuge Ernst Setzer: Wir haben auch - - Oder wir verstehen uns als ZD 32 auch als sogenanntes National Bomb Data Center. Das heißt, wir haben logischerweise Kontakte zu Spiegeldienststellen im Ausland, weil ja auch Bedrohungen aus dem Ausland durchaus in Deutschland dann irgendwann zeitversetzt später auftauchen können.

Aber wenn Sie jetzt David Copeland ansprechen und „Combat 18“: Genauso waren aber zum Beispiel Nagelbomben auch bei den islamistischen Anschlägen in London verwendet worden. Das heißt also, eine Nagelbombe ist nichts Spezifisches, was ich dem rechten Bereich zuordnen kann, sondern das wird eigentlich durch alle in allen möglichen Formen verwendet.

Sönke Rix (SPD): Gab es denn eine Abfrage auch international?

Zeuge Ernst Setzer: Es gab keine Abfrage international vom Tatmittelmeldedienst, weil - - Ja, diese Bezüge wurden nicht gesehen, auch von den Ermittlern. Also auch das wurde an uns nicht herangetragen.

Sönke Rix (SPD): Aber vorhin hatten Sie doch gesagt, PKK käme ja auch in Betracht.

Zeuge Ernst Setzer: Ja, PKK, weil die PKK Anschläge in Deutschland gemacht hat.

Sönke Rix (SPD): Die machen ja nicht nur in Deutschland, sondern auch Attentate international.

Zeuge Ernst Setzer: Nein, ich bezog das ja nur darauf: Wenn ich gesagt hätte: „Ich habe einen fremdenfeindlichen Hintergrund“ oder: „Ich sehe eine Straße, wo sehr viele türkischstämmige Mitbürger leben“, dann müsste ich bei so einer Abfrage nach der Motivation nicht nur rechts nehmen, sondern zum Beispiel auch die PKK, weil zum damaligen Zeitpunkt die PKK sehr viele Brandanschläge auch gemacht hat gegen türkische Gaststätten, türkische Restaurants, türkische Imbisshallen usw.

Sönke Rix (SPD): Ja, da will ich noch mal fragen: Wann wird denn international abgefragt? Allgemein jetzt, nicht speziell auf diesen Fall bezogen.

Zeuge Ernst Setzer: International wird eigentlich nur dann abgefragt, wenn wir irgendwelche Hinweise auf internationale Zusammenhänge haben. Also zum Beispiel, wir haben zusammengearbeitet damals, als wir sehr viele Anschläge hatten der PIRA gegen die britische Rheinarmee. Da haben wir sehr enge Kontakte zu New Scotland Yard gehabt, weil dort auch entsprechend ähnliche Vorrichtungen in Nordirland oder im britischen Mutterland verwendet wurden. Wenn also solche Hinweise sind, dann würde auch Kontakt aufgenommen werden. Aber wenn von der ermittlungsführenden Dienststelle uns keinerlei Hinweise gegeben werden: „Da sind auch internationale Bezüge zu beachten“, dann würde das auch nicht erfolgen.

Sönke Rix (SPD): Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat die Linksfraktion Fragen? - Frau Pau.

Petra Pau (DIE LINKE): Ja, ich habe eine ganz praktische Frage, auch im Anschluss an die Fragen der Kolleginnen und des Kollegen der SPD, und zwar zu dem Thema, welche Schlagworte zu einem bestimmten

Ereignis denn tatsächlich in dieser Datei gekennzeichnet werden. Dazu möchte ich mal ein Beispiel benennen, was nach dem 04.11. liegt. Es gab am 27. November 2011 eine Explosion vor einem Imbisswagen eines vietnamesischen Imbissbetreibers im Landkreis Wittenberg, eine Bombe, die mit Nägeln und Schrauben gespickt war und erheblichen Sachschaden angerichtet hat. Der Besitzer war glücklicherweise gerade in dem Moment nicht vor Ort, sodass ihm nichts geschehen ist.

Meine Frage ist: Wie würden Sie einen solchen Anschlag per Schlagworten in dieser Datei -- Das heißt, welche Begriffe würden auf der Grundlage dieses Anschlages mit diesen Informationen in Ihrer Datei auffindbar sein? Und würde irgendwo auch erkennbar sein, dass das Opfer migrantische Wurzeln hat?

Zeuge Ernst Setzer: Also, wir würden das so, wie wir es entsprechend von dem Bundesland mitgeteilt bekommen, in unserer Datei entsprechend erfassen. Wie ich vorhin schon sagte: Wir haben 229 Felder, in denen wir erfassen können, in zwölf Schirmen, wobei ein Großteil dieser Schirme beschreibt einfach. Das fängt an: Was für ein Behältnis habe ich? Welche Füllung habe ich? Welche Art der Zündauslösung, welche Energiequelle, welcher Zünder? Also alle diese Dinge, wie ich eine Vorrichtung beschreiben kann, würden entsprechend erfasst. Die Nägel zum Beispiel als zusätzliche Teile. Das heißt also, ich würde komplett in der Datei diese Vorrichtung beschreiben. Wenn wir mitbekommen: „Da geht man davon aus, das ist ein rechtsradikaler Hintergrund“, würde das auch unter „Motivation rechtsradikal“ erfasst. Da wir ja auch das Angriffsziel erfassen, würde da auch entsprechend der Migrationshintergrund des Geschädigten erfasst werden, wenn uns das mitgeteilt wird von der Länderdienststelle. Wie gesagt, wir können nur das erfassen, was wir mitgeteilt bekommen, bzw. uns dann vielleicht durch Nachfragen noch einmal weiter erarbeiten.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. Aber dann, wenn ich jetzt recherchiere, und ich unterstelle - was hoffentlich nicht der Fall ist -, dass das ein Täter ist, der nach dem gleichen Muster mehrere solcher Anschläge verübt, und eben diese Stichworte - einschließlich „rassistisch“ oder „fremdenfeindlich“ - drin sind, müsste ich, wenn jetzt zwei

Monate später das verglichen wird mit allen anderen Taten, theoretisch auf diesen Anschlag kommen?

Zeuge Ernst Setzer: Im TMD, im Tatmittelmeldedienst, nur dann, wenn ähnliche Tatwaffen verwendet wurden.

Petra Pau (DIE LINKE): Ja, völlig klar. Ich meine, wir hatten in den vergangenen Jahren ja mehrere solcher Serien, dass Imbisse in - was weiß ich - Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern genau auch so serienhaft angegriffen wurden.

Ich frage das vor einem konkreten Hintergrund. Noch mal zurück in die Keupstraße. Im Februar 2005 wurde auf Bitten der EG „Sprengstoff“ noch mal eine eigene Analyse im BKA genau zu diesem Anschlag erstellt, und wir lesen nun von den Analytikern des BKA, dass die Wirkungsweise des Tatmittels eine hohe Menschenverachtung ausdrücke, dass man einen direkten Zusammenhang mit der Auswahl des Anschlagortes der Keupstraße als herausragendes Beispiel türkischer Kultur und Lebensart sieht und dass dies einen ausgeprägten Hass auf die zum Zeitpunkt der Tat im Friseursalon und auf der Straße aufhältigen Personen vermuten lässt. An späterer Stelle ist dann von „Hass gegen die türkische Gemeinschaft“ die Rede. Wir finden das in MAT A NW-6 b, Blatt 140. Das ist in Ihrem Hause in einem anderen Bereich erstellt worden.

Hätte sich da nicht eigentlich noch mal ein Ansatzpunkt für weitere Abfragen, und zwar nicht nach PKK, sondern in dem Fall tatsächlich nach Rechtsextremisten, die mit Sprengstoff unterwegs sind, ergeben müssen?

Zeuge Ernst Setzer: Aber nicht aus einer Eigeninitiative ZD 32, sondern, wie ich vorhin schon sagte, hier hätte dann eine entsprechende Anfrage der ermittlungsführenden Dienststelle erfolgen müssen, und dann hätten wir das sicherlich auch gemacht. Nur, eine solche Anfrage haben wir nie bekommen.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat Bündnis 90/Die Grünen noch Fragen?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bitte um die Gutschrift von sieben Minuten, Herr

Vorsitzender! - Gegenruf des Abg. Clemens Binninger (CDU/CSU): Die hast du heute schon verbraucht!

Benötigen wir eine weitere Berliner Stunde? Union? - SPD? - FDP? - Linke? - Grüne?

Herr Setzer, dann sind wir am Ende Ihrer Zeugenbefragung angelangt. Vielen Dank, dass Sie dem Ausschuss zur Verfügung gestanden haben. Wie angekündigt, bekommen Sie den Entwurf des Protokolls übermittelt und können dann innerhalb von zwei Wochen Änderungen und Ergänzungen reklamieren.

Ich wünsche Ihnen noch einen netten Abend. Das gilt auch für die Anwesenden. Ich freue mich außerordentlich, dass wir uns in zehn Stunden wiedersehen - leider erst, aber immerhin. Wir sehen uns um 9 Uhr im Sitzungssaal des Auswärtigen Ausschusses. Das ist der Saal 2.800 hier im Paul-Löbe-Haus.

(Zuruf: 8.30 Uhr! Beratungssitzung!)

- Haben wir jetzt doch eine Beratungssitzung? Das haben wir doch gekippt. Nein, wir sehen uns um 9 Uhr zur Geheim eingestuft Zeugenvernehmung von Herrn Engelke. Wir haben morgen keine Beratungssitzung. Das ist auf die nächste Sitzungswoche verschoben, was die Ermittlungsbeauftragten für die Thüringer Akten betrifft.

(Schluss: 22.55 Uhr)

Bayerisches Staatsministerium
des Innern

Bayerisches Staatsministerium des Innern • 80524 München.....

per E-Mail (2.untersuchungsausschuss@bundestag.de)

2. Untersuchungsausschuss

der 17. Wahlperiode des

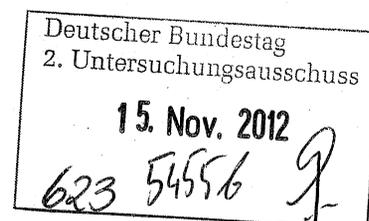
Deutschen Bundestages

- Sekretariat -

Herrn Harald Georgii - o. V. i. A. -

Dorotheenstr. 88

10117 Berlin



Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
PA 27/5455b
30.10.2012

Unser Zeichen
IC5-1334.1-324

Telefon / - Fax
089 2192-2657 / -12762

Bearbeiter
Herr Haimerl

Zimmer
451

München
14.11.2012

E-Mail
stmi.polizeieinsatz@polizei.bayern.de

Stenographisches Protokoll der 36. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses am 25.10.2012

Anlage

Tabellarische Gegenüberstellung

Sehr geehrter Herr Georgii,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für die Übersendung des stenographischen Protokolls der 36. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses am 25.10.2012 mit meiner Aussage.

Nach Durchsicht und Überprüfung des übersandten Protokolls, darf ich Ihnen mitteilen, dass ich einige Berichtigungen bzw. sprachliche Ergänzungen/Modifizierungen meiner Aussage erbitte. Die erbetenen Änderungen sind aus beiliegender synoptischer Gegenüberstellung ersichtlich, die als Anlage beiliegt.

Darüber hinaus darf ich Ihnen mitteilen, dass die auf den Seiten 102, 103 zitierte Materiale "MAT_A_IMK-1-5c, Blatt 1760 (Seite 102) und Blatt 1761 (Seite 103)" den Verlauf der AKII-Sondersitzung vom 18.09.2007 nicht unmittelbar wiedergibt, da es sich hierbei nicht um ein Protokoll dieser Sondersitzung sondern um die Ergebnisse der Behandlung von TOP 2.1 (Information über den Stand des Verfahrens der Ermittlungsgruppe "Ceska") der 18. Tagung der Kommission Kriminalitätsbekämpfung am 16./17.10.2007 in Rottau am Chiemsee/BY handelt. Bericht-erstatte hier zu war nicht der AKII, sondern das Bayerische Landeskriminalamt.

Zu meinen Ausführungen auf Seite 105: „Es reut mich jetzt im Nachhinein [...]“ möchte ich zur Klarstellung sowie zur Vermeidung von Fehlinterpretationen ergänzen, dass sich dies darauf bezieht, dass „es mich jetzt im Nachhinein reut“, dass ich nicht sofort auf das schriftliche Übernahmeangebot an das BKA bestanden habe. Ich habe dies in der beiliegenden Gegenüberstellung entsprechend vervollständigt.

Zu meinen Ausführungen auf den Seiten 94, 95 betreffend „PIAV“ muss ich mich nach Sichtung der Beschlussniederschrift der AKII-Sitzung vom 17./18.10.2012 dahingehend berichtigen, dass nicht vier Länder sondern neun Länder einen Vorbehalt hinsichtlich der Bereitstellung von Haushaltsmitteln eingelegt haben, wobei darunter unter anderem Mecklenburg-Vorpommern und Bremen waren.

Mit freundlichen Grüßen



Kindler
Landespolizeipräsident

**Aussage des Landespolizeipräsidenten Waldemar Kindler vor dem
2. Untersuchungsausschuss der 17. Wahlperiode im Deutschen Bundestag am
25. Oktober 2012**

**Änderungswünsche zum Stenografischen Protokoll zur 36. Sitzung am
25. Oktober 2012**

Seite	Textstelle bisher	Bitte ändern in
84	[...] aber auch für Minister Beckstein zu jeder Zeit oberste Priorität hatte. Ich habe dies mehrfach auch gegenüber dem bayerischen Polizeipräsidenten [...]	[...] aber auch für Minister Dr. Beckstein zu jeder Zeit oberste Priorität hatte Ich habe dies mehrfach gegenüber den bayerischen Polizeipräsidenten [...]
84	[...], dem jetzigen LKA-Präsidenten Peter Dathe, gesprochen [...]	[...], dem jetzigen LKA-Präsidenten Peter Dathe, besprochen [...]
85	Herr Mikulasch – das war damals, soweit ich weiß, der oberste Kriminale im PP Mittelfranken [...]	Herr Mikulasch – das war damals, soweit ich weiß, der oberste Kriminaler im PP Mittelfranken, [...]
85	[...] gegen diese Übernahme ausgesprochen -- [...]	[...] gegen diese Übernahme ausgesprochen haben. [...]
85	Es ist da geredet worden [...]	Es sei da geredet worden [...]
86	Außerdem - habe ich dann gesagt - sollte man die Modalitäten der weiteren [...]	Außerdem - habe ich darin „ gesagt “ - sollte man die Modalitäten der weiteren [...]
86	Der ist halt deshalb dabei gewesen, weil er [...]	Er ist halt deshalb dabei gewesen, weil er [...]
86	[...] entsprechenden Vorschlag unterbreiten zu können. (?)	[...] entsprechenden Vorschlag unterbreiten zu können.
87	[...], dass bis zu diesem Zeitpunkt keine Vorentscheidung war.	[...], dass bis zu diesem Zeitpunkt keine Vorentscheidung gegeben war.
87	[...], also nicht nur BMK-Vorsitzender (?), sondern [...]	[...], also nicht nur B-IMK -Vorsitzender, sondern [...]
87	Also, oberste Landesbehörde - sage ich -, [...]	Also, oberste Landesbehörde - meine ich -, [...]
88	[...] freizustellen.(?) Juli 2006, dritte Operative Fallanalyse	[...] freizustellen. ▪ Juli 2006, dritte Operative Fallanalyse
88	Im Juli 2006, nach dem Mord in Kassel, [...]	▪ Im Juli 2006, nach dem Mord in Kassel, [...]
88	Wohl 2005/2006 hat mich der Leiter der [...]	▪ Wohl 2005/2006 hat mich der Leiter der [...]
88	[...] meinen tschechischen Amtskollegen, Herrn Präsident Koller (?) [...]	[...] meinen tschechischen Amtskollegen, vermutlich Herrn Präsident Kolar [...]
88	Rückführung der BAO „Bosporus“: Das [...]	▪ Rückführung der BAO „Bosporus“: Das [...]
88	Schließlich im Juli 2007 - die Spuren [...]	▪ Schließlich im Juli 2007 - die Spuren

		[...]
88	[...] hab ich mich mit meinem Büro mit dem BKA-Präsident [...]	[...] hab ich in meinem Büro mit dem BKA-Präsident [...]
90	[...] die über dieses Trio waren, halt nicht an die [...]	[...] über dieses Trio, halt nicht an die [...]
90	[...] - das Trio halt ein sehr enges Trio war und deshalb im Umfeld wenig Erkenntnisse war -	[...] - das Trio halt ein sehr enges Trio war und deshalb im Umfeld wenig Erkenntnisse waren -
90	Was natürlich aus meiner Sicht schon war, was wir jetzt haben, nämlich dieses GAR, [...]	Was natürlich aus meiner Sicht, was wir jetzt haben, nämlich das GAR, [...]
90	[...], wenn Leute untergetaucht sind, aufgefallen, und dann hätten die die bewertet.	[...], wenn Leute untergetaucht sind, aufgefallen, und dann hätten die dies bewertet.
91	Leider - das sage ich wertfrei - ist dann durch die zweite Fallanalyse [...]	Leider - das sage ich wertfrei - ist dann durch die dritte Fallanalyse [...]
91 u. 92	[...] „Wir wollen jetzt noch eine zweite Fallanalyse, [...]	[...] „Wir wollen jetzt noch eine dritte Fallanalyse, [...]
92	[...] - das auch nicht in die Richtung gegangen sind.	[...] - auch nicht in die Richtung gegangen sind.
92	[...] Du/Sie, schau dir das mal an.	[...] Du , schau dir das mal an.
92	Glaube ich aber auch nicht, sozusagen.	Glaube ich aber auch nicht.
93	[...] Bis 2010 gibt es ein Papier [...]	[...] Seit 2010 gibt es ein Papier [...]
93	[...], und da steht zum Beispiel drin vom BKA, [...]	[...], und da steht zum Beispiel drin betreffend BKA, [...]
93	[...], und dann haben die eine Ermittlungsführung. Aber rechtlich gibt es das noch nicht, dass ein Land eine Weisungsbefugnis hat.	[...], und dann haben sie eine Ermittlungsführung. Aber rechtlich gibt es das noch nicht, dass ein Land eine polizeiliche Weisungsbefugnis hat.
93	[...], aber rechtlich gibt es das noch nicht.	[...], aber für die Polizei rechtlich gibt es das noch nicht.
94	Da war damals der Herr Ludwig (?) Vorsitzender.	Da war damals der Herr Ludwig Vorsitzender.
94	[...], weil die Anforderungen von 200.000, 80.000 Polizisten [...]	[...], weil die Anforderungen von 280.000 Polizisten [...]
94	Ich muss das INPOL-Alt auf neue technische Füße [...]	Man muss das INPOL-Alt auf neue technische Füße [...]
94	[...], dass man ein PIAS installiert, [...]	[...], dass man ein PIAV installiert, [...]
94	[...], dass das PIAS jetzt zustande kommt, [...]	[...], dass das PIAV jetzt zustande kommt, [...]
95	[...], ich kann es jetzt nur bei PIAS sagen.	[...], ich kann es jetzt nur bei PIAV sagen.
95	[...], nicht einmal sozusagen im Umfeld der	[...], nicht einmal sozusagen im Umfeld

	Zeugen.	Zeugen.
95	Beim Beckstein war die Idee da, [...]	Bei Dr. Beckstein war die Idee da, [...]
96	[...] - auch mit wissenschaftlicher Begleitung oder mit Begleitung - [...]	[...] - auch mit wissenschaftlicher Begleitung - [...]
99	Wir haben eine gemeinsame Besprechung Justiz gemacht mit Polizei.	Wir haben eine gemeinsame Besprechung Justiz gemacht mit der Polizei.
99	[...] geredet, und der Herr Mikulasch hat mir gesagt [...]	[...] geredet, und der Herr Mikulasch hat mir dies bestätigt [...]
99	[...], dass sie dieses System Nordrhein-Westfalen, [...]	[...], dass sie dieses System aus Nordrhein-Westfalen, [...]
99	[...] und vorletzte Woche auf der AK-II-Sitzung der Kuzielske (?) [...] jetzt bei PIAS	[...] und vorletzte Woche auf der AK-II-Sitzung der Dr. Guzielski [...] jetzt bei PIAV
100	[...], weil Ziercke war ja dabei.	[...], weil Ziercke war ja in Garmisch-Partenkirchen dabei.
100	Der ist ja bei der IMK nicht dabei, [...]	Der ist ja bei der IMK normalerweise nicht dabei, [...]
100	Das muss nachmittags stattgefunden haben, [...]	Das Kamingsgespräch muss am Donnerstagnachmittag stattgefunden haben, [...]
101	[...] uns diese Mängel ja hingewiesen werden müssen.	[...] man uns auf diese Mängel ja hinweisen müssen.
101	[...], mit dem Herrn Ziercke und mit dem Professor Stock, wo ich gemeinsam bin.	[...], mit dem Herrn Ziercke und mit dem Professor Stock, wo ich gemeinsam in der Taskforce bin..
101	Wenn 2006 BKA übernommen hätte, weiß ich nicht, ob [...], weil alles in Richtung OK gegangen ist und die Einzeltätertheorie abgegeben worden sei.	Wenn 2006 das BKA übernommen hätte, weiß ich nicht, ob [...], weil alles in Richtung OK gegangen ist und die Einzeltätertheorie aufgegeben worden wäre .
103	Hätte ich selbstverständlich angesprochen. Aber ich habe das erste Mal jetzt hier erst gehört.	Das hätte ich selbstverständlich angesprochen. Aber ich habe das das erste Mal im Untersuchungsverfahren gehört.
105	Es reut mich jetzt im Nachhinein, sage ich ganz offen.	Es reut mich jetzt im Nachhinein, sage ich ganz offen, dass ich nicht sofort auf das schriftliche Übernahmeangebot an das BKA bestanden habe.
106	Es war erst gemeint, [...]	Es war ernst gemeint, [...]
106	[...], ist er der Meinung, [...], und zwar insbesondere auch Hessen [...]	[...] dann ist er der Meinung, [...], und es waren insbesondere auch Hessen [...]
107	[...], wo die Kriminaler dabei sind, haben wir zurückgemeldet.	[...], wo die Kriminaler dabei sind, haben mir zurückgemeldet.
gesamt	[...] Beckstein [...]	[...] Dr. Beckstein [...]